



**ZUKUNFT
WIRD
AUS MUT
GEMACHT.**

Bundestagswahlprogramm 2017



DARUM GRÜN.

Dieses Bundestagswahlprogramm wurde
auf der 41. Bundesdelegiertenkonferenz
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom
16. bis 18. Juni 2017 in Berlin beschlossen.

Herausgeber*in:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Telefon: 030 28442-0
Fax: 030 28442-210
E-Mail: info@gruene.de
Internet: www.gruene.de

V.i.S.d.P.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Lea Belsner
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

Layout und Satz:
KOMPAKTMEDIEN Agentur für
Kommunikation GmbH, Berlin
www.kompaktmedien.de
Titelgestaltung: W/O, Berlin
www.wolfosmankovic.de
Druck: CPI books GmbH, Leck

Bundestagswahlprogramm 2017

A. EINLEITUNG	7
B. UMWELT IM KOPF	14
I. Wir erhalten unsere Natur	17
II. Wir sorgen für gesunde Lebensmittel und beenden Tierleid	25
III. Wir retten das Klima	33
IV. Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze	40
V. Wir steigen um – komplett auf grüne Energien	48
VI. Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität	56
C. WELT IM BLICK	65
I. Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt	68
II. Wir stehen ein für Frieden, globale Gerechtigkeit und Menschenrechte	79
III. Wir machen den Welthandel fair	90
IV. Wir schützen Geflüchtete und bekämpfen Fluchtursachen	98
V. Wir gestalten unser Einwanderungsland	111
D. FREIHEIT IM HERZEN	116
I. Wir streiten für Akzeptanz und Respekt, für Vielfalt und Selbstbestimmung	119

II. Wir stehen ein für Selbstbestimmung und Gleichberechtigung	128
III. Wir sichern Freiheit	136
IV. Wir stärken die Demokratie und verteidigen den freiheitlichen Rechtsstaat	146
V. Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark	157
VI. Wir machen das Internet frei und sicher	164
E. GERECHTIGKEIT IM SINN	171
I. Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen	174
II. Wir kämpfen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen	183
III. Wir teilen den Wohlstand gerechter	190
IV. Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest	197
V. Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien	209
VI. Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit	216
VII. Wir gestalten die Digitalisierung	223
F. WOFÜR WIR VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN WOLLEN	232
I. Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren	232
Stichwortregister	240

A. EINLEITUNG

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 24. September ist Bundestagswahl. Bevor wir Ihnen sagen, was wir vorhaben, haben wir eine Bitte an Sie: Diskutieren Sie mit, mischen Sie sich ein, gehen Sie wählen. Treten Sie mit uns für die Werte ein, die unser Land und Europa stark und lebenswert gemacht haben, die uns weit über Partei- und Ländergrenzen hinweg verbinden: die Würde des Menschen, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, Freiheit und Demokratie.

Diese Werte schienen uns bis eben noch selbstverständlich. Nun erleben wir, wie sie hierzulande, in Europa und vielen Teilen der Welt massiv infrage gestellt werden. Radikaler Nationalismus kehrt zurück. Die ökologische Krise spitzt sich zu. Europa ist in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht tief gespalten. Viele Menschen sind auf der Flucht vor Kriegen und Krisen. Diese Bundestagswahl ist wichtig, vielleicht historisch.

Wir haben es gemeinsam in der Hand, jetzt eine bessere Zukunft zu gestalten. Wir können so wirtschaften, dass Boden, Luft und Wasser sauber bleiben, dass wir die Grundlagen unseres Lebens auch für die kommenden Generationen erhalten. Eine Gesellschaft ist möglich, in der alle Menschen am Wohlstand beteiligt sind, in der jede und jeder eine Chance bekommt und selbstbestimmt die eigenen Ziele verfolgt. Wir wollen die Folgen des demografischen Wandels nicht dem Schicksal überlassen, sondern das Beste daraus machen: Vom generationengerechten Zusammenleben über die Entwicklung ländlicher Räume bis hin zum Strukturwandel in Großstädten sind Innovationen gefragt, nicht Fatalismus. Wir können unseren Teil dazu beitragen, dass Fluchtursachen bekämpft werden und nicht die Flüchtenden. Globalisierung und Digitalisierung sind keine Naturgewalten, die sich gegen den Menschen richten. Sie können unser Leben besser machen, wenn wir international faire Regeln durchsetzen und die Bürgerrechte schützen. Auch hier müssen der Mensch und demokratische Grundwerte im Mittelpunkt stehen. Wir müssen uns jetzt entscheiden und mutig anpacken: für eine soziale und ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft,

die Arbeitsplätze sichert und neue schafft, und gegen weitere Umweltzerstörung. Für eine Politik, die in unsere Infrastruktur und in die Zukunft investiert und gegen ungebremstes Profitstreben auf Kosten des Zusammenhalts. Für ein friedentiftendes Europa, das nach innen zusammenarbeitet und nach außen gemeinsam handelt und gegen Hetze und Nationalismus.

Manche meinen, es sei heute schon viel erreicht, wenn Rückschritte vermieden werden. Wir nicht. Mit den ökologischen Krisen und vor allem der Klimakrise stellt sich der Menschheit die Existenzfrage, nicht weniger. Mit der Krise Europas und dem Rückfall in den Nationalismus stellt sich die Frage des Friedens und der Bedingungen für ein gutes Leben. Durch die globale Ungleichheit stellt sich die Frage nach fairer Verteilung des Wohlstandes, zum Beispiel durch fairen Handel. Es sind große Fragen, aber sie sind nicht weit weg. Sie betreffen auch unser Zusammenleben und unseren Alltag.

Es wäre die Aufgabe der Großen Koalition gewesen, diese Herausforderungen anzugehen. Sie hat es nicht getan. Die drei beteiligten Parteien CDU, CSU und SPD verfolgen längst nur noch ihre eigenen Interessen. Während die Koalition erschöpft ist, wachsen die Probleme. Statt den Raubbau an der Umwelt zu stoppen, blockiert sie beim Klimaschutz, würgt die Energiewende ab und verpasst die Chancen auf zukunftsfähige Jobs. Sie ruht sich auf der derzeit guten Wirtschaftslage aus, statt sie für den sozialen Zusammenhalt und mehr Chancengleichheit zu nutzen. Nach einem Jahr Willkommenskultur gibt sie zunehmend rechten Stimmungen nach. Auf neue Bedrohungen reagiert sie mit immer schärferen Gesetzen, anstatt mit kühlem Kopf gezielt Probleme zu lösen. Mit einer einseitigen Sparpolitik hat sie die Gräben in der EU vertieft. Mit ihrer Politik setzt sie eine gute Zukunft aufs Spiel.

Die Große Koalition lähmt unser Land und stärkt vor allem den rechten Rand im politischen Spektrum unserer Gesellschaft. In Großbritannien hat solch eine Stimmung das Land aus der EU herausgesprengt und in den USA einen gefährlichen Narzissten an die Macht gebracht. Damit es bei uns nicht auch so weit kommt, braucht es jetzt echte politische Alternativen und eine neue, positive Dynamik.

Es gibt guten Grund für Mut und Zuversicht. Millionen Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen Jahren ehrenamtlich geholfen, Menschen auf der Flucht Schutz und eine neue Heimat zu bieten. Ihnen gebührt unser ausdrücklicher Dank! Hunderttausende

sind aufgestanden gegen eine neoliberale Handelspolitik, die Profite für Großkonzerne über das Wohl der Menschen und der Umwelt stellt. Überall arbeiten Unternehmer*innen und Forscher*innen an einem besseren Morgen. Eltern rackern sich ab, um ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Künstler*innen und Kreative bereichern unsere lebendige Gesellschaft und kulturelle Vielfalt mit ihren Ideen und durch spannende Innovationen. Viele engagieren sich gegen Diskriminierungen und für gleiche Rechte und Chancen. Diese Menschen sind unser Antrieb. Für sie und mit ihnen wollen und können wir vieles zum Guten bewegen.

Wir wollen Deutschland zum ökologischen Spitzenreiter machen. Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen der Klimakrise spürt – und die letzte, die etwas dagegen tun kann. Deswegen braucht es jetzt ein großes sozial-ökologisches Modernisierungsprojekt. Mit allem, was wir haben, kämpfen wir für Klimaschutz: Erneuerbare Energien werden mit uns günstiger, fossile teurer. So machen wir die Energiewende wieder flott und steigen schnellstmöglich aus der klimaschädlichen Kohle aus, wir fördern das abgasfreie Auto und den umweltfreundlichen Verkehr. Wir gestalten eine innovative Wirtschaft, die mit „Öko – Made in Germany“ Produkte und Dienstleistungen für die Zukunft entwickelt und jede Menge neue Arbeitsplätze schafft – in Deutschland und Europa. Wir machen Schluss mit industrieller Massentierhaltung und landwirtschaftlichen Monokulturen, wir wollen eine Landwirtschaft, die möglichst ohne Gifte auskommt. Mit uns gibt es gutes Essen ohne Gift und Gentechnik.

Wir kämpfen für ein gerechteres Land. Wir wollen, dass jedes Kind die gleichen Chancen hat – gleich welcher Herkunft, welchen Geschlechts oder welcher Hautfarbe. Für uns kommt es nicht darauf an, wo jemand herkommt, sondern wo jemand hin will. Jedes Kind soll in unserem Land seine Talente und Stärken entfalten und seinen Traum verwirklichen können. Sicher werden nicht alle Chefärztin oder Chefarzt, aber alle sollen es werden können. Wir sorgen dafür, dass Eltern mehr Zeit für ihre Kinder haben, dass Kitas und Schulen intakt sind und Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden. Wir finden uns nicht damit ab, dass bei uns, in einem der reichsten Länder der Erde, jedes fünfte Kind in Armut lebt.

Wir wollen ein Netz sozialer Sicherheit, das bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter für alle da ist und vor Armut schützt.

Unsere soziale Sicherung soll so gut sein, dass sie den Menschen auch die Zuversicht gibt, Neues zu wagen, und niemanden ausgrenzt. Selbstbestimmung und ein gutes Leben sind in diesem Land für alle möglich – mit guten Arbeitsbedingungen und einer Politik, die der sozialen Spaltung entgegenwirkt, sodass weniger Menschen in prekären Verhältnissen leben und alle an unserem Gemeinwesen teilhaben können.

Wir kämpfen dafür, dass multinationale Unternehmen ihre Steuern hier zahlen und die Gesellschaft nicht länger um Milliarden prellen, um ihren Vorständen obszöne Gehälter und Abfindungen zu zahlen. Auch trägt das in unserem mittelständisch geprägten Land zu einem fairen Wettbewerb bei, der besonders die Chancen von Gründerinnen und Gründern sowie kleine und mittlere Unternehmen fördert. Wir wollen, dass gesellschaftlicher Reichtum gerecht geteilt wird, damit wir unsere öffentlichen Orte und Institutionen auch gut finanzieren können: Kindergärten, Schulen und Hochschulen, Krankenhäuser und Theater, Straßenbahnen und Busse genauso wie schnelles Internet überall im Land.

Wir streiten für eine Gesellschaft, in der alle frei und sicher leben können. Eine Gesellschaft, in der jeder Mensch glauben kann, was er will, lieben und heiraten kann, wen er will. Eine geschlechtergerechte Gesellschaft, in der Frauen und Mädchen unabhängig und selbstbestimmt leben und teilhaben, zum Beispiel weil Frauen für ihre Arbeit genauso gut bezahlt werden wie Männer. Eine Gesellschaft, in der wir uns vor Terrorismus, rechtsextremer Gewalt und Kriminalität schützen, ohne dabei unsere Freiheit aufzugeben. Wir streiten dafür, dass Deutschland weiterhin Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Gewalt sind, Schutz und Heimat bietet. Weil Deutschland auf Einwanderung angewiesen ist, wollen wir sie transparent und vernünftig regeln. Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, Religion und Kultur bringt uns weiter, aber es verlangt auch allen etwas ab. Deshalb stärken wir das Band, das unsere Gesellschaft eint und zusammenhält. Das Grundgesetz und seine Werte gelten für alle. Keine Toleranz der Intoleranz.

All das erreichen wir nur in einem vereinten Europa. Europa ist ein Ort des Friedens und der Freiheit. Das ist nicht selbstverständlich. Europa ist unsere Heimat und unsere Zukunft. Wir werden es mit aller Kraft gegen Nationalismus verteidigen. Nur wenn wir in

einem vereinten Europa zusammenarbeiten, können wir helfen, die Konflikte in unserer Nachbarschaft zu lösen, Terrorismus, Fluchtursachen, Steuerbetrug und Korruption zu bekämpfen. Wir wollen, dass sich Deutschland und Europa den Problemen der Welt zuwenden und mehr Verantwortung übernehmen, statt sich abzuschotten. Wir setzen uns ein für den Frieden statt Rüstungsspiralen, für die Menschenrechte und eine global gerechte Entwicklung statt Unterdrückung und Ausbeutung.

Globale Verantwortung fängt bei uns zu Hause an. Darum nutzen wir die Gestaltungsmacht Deutschlands als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, um die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen zu erreichen. Damit sollen Umwelt- und Klimaschutz, Frieden und Gerechtigkeit weltweit gefördert, und unsere Art zu leben und zu wirtschaften sozial und ökologisch umgestaltet werden. Nur mit einem solidarischen Europa können wir Mensch und Umwelt besser schützen. Wir brauchen ein vereintes Europa, damit wir Banken und Großkonzerne auf das Gemeinwohl verpflichten und wir dem globalen Kapitalismus wirklich ökologische und soziale Zügel anlegen können, damit die Wirtschaft den Menschen dienen kann. Und mit Ihrer Stimme bei der Bundestagswahl entscheiden Sie auch darüber, wie Deutschland in Europa auftritt und für welche Richtung es steht.

In vielen Landesregierungen und in etlichen Kommunen arbeiten GRÜNE als Minister*innen, Landrät*innen, Bürgermeister*innen oder andere Mandatsträger*innen bereits an der Lösung dieser drängenden Probleme. Dort arbeiten wir bereits jeden Tag und erfolgreich: für eine tier- und umweltfreundliche Agrarpolitik und Klimaschutz, für mutige und innovative Unternehmen, für gute Schulen und Kitas, für gute Integration und die humanitäre Aufnahme von Geflüchteten, für echte Gleichstellung und eine gut ausgestattete und ausgebildete Polizei. Grün wirkt. Doch für viele Veränderungen braucht es auch im Bund eine Regierung mit uns GRÜNEN. Wir wollen die Große Koalition ablösen. In den Ländern stellen wir die Mehrzahl der Umweltministerinnen und -minister. Aber so, wie es für den Atomausstieg einen grünen Bundesumweltminister brauchte, braucht es für die Agrarwende und vieles mehr wieder GRÜNE in der Bundesregierung. Unser Land ökologischer, weltoffener, gerechter machen – das ist unser Anspruch an eine grüne Regierungsbeteiligung. Dafür treten wir an!

Politik ist nicht machtlos. Sie gestaltet unser Zusammenleben. Zukunft wird aus Mut gemacht. Jeden Tag. Es macht einen Unterschied, wer regiert. Deshalb ist Ihre Stimme bei der Wahl entscheidend. Welche Richtung unser Land einschlägt, liegt in unser aller Hand. Wir werden manches ändern, anderes neu denken und voranbringen. Helfen Sie uns zu erhalten, was in unserem Land wertvoll und wichtig ist, und zu verbessern, was besser werden muss.

Es ist nicht immer leicht, die eigenen Ziele zu erreichen. Wir haben das oft genug erlebt. Manchmal braucht es Umwege und Kompromisse. Manchmal braucht es Widerstand und Kontroverse. Wir wissen auch nicht für alles schon die Lösung. Die Ziele sind für uns jedoch klar. Wir beschreiben sie Ihnen mit diesem Programm.

Unsere Ziele weisen einen Weg in eine ökologische, friedliche, vielfältige, weltoffene und gerechte Zukunft. In eine gute Zukunft für uns, unsere Kinder, unsere europäischen Nachbarinnen und Nachbarn und für Menschen anderswo in der Welt. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen! Stimmen Sie am 24. September 2017 für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!

B. UMWELT IM KOPF

Das Klimaabkommen von Paris ist ein Meilenstein für die Rettung unseres Planeten. Wir haben das Wissen, die Technik und den Erfinder*innengeist, um die Klimakatastrophe noch abzuwenden. Wir stehen deshalb jetzt vor einer Entscheidung, die unser Leben und das Leben unserer Kinder prägen wird. Kämpfen wir für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen oder sägen wir weiter an dem Ast, auf dem wir sitzen? Setzen wir auf dreckige Kohle wie Union und SPD oder auf schmutziges Öl wie Trump und Putin? Oder brechen wir auf in ein neues, grünes Zeitalter?

Wir wollen anpacken: Denn Hochwasser, Dürren und das Ansteigen des Meeresspiegels sind keine fernen Bedrohungen mehr. Sie finden statt. Täglich. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird es auf der Erde bis zum Ende des Jahrhunderts um etwa weitere vier Grad wärmer. Wir sind dabei, mit unserer Art zu wirtschaften und zu konsumieren unsere Lebensräume zu zerstören – von den Regenwäldern über unser Grundwasser und unsere Böden bis hin zu den Weltmeeren. Und wir verursachen ein neues Artensterben, das unsere Umwelt ärmer und zerbrechlicher macht.

Die Folgen wären Hunger, Armut und Konflikte um knapper werdende Ressourcen, wie zum Beispiel Wasser. Die Kriege und Fluchtbewegungen der vergangenen Jahre wären nur ein laues Lüftchen gegenüber dem Sturm, der kommenden Generationen drohte. Uns geht es darum zu verhindern, dass blinder Wachstumsglaube und ungebremstes Profitstreben unseren einzigartigen Planeten zerstören. Wir wollen dafür eine Wirtschaft, die mit der Umwelt statt gegen sie arbeitet, die nachhaltigen Wohlstand für alle ermöglicht. Frieden, Sicherheit und ein gutes Leben für alle können wir in Zukunft erreichen, wenn wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen, statt sie weiter zu zerstören.

Wenn wir jetzt entschlossen handeln, ist das gleichzeitig auch eine große Chance und der richtige Weg für unser Land in eine lebenswerte Zukunft, die Wohlstand und Sicherheit für alle schafft.

Auf diesen Weg haben sich längst viele Menschen und Unternehmen gemacht. Und schon einiges erreicht. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten Wälder geschützt, Abgase und Schadstoff-

belastungen reduziert und wertvolle Arten gerettet. Bürger*innen schließen sich zusammen und erzeugen Strom durch Wind, Sonne und Wasser, Ingenieur*innen tüfteln an immer besseren Elektrofahrzeugen, E-Autos und Lkw mit erneuerbaren Antrieben. Architekt*innen und Bauarbeiter*innen bauen Häuser, die mehr Energie erzeugen, als sie verbrauchen. Es sind viele, die davon profitieren: Hunderttausende, die ihr Geld mit erneuerbaren Energien verdienen – von Stahlarbeiter*innen bis zu Installateur*innen. Genauso ganze Wirtschaftszweige, die mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben und schon heute die Märkte von morgen erschließen.

Wir werden jetzt die nächsten Schritte der ökologischen Modernisierung gehen. Wir machen eine Wirtschaftspolitik mit ehrgeizigen Zielen, die den Unternehmen zwar etwas zumutet, aber gerade durch Innovationen neue Möglichkeiten eröffnet, Planungssicherheit schafft und neues Wissen und neue Technologien fördert. Wir wollen einen fairen Wettbewerb, der die Folgekosten umweltschädlichen Handelns nicht weiter der Allgemeinheit aufbürdet. Das bedeutet: Die Unternehmen, die den Weg in die ökologische Erneuerung gehen, unterstützen wir. Wir werden aber auch weiterhin mit den Lobbyverbänden und den Unternehmen den Konflikt austragen, die ihre Geschäftsinteressen ohne Rücksicht auf die Umwelt verfolgen. Freiwillige Selbstverpflichtungen helfen da wenig weiter. Wir werden alles dafür tun, dass Umweltrecht konsequent umgesetzt wird und Bürger*innen sich ohne Hürden in Verfahren einbringen und auch klagen können.

Wir werden unsere Wirtschaft, unseren Verkehr sowie unsere Energie- und Lebensmittelproduktion konsequent auf grünes Wirtschaften und grüne Technologien umstellen. Mit einem konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien, dem Kohleausstieg und dem Umstieg auf Elektromobilität. Mit dem Ausstieg aus der industriellen Massentierhaltung und der Förderung einer menschen-, umwelt- und tiergerechten Landwirtschaft.

Klima- und Umweltpolitik sind auch eine Frage der Gerechtigkeit. Gerade diejenigen, die wenig haben, leben in Vierteln mit hoher Luftverschmutzung oder großer Lärmbelastung. Global sind es die Ärmsten, vor allem Frauen und Kinder, die von der Umweltzerstörung besonders betroffen sind – obwohl sie am wenigsten dazu beitragen oder an den Entscheidungen beteiligt sind. Die Kleinbäuerinnen und -bauern in Afrika, deren Land verdorrt, das

Waisenkind, das auf hochgiftigen Deponien im Elektroschrott der Industrieländer wühlt: Dagegen tun wir etwas: Wir recyceln unsere Rohstoffe, beenden die schädlichen Subventionen für die Agrarindustrie, die zum Billigexport von europäischen Lebensmitteln in alle Welt führen, und stoppen die Überfischung vor Afrikas Küsten.

Wir sorgen dafür, dass es bei Umwelt- und Klimaschutz gerecht zugeht. Wo Jobs, zum Beispiel in der Kohleindustrie, verloren gehen, kümmern wir uns schon heute um gute soziale Absicherung und neue Jobperspektiven. Wo Preise endlich die ökologische Wahrheit sagen, sorgen wir mit besseren Löhnen und angemessenen Sozialleistungen dafür, dass die Preise auch von allen bezahlt werden können.

Um eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder zu ermöglichen, werden wir unsere Art zu leben und zu wirtschaften so verändern, dass wir die ökologischen Grenzen unseres Planeten respektieren. Ökologische Politik bedeutet für uns Gemeinwohlorientierung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Teilhabe und Verantwortung für kommende Generationen zu fördern. All das ist es, was wir mit der sozial-ökologischen Transformation angehen wollen.

Der Schutz unserer Lebensgrundlagen ist unsere gemeinsame Herausforderung. Zugleich schafft die ökologische Modernisierung einmalige Chancen: auf sauberes Wasser und Luft, auf gesundes Essen, auf unzerstörte Naturlandschaften, auf mehr Lebensqualität und weniger Lärm, auf neue Jobs und Innovationen, auf ein gutes und friedliches Leben auf unserem blauen Planeten.

I. WIR ERHALTEN UNSERE NATUR

Der Mensch ist auf sauberes Wasser, gesunde Böden und gute Luft angewiesen. Nur dann können alle frei, unbesorgt und gesund leben, können gestalten und genießen. Natur und Umwelt zu schützen heißt, die Grundlagen unseres Lebens zu schützen. Doch wir Menschen setzen die planetaren Grenzen mit unserer Art zu wirtschaften und zu konsumieren mehr und mehr aufs Spiel. Der zukunftsvergessene Umgang mit der Natur und ihren Schätzen fällt am Ende auf uns selbst zurück. Das Quecksilber, das die Kohlekraftwerke in die Luft pusten, der Plastikmüll, den wir in Flüssen und Meeren „entsorgen“, die Pestizide und Arzneimittelrückstände, mit denen wir unsere Böden und Gewässer belasten – all das löst sich nicht einfach auf. Es gelangt in unser Trinkwasser, in unsere Atemluft und in unser Essen. Es ist allerhöchste Zeit, das zu beenden. In einigen Bereichen haben wir heute schon längst die Belastungsgrenze unseres Planeten überschritten.

Darum stellen wir GRÜNE die Umwelt und den Erhalt unserer Lebensgrundlage in das Zentrum unserer Politik. Wer die Umwelt schützt, kämpft für eine lebenswerte und gerechte Welt für alle. Wir GRÜNE wollen unser Naturerbe, die biologische Vielfalt der Erde, bewahren. Wir wollen das Verramschen unserer Umwelt beenden. Wir wollen saubere Flüsse und Seen, ohne Gülle, Medikamentenrückstände und Mikroplastik. Wir wollen Felder und Wiesen, auf denen Insekten und Vögel einen Lebensraum finden. Unser Ziel ist es, eine lebenswerte Welt auch für unsere Kinder und die kommenden Generationen zu erhalten. Dafür streiten wir mit Leidenschaft.

1. Kein Leben ohne Wasser

Wasser ist die Wiege allen Lebens und unser Lebensmittel Nummer eins. Wir müssen es daher vor Verschmutzung schützen und endlich auch in Deutschland überall einen guten ökologischen Zustand der Gewässer erreichen. Zusätzliche Risiken wollen wir ausschließen.

Darum lehnen wir Fracking nachdrücklich ab. Trinkwasser, Umwelt und Gesundheit zu gefährden und Erdbeben zu riskieren, nur um so auch noch den letzten Rest Erdgas und Öl aus dem Boden zu pressen, ist unverantwortlich. Auch müssen die bereits nachgewiesenen Probleme mit Lagerstättenwasser, aber auch Methanemissionen bei der Öl- und Gasförderung beseitigt und keine neuen, unabsehbaren Gefahren befördert werden.

Diesen vorsorgenden Blick nehmen wir auch beim Hochwasserschutz ein. Wir beugen vor, indem wir Bächen und Flüssen Raum geben, sich wieder naturnah zu entwickeln. Wir verlegen Deiche zurück und weisen Überschwemmungsgebiete aus. So schützen wir Bürger*innen und Unternehmen vor Schäden durch Hochwasser und fördern eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt, die in ausgedehnten Flussauen wichtige Lebensräume findet. Wir werden Hochwasserschutzstrategien für ganze Fließgewässersysteme zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels entwickeln und so vermeiden, dass Schutzmaßnahmen in einer Region beim folgenden Hochwasser zusätzliche Schäden in einer anderen Region verursachen. Flussvertiefungen wie an Elbe und Weser lehnen wir ab.

Um unser Grundwasser, unsere Flüsse und Seen vor dem übermäßigen Eintrag von Nähr- und Schadstoffen zu schützen, werden wir die Güllemassen aus der industriellen Landwirtschaft eindämmen. Wir wollen unser Wasser besser und wirksamer vor Rückständen und Schadstoffen, die bei Menschen und Tieren hormonverändernde Wirkung bis zur Unfruchtbarkeit zeigen oder krebserregend sind, schützen. Dadurch werden erhebliche zusätzliche Kosten bei der Trinkwassergewinnung vermieden. Über die Flüsse gelangen Müll und Schadstoffe auch in die Meere, wo sie großen Schaden anrichten. Medikamentenrückstände, hormonwirksame Stoffe und Schwermetalle reichern sich in der Nahrungskette an.

Nitrat und Phosphat aus der Landwirtschaft befeuern die Algenblüte und schaffen Todeszonen in den Meeren und in den heimischen Gewässern. Acht Millionen Tonnen Plastik landen jedes Jahr in unseren Ozeanen. Wir akzeptieren nicht, dass die Meere ein Raum ohne Leben werden, in dem es mehr Plastik als Fische gibt, dies würde auch unsere Existenz gefährden. Deshalb wollen wir Schluss machen mit dem Eintrag von Plastik in Gewässer und Umwelt. Dafür stärken wir national Abfallvermeidung, das Recycling, die Einführung von Mehrwegsystemen wie etwa bei To-go-Bechern und die

Entwicklung abbaubarer Kunststoffe. Ebenso gilt es, den Eintrag von Mikroplastik vor allem ins Wasser einzudämmen. So hat dies etwa in Kosmetika nichts zu suchen; zugleich braucht es in Klärwerken Filterstufen zur Entfernung von Plastikpartikeln.

Das Leben in den Meeren steht auch durch zweifelhafte Fischereipraktiken, wie den Einsatz von Grundschleppnetzen, und zu hohe Fischereiquoten massiv unter Druck. Nach wie vor fischen europäische Trawler die Meere vor Afrikas Küsten leer und gefährden damit nicht nur das Meeresökosystem, sie nehmen auch den Fischer*innen vor Ort ihre Lebensgrundlage. Darum wollen wir die Überkapazitäten der europäischen Fangflotte abbauen und alle Fischereiabkommen ökologisch und sozial verträglich gestalten. Nutzungsfreie Meeresschutzgebiete sollen dafür sorgen, dass sich das Ökosystem Meer erholen kann, auch in Nord- und Ostsee. Kurzfristig müssen Naturschutzgebiete frei von Grundschleppnetzen und Stellnetzen sein, die den Meeresboden umpflügen und Schweinswale beziehungsweise Seevögel ersticken und ertrinken lassen. Mittelfristig dürfen in der gesamten Ost- und Nordsee nur noch alternative Fischfangmethoden zum Einsatz kommen, um die Fischerei in Einklang mit der Meeresumwelt zu bringen. An den Küsten Deutschlands wird derzeit noch mitten im Nationalpark und UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer unter Gefährdung der Artenvielfalt nach Öl gebohrt. Das wollen wir beenden. Dank der GRÜNEN in Schleswig-Holstein wurden bereits Erkundungsbohrungen im Nationalpark Wattenmeer verhindert.

2. Saubere Luft und gesunder Boden

Jedes Jahr sterben weltweit zehntausende Menschen, weil Stickoxide und Feinstaub die Luft verpesten und zu Lungen- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen führen. Auch wenn sich bei uns der Himmel über den Städten nicht gelb einfärbt wie in vielen Städten Asiens, ist auch bei uns der Kampf für saubere Luft längst noch nicht gewonnen. Jährliche Messungen zeigen, dass vielerorts Grenzwerte bei Feinstaub und Stickoxiden überschritten werden. Hauptursache sind Millionen von Dieselautos, die infolge der Tricks und Manipulationen der Autoindustrie die Grenzwerte im Alltagsbetrieb oft um ein Vielfaches überschreiten. Wir wollen, dass die betroffenen

Autos so schnell wie möglich auf Kosten der Hersteller nachgerüstet werden, damit die Halter*innen nicht die Leidtragenden von Fahrverboten sind, die die Bundesregierung mit ihrer Untätigkeit zu verantworten hat. Um die Menschen zu schützen und die Schadstoffbelastung der Atemluft zu verringern, wollen wir eine blaue Plakette einführen, emissionsfreie Mobilität fördern, einen Großteil der Beförderungsleistung auf den ÖPNV und das Rad verschieben, die notwendige Nachrüstung von Baumaschinen, Dieselloks et cetera fördern und so die Einhaltung strenger Luftreinholdungsnormen sicherstellen. Nur so kann es gelingen, die Luft in unseren Städten sauber zu bekommen. Mit verbindlichen Grenzwerten für Innenraumluft werden wir zudem die gesundheitliche Belastung in Wohnungen und Büros etwa durch Emissionen aus Laserdruckern oder Kopierern reduzieren. Um Betroffene nicht weiter mit den gesundheitlichen und finanziellen Folgen belasteter Wohn- und Arbeitsräume alleinzulassen, wollen wir anlassbezogene Luftschadstoffmessungen für Innenräume und Schadstoffsanierungen im Gebäudebestand fördern.

Auch unsere Böden sind in Gefahr und brauchen dringend Schutz. Immer mehr landwirtschaftliche und naturnahe Flächen in Deutschland werden zubetoniert. Die Industrialisierung der Landwirtschaft überlastet unsere Böden mit Gülle und Pestiziden, entwässert und verdichtet sie. So können sie ihre wichtige Funktion für einen funktionierenden Naturhaushalt und als Kohlenstoffspeicher nicht erfüllen.

Wir streben das Null-Hektar-Ziel an: Künftig sollen nicht mehr Flächen in Anspruch genommen werden, als an anderer Stelle wieder freigelegt werden. So stoppen wir den Flächenfraß. Dazu führen wir einen Mix an Instrumenten ein, um den Flächenverbrauch schrittweise zu reduzieren und langfristig zu stoppen. Hektarweise liegen alte Industrie- und Brachflächen brach, die man wieder nutzen kann. So ermöglichen wir wirtschaftliche Entwicklung, ohne dabei grüne Wiesen einzuebennen. Wir streben in Abstimmung mit den Ländern eine Sanierung aller Altlasten bis zum Jahr 2050 an und wollen gerade die Kommunen dabei unterstützen, alte, versiegelte Industrie- und Brachflächen zu reaktivieren.

3. Wir schützen Pflanzen und Tiere

Das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, die Bedrohung der gesamten biologischen Vielfalt, hat unabsehbare Konsequenzen für das ökologische Gleichgewicht der Erde. Der Schutz der biologischen Vielfalt ist bei uns genauso wichtig wie in den tropischen Regenwäldern oder in der Arktis. Jede dritte Art ist in Deutschland vom Aussterben bedroht.

Zu den Hauptgründen zählt die industrielle Landwirtschaft mit ihren Pestiziden und Monokulturen. Heute kann man von Flensburg nach Freiburg fahren, ohne immer wieder die Frontscheibe seines Autos von Insekten reinigen zu müssen. Das ist keine gute Nachricht. Denn „Pflanzenschutz“ heißt in der industriellen Landwirtschaft heute vor allem Insektenvernichtung. In den vergangenen Jahren hat die Zahl der fliegenden Insekten um 80 Prozent abgenommen. Damit wird die Nahrungskette schon zu Beginn durchtrennt: Findet die Schwalbe keine Mücke, sind auch ihre Tage gezählt. So löschen wir die „Festplatte“ unserer Natur jeden Tag ein Stück mehr und hinterlassen biologische Einöde statt blühender Landschaften. Auch unsere Ernährung hängt von funktionierenden Ökosystemen ab: Ohne die Bestäubungsleistung der Bienen sähen unsere Supermarktregale ganz schön leer aus.

Wir GRÜNE setzen auf konsequenten Natur- und Artenschutz. Damit erhalten wir nicht nur die natürliche Vielfalt und Schönheit der Landschaft, eine intakte Natur leistet auch unbezahlbare Dienste, zum Beispiel im Wasser-, Boden- und Luftschutz, und stellt wichtige Grundstoffe für unzählige Produkte, etwa in der Chemie und Medizin, zur Verfügung. Das gilt insbesondere für den Wald, dem auf einem Drittel der Fläche Deutschlands eine besondere Rolle für den Klima- und Artenschutz zufällt. Um die biologische Vielfalt zu schützen, werden wir dafür sorgen, dass die bestehende Gesetzgebung im Naturschutzbereich konsequent umgesetzt und wo nötig an die Erfordernisse des Naturschutzes angepasst wird. Weiterhin werden wir internationale Konventionen wie das Übereinkommen über die biologische Vielfalt umsetzen.

Immer neue Gewerbegebiete, Straßen und Siedlungen planieren die Natur zu und zerstören die letzten wilden Lebensräume für viele Tiere und Pflanzen. Wir GRÜNE wollen stattdessen Wildnis zulassen. Neben traditionellen artenreichen Kulturlandschaften wie zum

Beispiel Heide oder den bunten Orchideenwiesen, die auf eine extensive Bewirtschaftung angewiesen sind, schützen wir Wälder, damit sie sich wieder zu Urwäldern entwickeln können, ebenso wie Moore und Auen. So wie in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, wo unsere Landesregierungen zwei neue Nationalparks erkämpft haben.

Für unseren Siedlungs- und Infrastrukturbedarf kann durch Umnutzung und Nachverdichtung ausreichend Platz gefunden werden. Wir unterstützen die Einrichtung von weiteren Nationalparks und eine Ausweitung des Grünen Bandes. Natur hat für uns auch dann einen Wert, wenn dieser nicht in Euro und Cent ausgedrückt werden kann. Die Praxis der Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft soll sich künftig am Schutz der biologischen Vielfalt ausrichten. Deshalb wollen wir unter anderem den Naturschutz im Waldgesetz verankern und naturnahe Waldbewirtschaftung unterstützen. Bei Eingriffen in die Natur werden wir die Ausgleichsregelungen so gestalten, dass stets der größte Nutzen für die Natur und den Naturschutz erreicht wird.

4. Ressourcen schonen – Vom Müllberg zum Kreislauf

Stetig steigt die Müllflut. Viele Produkte wie Plastiktüten und Einweg-Kaffeebecher werden nur kurz genutzt und dann weggeworfen. Einige Hersteller gestalten ihre Produkte so, dass sie nicht reparierbar sind. Damit schaden sie der Umwelt und den Verbraucher*innen. Wir wollen längere Lebensdauern von Produkten fördern und dadurch zu einer Schonung von Ressourcen beitragen.

Ökologisch vorteilhafte Pfandsysteme werden von Getränkeindustrie und -handel mit Unterstützung der Bundesregierung gezielt unterlaufen. Wir GRÜNE wollen, dass unsere Ressourcen geschützt werden, so werden wir unter anderem dafür sorgen, dass Plastikeinwegflaschen durch Mehrweg ersetzt werden. Mit einer Ressourcenabgabe auf Produkte setzen wir einen Anreiz für Ressourcenschutz und Effizienzmaßnahmen. Alle, die Ressourcen nutzen, sollen für die ökologischen und sozialen Kosten ihrer Gewinnung bezahlen und die Förderung einer echten Kreislaufwirtschaft mitfinanzieren. Auch heute noch wird Abfall nicht ausreichend in den Kreislauf zurückgeführt. Mit einem Wertstoffgesetz, das anspruchsvolle Ver-

wertungsquoten festschreibt, machen wir Haus- und Gewerbemüll zu einer Quelle für Neues. Dabei sehen wir die Verantwortung für die Abfallsammlung bei den Kommunen.

Wir wollen eine Kreislaufwirtschaft, die mit neuen Produkten neue Märkte erschließt und neue Arbeitsplätze schafft und zugleich unseren Rohstoffverbrauch entscheidend verringert. Denn eine andere Ressourcenpolitik ist nicht nur ökologisch notwendig. Sie trägt auch dazu bei, den Wettlauf um immer knapper werdende Ressourcen, der mit Menschenrechtsverletzungen und kriegerischen Konflikten einhergeht, einzudämmen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Für sauberes Wasser ohne Gift und Plastik

Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Damit unsere Gewässer einen guten ökologischen Zustand erreichen, richten wir das Düngegesetz an ihrem Schutz aus. Wir machen uns für eine internationale Plastikkonvention zur Verringerung von Plastikmüll stark, fördern innovative Projekte zur Abfallvermeidung und zeigen dem unnötigen Einsatz von Mikroplastik in Kosmetikprodukten die Rote Karte. Hersteller von problematischen Medikamenten, Chemikalien und umweltschädlichen Pestiziden wollen wir mit in die Verantwortung nehmen, die Schäden zu beseitigen.

Saubere Luft in Städten

Um die Luft in Städten sauberer zu machen und Fahrverbote zu vermeiden, wollen wir, dass alle manipulierten Autos auf Kosten der Autoindustrie so umgerüstet werden, dass sie die Grenzwerte auch im Realbetrieb einhalten. Für die Folgeerkrankungen sollen die Hersteller Verantwortung übernehmen, die Kosten sollen nicht immer auf die Gesellschaft abgewälzt werden. Mit der blauen Plakette sollen Kommunen die Möglichkeit bekommen, die Mobilität zum Schutz der Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger zu steuern. Wir wollen neben dem öffentlichen Ver-

kehr sowie dem Radverkehr emissionsfreie Mobilität besonders bei Fahrzeugen fördern, die viel in Innenstädten unterwegs sind.

Artenvielfalt schützen

Das große Artensterben ist neben der Klimakrise die zweite existenzielle Bedrohung für unsere globalen Ökosysteme und damit auch für uns Menschen. Wir wollen unsere Natur und unseren Artenreichtum schützen. Dazu werden wir den Naturschutz übergreifend in allen Politikbereichen verankern sowie finanziell und personell angemessen ausstatten. In Naturschutzgebieten sollen die Ziele des Naturschutzes Vorrang vor allen anderen Nutzungen haben. Den Biotopverbund wollen wir bundesweit ausbauen und Schutzgebiete ambitioniert umsetzen und managen und großflächige Wildnisgebiete aus der Nutzung nehmen. Einer der größten Artenkiller ist die industrialisierte Landwirtschaft, besonders der flächendeckende massive Einsatz von Gülle und Pestiziden. Wir werden deshalb Sofortmaßnahmen ergreifen, um die flächendeckende Vergiftung und Überdüngung unserer Landschaft einzudämmen, auf eine Reform der EU-Agrarpolitik im Einklang mit der Natur drängen und einen eigenen Naturschutzfonds fordern.

II. WIR SORGEN FÜR GESUNDE LEBENSMITTEL UND BEENDEN TIERLEID

Unser Ziel ist eine vielfältige Landwirtschaft, die ohne Gift, Gentechnik und Tierleid gesundes Essen für alle erzeugt. Eine Landwirtschaft, in der die Leistungen unserer Landwirt*innen gewürdigt werden und die ihnen ein gutes Auskommen verschafft. Die unsere Versorgung mit gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln sichert und auf gute Produkte für den Wochenmarkt statt auf Massenproduktion für den Weltmarkt setzt. Die unserem Klima nützt, statt ihm zu schaden. Die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie. Eine Landwirtschaft, die die Würde von Tieren achtet, statt sie beispielsweise durch Amputationen an die Industriehaltung anzupassen. Und eine Agrarpolitik, die für faire Entwicklungschancen sorgt, damit Kleinbäuerinnen und -bauern weltweit nicht mit hochsubventionierten europäischen Agrarfabriken und deren Abfällen konkurrieren müssen.

Viele Bäuerinnen und Bauern haben sich bereits mit uns auf den Weg gemacht hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft. Sie bewirtschaften Flächen, reich an Streuobstwiesen, Hecken, bunten Wiesen und Weiden. Doch leider sieht es oft auch ganz anders aus: industrielle Massentierhaltung, zu viel Gülle auf den Feldern, Glyphosat und Gifte für Bienen und andere Insekten. Für uns steht fest: Die industrielle Agrarwirtschaft ist eine Sackgasse. Außer der Agroindustrie kennt sie nur Verlierer*innen. Diese Art der Agrarwirtschaft vernichtet ihre eigene Grundlage durch großflächige Monokulturen auf den Äckern und die Beschränkung auf wenige Hochleistungsterrassen. Auch für den Boden- und Hochwasserschutz hat diese Art der Agrarwirtschaft fatale Folgen. Eine solche Landwirtschaft richtet unsere Naturräume zugrunde und ist so zum größten Naturkiller unserer Zeit geworden. Zudem müssen viele Landwirt*innen aufgrund des wirtschaftlichen Drucks ihre Höfe aufgeben. Sie ist weder gut für die Verbraucher*innen noch für die Bäuer*innen.

Unsere Landwirt*innen leisten viel. Sie arbeiten hart und versorgen uns zuverlässig mit Lebensmitteln. Deshalb wollen wir für landwirtschaftliche Betriebe eine sichere Zukunft schaffen. Doch

anders, als es die Agrarindustrie uns glauben machen will, gelingt das besser ohne Gentechnik, Ackergift und Qualzucht. All das spricht dafür, die Agrarwende so schnell wie möglich durchzusetzen – immer mehr Landwirt*innen und Verbraucher*innen sind dabei auf unserer Seite. In den Ländern zeigen wir, dass es zusammen geht. Solange bundesgesetzliche Regelungen nicht greifen, unterstützt zum Beispiel Niedersachsen auf Initiative der GRÜNEN die Bäuerinnen und Bauern finanziell, die ihren Schweinen nicht die Ringelschwänze abschneiden. Und damit Milchbäuerinnen und -bauern wirtschaftlich überleben können, kämpfen unsere Landwirtschaftsminister*innen in den Ländern für einen fairen Milchpreis.

Der ökologische Landbau bleibt unser Leitbild. Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass der Ökolandbau in den nächsten sieben Jahren mit einer Milliarde Euro gefördert wird. Aber auch für die konventionelle Landwirtschaft gilt: Die landwirtschaftliche Produktion muss auf der gesamten Fläche umweltverträglicher werden. Wir wollen Bäuerinnen und Bauern den Weg ebnen, dass auch die Landwirtschaft ihre Klimaverpflichtungen erfüllt und bis 2050 von der industriellen Landwirtschaft auf eine klimaneutrale, ökologische Landwirtschaft umstellt. Wir werden bäuerliche Betriebe unterstützen und Existenzgründer*innen fördern, die im Einklang mit der Natur produzieren und unsere gewachsenen Kulturlandschaften – von den Knicks in Schleswig-Holstein bis zur Almbewirtschaftung in Bayern – bewahren.

1. Raus aus der industriellen Massentierhaltung

Wir GRÜNE wollen die Art und Weise, wie wir unser Essen produzieren, verändern. Unter den Bedingungen der heutigen Nutztierhaltung leiden in erster Linie die Tiere. Für uns steht fest: Die Zustände der Agrarindustrie sind einer modernen Gesellschaft unwürdig. Deshalb fordern wir radikale Änderungen in der Tierhaltung. Bei unserem Einsatz für eine zukunftsfähige Landwirtschaft wissen wir uns unterstützt von vielen Verbraucher*innen, die möglichst gut und gesund essen wollen. Sie verstehen nicht, warum der Exportweltmeister Deutschland ausgerechnet bei der Versorgung mit Biolebensmitteln auf Importe angewiesen ist. Und warum regionale Produkte im Handel Mangelware sind.

Am schlimmsten ist die Entwicklung bei der industriellen Massentierhaltung aus dem Ruder gelaufen. Die wachsenden Fleischexporte führen zu traurigen Rekordzahlen in den Schlachthöfen, wo prekäre Beschäftigungsbedingungen oftmals den Arbeitsalltag prägen. Zusammen mit der Mehrheit der Bürger*innen und vielen Landwirt*innen wollen wir es nicht akzeptieren, dass gequälte Tiere zusammengepfercht vor sich hin vegetieren und Schmerzen leiden müssen, ohne je die Sonne zu sehen.

Wir wollen, dass die Tiere ein besseres Leben haben: mehr Platz in den Ställen, Zugang zu frischer Luft und Tageslicht, kein Küenschreddern, keine Amputationen und Qualzuchten, tiergerechte Fütterung und deutlich weniger Antibiotika. Tierschutz schützt auch unsere Gesundheit. Mit der Eindämmung des Antibiotikaeinsatzes in der Landwirtschaft reduzieren wir auch die Gefahr multiresistenter Bakterien. Gute Arbeitsbedingungen und das Wohl der Tiere müssen im Vordergrund stehen – von der Aufzucht und der Haltung über den Transport bis zur Schlachtung. Wir wollen kleine regionale Schlachthöfe und mobile Schlachteinrichtungen fördern, die Tiertransporte entbehrlich machen und Wege verkürzen. Wir wollen die industrielle Massentierhaltung in den nächsten 20 Jahren beenden. Das fördern wir mit einem Pakt für faire Tierhaltung, damit sich tier- und umweltgerechte Haltung auch wirtschaftlich rechnet. Auch aus Klimaschutzgründen ist der Rückgang des Konsums tierischer Lebensmittel eine gute Entwicklung.

In Schulen und Ausbildung sollen die globalen Folgen unserer Lebensmittelproduktion thematisiert und verdeutlicht werden. Kommunen sollen mitentscheiden können, ob Tierhaltungsanlagen auf ihrem Gemeindegebiet entstehen. Zur Haltung unserer Nutztiere existieren häufig keine oder unzureichende Gesetze. Deshalb ist es unser Ziel, die Haltung aller Nutztiere in einer entsprechenden Verordnung zu regeln. Zudem müssen die Informationen über Tierhaltung viel transparenter und zugänglicher gemacht werden. Dazu gehört es neben der Freiheit von Krankheiten und Verletzungen auch, das Wohl der Tiere zu beurteilen. Nur so können Verbraucher*innen wirklich eine Entscheidung darüber fällen, welches Fleisch sie essen wollen.

2. Für eine Landwirtschaft ohne Gift

Der massive Einsatz von umweltschädlichen Pestiziden hat verheerende Folgen für den Artenreichtum und den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit. Wir GRÜNE wollen eine Lebensmittelproduktion, an der die Bäuerinnen und Bauern verdienen und nicht die chemische Industrie. Darum beenden wir den Einsatz von besonders schädlichen und gesundheitsgefährdenden Stoffen wie Glyphosat und Neonicotinoiden. Hier nehmen wir besonders die großen Agrar- und Chemiekonzerne in die Pflicht. Wir unterstützen die Bäuerinnen und Bauern dabei pestizidfrei zu wirtschaften. Dazu legen wir ein Programm auf, das den Pestizideinsatz eindämmt, und eine Pestizidabgabe enthält. Damit stärken wir die Forschung bezüglich der Wirkungen von Pestiziden auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit. Die Zulassung neuer chemischer Wirkstoffe in der EU wollen wir einschränken und aus dem Einflussbereich der Hersteller herausholen. Nur was wirklich unbedenklich ist, darf auf den Markt gelangen.

Ein solcher Nachweis wird für gentechnisch veränderte Organismen jedoch bis heute nicht erbracht. Genfood und Biopatente braucht kein Mensch. Wir halten an unserem Standpunkt fest: Pflanzen aus den Laboren der Agroindustrie haben auf unseren Äckern in Deutschland und Europa nichts verloren.

Wir werden ein Gentechnikgesetz auflegen, das unsere Äcker und unsere Teller frei von Gentechnik hält, auch wenn sie sich als „neu“ tarnt. Und wir setzen uns dafür ein, dass die Verbraucher*innen dank einer umfassenden Kennzeichnung auch erkennen können, wenn ihr Fleisch, ihre Milch oder ihre Eier mithilfe von Futtermitteln aus genetisch veränderten Pflanzen produziert wurden.

Digitalisierung in der Landwirtschaft kann einen wichtigen Beitrag leisten, um ressourcenschonender, effizienter und tierwohlgerechter produzieren zu können. Mit diesem Ziel unterstützen wir auch die Forschung zum „Smart Farming“.

3. Klare Kennzeichnung

Unsere wichtigsten Verbündeten auf dem Weg zu einer nachhaltigen Landwirtschaft sind die Verbraucher*innen. Doch die Lebensmittelindustrie macht es ihnen schwer, eine bewusste Kaufentscheidung

zu treffen. Wir GRÜNE wollen, dass die Lebensmittelverpackung sagt, was in ihr steckt. Darum werden wir eine eindeutige Kennzeichnung von Fleisch einführen, die deutlich macht, wie die Tiere gehalten wurden – so wie bei der Kennzeichnung von Eiern. Und wir führen die Kennzeichnung auch für verarbeitete Produkte ein. Dann können Konsument*innen beim Einkaufen sich bewusst für tier- und umweltfreundlich hergestellte Lebensmittel entscheiden.

Wir wollen, dass genießbare Lebensmittel auf dem Teller landen und nicht in der Tonne. Wir wollen verbindliche Reduktionsziele bei der Lebensmittelverschwendung. Um diese Ziele zu erreichen, sind alle gefragt: vom Handel über die Industrie und Gastronomie bis zu den Verbraucher*innen. Deshalb wollen wir Supermärkte ab einer gewissen Größe dazu verpflichten, nicht verkaufte, aber noch gute Lebensmittel kostenlos zur Verfügung zu stellen. Dieses Angebot soll für alle Menschen offen sein. Dabei soll sichergestellt werden, dass dies nicht zur Müllentsorgung missbraucht wird. Menschen, die Lebensmittel aus dem Müll retten, sollen nicht bestraft werden (→ Kapitel: Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark, S. 157).

4. Mehr Geld für grüne Landwirtschaft

Wir GRÜNE wissen: Der Umbau zu einer tier- und umweltfreundlichen Landwirtschaft kostet zunächst einmal Geld. Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass eine andere Form der Landwirtschaft für unsere Gesellschaft im Gesamten günstiger ist.

Wir wollen mit den Bäuerinnen und Bauern zusammenarbeiten, die sich mit uns auf den Weg machen. Wir wollen, dass sie wieder von ihrer Arbeit leben können, auch durch die Förderung bereits etablierter, rein pflanzlicher Landwirtschaft. Die notwendigen Gelder mobilisieren wir durch eine Umschichtung der europäischen Agrarmittel: Über 60 Milliarden Euro gibt die Europäische Union für die Unterstützung ihrer Landwirt*innen aus, sechs Milliarden davon gehen direkt nach Deutschland. Aber bisher wird nur der Besitz von Fläche belohnt, unabhängig davon, wie sie bewirtschaftet wird. Deshalb erhalten nur 20 Prozent der Betriebe 80 Prozent der Mittel. Die Bundesregierung hat großen Einfluss auf die Zukunft der europäischen Landwirtschaftspolitik. Wir wollen sicherstellen, dass die-

ser Einfluss genutzt wird: zugunsten der Landwirt*innen, der Konsument*innen, der Tiere und der Natur.

Die intransparente und großflächige Aneignung von Landflächen durch agrarindustrielle Unternehmen und außerlandwirtschaftliche Investor*innen ist eine traurige Realität in Deutschland. Immer wieder kommt es zu massiven Preisexplosionen, während die Bundesregierung sich vehement für die Interessen der industriellen Landwirtschaft einsetzt. Das wollen wir beenden. Wir brauchen endlich eine wirksame und transparente Regulierung des Marktes für landwirtschaftliche Böden.

Wir wollen für die Agrarförderung das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ so schnell wie möglich durchsetzen. Unser Ziel ist eine europäische Agrarpolitik, die bei Lebensmitteln den Umbau hin zu einer Landwirtschaft und einem Agrarmarkt fördert, die auf Klasse statt Masse setzen. Die dafür sorgt, dass es den Tieren in den Ställen besser geht. Die die Artenvielfalt erhält und Klima, Wasser und Boden schützt. Wir wollen bäuerliche, ökologische und regionale Wirtschaftsweisen unterstützen – und nicht die exportorientierte, industrielle Agrarwirtschaft. Die europäische Agrarpolitik darf nicht mehr zulasten anderer gehen. Wir wollen das Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität weltweit sichern.

5. Tierschutz stärken

Auch außerhalb der Landwirtschaft wollen wir den Tierschutz stärken. Tiere empfinden Schmerzen, Leid und Angst. Deshalb streiten wir GRÜNE dafür, Tiere um ihrer selbst willen zu schützen. Das Staatsziel Tierschutz, das wir nach langem Kampf erreicht haben, muss endlich mit Leben gefüllt werden. Deshalb brauchen wir ein neues Tierschutzgesetz. Eine Mehrheit der Menschen in unserem Land will wie wir keine Pelzfarmen dulden und das Leid von Wildtieren im Zirkus und von Delfinen in Gefangenschaft beenden. Tiere sind für uns keine Gegenstände, die zu Unterhaltungszwecken gequält werden dürfen. Wenn Tiere möglichst naturnah gehalten werden, können zoologische Gärten wichtige Funktionen übernehmen, wie zum Beispiel bei Arterhaltungsprogrammen oder bei der Umweltbildung.

Wir GRÜNE wollen Tierversuche konsequent reduzieren und schnellstmöglich überflüssig machen. Qualzucht wollen wir auch bei Heimtieren beenden. Aus Tier- und Artenschutzgründen wollen wir eine rechtskonforme Positivliste mit den Tierarten, die privat gehalten werden können, aufstellen und Haltungsvoraussetzungen formulieren wie etwa Sachkundenachweise für bestimmte Tierarten. Kommerzielle Exotenbörsen wollen wir unterbinden. Der Handel mit exotischen Tieren muss schärfer reguliert und strenger kontrolliert werden. Illegalen Tierhandel wollen wir konsequent verhindern. Die wichtige Arbeit der Tierheime soll endlich entsprechend finanziert werden. Um den Tierschutz effektiver durchsetzen zu können, werden wir ein bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen schaffen und eine*n Bundesbeauftragte*n für Tierschutz einsetzen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Kein Gift in der Landwirtschaft

Wir wollen eine giftfreie Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel auf unseren Tellern. Eine Landwirtschaft, die ohne Glyphosat und Gifte für Bienen arbeitet. Der Einsatz von Glyphosat hat einen erheblichen Anteil am dramatischen Artensterben. Neonicotinoide verursachen massenhaftes Bienensterben. Darum werden wir sie verbieten. Wir wollen die Zulassungsverfahren so ändern, dass nur noch für Menschen unbedenkliche Stoffe zugelassen werden und die Risiken für die Natur minimiert werden.

Ausstieg aus der Massentierhaltung

Tiere brauchen mehr Platz für Auslauf, Rückzug und zum Ausleben art eigener Verhaltensweisen. Wir beenden das Küenschreddern, die Qualzucht auf Kosten der Tiergesundheit und den Missbrauch von Antibiotika. Die Schlachtung von Tieren darf nicht im Akkord geschehen. Wir streiten für kleine regionale Schlachthöfe und mobile Schlachteinrichtungen. Lebendtrans-

porte begrenzen wir konsequent auf vier Stunden. Gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern wollen wir den Strukturwandel zu einer Landwirtschaft schaffen, die besser mit Tieren umgeht. Wir wollen sämtliche – auch verarbeitete – Tierprodukte verlässlich kennzeichnen, damit Verbraucherinnen und Verbraucher beim Einkauf bewusst entscheiden können.

Alternativen zu Tierversuchen fördern

Wir wollen Tierversuche endlich konsequent reduzieren und schnellstmöglich überflüssig machen. Jedes Jahr werden Millionen Tiere in Tierversuchen regelrecht verbraucht. Dabei verursachen tierfreie Methoden deutlich weniger Tierleid, außerdem sind Erkenntnisse aus Tierversuchen nur bedingt auf den Menschen übertragbar. Hier brauchen wir einen Paradigmenwechsel. Damit das gelingt, wollen wir das Tierschutzrecht stärken und Alternativen zu Tierversuchen, wie zum Beispiel Organchips, bei denen der menschliche Organismus im Kleinstmaßstab simuliert wird, zügig voranbringen. Auch an Hochschulen wollen wir tierversuchsfreie Verfahren stärken, das Wissen in die Lehre überführen und Studierenden die Möglichkeit geben, ohne Tierversuche durch das Studium zu kommen.

III. WIR RETTEN DAS KLIMA

Die vom Menschen verursachte Klimakrise wird zur Klimakatastrophe, wenn wir den Ausstoß von Treibhausgasen nicht drastisch reduzieren. Das massive Verbrennen fossiler Energieträger wie Kohle und Öl macht die Erde zum Treibhaus. Schon heute nehmen weltweit extreme Wetterereignisse wie Stürme, Hitze und Dürren stark zu. Der Meeresspiegel steigt an, Gletscher schmelzen ab und an vielen Orten werden Wassermangel und Trockenheit immer dramatischer. Das Meereis in der Arktis und Antarktis schwindet rasant, die Permafrostböden von Kanada bis Sibirien tauen immer schneller auf. Wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen, könnten bis 2050 nach Zahlen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen bis zu 250 Millionen Menschen gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Auch hierzulande spüren wir schon Veränderungen wie häufigen Hagel, Starkregen, Stürme und eine sich verändernde Tier- und Pflanzenwelt. Das Umweltbundesamt warnt vor extremer Trockenheit und Hitze, vor Überflutungen an Flüssen und den Küsten. Zudem ist auch unsere Gesundheit bedroht – durch Hitze, Infektionserreger, Allergien.

Zum Glück haben fast alle Staaten der Erde die Notwendigkeit des Klimaschutzes erkannt. Das Klimaabkommen von Paris 2015 war ein großes Hoffnungszeichen. Die Welt will umsteuern und die Erderhitzung auf deutlich unter zwei Grad, möglichst 1,5 Grad, begrenzen. Das schnelle Inkrafttreten des Klimaabkommens macht Mut. Jetzt muss es umgesetzt werden. Wenn Trump aus dem Klimaabkommen aussteigt, müssen Deutschland und Europa den Klimaschutz jetzt entschieden anpacken. Denn die Klimakrise wartet nicht, bis es sich die US-Regierung vielleicht irgendwann wieder anders überlegt. Wenn die USA sich aus der finanziellen Unterstützung der am meisten vom Klimawandel betroffenen armen Staaten zurückziehen, dann muss die EU dafür sorgen, dass diese Lücke geschlossen wird. In der Handelspolitik müssen CO₂-Minderungsziele eine Voraussetzung für neue Abkommen sein. Dafür wollen wir noch stärker mit ambitionierten Staaten und auch US-Bundesstaaten wie Kalifornien zusammenarbeiten – wie es das grün regierte Baden-Württemberg in seiner Klimaallianz bereits vormacht.

Leider ignorieren CDU/CSU und SPD die Realität der Klimakrise und riskieren fahrlässig die Zukunft unserer Kinder und die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft. Deutschlands Emissionen stagnieren seit über sieben Jahren. Vom deutschen Klimaziel, unseren CO₂-Ausstoß bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent zu senken, sind wir meilenweit entfernt. Angela Merkel und Martin Schulz halten an der klimaschädlichen Kohle fest. Landwirtschaft und Verkehr stoßen immer mehr Treibhausgase aus, die energetische Modernisierung von Gebäuden kommt nicht voran. Wir wollen in die klimaneutrale Zukunft gehen und unsere Wirtschaft ökologisch modernisieren. Dafür werden wir aus der Kohle aussteigen, die erneuerbaren Energien weiter ausbauen, zusätzliche Mittel für die energetische Gebäudesanierung bereitstellen, Energieeffizienz und alle Arten emissionsfreier Mobilität fördern und die Landwirtschaft umwelt- und klimaverträglich machen. So sichern wir durch zukunftsfähiges Wirtschaften Arbeitsplätze und gesellschaftlichen Wohlstand.

1. Klimaabkommen von Paris jetzt umsetzen

Wir GRÜNE wollen das Abkommen von Paris mit Leben füllen. Das zentrale Instrument dazu ist ein bundesweites Klimaschutzgesetz, so wie wir GRÜNE es auf Landesebene zuerst in NRW und dann in zahlreichen weiteren Bundesländern bereits eingeführt haben. Damit beschreiben wir den Klimaschutzpfad bis 2050 und setzen verbindliche und planbare Ziele. Neben Industrie und Energiewirtschaft müssen auch der Verkehr, die Landwirtschaft und der Gebäudesektor ihren Beitrag leisten. Sie sind es, die gegen den Trend steigende Emissionen zu verzeichnen haben. Werden die Ziele nicht erreicht, muss die Politik nachsteuern. Nur so gelingt es, auf dem Modernisierungspfad zu bleiben.

Dem Ausstoß von Treibhausgasen wollen wir endlich einen Preis geben, der die ökologische Wahrheit sagt. Derzeit kommt viel zu gut weg, wer die Atmosphäre aufheizt, denn CO₂-Zertifikate sind viel zu billig. Der EU-Emissionshandel muss reformiert werden, damit der Ausstoß von Klimagasen wieder echtes Geld kostet. Hierfür müssen überschüssige CO₂-Zertifikate dauerhaft gelöscht und die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten beendet werden.

Durch einen gesetzlichen CO₂-Mindestpreis und eine ehrliche CO₂-Bepreisung auch außerhalb des Emissionshandels sorgen wir dafür, dass sich Investitionen in Klimaschutz betriebswirtschaftlich lohnen und planbarer werden. Aus diesen Einnahmen schaffen wir die Stromsteuer ab, reduzieren die EEG-Umlage und finanzieren weitere Klimaschutzmaßnahmen – zum Beispiel die Umstellung auf kohlenstoffarme Industrieprozesse und zusätzliche Mittel für die sozial verträgliche, energetische Gebäudemodernisierung. Denn die Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien muss auch zu einer Kostenentlastung bei den privaten Haushalten führen. Strom aus erneuerbaren Energien darf gegenüber den Klimakillern Kohle, Öl und Gas nicht weiter benachteiligt werden.

Neben den nationalen Klimazielen müssen auch die europäischen Ziele an die Vereinbarungen von Paris zur Rettung des Klimas angepasst werden. Für alle 27 Staaten der EU muss bis 2050 eine CO₂-Reduktion von mindestens 95 Prozent gegenüber 1990 verpflichtend sein.

2. Kohleausstieg jetzt einleiten!

Ohne einen zügigen Kohleausstieg sind all diese Mühen umsonst. Mindestens 80 Prozent aller fossilen Brennstoffe müssen im Boden bleiben, wenn „Klimaschutz“ mehr als eine Worthülse sein soll.

Wir GRÜNE wollen in den nächsten vier Jahren unsere volle Energie dafür einsetzen, den Kohleausstieg unumkehrbar einzuleiten. Weil Treibhausgase sich in der Erdatmosphäre anreichern, ist es für das Klima entscheidend, dass unverzüglich der Ausstoß des klimaschädigenden CO₂ reduziert wird; weniger entscheidend ist, wann exakt das allerletzte Kohlekraftwerk vom Netz geht. Laufen alle Kohlekraftwerke mit voller Kraft weiter, würde Deutschland sein Emissionsbudget im Energiebereich mit Blick auf das 1,5-Grad-Limit bereits bis 2025 aufbrauchen. Um das international zugesagte deutsche Klimaziel für das Jahr 2020 überhaupt noch schaffen zu können, werden wir unverzüglich die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke vom Netz nehmen und den CO₂-Ausstoß der verbleibenden Kohlekraftwerke analog zu den Klimazielen deckeln. Wir werden den Kohleausstieg im Einklang zu unserem Ziel 100 Prozent erneuerbare Energien im Strombereich bis 2030 gestalten. Hierfür verwenden

wir die Instrumente unseres Kohleausstiegsfahrplans, mit dem wir das Ende des Kohlezeitalters in Deutschland planungssicher und unumkehrbar gestalten.

Wir achten darauf, dass der Ausstieg in einem breit angelegten Dialog erfolgt, wir werden ihn sozial verträglich gestalten und neue Arbeitsplätze schaffen. Die Finanzierung des Strukturwandels muss eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Energieunternehmen sein.

Den Aufschluss neuer Braunkohletagebaue und ihre Erweiterung sowie den Bau neuer Kohlekraftwerke werden wir verhindern und keine neuen Umsiedlungen mehr zulassen. Ein Kohleausstiegsgesetz und ein novelliertes Bergrecht schaffen hierfür die Grundlage. Das schafft Klarheit für die Unternehmen, die Beschäftigten und die Menschen in den betroffenen Regionen. Um das Klima international zu schützen, werden wir zudem die Hermes-Bürgschaften für den Export deutscher Kohletechnik stoppen. Kohle hat keine Zukunft!

3. Klimaschutz auf allen Ebenen

Wir müssen auf allen Ebenen handeln, alle Möglichkeiten nutzen und zeigen, wie es geht. Wenn wir die Erderwärmung wirklich auf deutlich unter zwei Grad halten wollen, müssen wir die Art und Weise, wie wir produzieren, wie wir uns fortbewegen, wie wir bauen, wie wir uns ernähren, grundlegend ändern. Unsere Gesellschaft muss ihre Lebensstile und Konsumgewohnheiten überdenken und nachhaltiger gestalten. Deshalb sind zum Beispiel der Rückgang des Konsums tierischer Lebensmittel, die Zunahme des Fahrradverkehrs in den Städten oder der Trend zum Urlaub vor Ort auch aus Klimaschutzgründen gute Entwicklungen. Auch die Reduzierung des Rohstoffverbrauchs schont das Klima. Gerade bei den Bau- und Grundstoffen wie Stahl, Zement stehen wir jedoch noch ziemlich am Anfang der Transformation.

Mit einer klimaneutralen Verwaltung des Bundes gehen wir voran, zum Beispiel bei der öffentlichen Beschaffung, bei der Gebäudesanierung, beim Fuhrpark. Gezielte Angebote sollen die kommunale Ebene ermutigen, uns zu folgen. Denn auch dort, wo es nicht so offensichtlich ist, sind mit wenig Aufwand große Erfolge beim Klimaschutz zu erzielen.

Trotz all der Anstrengungen müssen wir uns an das Unvermeidliche anpassen und uns – zum Beispiel durch städtisches Grün und andere städtebauliche Maßnahmen, die zugleich mehr Lebensqualität schaffen – auf klimabedingte Starkregenereignisse, Stürme und Extremhitze vorbereiten.

Auch Moorschutz ist Klimaschutz. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass intakte Moorböden besser geschützt und für trockengelegte Moore flächendeckend Maßnahmen der Wiedervernässung ergriffen werden.

Wir GRÜNE stellen uns auch der internationalen Verantwortung Deutschlands. Wir setzen uns für einen gesamteuropäischen Dialog über den Ausstieg aus Kohle und Atom ein. GRÜN steht für einen europäischen Kohlekonsens und für eine europäische Unterstützung der Transformationsprozesse in den Regionen. In den Ländern des globalen Südens wollen wir eine alternative und kohlenstoffarme Entwicklung, Klimaschutzinvestitionen und die Anpassung an die unvermeidlichen Folgen der Klimakrise unterstützen. Das ist gerecht, denn die Klimaveränderungen und Schäden in diesen Ländern sind die Folgen des fossilen Zeitalters, von dem wir in Europa wirtschaftlich mit am meisten profitiert haben.

Die Schäden unseres bisherigen Handelns abzufedern, hilft, faire Chancen zu schaffen. Hilfen bei der Anpassung an die Klimakrise eröffnen neue Lebensperspektiven auch in den besonders betroffenen Ländern. Diese Mittel ergänzen die allgemeine Entwicklungsfinanzierung.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Klimaschutzgesetz einführen

In Paris haben sich alle Staaten der Welt verpflichtet, die Erderhitzung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Mit einem Klimaschutzgesetz wollen wir die dazu notwendigen nationalen Reduktionsziele rechtsverbindlich festlegen und Ziele für alle relevanten Sektoren definieren: Stromerzeugung, Verkehr, Landwirtschaft, Industrie und Gebäudeenergie. Dies unterlegen wir mit ambitionierten Aktionsplänen in den einzelnen Sektoren: vom Umstieg auf umweltfreundliche Mobilität über den Schutz organischer Böden bis zur energetischen Gebäudemodernisierung. So geben wir Impulse für Investitionen in den Klimaschutz.

Klimaverschmutzung mit einem ehrlichen Preis belegen

Wer die Atmosphäre aufheizt, kommt viel zu gut weg, denn CO₂-Zertifikate sind viel zu billig. Der EU-Emissionshandel muss reformiert werden, damit die Kosten für den Ausstoß von Klimagasen von denjenigen getragen werden, die sie verursachen. Das schafft auch fairen Wettbewerb für klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen. Überschüssige CO₂-Zertifikate müssen daher dauerhaft gelöscht und die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten beendet werden. Mit einem gesetzlichen CO₂-Mindestpreis sorgen wir dafür, dass der Emissionshandel nicht weiter leerläuft und dass Klimaschutzinvestitionen sich betriebswirtschaftlich lohnen und planbar werden. Aus diesen Einnahmen finanzieren wir weitere Klimaschutzmaßnahmen, zum Beispiel die Umstellung auf kohlenstoffarme Industrieprozesse und die sozial verträgliche, energetische Gebäudemodernisierung.

Kohleausstieg jetzt

Keine andere Technologie setzt mehr CO₂, Quecksilber und Stickoxide in die Umwelt frei als die Kohleverstromung. Wir wollen die Kohle in der Erde lassen und aus der Kohlekraft ausstei-

gen. Um das international zugesagte deutsche Klimaziel für das Jahr 2020 überhaupt noch schaffen zu können, werden wir unverzüglich die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke vom Netz nehmen und den CO₂-Ausstoß der verbleibenden Kohlekraftwerke analog zu den Klimazielen deckeln. Wir werden den Kohleausstieg im Einklang zu unserem Ziel 100 Prozent erneuerbare Energien im Strombereich bis 2030 gestalten. Dafür haben wir einen Fahrplan Kohleausstieg vorgelegt, mit dem wir den Weg zum Ende des Kohlezeitalters beschreiten. Um die Weichen richtig zu stellen, lassen wir keine neuen Tagebaue zu. Wir wollen den notwendigen Strukturwandel in den Regionen gemeinsam mit allen Beteiligten gestalten – ökologisch und sozial verträglich. Dafür richten wir einen Fonds ein, der auch für die Sanierung der Bergbaufolgeschäden eingesetzt werden soll.

IV. WIR BEGRÜNEN UNSERE WIRTSCHAFT FÜR UMWELT- SCHUTZ, LEBENSQUALITÄT UND NEUE ARBEITSPLÄTZE

Die technologischen Sprünge der vergangenen beiden Jahrhunderte haben den Wohlstand und die Lebensqualität vieler Menschen außerordentlich verbessert. Doch seit Langem ist klar, dass die industrielle Wirtschaftsweise nicht nur Wohlstand schafft, sondern auch systematisch unsere gemeinsamen Lebensgrundlagen zerstört. Materielles Wachstum steigert nicht in jedem Fall die Lebensqualität.

Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft ist die existenzielle Aufgabe unserer Zeit. Denn heute verschwendet unsere Art zu wirtschaften noch wertvolle Ressourcen, heizt unser Klima auf und bedroht weltweit unser Trinkwasser, unsere Luft und unsere Böden. In unserem eigenen Menschheitsinteresse müssen wir das dringend ändern. Und es ist möglich. Wir können unser Leben verbessern, ohne immer weiter materiell wachsen zu müssen.

Wir GRÜNE treten seit unserer Gründung für die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft ein. Viele Menschen gehen diesen Weg mit uns. Bürger*inneninitiativen und Nicht-Regierungsorganisationen kämpfen für Natur- und Umweltschutz. Unternehmen schreiben mit grünen Ideen schwarze Zahlen, Unternehmensinitiativen setzen sich für Klimaschutz ein. Unser Land ist dabei seit den 1970er-Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Abgase werden inzwischen gefiltert, Abwässer nicht mehr einfach in die Flüsse geleitet, es wird ökologischer gebaut und produziert. Innovative Unternehmer*innen und Tüftler*innen entwickeln Produkte und Dienstleistungen, die dabei helfen, unsere Lebensqualität zu verbessern und den Ressourcenverbrauch zu senken. Sie sind die Pionier*innen des grünen Wandels, eines neuen, nachhaltigen Wohlstands.

Jetzt geht es darum, die Begrünung der Wirtschaft und vor allem der Industrie quer durch alle Branchen voranzutreiben. Die grüne

Energiewende hat gezeigt, dass es geht: Deutschland hat sich auf den Weg gemacht, seine hoch entwickelte Industriegesellschaft ohne Klimagase und Atommüll mit Strom zu versorgen. Nun braucht es mutige grüne Politik und engagierte Bürger*innen, Ingenieur*innen und Unternehmer*innen, um die ökologische Modernisierung zum Ziel zu bringen.

1. Grünen Rahmen setzen für die ökologische Modernisierung

Grüne Wirtschaftspolitik macht ehrgeizige Vorgaben in Form von Grenzwerten, CO₂-Reduktionszielen und Produktstandards, die in realistischen Zeiträumen erreicht werden können. Das mutet manchen energieintensiven Unternehmen zwar etwas zu, schafft aber Planungssicherheit und gibt Impulse für Investitionen. Wir sind die Partei an der Seite der Unternehmen, die bei dieser Transformation vorangehen und beispielsweise schon heute einen CO₂-Preis bei ihren Investitionsentscheidungen zugrunde legen. Gleichzeitig fördern wir dabei neue Technologien und Wissen. So können wir es schaffen, die ökologische Modernisierung in den verschiedenen Sektoren umzusetzen. Klar ist auch, dass die öffentliche Hand bei der ökologischen Modernisierung nicht hinterherhinken darf, weswegen wir die öffentliche Beschaffung konsequent auf die jeweils ressourcenschonendsten Produkte und Dienstleistungen ausrichten wollen.

Wir werden dafür sorgen, dass Preise die ökologische Wahrheit sagen, denn die Verursacher*innen von Umweltzerstörung dürfen die Kosten nicht länger auf die Allgemeinheit abwälzen. So setzen wir auch die richtigen Anreize dafür, dass andere – umweltfreundlichere – Techniken entwickelt und schnell marktfähig werden. Ein Wettstreit um die beste ökologische Lösung kommt in Gang. Ökologisch ehrliche Preise belohnen Unternehmen, die mit Ressourcen pfleglich umgehen und Emissionen senken. Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher profitieren, wenn langlebige Geräte Neuanschaffungen ersparen und klimafreundliche Heizungen die Nebenkosten senken. Umweltschädliches Verhalten wollen wir nicht weiter subventionieren. So sind zum Beispiel schwere Dienstwagen und der Flugverkehr heute steuerlich bevorzugt, obwohl sie ökologisch schädlicher sind als ihre Alternativen. Subventionen wie diese belaufen sich auf über 50 Milliarden Euro pro Jahr. Es ergibt

keinen Sinn, umweltschädliches Verhalten zu subventionieren. Eine ökologische Finanzreform muss deshalb den Abbau dieser ökologisch schädlichen Subventionen angehen. Dabei gilt es, in einem ersten Schritt die umweltschädlichsten beziehungsweise die am einfachsten zu kappenden Subventionen in Höhe von wenigstens zwölf Milliarden Euro einzusparen. Dieses Geld wollen wir in den Klimaschutz investieren und dabei gerade ärmere Haushalte bei Investitionen zum Energie- und Ressourcensparen unterstützen. Durch eine ökologische Steuerreform wollen wir nicht mehr umweltschädliche, sondern stärker ökologisch nachhaltige Produktionsprozesse, Erzeugnisse und Dienstleistungen begünstigen. Dabei werden wir die Möglichkeit, neben sozialen auch ökologische Ziele bei der Mehrwertsteuer zu berücksichtigen, wie zum Beispiel 2011 vom EU-Parlament und wiederholt vom Umweltbundesamt empfohlen, im Hinblick auf Umsetzbarkeit prüfen.

2. Mit grüner Industriepolitik den Industriestandort und Arbeitsplätze sichern

Die ökologische Modernisierung ist die Zukunftssicherung für alle Industriezweige in Deutschland. Alle Branchen müssen ihren Beitrag zu Klima- und Ressourcenschutz leisten. Und für alle Branchen gilt: Wenn wir den Anschluss verpassen, wie es zum Beispiel beim Elektroauto droht, gehen Arbeitsplätze und Wohlstand verloren. Konkret heißt das: weg vom Verbrennungsmotor und hin zum Elektroantrieb beziehungsweise emissionsfreien Antrieb. In der Schifffahrt weg vom Schweröl hin zu alternativen Antrieben. Weg vom Öl und Gas und hin zu nachwachsenden Rohstoffen in der Chemieindustrie. Die Bauwirtschaft kann mit Holzbau oder Textilbeton Ressourcen und Emissionen einsparen. Damit sichern wir den Industriestandort Deutschland. Denn auch in der Zukunft wird unser Wohlstand von guten und sicheren Arbeitsplätzen abhängen. Wir tun das im Dialog mit Unternehmen, Gewerkschaften und der Wissenschaft. Doch wenn nötig, auch im Konflikt mit den Lobbys der alten Industrien.

Von besonderer Bedeutung ist in Deutschland die Automobilbranche. Ihr wollen wir helfen, den Sprung ins 21. Jahrhundert zu schaffen, in der Mobilität ohne Schadstoffausstoß funktionieren

muss. Das ist eine zentrale Frage mit Blick auf Umweltzerstörung und Klimakrise. Dass dieser Sprung gelingt, ist aber auch von großer Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Denn wir wollen verhindern, dass Wolfsburg oder Stuttgart das Detroit von morgen werden. Deshalb braucht es jetzt klare Rahmenbedingungen für diesen Industriezweig. Diese setzen wir mit einem klaren Fahrplan für den Ausbau der Elektromobilität und mit dem Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor (→ Kapitel: Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität, S. 56).

Die ökologische Modernisierung ist ein gigantisches Innovations- und Investitionsprogramm. Und sie ist ein Jobmotor. Sie schafft neue Arbeit, nicht nur für Ingenieur*innen und Programmierer*innen, sondern auch für Handwerker*innen und Bauarbeiter*innen. Jede in die Gebäudesanierung investierte Milliarde schafft 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Baugewerbe, im Handwerk und in der Industrie. Seit zehn Jahren wächst der globale Markt für Umwelttechnik und Ressourceneffizienz rasant. Deutsche Firmen sind bei Green Tech gut aufgestellt. Deutsche und europäische Unternehmen können in diesen Bereichen viele zusätzliche Jobs schaffen. Daran wollen wir arbeiten. Für uns ist dabei entscheidend, dass bei der ökologischen Modernisierung gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und tariflicher Schutz gelten: Auch deshalb fordern wir eine bundesweite Fachkräfteallianz zwischen Staat und Wirtschaft zur Stärkung des Handwerks. In den kohlenstoffintensiven Unternehmen und Geschäftsbereichen werden allerdings auch Arbeitsplätze abgebaut werden. Hier kümmern wir uns um eine gute soziale Absicherung, um Weiterbildung und neue Chancen.

Unser Ziel ist es auch, dass so viel Kapital wie möglich aus fossilen Energieträgern abgezogen wird und stattdessen dorthin fließt, wo es nachhaltigen Wohlstand und neue Jobs schafft. Ganz nach dem Motto: Die Steinzeit endete, obwohl es noch unzählige Steine gab – und das fossile Zeitalter muss enden, obwohl es noch jede Menge Kohle, Gas und Öl im Boden gibt. Das Stichwort dazu lautet „Divestment“ und meint den Abzug von Investitionen aus Öl, Kohle und Gas. Viele deutsche Konzerne, aber auch der Bund, Länder, Kommunen, öffentliche Banken und Versicherer haben viel Geld in fossile Energieträger investiert. Das heißt, auch mit öffentlichen Geldern wird die Klimakrise befeuert. Wir wollen, dass die öffentliche Hand hier vorangeht und ihre dreckigen Anlagen beendet,

zumal diese Investments mehr und mehr zu einem finanziellen Risiko werden. Denn die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens macht solche Investitionen wertlos. Deshalb fordern wir: divest now!

3. Für die Entkopplung von Wohlstand und Ressourcenverbrauch anders wirtschaften

Wachstum muss weltweit vom Umweltverbrauch entkoppelt werden – und Wohlstand wie Lebensqualität vom Wachstum. Wir wollen eine Wirtschaft, die nicht blind immer weiter wachsen muss und in der langfristige Nachhaltigkeit mehr zählt als kurzfristige Renditeziele. Wir GRÜNE möchten dem gesellschaftlichen Zwang zum „Immer mehr und immer schneller“ entgegenarbeiten. Dazu werden technische Innovationen allein nicht reichen. Es braucht auch die Unterstützung durch nachhaltigen Konsum und eine andere Art des Wirtschaftens. Es geht zum Beispiel nicht nur darum, den Verbrennungsmotor einfach durch den Elektromotor abzulösen, sondern auch darum, auf innovative Formen der Mobilität wie Carsharing umzusteigen, ÖPNV sowie Fuß- und Radverkehr zu fördern und so den Bedarf an Autos zu reduzieren, wie das etliche Menschen auch schon tun. Andere engagieren sich beim gemeinschaftlichen Wohnen, in der solidarischen Landwirtschaft, bei Energiegenossenschaften oder Tauschringen im Sinne einer solidarischen Ökonomie, was wir befördern wollen. Gleiches gilt für das Bauwesen, das einen überwiegenden Teil der Ressourcen unserer Erde in Anspruch nimmt, die es gilt, verantwortungsvoll zu nutzen. Hierzu braucht es eine nachhaltige Baukultur, die alle Aspekte des Planens und Bauens berücksichtigt. Gute Baukultur ermöglicht Akzeptanz, Beteiligung und Teilhabe ebenso wie das Recycling von Baustoffen, sie ist Grundlage für die ökologische Modernisierung und für mehr Lebensqualität in unseren Städten und Dörfern.

Wir wollen zuallererst die Art, wie wir Wohlstand überhaupt messen, ändern. Wir schlagen dafür eine neue Form der Wirtschaftsberichterstattung vor. In den Zahlen des Bruttoinlandsproduktes (BIP), das bisher die zentrale Messgröße ist, bilden sich Lebensqualität und Wohlstand nicht wirklich gut ab. Auch die unbezahlte Sorgearbeit, die vor allem von Frauen geleistet wird und eine unverzichtbare Grundlage unseres Wohlstands bildet, wird derzeit nicht

berücksichtigt. In unserem Jahreswohlstandsbericht werden neben ökonomischen auch ökologische und soziale Entwicklungen anhand messbarer Kriterien dargestellt. Auch bei öffentlichen Unternehmen sollte der Beitrag zum Gemeinwohl transparent werden. So wollen wir als ersten Schritt für die Deutsche Bahn die Gemeinwohlabilanzierung einführen. Und alle größeren privaten Unternehmen sollen in ihrem Jahresabschluss zukünftig über Nachhaltigkeitsindikatoren wie CO₂-Emissionen berichten. Bestehende Ausnahmen für nicht börsennotierte Unternehmen sowie für viele Banken und Versicherer wollen wir abschaffen.

Nur mit Kreativität und Erfinder*innengeist wird es uns gelingen, anders und besser zu wirtschaften. Wissenschaft und Forschung als Ideengeber, Vorreiter und kritische Begleiter brauchen deshalb Freiräume. Gerade kleine und mittlere Unternehmen wollen wir bei der ökologischen Modernisierung unterstützen, unter anderem durch eine steuerliche Förderung ihrer Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Mit einer Start-up-Finanzierung, Infrastruktur und einer neuen, geeigneten Rechtsform geben wir den Pionieren des Wandels Rückenwind. Wir wollen speziell Frauen mit einem Förderprogramm bei der Gründung von Unternehmen finanziell unterstützen. Sowohl die Gründung von Genossenschaften als auch die Gemeinwohloökonomie erachten wir als einen weiteren zentralen Baustein eines anderen Wirtschaftens. Genossenschaften verbinden unternehmerisches Handeln mit Gemeinwohlorientierung und sind ein krisenfester Motor einer gemeinwohlorientierten Ökonomie. Um eine Gründungswelle von Genossenschaften anzuregen, wollen wir die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft entbürokratisieren und von überkommenen Verfahrensvorschriften befreien.

4. Ökologische Chancen der Digitalisierung nutzen

Durch Digitalisierung können wir vieles in der Wirtschaft viel ökologischer machen und zu einer ökologischen Mobilitäts- und Energie- wende beitragen. Um die Energieeffizienz zu verbessern, werden wir die Wirtschaft unterstützen und Green-IT-Konzepte weiter vorantreiben. Smart Grids, also intelligente, digital gesteuerte Netze, helfen zum Beispiel, die schwankenden Strommengen aus Wind und Sonne auszugleichen. Wir können Verkehrsträger digital miteinander

der vernetzen und Verkehrsströme so intelligenter steuern. Bits und Bytes können Energie und Material nicht nur reduzieren, sondern teilweise auch ganz ersetzen. Videokonferenzen ersetzen Geschäftsreisen, Arbeit im Homeoffice reduziert Pendler*innenströme. Nie zuvor war es so einfach, Dinge über Sharing-Plattformen zu teilen. Das reduziert materiellen Konsum. Doch hierfür bedarf es höchster Datensicherheits- und Verbraucher*innenschutzstandards.

So schaffen wir zukunftssichere Arbeitsplätze sowie neue Geschäftsmodelle und schützen unsere Lebensgrundlagen. Andererseits braucht es auch eine erfolgreiche Energiewende, sodass der Energiekonsum im Zuge der Digitalisierung nachhaltig wird. Wie wir die Digitalisierung mit fairem Wettbewerb und Zukunftsinvestitionen in einer krisenfesten Wirtschaft gestalten wollen, haben wir im Kapitel „Wir gestalten die Digitalisierung“ beschrieben.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Umweltschädliche Subventionen abbauen, in Klimaschutz investieren

Absurde über 50 Milliarden Euro an Steuergeldern werden jährlich für Klima- und Umweltkiller ausgegeben. Unter anderem erhalten schwere Dienstwagen, der Flugverkehr und Diesel ungerechte Steuerprivilegien. Wir GRÜNE wollen diese umweltschädlichen Subventionen abbauen und in einem ersten Schritt zumindest zwölf Milliarden Euro einsparen. Dadurch, dass die Preise zunehmend die ökologische Wahrheit sagen, unterstützen wir die ökologische Umgestaltung unserer Wertschöpfungsketten und schaffen Anreize für grüne Innovationen, Klimaschutz, nachhaltige Mobilität und eine umweltfreundliche Landwirtschaft. Gleichzeitig gehen wir damit gegen eine der schädlichsten Formen der Steuerverschwendung vor.

Divestment: Keine Kohle für die Kohle!

Trotz des Pariser Klimaabkommens stecken Investoren – vom großen Versicherer bis zur kleinen Kommune – weiter viel Geld in Klimakiller. Deshalb fordern wir: divest now! – Zieht das Geld aus klimaschädlichen Geschäftsmodellen ab! Unternehmen sollen dafür in ihren Jahresberichten die Klimarisiken von Gütern oder Produkten offenlegen. So erhöhen wir den Druck auf Großinvestoren, CO₂-intensive Finanztitel abzustoßen. Öffentlich-rechtliche Einrichtungen und Geldanlagen des Bundes sollen dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Ländern, Kommunen und Pensionsfonds wollen wir helfen, klimafreundlich zu investieren. Damit grüne Investitionsmöglichkeiten für alle Anleger*innen erkennbar sind, wollen wir eine transparente Zertifizierung einführen.

Wahrer Wohlstand ist mehr als Wachstum: Für einen Jahreswohlstandsbericht

Wohlstand ist mehr als die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Wir wollen darum einen neuen Wohlstandsbericht einführen. Er misst neben ökonomischen auch ökologische, soziale, gleichstellungspolitische und gesellschaftliche Entwicklungen. Denn Kriterien wie unser ökologischer Fußabdruck, Artenvielfalt, Einkommensverteilung oder ein Bildungs- und Gesundheitsindex bilden unseren Wohlstand besser und umfassender ab. Diese neue, ganzheitlichere Form des Jahresberichts macht Fehlentwicklungen und politische Handlungserfordernisse deutlicher sichtbar.

V. WIR STEIGEN UM – KOMPLETT AUF GRÜNE ENERGIEN

Energie ist der Treibstoff unseres Lebens. Wir alle sind auf sie angewiesen. In den vergangenen zwei Jahrhunderten haben die Menschen ihre Energie gewonnen, indem sie vor allem Kohle, Gas und Öl verbrannten. Das hat die wirtschaftliche Entwicklung der Industriegesellschaften ermöglicht. Doch diese Art der Energiegewinnung hat uns auch mit ungeheuren Abgasmengen in die Klimakrise geführt. In den vergangenen 60 Jahren kam zur fossilen Energie die Atomkraft dazu. Sie war und bleibt ein hochriskanter und extrem teurer Irrweg. Kohle und Atom haben heute ausgedient. Wir GRÜNE haben einen Plan für die Energiewelt der Zukunft. Es ist möglich und unser Ziel, die Energieversorgung und Energiespeicherung von Strom, Wärme und beim gesamten Verkehr komplett mit Sonne, Wind, Wasser, nachhaltig erzeugter Bioenergie, Umgebungstemperaturen und Erdwärme zu decken. Für die Verwirklichung dieser Energiewende arbeiten wir seit unserer Gründung. So können wir dauerhaft unseren Wohlstand sichern, ohne unsere Lebensgrundlagen dabei zu zerstören. Sowohl Klimaschutz und Energiewende als auch Umwelt- und Naturschutz sind für uns zukunftsentscheidend und werden mit den Bürger*innen vor Ort gestaltet. Die Energiewende hat bereits hunderttausende Jobs geschaffen – weitaus mehr, als bei Kohle und Atom weggefallen sind. Damit ist die Energiewende nicht nur gut fürs Klima. Sie stärkt auch unsere Wirtschaft und schafft sichere Arbeitsplätze.

1. Energiewende: Mit langem Atem zum Erfolg

Wir GRÜNE haben die Energiewende 2000 in Regierungsverantwortung mit den Beschlüssen zum Atomausstieg und der Förderung grüner Energien eingeleitet. Das hat sich gelohnt. Heute sind bereits zwölf Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet, die übr-

gen gehen in fünf Jahren vom Netz. Wir sagen: „Atomkraft? Nein Danke!“ Schon ein Drittel des Stroms wird bei uns aus Wind, Sonne, Wasser und Bioenergie gewonnen. Im von uns GRÜNEN mitregierten Schleswig-Holstein sind es schon 100 Prozent. Bei uns kommt grüner Strom aus der Steckdose. Und der ist mittlerweile sogar günstiger als Strom aus Kohle und Atom. Grüner Strom wird von vielen kleinen Erzeuger*innen produziert. Dezentral und in der Hand von Bürger*innen findet die Energiewende statt. Ihr Engagement hat das Oligopol der vier großen Stromkonzerne gebrochen. Die Energiewende ist ein industriepolitischer Meilenstein auf dem Weg zu einer grünen Wirtschaft.

Doch trotz ihres Erfolgs ist die Energiewende kein Selbstläufer. Und sie hat Gegner*innen. 2010 versuchten CDU/CSU gemeinsam mit der FDP, den Atomausstieg rückgängig zu machen. Der permanente Druck der Anti-Atom-Bewegung und letztlich die Katastrophe von Fukushima ließ sie von diesen Plänen abrücken. Schwarz-Gelb musste sich den Realitäten beugen. Doch statt daraufhin auf 100 Prozent Erneuerbare zu setzen, trieb die Bundesregierung die Solarindustrie aus dem Land und vernichtete so mehrere zehntausend Arbeitsplätze in einer Zukunftsbranche. Die Große Koalition bremst und deckelt den Ausbau erneuerbarer Energie, wo sie nur kann. Sie zerstört die Dynamik der Energiewende – so erreicht Deutschland seine Klimaschutzziele nicht.

Wir GRÜNE halten das für grundlegend falsch. Deutschland muss den Weg der Energiewende entschlossen weitergehen. So wie das GRÜNE in den Landesregierungen mit ambitionierten Ausbauplänen bereits tun. Wir wollen die Energiewirtschaft auf Erneuerbare umstellen und viele tausend neue Arbeitsplätze schaffen. In Deutschland haben wir die Technik, die Fähigkeiten und den Willen der Bürgerinnen und Bürger. Wir GRÜNE sind die politische Kraft, die mit den Menschen gemeinsam die Energiewende zum Erfolg führt und immer wieder nachjustiert, wo es sein muss. Wie beispielsweise in Schleswig-Holstein mit Blick auf die bedarfsgesteuerte Befuerung von Windkraftanlagen, um unnötiges nächtliches Blinken zu vermeiden oder auch die temporäre Abschaltung bei Aktivität von Fledermäusen und starkem Vogelzug.

2. Rein in die neue Stromwelt – vollständig auf Erneuerbare umsteigen

Das grüne EEG ist auch eine Erfolgsgeschichte, weil es die Kosten für Solar- und Windstrom weltweit drastisch gesenkt und so zur nachhaltigen Entwicklung maßgeblich beigetragen hat. 100 Prozent Ökostrom bis 2030, das ist unser Ziel. Dafür werden wir den Kohleausstieg einleiten und die schwarz-rote Ausbaubremse für Erneuerbare abschaffen. So bringen wir die Dynamik in die Energiewende zurück. Dazu braucht es eine Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und ein neues Strommarktdesign, das heißt die Ausrichtung des Energiesystems auf erneuerbare Energien und Lastenmanagement statt auf fossile Kraftwerke. Wir GRÜNE wollen die jährlichen Ausbauziele kräftig anheben und an die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens anpassen.

Millionen Bürgerinnen und Bürger, die ihr Dach oder ihren Keller zum Kraftwerk machen oder sich an Energiegenossenschaften beteiligen, sind und bleiben dabei unsere wichtigsten Verbündeten. Sie treiben den dezentralen Ausbau voran. Darum wollen wir alle EU-rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Erneuerbare-Energien-Projekte vom bürokratischen Ausschreibungszwang und unberechtigten Umlagen zu befreien. Die sinnwidrige Erhebung der „Sonnensteuer“ wollen wir abschaffen und ein Ökostrommarktmodell einführen, damit aus deutschen erneuerbaren Anlagen Grünstrom auch wieder als Ökostrom vermarktet werden kann.

Auch Mieter*innen sollen von den Vorteilen einer klimafreundlichen und kostengünstigen Energieversorgung profitieren, indem wir das jetzige Bürokratiemonster durch einfache und handhabbare Strommodelle für Mieterinnen und Mieter ersetzen. Wir führen die milliardenschweren Strompreisrabatte für die Industrie auf ein Minimum zurück und entlasten stattdessen die Verbraucher*innen, Handwerk und Mittelstand. Nur noch solche Unternehmen, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen, sowie energieintensive Prozesse sollen Rabatte erhalten, diese sollen zudem an die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen geknüpft werden.

Kommunen, in denen erneuerbare Energien ausgebaut werden, sollen stärker vom Ausbau profitieren. Wir sorgen dafür, dass der Ausbau erneuerbarer Energien und notwendiger Netze mit Natur- und Landschaftsschutz konsequent gemeinsam gedacht und trans-

parent geplant wird. Wir wollen Bürger*innen frühzeitig die Möglichkeit geben mitzugestalten. Beim Netzausbau setzen wir vorrangig auf Erdkabel und wollen, dass Freileitungen – zunächst in Naturschutzgebieten und Vogelzugkorridoren – durch Vogelschutzmarkierungen nachgerüstet werden. Zur solidarischen Finanzierung der Energiewende wollen wir eine verursachergerechte und auch regional faire Verteilung der Kosten des Stromnetzes.

Durch eine Reform des Strommarktes schaffen wir neue Anreize dafür, Energie flexibel und effektiv dann zu nutzen oder zu speichern, wenn viel Strom aus Sonne und Wind verfügbar ist. Zu diesen Zeiten wollen wir Speicher auffüllen oder Strom in Wärme oder Gas umwandeln, um damit Wohnungen zu heizen oder Fahrzeuge anzutreiben. Hocheffiziente und zunehmend erneuerbare Kraft-Wärme-Kopplung wollen wir dabei unterstützen, dass sie immer flexibler auf den Strommarkt reagiert und so den Strom aus Wind und Sonne ergänzt. Wir machen es möglich, aus erneuerbaren Quellen Strom und Wärme zu erzeugen. Schikanöse Umlagen, Entgelte und überbordende Bürokratie werden wir verhindern.

Zugleich muss die Erzeugung und Verteilung von Strom in Europa besser vernetzt werden. Die Sonne scheint und der Wind weht nicht immer. Aus europäischer Perspektive gibt es aber einen großen Ausgleichseffekt. Wenn man die Wetter- und Klimaregionen in Europa vom Atlantik bis zum Baltikum, vom Mittelmeer bis Skandinavien besser miteinander verzahnt, dann sinkt auch der Bedarf an Speichern und Reservekraftwerken. Deshalb treiben wir die europäische Energieunion voran und wollen sie zu einer echten Klimainion ausbauen.

3. Effizienzrevolution auslösen

Nach wie vor gilt: Die beste Kilowattstunde ist die, die nicht verbraucht wird. Wir wollen eine Effizienzrevolution einleiten. Darum legen wir ein Energiespargesetz vor, das ambitionierte, aber realistische Vorgaben macht. Insbesondere in der Industrie gibt es noch viele Einsparpotenziale. Mit unserem Programm „Faire Wärme“ und konkreten Fördermaßnahmen zum Energiesparen greifen wir dabei auch den Privathaushalten unter die Arme. Wir wollen die Nutzung erneuerbarer Wärme im Gebäudebestand voranbringen, die energie-

tische Modernisierung von Häusern und ganzen Stadtvierteln fördern sowie Nahwärmenetze und Abwärmenutzung ausbauen. Die von der EU geforderten Vorgaben für energieeffiziente Gebäude wollen wir so ausgestalten, dass neue Gebäude nur noch sehr wenig Energie verbrauchen und hauptsächlich erneuerbar beheizt werden.

Klar ist: Der Umstieg auf klimaschonende Wärme gelingt nur, wenn Wohnen und Heizen bezahlbar bleiben. Missbräuchlichen Verdrängungen von Mieter*innen bei Sanierung muss durch Änderungen des Mietrechts ein Riegel vorgeschoben werden. Stromsparchecks und Energieberatung sollen Standard werden. Gerade Haushalte mit kleinem Geldbeutel wollen wir GRÜNE damit unterstützen. Auf europäischer Ebene werden wir uns für ambitionierte Vorgaben für Energie- und Ressourceneffizienz einsetzen. Dazu wollen wir unter anderem das „Top-Runner“-Prinzip europaweit verankern: Für alle Geräte mit dem gleichen Einsatzspektrum wird das effizienteste Gerät zum Standard erhoben. Stromfresser, die diesen Standard nicht binnen drei Jahren erreichen, verschwinden vom Markt.

4. Atomkraft endgültig abschalten

Auf dem Weg in die neue Stromwelt wollen wir die atomare Vergangenheit endgültig hinter uns lassen. 2022 wird der letzte Meiler in Deutschland vom Netz gehen. Außerdem wollen wir erreichen, dass keine weiteren Strommengen mehr auf die AKWs Emsland und Brokdorf übertragen werden, die mit ihrem Atomstrom die Netze für den Ökostrom verstopfen. Solange noch Atomkraftwerke laufen, müssen sie höchsten Sicherheitsstandards entsprechen. Deshalb wollen wir das AKW Grundremmingen wegen der regelwidrigen Sicherheitsmängel bei der Erdbebenfestigkeit sowie der Not- und Nachkühlung unverzüglich stilllegen. Die Subventionierung der Atomkraft muss ein Ende haben. Das wollen wir mit der Wiedereinführung der Brennelementesteuer erreichen. Da eine Neuanwendung atomarer Technologien für uns GRÜNE auf keinen Fall infrage kommt, wollen wir Schluss machen damit, Steuergeld in die Erforschung von Kernfusion, Transmutation oder Reaktoren der vierten Generation zu stecken. Aus dem Milliardengrab ITER muss Deutschland aussteigen.

Mit dem Ende des Betriebs von Atomkraftwerken ist das atomare Zeitalter jedoch noch lange nicht Geschichte. Für den hochgefährlichen Atommüll brauchen wir ein Endlager. Mit dem von Winfried Kretschmann angestoßenen Endlagersuchgesetz und dem Ergebnis der Endlagerkommission wurde dafür eine gute Grundlage geschaffen: Denn in der jetzt beginnenden Suche haben Sicherheitskriterien Vorrang und die Bürger*innen in den betroffenen Regionen werden in einem ergebnisoffenen Suchprozess auf Augenhöhe beteiligt. Wir werden das bestmögliche Endlager finden. Und das kann und wird nicht Gorleben sein, denn wir haben für scharfe wissenschaftliche Kriterien in der Endlagersuche gesorgt. Bis zur bestmöglichen Endlagerung braucht der Atommüll die bestmögliche Zwischenlagerung. Wir werden einen Prozess anstoßen, in dem unter Einbeziehung der Länder, der Standortkommunen und der Zivilgesellschaft entschieden wird, wie mit dem gefährlichsten Müll der Welt bis zur Endlagerung umgegangen werden soll. Zudem setzen wir uns für den sicheren Rückbau der stillgelegten Atomkraftwerke in Deutschland ein.

Unser Ziel ist es jedoch, dass überall in Europa das gefährliche Spiel mit dem atomaren Feuer ein Ende hat. Schrottreaktoren wie Tihange und Doel in Belgien oder Fessenheim und Cattenom in Frankreich müssen sofort vom Netz. Wir wollen den Euratom-Vertrag, in dem die Privilegien der Atomkraft festgeschrieben sind, an die heutige Zeit anpassen. Wenn das nicht erreichbar ist, setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland aus Euratom aussteigt. Unseren Kampf gegen die Atomkraft werden wir erst dann beenden, wenn der Atomausstieg erreicht ist – in Deutschland, Europa und weltweit. Der Atomausstieg ist daher auch Außenpolitik. Deswegen wollen wir auch den Betrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau und der Brennelementefabrik in Lingen, die noch ganz Europa mit radioaktiv strahlendem Brennstoff versorgen, schnellstmöglich, endgültig und rechtssicher beenden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Faire Wärme – klimafreundlich und bezahlbar

Die Energiewende muss im Wärmebereich vorankommen. Bei den Gebäuden müssen wir Energie einsparen und die erneuerbaren Energien ausbauen. Der Umstieg auf klimaschonende Wärme gelingt nur, wenn Wohnen und Heizen bezahlbar bleiben. Dazu wollen wir das Förderprogramm „Faire Wärme“ auflegen. Mit mindestens zwei Milliarden Euro jährlich unterstützen wir die energetische Modernisierung ganzer Wohnviertel. Mieterinnen und Mieter stärken wir durch eine robuste Mietpreisbremse. Wir minimieren die Umlage von Modernisierungskosten und führen ein neues Klimawohngeld ein, damit auch Wohngeldempfänger*innen energieeffizient wohnen können. Wir unterstützen Städte und Gemeinden bei der nachhaltigen Wärmeversorgung mit 400 Millionen Euro für 10.000 Wärmespeicher. Mit „Mieterstrom“ vom Dach profitieren auch Mieter*innen von der Energiewende. Nachhaltigkeit bei Energie, Baustoffen und Kosten muss durch die Betrachtung des Lebenszyklus unserer Häuser künftig Standard sein und schafft Arbeitsplätze bei Handwerker*innen vor Ort.

Für grüne Energie – komplett auf Erneuerbare umsteigen

Wir wollen die menschengemachte Klimakrise noch aufhalten. Das geht nur mit 100 Prozent Erneuerbaren. Bis 2030 wollen wir unseren Strombedarf vollständig aus erneuerbaren Energien decken. Dazu werden wir die Obergrenzen für den Ausbau erneuerbarer Energien abschaffen und das Strommarktdesign sowie das komplizierte Abgabensystem auf Energie zugunsten der erneuerbaren Energien und der Speichernutzung novellieren. Bis zum Jahr 2050 soll die Energieversorgung auch für Gebäude, Mobilität und Prozesswärme in der Industrie ausschließlich aus erneuerbaren Energien erfolgen. Darum steigen wir zügig in die Verbindung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität ein und nutzen sinnvolle Möglichkeiten der Elektrifizierung.

Die atomare Lieferkette zerschneiden

Der Atomausstieg in Deutschland ist so lange unvollständig, wie wir weiter Europas Atomreaktoren mit Brennelementen versorgen. Als GRÜNE wollen wir deshalb die Urananreicherung in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen schließen. Solange Atomkraftwerke noch laufen, müssen sie höchsten Sicherheitsstandards entsprechen. Der Siedewasserreaktor Gundremmingen aber stellt ein besonderes Risiko dar. Ebenso die Schrottreaktoren an unseren Grenzen wie Tihange und Doel in Belgien, Fessenheim und Cattenom in Frankreich, Beznau in der Schweiz oder Temelin in Tschechien. Wir setzen uns dafür ein, dass sie sofort vom Netz gehen.

VI. WIR SORGEN FÜR SAUBERE, BEZAHLBARE UND BEQUEME MOBILITÄT

Wir sind jeden Tag unterwegs – zur Arbeit oder zum Einkaufen, wir besuchen weit entfernte Verwandte und fahren in den Urlaub. Mobil zu sein, gehört zu unserem Leben. Wir GRÜNE wollen es für jede und jeden einfach machen, sein Ziel so umweltfreundlich und nachhaltig wie möglich zu erreichen. Verkehr 2017 heißt: Immer mehr Menschen steigen um auf Bus, Bahn und Fahrrad – vor allem in den Städten. Der öffentliche Nahverkehr erreicht neue Fahrgastrekorde. Fahrradfahren und der Verkauf von E-Bikes boomen. Carsharing meldet immer höhere Nutzer*innenzahlen. Die Menschen stimmen „mit den Füßen“ ab und trotzen den oft noch widrigen Zuständen. Verpasste Anschlusszüge, überfüllte Busse und Straßenbahnen sind genauso wie trostlose Bahnhöfe und schlechte Fuß- und Radwege häufig traurige Realität. Gerade in ländlichen Regionen fehlt ein attraktiver und flächendeckender Nahverkehr. Für viele heißt Verkehr 2017 deswegen immer noch in erster Linie Auto fahren, auch da es zu oft keine Alternativen gibt. Gleichzeitig verfügen Teile unserer Gesellschaft, wie zum Beispiel Frauen, ältere Bürger*innen und Menschen mit Behinderung, aber auch Jugendliche viel seltener über ein eigenes Auto und sind daher zwangsläufig auf einen guten ÖPNV angewiesen. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass die Menschen in Zukunft mit ÖPNV, mit der Bahn, auf sicheren Rad- und Fußwegen und mit sauberen Autos ihre Ziele umweltfreundlich erreichen können. So werden auch unsere Städte lebenswerter und grüner.

Verkehr 2017 heißt leider auch immer noch: 70 Prozent aller klimaschädlichen Emissionen kommen in unseren Städten aus dem Verkehr, zwei Drittel aller Bürger*innen fühlen sich durch Verkehrslärm belästigt. Stickoxide und Feinstaub verursachen Atemwegserkrankungen. An vielen Kreuzungen in Großstädten übersteigt die Schadstoffbelastung die zulässigen Grenzwerte. Staus addieren sich im Jahr auf eine Gesamtlänge von einer Million Kilometer. Der Bundesverkehrsminister versagt hier komplett: Statt

Verkehr zu vermeiden oder zu verlagern, wird Landschaft zubetoniert, werden Lärm und Abgase erzeugt und immer mehr Ressourcen verbraucht. Auf jeden neuen vermeintlichen Engpass reagiert der Verkehrsminister mit dem Aus- und Neubau von Straßen. Über-teuerte Prestigeprojekte wie Stuttgart 21 graben gezielten Investitionen in eine verlässliche Alltagsmobilität das Wasser ab. Überflüssige Regionalflughäfen werden durch Millionensubventionen künstlich am Leben gehalten.

Wir GRÜNE denken Mobilität neu mit Lebensqualität, ohne Lärm, Dreck und Stau. Und dort, wo wir regieren, setzen wir das gemeinsam mit grünnahen Bewegungen um. So hat das Netzwerk Volksentscheid Fahrrad in Berlin dafür gesorgt, dass sich bei der städtischen Verkehrswende was dreht. In Berlin bringt die grüne Verkehrsverwaltung gemeinsam mit den Radfahrer*innen ein Radgesetz als Teil eines Mobilitätsgesetzes auf den Weg. Baden-Württemberg prescht voran beim Ausbau der Infrastruktur für die E-Mobilität. Wir laden alle ein, an der Verkehrswende aktiv mitzuwirken. Während die Große Koalition in den 1960er-Jahren stecken geblieben ist und ihre Verkehrspolitik weiterhin nur auf das Auto ausrichtet, wollen wir in ein neues, zukunftsfähiges und vielfältiges Mobilitätsangebot investieren. Dazu gehört für uns ein dichtes und modernisiertes Bahnnetz, das Pünktlichkeit und aufeinander abgestimmte Anschlüsse in ganz Deutschland – und dort wo möglich auch grenzüberschreitend in ganz Europa – garantiert. Ebenso gehören dazu sichere und schnelle Wege für alle Fahrradfahrer*innen von jung bis alt, leise Autos ohne Auspuff und mit Fahrspaß sowie die Stromtankstelle gleich um die Ecke. Wir setzen uns dafür ein, dass auch der Fußverkehr endlich eine angemessene Wertschätzung und finanzielle Förderung erfährt.

Unser Ziel sind nachhaltige und familienfreundliche Mobilität statt immer mehr Verkehr. Das bedeutet: saubere Autos und mehr Car- und Bikesharing, ein besseres Zug- und ÖPNV-Angebot für alle in der Stadt und auf dem Land. Unser öffentlicher Personenverkehr muss von allen genutzt werden können – deshalb streiten wir dafür, dass er barrierefrei gestaltet wird. Wir wollen bessere Fußwege und mehr Raum zum Spielen und Flanieren in unseren Städten, bessere Luft zum Atmen. Alle sollen wieder ruhig schlafen können, auch in der Nähe von Flughäfen, Bahnstrecken und viel befahrenen Straßen. Gemeinsam mit den Bürger*innen wollen wir die Verkehrswende einleiten.

1. Erhalt vor Neubau, Schiene vor Straße, mehr Geld für Radwege und neue Mobilitätskonzepte

Die Bedingungen für den Verkehr in Deutschland sind derzeit einseitig auf das Auto ausgerichtet. Das wollen wir ändern, damit unsere Mobilität zukunftsfähig wird. Mit einem Bundesnetzplan anstelle des straßenlastigen Bundesverkehrswegeplans beenden wir GRÜNE das derzeitige Chaos in der Verkehrsplanung. Wir setzen auf: Erhalt vor Neubau, Schiene vor Straße, mehr Geld für Radwege. An den Bundesverkehrswegen wollen wir eine Million neue Bäume pflanzen. Verkehrsinfrastruktur als Daseinsfürsorge darf nicht privatisiert werden, auch nicht indirekt durch ÖPP oder wie bei der jetzt geplanten Bundesfernstraßengesellschaft. Wir lehnen die europafeindliche und bürokratische Ausländermaut ab und wollen sie schnellstmöglich wieder abschaffen.

Wir schaffen faire Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger. Während jeder Zug auf jedem Streckenkilometer Trassengebühren bezahlen muss, ist nur knapp ein Prozent des Straßennetzes mautpflichtig. Wir wollen alle Lkw ab 3,5 Tonnen und schrittweise das gesamte Straßennetz der Bundes- und Landesstraßen in die Lkw-Maut einbeziehen. Das ist verursachergerecht, denn ein einziger voll beladener 40-Tonner verschleißt Straßen und Brücken so stark wie mehrere zehntausend Pkw. Sogenannte Gigaliner lehnen wir ab. Die Emissionen des Flugverkehrs tragen erheblich zur CO₂-Belastung bei. Deshalb müssen Fluggesellschaften endlich gerecht besteuert werden: Es ist nicht einzusehen, warum Airlines von der Kerosinsteuer befreit sind. Das wollen wir beenden. Der Einsatz von billigem Schweröl für Fracht- und Kreuzschiffe muss drastisch eingedämmt werden. Wir fordern und fördern die Umrüstung auf umweltfreundlichere Energieträger.

Lärm macht krank! Wir wollen deswegen deutlich mehr in Lärmschutz investieren. Dazu haben wir alle Lärmquellen – vom Schienen- bis zum Luftverkehr – im Blick. Wir setzen uns dafür ein, die rechtliche Grundlage für ein Nachtflugverbot, das sich an der Nachtruhe orientiert, zu schaffen, und fordern verbindliche Lärm-minderungspläne, um den gesundheitsschädlichen Fluglärm zu reduzieren. Wir wollen, dass die Grenzwerte für Lärmschutz an militärischen und zivilen sowie alten und neuen Flughäfen gleichermaßen gelten. Den Wildwuchs von Regionalflughäfen, finanziert durch

Subventionen, wollen wir beenden. Wir GRÜNE fordern eine nachhaltige Bedarfsplanung für das Flughafennetz, die dafür sorgt, Überkapazitäten abzubauen, und Lärm- und Klimaschutz endlich konsequent berücksichtigt.

Damit man überall einfach von A nach B kommt, ist es unser Ziel, die 130 Verkehrsverbünde in Deutschland miteinander zu verknüpfen. Einfach einsteigen und losfahren, ohne sich im Tarifdschungel zu verirren und lange Fahrpläne zu studieren. Mit dem grünen MobilPass schaffen wir die Möglichkeit, die eigene Reise durch ganz Deutschland genau wie das Pendeln zur Arbeit mit einer einzigen Smartcard oder App zu buchen und zu bezahlen – von Tür zu Tür. Gleichzeitig bleiben anonym und analog verkaufte Fahrkarten erhältlich.

Die Fahrgäste sollen dann auch überall in Deutschland verschiedene Verkehrsmittel vernetzt nutzen und kombinieren können: Busse, Bahnen, Fähren, Taxis, Carsharing und Leihräder. Wir wollen den MobilPass so gestalten, dass andere Länder sich daran beteiligen können. Wir setzen uns dafür ein, dass es möglich wird, europäische Zugtickets über mehrere Länder hinweg einfach und bezahlbar online zu buchen.

Grüne Mobilität ist ökologisch und sozial. Um sie für alle bezahlbar zu gestalten, wollen wir kostengünstige Tarife für Schüler*innen, Bezieher*innen von Transferleistungen, Auszubildende und Senior*innen. Wir wollen, dass Regelsätze so ausgestaltet werden, dass sie die Kosten von Sozialtickets decken. Auch alle, die wenig Geld haben, sollen sich über Sozialtickets Mobilität ohne eigenes Auto leisten können. In der entscheidenden Lebensphase der Familiengründung wollen wir junge Eltern mit einem Elternzeit-Ticket unterstützen. Wir wollen eine grüne Verkehrswende, die alle mitnimmt. Mobilität sichert gesellschaftliche Teilhabe. Darum stehen wir einem umlagefinanzierten ÖPNV offen gegenüber. Wir wollen die rechtlichen Hürden für Kommunen abbauen und mit Modellprojekten in der nächsten Legislatur bundesweit zehn Kommunen fördern, die auf einen umlagefinanzierten und kostenfreien ÖPNV umsteigen wollen.

2. Gute Bahn für alle

Entscheidend für die Verkehrswende sind gute Bahnen – im Fern- und im Nahverkehr. Wir GRÜNE wollen den öffentlichen Verkehr

stärken und die Fahrgastzahlen verdoppeln. Wir wollen mehr Gütertransport auf Schiene und Wasserstraße und so die Straßen entlasten. Dafür schaffen wir eine bessere Wettbewerbssituation für die klimafreundlichen Verkehrsträger. Milliarden Euro werden derzeit in Subventionen für Diesel, Dienstwagen und Flugverkehr oder für überflüssige Straßen und Flugplätze verschwendet. Das ist ökologisch enorm schädlich. Wir wollen stattdessen Schienennetze und den Nahverkehr in Stadt und Land ausbauen und barrierefrei gestalten. Mit dem „Zukunftsprogramm Nahverkehr“ wollen wir das Angebot und die Qualität vor Ort mit jährlich einer Milliarde Euro verbessern. Außerdem wollen wir mehr in den Lärmschutz investieren. Für uns GRÜNE ist klar: Ab 2020 sollen keine lauten Güterwagen mehr eingesetzt werden.

Mit dem Deutschland-Takt, einem bundesweit verknüpften Fahrplan, wollen wir Fernverkehr und regionalen ÖPNV optimal aufeinander abstimmen und den Güterverkehr von Anfang an mitdenken. Dann sind lange Wartezeiten auf Anschlüsse Vergangenheit. Auch die Lücken im grenzüberschreitenden Bahnverkehr wollen wir schließen. Weil Schnellbahn- wie auch Regionalbahnstrecken grenzüberschreitend selten ausgebaut sind, entscheiden sich Menschen im europäischen Verkehr viel zu häufig für das Flugzeug oder das Auto. Das wollen wir ändern. Die Bahn soll zu einer attraktiven Alternative im europäischen Verkehr werden. Wenn der Zugverkehr zuverlässig und reibungslos funktioniert, ist das Zufahren für viele die erste Wahl.

Wir wollen, dass dabei mindestens alle Großstädte wieder im Fernverkehr angefahren werden. Wir wollen eine Bahnreform in Angriff nehmen, die die Interessen der Fahrgäste in den Mittelpunkt stellt und ein vielfältiges und attraktives Angebot auf der Schiene entstehen lässt. Das Bahnfahren und der Güterverkehr sollen billiger werden, dafür wollen wir die Trassenentgelte senken. Durch die Reform muss das Netz von den Transportgesellschaften der DB AG sauber getrennt und in neutrale staatliche Verantwortung überführt werden. So schaffen wir die Voraussetzung für mehr Verkehr auf der Schiene. Auf dem Schienennetz ist Elektromobilität längst bewährte Praxis. Allerdings nur auf etwa 60 Prozent des Netzes. Wir wollen diesen Anteil mit einem Elektrifizierungsprogramm rasch erhöhen und den Einsatz alternativer Antriebe und sparsamere Fahrzeuge im Schienenverkehr fördern. Wir wollen mehr Güter auf der

Schiene transportieren und setzen uns für eine intelligente Kombination der Transportmöglichkeiten ein.

3. Das Auto der Zukunft fährt ohne Abgase

Selbstverständlich werden wir auch morgen noch mit Autos unterwegs sein – mit dem eigenen, mit dem gemieteten oder dem geteilten. Gerade im ländlichen Raum sind die Alternativen Carsharing und ÖPNV noch nicht ausreichend. Aber es werden insgesamt weniger Autos sein und sie werden mit Strom aus Sonne und Wind oder Wasserstoff statt mit Diesel und Benzin angetrieben. Mit emissionsfreien Fahrzeugen machen wir den Autoverkehr klimafreundlicher. Ziel muss es sein, einen erfolgreichen Technologiewandel einzuleiten. Nur mit innovativen Antrieben werden unsere Automobilhersteller wettbewerbsfähig bleiben und zugleich wertvolle Arbeitsplätze in der Automobilindustrie erhalten. Das wirksamste Instrument sind ambitionierte CO₂-Grenzwerte, also Verbrauchsgrenzen, die auch auf der Straße eingehalten werden. Aus industrie- und klimaschutzpolitischen Gründen muss die nächste Bundesregierung ein klares Ziel setzen: Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen werden. Das Zeitalter der fossilen Verbrennungsmotoren ist dann zu Ende. Elektromobilität als Chance für eine klimafreundliche Mobilität ist aber mehr, als nur den Verbrennungsmotor in Autos durch einen Elektromotor zu ersetzen. Dafür werden wir Elektromobilität im Straßenverkehr gezielt stärken durch eine Förderung aller Kommunen, die ihren innerstädtischen Logistikverkehr auf E-Fahrzeuge und Lastenfahrräder umstellen, sowie durch zeitlich befristete finanzielle Zuschüsse für Elektro-Nahverkehrsbusse, Elektroautos und Elektrolastenfahrräder. Wir wollen die Dieselbusflotte schnellstmöglich auf Elektrobusse umrüsten. Außerdem werden wir die Forschung an den Mobilitätstechnologien der Zukunft verstärkt unterstützen. Für eine gerechte Finanzierung wollen wir die Kfz-Steuer reformieren und ein Bonus-Malus-System für Neuwagen einführen. Wer viel CO₂, NO_x und Feinstaub-Emissionen verursacht, zahlt dann mehr. Wir GRÜNE wollen die Besteuerung von Dienstwagen künftig an den CO₂-Ausstoß koppeln und verbrauchsarme Pkw deutlich besserstellen.

Unsere Autos sollen nicht nur im Labor die vorgeschriebenen Grenzwerte einhalten. Was zählt, ist der Verbrauch auf der Straße. Anders als die Große Koalition, die den Betrug der Autokonzerne an Umwelt und Verbraucher*innen gedeckt und vertuscht hat, finden wir GRÜNE uns nicht damit ab, dass Abgasvorschriften für Pkw nur auf dem Prüfstand eingehalten werden. Wir werden diesen Schwindel und die bewusst in Kauf genommene Verletzung unserer Gesundheit beenden. Abgas- und Verbrauchstests müssen realistisch und ihre Ergebnisse nachvollziehbar werden. Die Autoindustrie muss auf ihre Kosten Fahrzeuge nachbessern, sowohl die schon im Betrieb befindlichen als auch entsprechende Neufahrzeuge wie zum Beispiel die der Euro-6-Norm, die nicht ihre Grenzwerte auf der Straße einhalten. Wir wollen, dass unabhängige Institutionen wirksame Kontrollen schaffen. Kommunen brauchen zusätzlich Unterstützung, um Grenzwerte für bessere Luft auch durchzusetzen. Wir GRÜNE geben ihnen rechtliche Instrumente an die Hand, Umweltzonen zu stärken, zum Beispiel durch die Einführung einer blauen Plakette. Städte und Kommunen sollen mehr verkehrsrechtliche Möglichkeiten bekommen, innerstädtischen Verkehr zu lenken, zu begrenzen und sicherer zu machen. Dazu sollen sie zum Beispiel das Recht bekommen, innerorts eigenständig und unbürokratisch über die Einführung von Tempobeschränkungen wie Tempo 30 zu entscheiden. Wir fordern, dass Kommunen leichtere Möglichkeiten bekommen, bauliche Verkehrsberuhigung auf überregionalen Straßen umzusetzen. Zudem wollen wir es Kommunen rechtlich ermöglichen, neue Konzepte wie zum Beispiel in Stockholm oder London anzuwenden, um den ÖPNV zu stärken. Wir wollen Verkehrssicherheit für alle Nutzer*innen des öffentlichen Raumes. Deshalb streben wir die Vision Zero an – das Ziel, die Zahl der Verkehrstoten auf null zu reduzieren. Zu schnelles Fahren ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine tödliche Gefahr, gegen die wir mehr tun müssen. Dazu fordern wir ein Tempolimit auf Autobahnen von 120.

Unser Straßenverkehr stößt an Grenzen. Viele Städte sind mit Autos zugeparkt und leiden unter Luftbelastung und Verkehrslärm. Wir nehmen uns Städte wie Paris, Oslo und Zürich zum Vorbild und begrünen die Innenstädte. Denn ruhiger Verkehrsfluss, ausreichend Platz für Spiel und Bewegung sowie Natur inmitten der Stadt sprechen für eine hohe Lebensqualität. Dazu zählt auch, dass wir Verkehr durch sinnvolle Siedlungsentwicklung und Ansiedlungspolitik

vermeiden möchten. Wir wollen Maßnahmen ausbauen, um die Falschparkenden zurückzudrängen. Für unsere Mobilität im Alltag gibt es gute Lösungen – und die Menschen wollen sie. Über 80 Prozent der Deutschen fordern eine Verkehrsplanung, die auf mehr Fuß- und Radwege setzt, Carsharing-Angebote ausweitet und den öffentlichen Nahverkehr ausbaut. Der nationale Radverkehrsplan muss endlich umgesetzt und finanziell unterlegt werden. Bequem, bezahlbar und ohne Parkplatzsuche von A nach B kommen können in einer Stadt der kurzen Wege – das sind Ziele einer modernen Verkehrspolitik. Teil davon ist die Errichtung von Radschnellwegen oder die Umnutzung von Straßenraum etwa für temporäre Spielstraßen.

Wir müssen jetzt die Weichen für einen klugen Umgang mit autonomen Fahrzeugen stellen. Auf der einen Seite bestehen Gefahren – wie zusätzlicher Verkehr oder die Verdrängung von Schienenverkehr. Gleichzeitig sehen wir viele Vorteile in Bezug auf Verkehrssicherheit, die Stärkung des ÖPNV durch autonome Busse oder die Reduzierung von Lärm und Flächenverbrauch. Besonders öffentliche Nahverkehrsbetriebe müssen sich aktiv mit dieser Entwicklung auseinandersetzen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Deutschlandweiter MobilPass – überallhin, alles drin

Wir wollen die grüne Mobilität voranbringen: Dafür führen wir den MobilPass ein. Mit einer Smartcard oder App werden sämtliche Angebote des öffentlichen Verkehrs wie auch Car- und Bikesharing abrufbar sein. Urlaubsreisen genauso wie der Weg zur Arbeit können so aus einer Hand gebucht und bezahlt werden – ohne langes Studium von Tarif- und Nutzungsbedingungen. Nahtlos, kinderleicht und günstig. Mobilität für alle heißt für uns: Allen Menschen, die mit wenig Geld auskommen müssen, machen wir besonders günstige Angebote. Wir achten dabei auf Barrierefreiheit und breite Zugangsmöglichkeiten für Bürger*innen jeden Alters. Das Investitionsprogramm „Zukunftsprogramm Nahverkehr“ schafft ein verbessertes Angebot im

ÖPNV – auf dem Land und in der Stadt. Den Fernverkehr verknüpfen wir optimal mit den Anschlüssen des Regional- und Nahverkehrs – mit dem Deutschland-Takt. Dieser Taktfahrplan macht deutschlandweit alle Ziele nahtlos und verlässlich erreichbar.

Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos zugelassen werden.

Wir GRÜNE wollen, dass zukunftsfähige Fahrzeugtechnik weiterhin in Deutschland entwickelt und produziert wird. Für uns GRÜNE ist die Entscheidung deshalb klar: Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen werden. Dafür sind jetzt die steuerlichen, fiskalischen und infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen. So kann Deutschland die Klima- und Umweltziele erfüllen und die Industrie ihre Entwicklungsarbeit verlässlich auf die gesamte Elektromobilität ausrichten. Wer an Diesel- und Ottomotoren festhält, hemmt die Fahrzeugindustrie, sich fit für das 21. Jahrhundert zu machen.

Radverkehr ausbauen – mehr Platz für das Fahrrad

Immer mehr Menschen nutzen das Rad, weil es schnell, preiswert und bequem ist. Wir wollen die Infrastruktur für Fahrräder deutlich verbessern. Der Bund muss dabei mehr Verantwortung übernehmen. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen bauen wir Radschnellwege und ein bundesweites Netz von hochwertigen Radfernwegen. Wir wollen die Fahrradmitnahme in allen Zügen durchsetzen. Wir werden Kaufanreize für elektrisch unterstützte Lastenräder einführen, denn sie haben im Lieferverkehr großes Potenzial. In der Straßenverkehrsordnung schaffen wir fahrradfreundliche Regeln wie zum Beispiel den „Grünpfeil“ für Radfahrerinnen und Radfahrer.

C. WELT IM BLICK

In den vergangenen Jahrzehnten ist die Welt immer stärker zusammengerückt. In Europa erleben wir dank der zivilisierenden Kraft der Europäischen Union eine sehr lange Phase des friedlichen Zusammenlebens – so lange wie nie zuvor. Auch weltweit wurden Grenzen geöffnet, Wirtschaftsbeziehungen globalisiert, länderübergreifende Kontakte selbstverständlich. Immer weniger Menschen leben in extremer Armut. Eine prägende Erfahrung der vergangenen Jahre war, europäisch wie international, dass die Welt durch Zusammenarbeit an vielen Stellen zu einem besseren Ort gemacht wurde. Wir haben bei der Klimakonferenz in Paris erlebt, was geschafft werden kann, wenn der Wille da ist, gemeinsam anzupacken. Auch die Selbstverpflichtung der Vereinten Nationen, bis 2030 globale Nachhaltigkeitsziele zu erfüllen, war ein Erfolg internationaler Zusammenarbeit. Genauso gibt uns Hoffnung, dass es mit beharrlicher Diplomatie gelungen ist, ein Abkommen mit dem Iran zu schließen, das das Risiko einer atomaren Aufrüstung reduziert. Diese Erfahrungen zeigen: Echten globalen Wandel und kollektive Sicherheit erreichen wir nur gemeinsam und kooperativ.

Doch gleichzeitig steht diese Welt vor dramatischen Herausforderungen. Eine Vielzahl von Kriegen, Krisen und Konflikten bedroht den Frieden und betrifft auch Europa. Dies gilt nicht zuletzt für den äußerst brutalen Krieg in Syrien und den globalen Terror des „IS“ und anderer islamistischer Gruppen. Die Kriegsparteien haben das humanitäre Völkerrecht de facto außer Kraft gesetzt, wir stehen vor einer der schlimmsten humanitären Katastrophen unserer Zeit. So viele Menschen wie nie zuvor sind dazu gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Auf dem afrikanischen Kontinent fliehen Menschen vor Gewalt, wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit, geschlechtsspezifischer Verfolgung und den aktuell sich verschärfenden Hungerkatastrophen, besonders in Somalia, Südsudan, Nigeria, aber auch im Jemen. Die soziale Kluft vergrößert sich. Gleichzeitig verschärft die Klimakrise bestehende weltweite Ungleichheiten. Ressourcenkonflikte um Wasser und Rohstoffe erhöhen die Spannungen in vielen Regionen der Welt. Wirtschaftlicher

Prosperität und neuem Wohlstand stehen Ungleichheit und ökologischer Raubbau gegenüber.

Viele Staaten haben eine Mitverantwortung für das Entstehen gegenwärtiger Krisen und Konflikte. Unter Präsident Putin hat Russland mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, dem militärischen Vorgehen in der Ostukraine und mit dem brutalen militärischen Eingreifen auf der Seite Assads zu einer erheblichen Verschärfung der internationalen Spannungen beigetragen. Wir sehen mit Sorge, dass die Abrüstungsbereitschaft sinkt, die Rüstungshaushalte und Rüstungsexporte steigen und die längst überwunden geglaubte Logik der Abschreckung von allen Seiten wieder in Gang gesetzt wird.

Die unberechenbare Präsidentschaft von Donald Trump in den USA und seine Politik des „America First“ stellen die Politik Deutschlands und der Europäischen Union vor erhebliche neue Herausforderungen. Damit die transatlantische Wertegemeinschaft stark bleibt, wollen wir den Austausch mit der amerikanischen Zivilgesellschaft und Bundesstaaten stärken. Die wirtschaftliche, militärische und kulturelle Polarisierung ist das Gegenteil einer auf Verständigung und Kooperation orientierten Weltordnung. Pläne für nationalistische Abschottung und Handelskriege, das Leugnen der Klimakrise, die Negierung der Genfer Konvention in Bezug auf das Hilfsgebot für Geflüchtete und auf das Verbot von Folter untergraben das dringend notwendige gemeinsame Handeln. Die Herausforderungen für globales Engagement für demokratische Werte und eine Friedenspolitik könnten also kaum größer sein.

Wir GRÜNE wollen unseren Beitrag dazu leisten, das Leben in den kommenden Dekaden des 21. Jahrhunderts politisch friedlich und sicher, ökologisch nachhaltig, solidarisch und sozial gerecht zu gestalten. Wir wollen die multilaterale Kooperation und vor allem die Vereinten Nationen stärken. Die Weltgemeinschaft muss Verantwortung für die internationale Friedenssicherung, globalen Entwicklungschancen und die Durchsetzung und Verwirklichung der Menschenrechte übernehmen. Die EU soll nach innen wie nach außen ein Friedensprojekt sein. Das können wir erreichen, wenn wir Europa weiterentwickeln, internationale Institutionen stärken und Gerechtigkeit als grenzübergreifende Aufgabe begreifen. Es geht um Zusammenarbeit statt Nationalismus.

Wir wollen, dass Deutschland mehr globale Verantwortung für den Frieden und Gerechtigkeit in der Welt übernimmt. Das fängt zu Hause an. Eine Erhöhung des Rüstungshaushalts auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung lehnen wir ab. Wir wollen mehr Mittel für Krisenprävention bereitstellen und darüber hinaus die international versprochenen 0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für die globale Entwicklung dauerhaft zur Verfügung stellen, und zwar ohne die Kosten für Flüchtlinge im Inland anzurechnen. Wir wollen damit Schluss machen, in Krisenregionen und Diktaturen Waffen zu exportieren. Wir GRÜNE wollen, dass Deutschland mehr tut, um Konflikte und Krisen zu lösen oder besser noch, sie zu verhindern.

Unser Ansatz gegen Fluchtursachen kann ein wichtiger Baustein sein, um Menschen eine Lebensperspektive in ihren Ländern zu ermöglichen. Das heißt, wir werden Fluchtursachen bekämpfen und nicht Geflüchtete. Wir GRÜNE wollen die Globalisierung nicht zurückdrehen, sondern im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und menschenrechtlicher Prinzipien gestalten. Wir brauchen endlich ein kohärentes Handeln im Rahmen der globalen Nachhaltigkeitsziele, deswegen müssen wir aufhören, mit Rüstungsexporten, unfairem Handel oder Steuervermeidungen unsere eigene internationale Zusammenarbeit zu hintertreiben.

Wer vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung nach Deutschland flieht, dem wollen wir Schutz bieten. Aber auch mit Blick auf die Einwanderung wollen wir das Staatsbürgerschaftsrecht endlich der Realität anpassen. Wir GRÜNE sind überzeugte Europäerinnen und Europäer. Eine starke, demokratische und reformierte Europäische Union ist genau das, was wir in einer Welt der Unsicherheiten brauchen. Wir wollen die deutsche Euro- und Europapolitik solidarischer ausrichten, damit Deutschland dazu beiträgt, Europa zu einen und zu stärken. Wir GRÜNE sind die Europapartei und stehen gerade angesichts von nationalistischen und rechtspopulistischen Bestrebungen ein für ein besseres Europa für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Europäische Union ist bis heute das beste Beispiel, wie supranationale Partnerschaft und Zusammenarbeit zum Nutzen aller funktionieren kann. Und sie macht damit Hoffnung: Eine friedlichere, eine solidarische, eine bessere Welt ist möglich.

I. WIR KÄMPFEN UM EUROPAS ZUSAMMENHALT

Die bisherige europäische Einigung ist eine wahrhaft große historische Errungenschaft. Sie bedeutet: Zusammenarbeit statt Nationalismus und nie wieder Krieg. Diese Leistung einiger Generationen von Europäerinnen und Europäern darf nicht gefährdet werden. Leider ist sie heute wieder sehr umstritten, rechtsnationalistische Bewegungen und Parteien stellen sie ganz infrage. Es erfordert neues Engagement, um sie zu sichern und weiterzuentwickeln. Dafür stehen wir GRÜNE. Wir sind die politische Kraft, die Europa gegen den Rechtsnationalismus verteidigt und weiter den Weg der europäischen Integration geht. Denn die Europäische Union ist unser Zuhause.

Mit der europäischen Einigung wurde eine lange und schmerzvolle Geschichte von Kriegen, Feindseligkeiten und Zerstörungen endlich weitgehend überwunden. Heute ist die Europäische Union eine Garantin für den Frieden und für unsere universellen Werte. Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Religionsfreiheit, Achtung der Menschenwürde, Menschenrechte, Toleranz, soziale Marktwirtschaft – das sind die Grundlagen der Europäischen Union. Heute können wir Unionsbürgerinnen und Unionsbürger innerhalb der EU grenzenlos reisen, studieren, arbeiten und leben, wir können glauben, was, und lieben, wen wir wollen. Wir GRÜNE stehen für dieses Zusammenleben in Einheit und Vielfalt und diesen European Way of Life. Wir wollen diese Errungenschaften weiter ausbauen und für alle erfahrbar machen.

Bis heute ist die Art und Weise, wie die Menschen und Staaten in der Europäischen Union zusammenarbeiten und Konflikte lösen, einmalig auf der Welt. Für eine gute Zukunft brauchen wir die Europäische Union umso mehr. Die großen grenzüberschreitenden Probleme unserer Zeit sind für Kleinstaaterei zu groß: Kampf gegen die Klimakrise, Hunger, Armut, Krieg und Terrorismus, Korruption, die gerechte Gestaltung der Globalisierung sowie der Einsatz für eine humane Flüchtlingspolitik und die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand und am Fortschritt. Wir können all das nur mit einer funktionierenden EU bewältigen. Sie muss die demokratische

Antwort auf die Globalisierung sein. Auch deshalb sind und bleiben wir GRÜNE überzeugte Europäerinnen und Europäer. „Mehr Europa“, das heißt für uns, die EU dort stärker zu machen und weiterzuentwickeln, wo gemeinsames Handeln notwendig und sinnvoll ist entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip.

Gerade weil wir die Europäische Union schätzen und brauchen, wollen wir sie sozialer, solidarischer, ökologischer und demokratischer machen. Wir wollen ein Europa, das allen Menschen Chancen eröffnet. Gesellschaftliche Spaltung, Ausgrenzung, Willfährigkeit gegenüber starken Lobbys und autoritäre Tendenzen nehmen wir nicht hin. Wir GRÜNE werden die EU weiterentwickeln, denn wir haben noch viel mit ihr vor. Gerade jetzt.

1. Für ein starkes Europa gegen Spaltung und autoritäre Tendenzen

Die Erfolge der GRÜNEN in den Niederlanden und die Präsidentschaftswahlen in Frankreich und Österreich mit dem Sieg der überzeugten Europäer Alexander Van der Bellen und Emmanuel Macron haben gezeigt, wie man mit einem klaren europäischen Kurs Menschen überzeugen kann. Mit der neuen französischen Regierung unter Präsident Emmanuel Macron steht ein kraftvoller Partner für Reformen in Europa zur Verfügung. Uns eint mit ihm der feste Glaube an offene Gesellschaften in Europa. Frankreich und Deutschland müssen einander nun auf Augenhöhe begegnen und gemeinsam ein starkes sozial-ökologisches Europa verwirklichen. Präsident Macron hat zu Recht ein Ende der Austeritätspolitik und eine große europäische Investitionsoffensive gefordert. Wir werden diesen Kurs unterstützen und zusammen mit den EU-Institutionen beherzt notwendige Reformen in der Eurozone und der gesamten EU vorantreiben.

Wir lassen uns vom Ausgang des Brexit-Referendums und den Erfolgen der Rechtspopulist*innen nicht entmutigen und treten weiter für unsere Werte ein. Oberste Priorität in den Brexit-Verhandlungen mit Großbritannien muss eine starke Europäische Union sein. Der Zusammenhalt der EU 27 und die Interessen ihrer Mitgliedstaaten haben zweifelsfrei Priorität, deswegen darf es keinen „Austritt à la carte“ geben. Ein freier Zugang zum EU-Binnenmarkt darf wie bisher nur möglich sein, wenn die Einheitlichkeit des Euro-

parechts, die Rechtssetzung und Jurisdiktion der Gemeinschaftsorgane und die Geltung aller vier Grundfreiheiten, insbesondere der Personenfreizügigkeit, gewahrt bleiben. Europa zusammenzuhalten, wird in den Verhandlungen die Aufgabe der neuen Bundesregierung sein. Dazu gehört, dass auch Deutschland bereit sein muss, mehr finanzielle Verantwortung zu übernehmen, um die EU auch nach dem Brexit überhaupt handlungsfähig zu halten. Die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens gehören für uns zu Europa. Dem Wunsch der Schott*innen und Nordir*innen wie auch der vielen Menschen im Vereinigten Königreich, die in der EU bleiben wollen, begegnen wir mit Offenheit und Sympathie. Wir werden uns darum auch in Zukunft für eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich einsetzen. Darüber hinaus stellen wir klar: Unsere Tür bleibt offen. Die Europäische Union bleibt ein Projekt des Friedens und Zusammenwachsens. Deshalb reichen wir allen die Hand, die weiterhin unter dem Dach der EU gemeinsam die Zukunft gestalten wollen. Allen schon länger in Deutschland lebenden Brit*innen wollen wir einen einfachen Weg in die deutsche und damit einen Verbleib in der EU-Staatsbürgerschaft ermöglichen.

Wir wollen Europa zusammenhalten. Wir wissen, das wird nicht einfach. Wir begrüßen Initiativen, die in diesen Zeiten Europa konstruktiv und visionär weiterdenken und für die EU auf die Straße gehen. Ein Europa der lebendigen solidarischen Zivilgesellschaft, die der europäischen Idee neuen Schwung verleiht, ist ein wichtiges Korrektiv zum Europa der Staaten und zum aufkeimenden nationalen Egoismus. Daher unterstützen wir die vielfältigen proeuropäischen Bürger*innenbewegungen in ganz Europa.

Denn die Differenzen innerhalb der EU sind groß. Wir arbeiten darauf hin, dass alle europäischen Mitgliedstaaten eine solidarische Flüchtlingspolitik unterstützen. Wir wollen wieder offene Grenzen im Schengen-Raum. Auch wir sind empört, wie mitten in Europa, etwa in Ungarn oder Polen, die Demokratie und der Rechtsstaat ausgehöhlt werden. Dagegen stellen wir uns. Wir wollen deswegen, dass die EU-Grundrechtecharta EU-weit für alle Gesetze gilt.

Wir GRÜNE machen uns stark für ein Europa, das zusammenhält, das Minderheiten – wie Sinti und Roma – schützt, antiemanzipatorischen Tendenzen – zum Beispiel gegen die sexuelle Selbstbestimmung von LSBTIQ* – abwehrt und in dem die einzelnen Staaten und Bewohner*innen gegenseitige Solidarität zeigen. Dazu braucht es

auch und gerade ein Umdenken vieler nationaler Regierungen. Das gilt ebenso für die deutsche Bundesregierung. Europa kommt nur voran, wenn alle bereit sind, Kompromisse einzugehen. Deshalb muss Deutschland bereit sein, zum Beispiel bei der Europolitik und seinen Exportüberschüssen, bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Projekten wie Nord Stream 2 oder bei Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, stärker auf die Bedürfnisse anderer europäischer Staaten einzugehen.

Um Europa für die junge Generation erlebbar und erfahrbar zu machen, wollen wir den direkten Austausch – zum Beispiel mit einem kostenlosen Interrail-Ticket zum 18. Geburtstag – verbessern. Aufgabe der EU ist es, das gemeinsame kulturelle Erbe Europas zu bewahren und die offene, gemeinsame Kultur zu fördern. Daher wollen wir einen europäischen Nachrichten- und Bildungssender einführen. Der gemeinsame Sender soll einen Beitrag zur Herstellung einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit leisten. Dafür ist ein Sendeformat in allen wichtigen europäischen Sprachen, insbesondere auch Russisch und Türkisch, von zentraler Bedeutung.

Unser Ziel bleibt eine EU, in der alle zusammenhalten und die sich einvernehmlich weiterentwickelt. Ein Kerneuropa oder eine Spaltung der EU lehnen wir ab. Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten darf nicht der Standardmodus, muss aber möglich sein. Diese verstärkte Zusammenarbeit muss stets für alle EU-Staaten offen und im Rahmen der EU-Verträge organisiert sein. Die Rechte des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission sind dabei uneingeschränkt zu achten.

2. In ein ökologisches und soziales Europa investieren

Die Wirtschaftskrise in Europa ist noch lange nicht überwunden. Besonders in Südeuropa sind immer noch Millionen von Jugendlichen ohne Job und berufliche Perspektive. Die Große Koalition knausert beim EU-Haushalt, beharrt auf einer einseitigen Sparpolitik, unterstützt falsche Privatisierungen, behindert Schuldenerleichterungen für Griechenland, Eurobonds und öffentliche Investitionen und vertieft damit die Spaltung Europas. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel und schlagen ein sozial-ökologisches Modernisierungsprojekt vor, weg von Austerität hin zu mehr Zukunftsin-

vestitionen. Der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) muss reformiert und aufgestockt werden. Der notwendige Dreiklang von Investitionen, Reformen und haushaltspolitischer Solidität erklingt nur, wenn die Priorität für Investitionen nicht von Austeritätspolitik verunmöglicht wird. Wenn wir regieren, wird das eine unserer Prioritäten.

Als ersten Teil unseres Green New Deal für Europa schlagen wir GRÜNE einen Pakt für nachhaltige Investitionen vor. Damit investieren wir in die soziale und ökologische Erneuerung der europäischen Wirtschaft. Wir bringen eine starke Klima- und Energieunion voran, unterstützen Innovation und neue Produktionstechnologien in der Industrie, nutzen Ressourcen und Energie effizient, setzen auf Kreislaufwirtschaft und eine Digitalisierung, die allen etwas bringt. Wir wollen einen funktionstüchtigen europäischen Emissionshandel, an ökologische Kriterien gekoppelte Landwirtschaftssubventionen sowie strenge ökologische und soziale Mindeststandards für auf den europäischen Markt gebrachte Produkte und Rohstoffe.

Unsere Projekte sind bürgernah und gesamteuropäisch: Naturschutz, grenzüberschreitende Bahn-, Energie- und Datennetze, Forschung, Kulturaustausch und Jugendprogramme. Der Green New Deal wird auch für junge Menschen Ausbildungsplätze und Jobs schaffen. Hierbei soll Deutschland eine Vorbildrolle einnehmen und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) stärker in die Unterstützung insbesondere von europäischen mittelständischen Unternehmen einbinden, damit diese Jugendliche mehr ausbilden und in Arbeit bringen. Junge Menschen überall in Europa sollen wieder spüren, dass Europa sie nicht alleinlässt. Das wollen wir über einen neuen Zukunftsfonds im EU-Haushalt finanzieren, der durch Mittel aus einem neu geschaffenen europäischen Steuerpakt gespeist werden soll. Der Pakt schafft mehr Steuergerechtigkeit und verringert Steuerausfälle.

Schweizer Steuer-CDs, Luxleaks oder die Panama Papers zeigen beispielhaft, wie sich Superreiche und internationale Konzerne um ihren Beitrag für das Gemeinwohl herumdrücken oder, wie im Falle der Cum-Ex-Steuertricks, sich sogar auf Kosten der Gesellschaft bereichern. Mit dem Vorschlag zur gemeinsamen, konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage soll die Besteuerung für EU-weit operierende Unternehmen vereinfacht und Steuervermeidung ausgeschlossen werden. Um schädlichen Steuerwettbewerb

effektiv zu verhindern, sollte die Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage mit einem Mindeststeuersatz für alle in der EU ansässigen Unternehmen verbunden und regelmäßig zum Beispiel vom Europäischen Parlament überprüft werden. Steuervermeidung und -hinterziehung müssen wirkungsvoller verhindert und bestraft werden. Uns entgehen jedes Jahr viele Milliarden Euro durch die bisherige Untätigkeit. Wir werden bei dem Kampf gegen Steuerbetrug auch national vorangehen.

Wir wollen dem Vertrag von Lissabon eine soziale Fortschrittsklausel an die Seite stellen. Außerdem setzen wir uns ein für Mindeststandards im Bereich der sozialen Sicherung und des Arbeitsmarktes. Wir streiten für das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Arbeitsplatz“ für alle Arbeitnehmer*innen. Uns ist wichtig, die grenzüberschreitende Freizügigkeit von Arbeitnehmer*innen sozial besser abzusichern, damit sie nicht durch ein Raster national fragmentierter Sozialsysteme fallen. Wir wollen die wirtschaftspolitische Steuerung über das Europäische Semester stärken. Wir wollen, wie von der EU-Kommission empfohlen und den Gewerkschaften gefordert, eine Lohnentwicklung erreichen, die langfristig ein größeres außenwirtschaftliches Gleichgewicht ermöglicht. Wir wollen keinen unfairen Wettbewerb der europäischen Staaten, Löhne zu drücken. Als Ziel in diesem Bereich setzen wir uns für die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung ein.

3. Für mehr Transparenz, mehr Beteiligung und ein starkes EU-Parlament

Europas Demokratie lebt vom Mitmachen, Mitentscheiden, Sicheinbringen und -einmischen. Die EU ist demokratisch legitimiert. Aber wie jede Demokratie hat sie Schwächen, die wir abbauen wollen. Zu oft wird europäische Demokratie zu einseitig über das Handeln nationaler Regierungen bestimmt, anstatt über das Europäische Parlament. Wir wollen eine größere europäische Öffentlichkeit und Legitimation erreichen. Deswegen wollen wir weiterhin europäische Spitzenkandidat*innen für das Amt des oder der Kommissionspräsident*in. Parteien sollen auch mit transnationalen Listen für das EU-Parlament antreten. Dafür können wir nach dem Brexit einen Teil

der frei werdenden Sitze der britischen Europaabgeordneten nutzen. Wir wollen, dass das direkt gewählte Europäische Parlament der zentrale Ort aller europäischen Entscheidungen wird und das Recht erhält, eigene Gesetzesvorschläge einzubringen. Auch im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll es gleichberechtigt mitentscheiden; um dies vorzubereiten, soll ein Ausschuss für Eurofragen mit besonderen Informationsrechten eingerichtet werden. Wir wollen die aktuellen Euro-Rettungsmechanismen in einen Europäischen Währungsfonds umwandeln, der durch das EP kontrolliert wird. Das EP muss die alleinige parlamentarische Vertretung für alle Unionsbürger*innen bleiben. Jegliche Formen von Euro-Nebenparlamenten lehnen wir ab. Um die Rückbindung der Eurogruppe zum Europäischen Parlament zu stärken, schlagen wir vor, den oder die EU-Kommissar*in für Wirtschaft und Währung als nächste*n Präsident*in der Eurogruppe zu wählen. Die Abwahl der EU-Kommission und ihrer Präsidentin oder ihres Präsidenten muss über ein konstruktives Misstrauensvotum durch eine einfache statt bisher Zweidrittelmehrheit der EP-Abgeordneten möglich sein. Zur Verbesserung der Transparenz sollte der Minister*innenrat grundsätzlich öffentlich tagen und jede*r soll wissen können, welches Land wie abstimmt. Auch die nationalen Parlamente wollen wir durch vertraglich gesicherte umfassende Informationsrechte stärken, damit das Handeln der eigenen Regierung in Brüssel stärker beeinflusst werden kann. Für Europäische Bürger*inneninitiativen gibt es heute unnötig hohe Hürden, die wir abbauen wollen. Schließlich sollten alle Unionsbürger*innen in den Staaten, in denen sie leben, die vollen bürgerlichen, sozialen und politischen Rechte genießen. Unionsbürger*innen sollten ein Landtagswahlrecht in Deutschland erhalten. Perspektivisch sollte die Unionsbürger*innenschaft zu einer europäischen Staatsbürger*innenschaft fortentwickelt werden.

Wir fordern mehr Transparenz durch ein verpflichtendes Lobbyregister. Ein „legislativer Fußabdruck“ soll sichtbar machen, wer mit welchem Budget in wessen Auftrag und zu welchem Thema Einfluss auf die Politik nimmt. Für Kommissionsmitglieder und höchste Entscheidungsträger*innen sollen striktere Karenzzeiten gelten, bevor sie in neue Positionen wechseln können.

4. Die EU als handlungsfähige Akteurin in der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass die EU bei der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik mehr leistet, öfter mit einer Stimme spricht, mehr für unsere innere und äußere Sicherheit tut. Wir GRÜNE setzen uns für eine stärkere Europäisierung der Außen-, Entwicklungs-, Friedens- und Sicherheitspolitik ein. Kein europäisches Land ist allein in der Lage, den internationalen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Das gilt umso mehr in einer Zeit, in der sich durch die aggressive Großmachtpolitik Russlands unter Präsident Putin, die von Abschottung und nationalistischem Denken geprägte Politik des amerikanischen Präsidenten Trump und die vielen Krisenherde im Nahen Osten und in Nordafrika die Rahmenbedingungen für die Sicherheit der EU grundlegend ändern.

Das Zivile steht dabei für uns im Vordergrund. Die Mittel und das Personal für zivile Krisenprävention und die zivilen EU-Polizei- und Rechtsstaatsmissionen müssen bedarfsgerecht und damit deutlich erhöht werden. Wir stellen uns gegen einen fatalen Paradigmenwechsel, bislang zivile Gelder aus dem EU-Haushalt für Militär oder zur Abwehr von Flüchtlingen umzuverteilen sowie die Investitionsbank und das Instrument für Stabilität und Frieden zu militärischen Zwecken zu missbrauchen. Wir wollen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und den Europäischen Auswärtigen Dienst weiter ausbauen. Die EU soll aktiv an einer globalen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen und an der Schaffung eines gesamteuropäischen Systems kooperativer Sicherheit, ausgehend von der OSZE, mitarbeiten. Die neuen Sicherheitsbedenken der osteuropäischen Länder nehmen wir dabei sehr ernst. Eine Lösung des Konfliktes in der Ukraine kann nur eine politische und diplomatische sein. Daher halten wir am Minsk-Prozess fest. Wir halten gezielte Sanktionen der EU gegen verantwortliche Individuen, öffentliche und privatwirtschaftliche Institutionen für ein wirksames Mittel der Außenpolitik und halten derzeit an der Aufrechterhaltung der Sanktionen gegenüber der Russischen Föderation fest.

Wir halten konkrete Schritte für eine verstärkte Zusammenarbeit und Integration der Streitkräfte in der Europäischen Union für sinn-

voll und für einen Teil der Antwort auf die internationalen Entwicklungen. Eine Erhöhung der Militärausgaben ist nicht sinnvoll und wir lehnen auch entsprechende Forderungen aus der NATO, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ab. Uns geht es darum, durch engere gemeinsame Planung, Kooperation und Koordination Fähigkeiten auf europäischer Ebene zu bündeln, statt die Verschwendung öffentlicher Gelder fortzusetzen. Dies muss mit einer Stärkung der Mitspracherechte für das Europäische Parlament und mit einer gemeinsamen restriktiven Rüstungsexportpolitik einhergehen.

Die EU muss auch bei der Gestaltung ihrer Nachbarschaftspolitik aktiver werden. Die Erweiterungspolitik der EU ist für uns eine Erfolgsgeschichte. Sie steht für Frieden und Stabilität in Europa. Der Beitritt jedes einzelnen Landes muss aber weiter konsequent von Fortschritten im Beitrittsprozess und der Erfüllung der Kopenhagen-Kriterien abhängig gemacht werden. Wir wollen alle Staaten des westlichen Balkans ohne Änderung ihrer Grenzen in die EU integrieren und das Beitrittsversprechen durch eine tiefgreifendere Zusammenarbeit mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteur*innen des Westbalkans glaubwürdig machen.

Wir GRÜNE stehen auch weiterhin fest an der Seite derjenigen in der Türkei, die für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Weltoffenheit eintreten. Wir verurteilen die von Erdogan eingeschlagene Politik hin zu einem autoritären Präsidialsystem, die massiven Angriffe auf Oppositionelle, auf die Zivilgesellschaft, auf die Meinungs- und Pressefreiheit. Der Krieg des türkischen Militärs und der Terror der PKK im Südosten der Türkei werden auf dem Rücken der Zivilgesellschaft ausgetragen. Auch die militärischen Interventionen in Syrien und im Nordirak lassen die Gewalt in der Region weiter eskalieren. Für die Zukunft der Kurd*innen kann es nur eine friedliche und politische Lösung geben. Es braucht nun eine grundlegende Neuvermessung der europäisch-türkischen Beziehungen. Mehr denn je müssen Deutschland und Europa klare Kante für Demokratie und Menschenrechte zeigen. Darum werden wir deutsche Rüstungsexporte in die Türkei stoppen. Politisch Verfolgte sollen in der EU Zuflucht finden und der Visumszwang abgeschafft werden. Verhandlungen über eine Ausweitung der Zollunion kann es erst geben, wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Das gilt auch für die Fortführung der

Beitrittsgespräche, die de facto bereits auf Eis liegen. Sie jetzt komplett abubrechen, würde das falsche Signal an die proeuropäischen und demokratischen Kräfte in der Türkei senden. Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben.

Europa hat auch eine besondere Verantwortung für Afrika. Wir wollen unsere Partnerländer dabei unterstützen, lebenswerte Perspektiven für die Menschen vor Ort zu schaffen und damit langfristig auch Fluchtursachen zu beseitigen. Deshalb schlagen wir einen Zukunftspakt zwischen der EU und Afrika vor. Außerdem wollen wir die Einreisebedingungen für Auszubildende und Studierende aus afrikanischen Ländern in die EU erleichtern.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Zukunftsfonds für ökologische und soziale Modernisierung

Wir GRÜNE wollen einen Zukunftsfonds im EU-Haushalt für Europa einrichten, der mittels öffentlicher Investitionen die ökologische und soziale Modernisierung vorantreibt, darüber hinaus Mitgliedstaaten in Notsituationen unterstützt und Wirtschaftskrisen bekämpft. An diesem Fonds sollen sich alle EU-Staaten beteiligen dürfen, die im Gegenzug stärkere Maßnahmen gegen aggressive Steuervermeidung und Steuerhinterziehung ergreifen. Mit einem solchen Steuerpakt starten wir eine Investitions-offensive für ein modernes und gerechtes Europa. Die soziale Spaltung Europas wollen wir so durch die Einführung von Mindeststandards abbauen und die europäische Jugendgarantie wollen wir stärken. In der EU soll jeder junge Mensch spätestens vier Monate nach dem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten.

Demokratie in der EU stärken – Europa der Bürger*innen schaffen

Wir wollen Europa gemeinsam mit seinen Bürger*innen weiterentwickeln, transparenter, demokratischer und erfahrbarer

machen. Wir wollen das direkt gewählte Europäische Parlament als zentralen Ort der europäischen Demokratie stärken, unter anderem durch die Möglichkeit, eigene Gesetzesvorschläge einzubringen. Der Minister*innenrat und seine vorbereitenden Gremien sollen in Zukunft öffentlich tagen. Wir wollen ein verbindliches Lobbyregister und einen legislativen Fußabdruck, damit erkennbar wird, wer wann an einem Gesetz gearbeitet hat. Wir wollen Beteiligungsinstrumente wie die Europäischen Bürger*inneninitiativen und europäische Bürger*innenforen ausbauen. Wir stärken den gesellschaftlichen Austausch und öffnen den europäischen Friedensdienst für alle.

Zukunftspakt zwischen EU und Afrika

Europa hat gegenüber Afrika eine historische Verantwortung und wir sind vielfältig miteinander verbunden. Wir wollen einen Grünen Zukunftspakt mit den Ländern in Afrika, der gemeinsam erarbeitet wird und der die Agenda der Afrikanischen Union unterstützt. Im Zentrum stehen zivile Krisenprävention und der Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen sowie funktionierende Steuersysteme. Wir wollen eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung fördern durch den Ausbau erneuerbarer Energien sowie sozial-ökologische Investitionen. Insbesondere verfolgen wir hierbei eine gerechte Agrar- und Handelspolitik mit einer fairen Zusammenarbeit mit afrikanischen Produzent*innen und einer nachhaltigen Weiterentwicklung der afrikanischen kleinbäuerlichen Landschaft. So schaffen wir Perspektiven für die Menschen in Afrika.

II. WIR STEHEN EIN FÜR FRIEDEN, GLOBALE GERECHTIGKEIT UND MENSCHENRECHTE

Wir leben 2017 in einer Zeit dramatischer Umbrüche in der Welt-politik. Die Hoffnung auf eine globale Friedensordnung droht zu schwinden. Kriege und Konflikte in der Nachbarschaft der Europä-ischen Union haben sich in den vergangenen Jahren weiter ver-schärft. In einer solchen Lage sind Besonnenheit, eine multilaterale Ausrichtung, die Stärkung des Völkerrechts sowie zivile Ansätze dringender denn je. Unsere Orientierung sind die vielen positiven Entwicklungen weltweit. Wir werden Länder partnerschaftlich da-bei unterstützen, Menschenrechte zu schützen, demokratische und rechtsstaatliche Strukturen zu stärken, sich nachhaltig zu entwi-ckeln und den Menschen ein Leben in Freiheit und Würde zu ermög-lichen. Leitbild unseres außenpolitischen Engagements sind die Menschenrechte. Deutschland und die EU müssen mehr Verant-wortung für die Gestaltung einer friedlichen, gerechten und koope-rativen Weltordnung übernehmen. Deutschland muss selbst alle menschenrechtlichen Abkommen vorbehaltlos ratifizieren und um-setzen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass durch globale Partnerschaft, Solidarität und Zusammenarbeit die Welt an vielen Stellen zu einem besseren Ort werden kann. Diesen Weg wollen wir GRÜNE entschlossen weitergehen.

Im Zentrum unserer Außen-, Sicherheits-, Friedens- und Ent-wicklungspolitik steht eine Stärkung des internationalen Rechts, der multilateralen Zusammenarbeit und der zivilen Krisenpräventi-on, vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen, EU und OSZE. Die Welt wird nur sicherer werden, wenn wir international nicht weni-ger, sondern enger zusammenarbeiten. Die NATO ist ein wichtiges transatlantisches Bindeglied und spielt für die gemeinsame Sicher-heit in Europa eine wichtige Rolle. Wir wollen sie so transformieren, das sie auch mit Dritten verstärkt zu kooperativer Sicherheit beitra-

gen kann. Deshalb setzen wir auch auf den Dialog im NATO-Russland-Rat. Dies gilt gerade jetzt. Den Rahmen für unsere Politik der globalen Verantwortung bilden die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Sie nehmen auch Deutschland und andere Industrieländer in die Pflicht, gesamtpolitisch umzusteuern, denn eine nachhaltige Entwicklung und der Einsatz für Frieden fangen zu Hause an. Wir kämpfen für eine global nachhaltige Entwicklung, für soziale Gerechtigkeit und für demokratische Teilhabe. Dazu gehört die Eindämmung von Geldwäsche und Korruption.

Im Mittelpunkt internationaler Politik steht für uns der Mensch mit seiner Würde, seinen unveräußerlichen Rechten und seiner Freiheit. Uns leiten die Durchsetzung und Wahrung von Menschenrechten, insbesondere der Rechte von Frauen.

1. Menschenrechte, Krisenprävention und die Entwicklung in den Mittelpunkt

In der globalisierten Welt sind Außen- und Innenpolitik heute kaum mehr voneinander zu trennen. Ressourcenkonflikte, Fluchtbewegungen und die gemeinsame Herausforderung der Klimakrise zeigen, dass die Probleme der Welt nur grenzüberschreitend gelöst werden können. Frieden, Freiheit, ein Leben in Würde und der Schutz der globalen öffentlichen Güter stehen allen Menschen gleichermaßen zu. Wir kritisieren scharf, dass autoritäre Regime in vielen Ländern diese Werte mit Füßen treten. Sie dürfen nicht als unsere „Verbündeten“ betrachtet und politisch und militärisch gestützt werden. Demokratische Gesellschaftsmodelle geraten zunehmend unter Druck. Nicht nur in Russland, China oder Ägypten, auch in der Türkei ist die massive Einschränkung von Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit mittlerweile bittere Realität. Menschenrechtsverteidiger*innen müssen weltweit besser geschützt werden und müssen Thema der bilateralen Regierungsverhandlungen sein. Wir wollen Menschenrechtsreferent*innen in allen deutschen Botschaften. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und demokratischen Bewegungen wird immer öfter von staatlicher Seite behindert und kriminalisiert. Das betrifft auch die politischen Stiftungen und ihre Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen vor Ort.

Wir wollen die strukturellen Gründe für Ungleichheit, für Armut und Hunger, für Klima- und Ressourcenkrise und für gewaltsame Konflikte angehen. Wichtig dafür sind Politikreformen in Deutschland und anderen Industriestaaten im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele, die Schaffung entwicklungsförderlicher Rahmenbedingungen in Partnerländern und ein Ausbau der multilateralen Zusammenarbeit. Unsere Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- oder Rüstungsexportpolitik darf nicht länger Nachhaltigkeitsziele wie Frieden, Menschenrechte und globale Gerechtigkeit konterkarieren. Deshalb wollen wir einen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte schaffen, der das Regierungshandeln mit Blick auf die Nachhaltigen Entwicklungsziele prüft und Anpassungen empfiehlt. Wir werden verstärkt die Zivilgesellschaft fördern und auch den Privatsektor nach verbindlichen menschenrechtlichen und sozial-ökologischen Kriterien einbeziehen. Eine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen wir ab. Öffentlich-private Partnerschaften dürfen nicht zu neuen Schuldenkrisen führen und müssen dem Gemeinwohl und einer nachhaltigen Entwicklung dienen.

Mit unserer internationalen Zusammenarbeit wollen wir rechtsstaatliche Strukturen stärken, soziale Sicherungs- und Gesundheitssysteme ausbauen, Ernährungssouveränität herstellen, Klimaschutz fördern, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen durchsetzen und den Zugang zu Bildung voranbringen. Dafür reformieren wir die Instrumente unserer internationalen Zusammenarbeit für mehr Effizienz und Wirksamkeit. Vereinbarungen mit Partnerländern gründen wir auf beidseitige Verpflichtungen – etwa bei der Steuerkooperation und klugen Kapitalverkehrskontrollen. Wir setzen uns für ein geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei den Vereinten Nationen und für eine Finanztransaktionsteuer ein, deren Erlöse in großen Teilen für Maßnahmen der Entwicklungs- und Klimafinanzierung eingesetzt werden sollen. Die Kopplung von Entwicklungszusammenarbeit an Rückübernahmeabkommen ist keine Grundlage für eine menschenrechtsbasierte Entwicklungspolitik.

Die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Durchsetzung der Frauenrechte sind wichtige Faktoren für eine menschenrechtsbasierte Außen- und Entwicklungspolitik. Wir treten dabei auch gegen die Diskriminierung und für den Schutz der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans*, inter* und queeren

(LSBTIQ*) Menschen ein. 2007 wurden in Yogyakarta Prinzipien zur Anwendung der Menschenrechte in Bezug auf die sexuelle Orientierung und die geschlechtliche Identität verabschiedet. Diese wollen wir im Rahmen der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik weiter fördern und umsetzen.

Das inzwischen fast 50-jährige und oft wiederholte Versprechen, 0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für die weltweite Entwicklung bereitzustellen, lösen wir endlich ein, ohne Kosten für Geflüchtete in Deutschland anzurechnen. Wir stehen für eine verlässliche Entwicklungsfinanzierung und humanitäre Hilfe für Menschen in Not sowie ein stärkeres finanzielles und personelles Engagement im Rahmen der VN, der EU und der OSZE. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik spielt eine wichtige Rolle. Wir wollen deshalb die Arbeit der Goethe-Institute, der Deutschen Welle, der politischen Stiftungen, des DAAD und anderer Akteure für den Dialog der Kulturen stärken.

Der humanitäre Bedarf der Vereinten Nationen zur Vermeidung von Hungersnöten oder schlimmsten Katastrophen wird von der Staatengemeinschaft immer wieder nicht erfüllt und wenn, dann häufig erst nach wiederholten Appellen und Sondergipfeln. Wir setzen uns für ein humanitäres Versprechen der internationalen Gemeinschaft ein, um flächendeckende Hungersnöte und schlimmste Katastrophen rechtzeitig zu verhindern. Wir verteidigen das humanitäre Völkerrecht. Mit uns wird die Bundesregierung eine humanitäre Führungsrolle einnehmen und ihren Anteil am aktuellen Bedarf zu jedem Jahresanfang finanzieren. Mit der Schaffung eines Instituts für humanitäre Angelegenheiten wollen wir Deutschland in die Lage versetzen, die humanitäre Hilfe wirksamer zu machen.

Trotz der akuten Krisen im Nahen und Mittleren Osten dürfen Deutschland und die EU auch eine Friedenslösung im Nahostkonflikt nicht aus dem Blick verlieren.

Wir GRÜNE setzen uns weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um den Fortbestand des Staates Israel als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes und zum Wohle aller seiner Bewohner*innen sowie die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten. Es kann nur eine gewaltfreie Lösung geben. Wir wenden uns gegen Terror. Wir lehnen illegalen Siedlungsbau ab. Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwor-

tung Deutschlands gegenüber dem Staat Israel sowie seinem Existenzrecht und seiner Sicherheit in gesicherten Grenzen als Eckpfeiler deutscher Außenpolitik. Zugleich setzen wir uns ein für das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser in Selbstbestimmung, Frieden und Sicherheit frei von Besatzung unter Wahrung ihrer Menschenrechte in ihrem eigenen, demokratischen Staat zu leben. Wir sind für die demokratische Stärkung des palästinensischen Staates, die Anerkennung durch Europa und die Aufnahme in die VN.

Während wir der palästinensischen Zivilgesellschaft nicht absprechen, selbst über gewaltfreie Strategien zur Beendigung der Besatzung zu entscheiden, lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Boykott Israels als Instrument deutscher und europäischer Außenpolitik ab. Wir wollen weiterhin mit allen Kräften in Israel zusammenarbeiten, die sich gegen eine Fortdauer der Besatzung und für eine Zwei-Staaten-Lösung einsetzen.

2. Rüstungsexporte in Krisenregionen stoppen, Abrüstung und Rüstungskontrolle voranbringen

Der Verkauf von Waffen und Rüstungsgütern in Regionen mit Krisen und Konflikten verschärft diese, statt sie einzudämmen und zu lösen. So nähren Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und andere Krieg führende Parteien die Kriege im Nahen Osten, aber auch die Militärdiktatur in Ägypten und den sogenannten Drogenkrieg in Mexiko. Besonders viele Opfer fordert der Einsatz von Kleinwaffen. Das wirtschaftliche Interesse einzelner Unternehmen übertrumpft in der Abwägungsentscheidung der Bundesregierung das Interesse an Krisenprävention und Konfliktlösung. Damit muss endlich Schluss sein. Deshalb werden wir mit einem Rüstungsexportgesetz gesetzlich verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an strenge Kriterien geknüpft und massiv begrenzt wird. Der Endverbleib muss gesichert sein. Der Export in Staaten außerhalb der EU, der NATO und an NATO-gleichgestellte Länder darf nur in ganz wenigen und zu begründenden Fällen und nur im Rahmen der VN-Charta erfolgen. Rüstungsverkäufe in Konfliktgebiete und Länder, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, müssen endlich ausnahmslos gesetzlich

verboten werden. Die Rüstungsexportkontrolle muss vom Wirtschaftsministerium ans Auswärtige Amt übertragen und durch umfassende parlamentarische Kontrolle reguliert werden. In besonders heiklen Fällen soll der Bundestag vorab über anstehende Genehmigungen informiert werden. Auf EU-Ebene kämpfen wir für eine restriktive und parlamentarisch kontrollierte Rüstungsexportpolitik. Wir wenden uns gegen die weitere Erosion bestehender Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen. Wir wollen die Vertrauensbildung, Abrüstung und Rüstungskontrolle wiederbeleben und dabei mit eigenem Beispiel vorangehen.

Weltweite Abrüstung muss ein Grundpfeiler der deutschen und europäischen Außenpolitik werden – gerade in unruhigen Zeiten. Wir kämpfen für eine Welt ohne Atomwaffen und dafür, sie völkerrechtlich durch eine internationale Konvention zu ächten. Es ist unverantwortlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung im August 2016 gegen einen VN-Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt hat. Wir werden weiter für die vollkommene atomare Abrüstung kämpfen. Wir GRÜNE fordern den Abzug der letzten Atomwaffen aus Büchel und die endgültige Aufgabe der völkerrechtswidrigen „nuklearen Teilhabe“. Wir sind strikt gegen eine eigenständige atomare Bewaffnung der EU.

Wir setzen uns auch für eine internationale Konvention für das Verbot autonomer Waffen und Kampfroborer ein und sind gegen die Beschaffung oder Entwicklung bewaffnungsfähiger Drohnen für die Bundeswehr. Wir fordern einen internationalen Verhaltenskodex zur Cybersicherheit, der unter anderem eine Selbstverpflichtung enthält, zivile (Netz-)Infrastruktur nicht zum Ziel oder Instrument militärischer Angriffe zu machen. Wir wollen nicht, dass die USA ihre Basen in Deutschland für völkerrechtswidrige Angriffe nutzen. Die Überflugrechte und Militärbasen ausländischer Streitkräfte in Deutschland dürfen ausschließlich im Sinne des Völkerrechts genutzt werden.

3. Stärke des Rechts statt Recht des Stärkeren

Wir GRÜNE setzen auf die Stärke des Rechts statt auf das Recht des Stärkeren. Die Anerkennung des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen ist eine Voraussetzung dafür. Die VN sind aber nur so stark,

wie ihre Mitgliedstaaten es erlauben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland sich im Rahmen der VN, ihrer Unterorganisationen sowie regionaler Organisationen wie der OSZE stärker finanziell und personell engagiert.

Wir sind davon überzeugt, dass dauerhafter Frieden nur politisch, nicht militärisch erreicht werden kann. Deswegen sind zivile Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung zentrale Anliegen grüner internationaler Politik. Sie sind heute wichtiger denn je und gehören ins Zentrum der deutschen Außenpolitik. Wir wollen außerdem eine konsequente Friedenserziehung fördern.

Wir setzen uns dafür ein, die zivile Krisenprävention finanziell und strukturell zu stärken. Dazu fordern wir ein strategisches und kohärentes Handeln in allen Ressorts und Politikbereichen, das von einem Nationalen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte überprüft wird. Wir wollen die Verbesserung von Frühwarnungs-, politischen Analyse- und Mediationskapazitäten. Die Arbeitsfähigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen wollen wir stärken und das Kapital der Deutschen Stiftung Friedensforschung erhöhen. Notwendig ist auch der planmäßige Ausbau schnell verfügbarer Polizei-, Rechtsstaats- und Verwaltungsexpert*innen. Der Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Resolution 1325 zum Schutz von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten und zur gleichberechtigten Einbindung von Frauen in die Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedenskonsolidierung muss finanziell unterfüttert und wirkungsorientiert ausgerichtet werden. Wir wollen, dass Deutschland Mitglied im Europäischen Friedensinstitut wird und bei den Vereinten Nationen und in der EU einen Freundeskreis für Krisenprävention initiiert. Friedensmissionen der Vereinten Nationen, der EU und der OSZE leisten weltweit einen wichtigen Beitrag zur Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung. Wir wollen die deutschen zivilen und militärischen Beiträge in diesen Missionen erhöhen.

Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Wir erkennen jedoch an, dass es Situationen gibt, in denen militärische Gewalt unter eng begrenzten Bedingungen als äußerstes Mittel gerechtfertigt sein kann. Das Konzept der Schutzverantwortung der VN besagt, dass es Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist, aktiv zu werden, wenn nationale Regierungen nicht in der Lage oder willens sind, Menschen vor schweren Menschenrechtsverbrechen

zu schützen. An erster Stelle muss immer die Prävention stehen, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen. Wir GRÜNE stehen zu einer Kultur der militärischen Zurückhaltung und für den Primat des Zivilen. Wir machen uns die Entscheidung über Militäreinsätze niemals einfach, sondern prüfen mögliche Mandate kritisch und sorgfältig. Für uns gilt die VN-Charta. Wir werden Einsätze der Bundeswehr nur mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen. Einsätze müssen grundgesetzkonform sein, das heißt nicht in verfassungswidrigen Koalitionen der Willigen, sondern im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit wie den Vereinten Nationen, der Europäischen Union oder der NATO stattfinden. Es bedarf eines präzisen und umfassenden Mandates durch den Bundestag und einer sorgfältigen Abwägung der Gefahren, Chancen und Risiken. Ein militärischer Einsatz der Bundeswehr muss in eine umfassende zivile Gesamtstrategie und in klare Konzepte für die Zukunft des betroffenen Staates eingebettet sein.

Um strategische oder politische Fehler, wie beim Afghanistan-Einsatz, zu vermeiden, müssen komplexe internationale Friedenseinsätze permanent auf ihre Ziele, Wirksamkeit und Mittel hin überprüft und angepasst werden. Deshalb fordern wir klare Prüfkriterien für Auslandseinsätze und eine unabhängige Evaluierung.

Unrecht muss aufgearbeitet werden, deshalb unterstützen wir Anstrengungen zur Aussöhnung und die Arbeit des internationalen Strafgerichtshofs. Die Kapazitäten deutscher Behörden, Kriegsverbrechen nach dem Weltrechtsprinzip konsequent zu verfolgen, sollen gestärkt werden.

Eine Blockade des VN-Sicherheitsrats bei zentralen Entscheidungen droht das Völkerrecht und die VN zu schwächen und muss überwunden werden. Die Vereinten Nationen müssen wieder handlungsfähiger werden. Im Falle einer anhaltenden Blockade des VN-Sicherheitsrats sollte die Generalversammlung der VN das Recht beanspruchen, mit qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle friedens erzwingende Maßnahmen nach Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen. Gleichzeitig sollte der Sicherheitsrat so reformiert werden, dass sich das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten verbessert.

Wir wollen auch in diesem Zusammenhang die Vereinten Nationen politisch und materiell stärken und unterstützen. Die Unterstützung der Ziele und Missionen der Vereinten Nationen ist eine

wichtige Aufgabe der Bundeswehr. Die Bundeswehr muss VN-fähiger und europatauglicher werden. Für diese Herausforderungen muss die Bundeswehr gut ausgestattet sein. Dafür braucht es aber keine Erhöhung des Verteidigungsetats, sondern klare sicherheitspolitische Prioritäten, mehr europäische Zusammenarbeit und ein Ende der ineffizienten Beschaffungspolitik der letzten Jahre. Es muss endlich Schluss damit sein, dass mit industriepolitisch motivierten Prestigerüstungsprojekten und Wahlkreiswünschen einzelner Abgeordneter Steuergelder verbrannt werden.

Es hat sich bewährt, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist. Wir lehnen alle Pläne zur Einschränkung des Parlamentsvorbehaltes ab und wollen die Kontroll- und Mitwirkungsrechte des Bundestages ausbauen. Wir wollen die innere Führung und den Aufklärungswillen bei Missständen in der Bundeswehr stärken und setzen auf mehr staatsbürgerliche und politische Bildung. Es ist uns wichtig, dass die Soldat*innen gute Rahmenbedingungen haben: eine angemessene Entlohnung, Führungskultur und Personalmanagement, Vereinbarkeit von Familie und Dienst sowie eine Für- und Nachsorge, die den schwierigen Anforderungen der Einsätze gerecht werden. Die Anwerbung von minderjährigen Rekrut*innen lehnen wir ab. An der Vision, den VN unter Beachtung der Parlamentsbeteiligung eigene ständige Truppen zu unterstellen, halten wir fest.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

0,7 Prozent für globale Entwicklung statt zwei Prozent für Aufrüstung

Wir lehnen eine Erhöhung der Militärausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung klar ab. Stattdessen wollen wir, dass Deutschland endlich sein Versprechen für mehr globale Gerechtigkeit einlöst. Darum werden wir bis 2021 das Ziel erreichen, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für globale Entwicklung auszugeben, indem wir die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Klimaschutz jährlich um zwei Milliarden Euro erhöhen und auch danach die Klimagelder weiter

anwachsen lassen. Ausgaben für Geflüchtete in Deutschland werden wir nicht anrechnen. Wir richten diese Gelder strikt an den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen aus. Dies ist auch ein Beitrag zur zivilen Krisenprävention und langfristig zur Fluchtursachenbekämpfung. Der Kampf für eine nachhaltige Entwicklung und einen wirksamen Klimaschutz muss Hand in Hand gehen.

Für ein Rüstungsexportgesetz – keine Waffen in Krisenregionen

Wir wollen Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Staaten mit einer problematischen Menschenrechtssituation mit einem restriktiven und verbindlichen Rüstungsexportgesetz stoppen und die bisherige Gesetzeslage verschärfen. Die Federführung bei Rüstungsexportgenehmigungen wollen wir auf das Auswärtige Amt übertragen. Über die Exportgenehmigungen soll künftig die gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. In vorher klar definierten, besonders heiklen Fällen soll der Bundestag vorab über anstehende Genehmigungen informiert werden. Wir wollen Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, um die Rechtmäßigkeit genehmigter Rüstungsexporte durch eine Klage überprüfen zu lassen. Auf europäischer Ebene kämpfen wir darum, eine EU-weite gemeinsame Rüstungsexportkontrolle deutlich restriktiver zu gestalten.

Für starke Vereinte Nationen – internationaler Schutzverantwortung gerecht werden

Wir setzen auf eine Politik, die an den Menschenrechten und am Völkerrecht ausgerichtet ist. Der zentrale Akteur auf globaler Ebene sind die Vereinten Nationen. In den bestehenden Strukturen und ihrer derzeitigen Ausstattung können sie den wachsenden globalen Herausforderungen nicht mehr gerecht werden. Deswegen möchten wir Deutschland und die EU zu Vorreiter*innen für die zivile Krisenprävention machen – konzeptionell, finanziell und strukturell. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten

Nationen (UNHCR) muss angesichts der rasant wachsenden Flüchtlingszahlen auf der Welt lebensrettende Aufgaben besser wahrnehmen können. Und die internationale Gemeinschaft muss aktiv werden, wenn nationale Regierungen nicht in der Lage oder willens sind, ihre Bürgerinnen und Bürger vor Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder ethnischer Säuberung zu schützen. Wir wollen die Vereinten Nationen deshalb stärken, die Schutzverantwortung auch wirklich wahrnehmen zu können. Wir wollen Reformen in den Strukturen der Vereinten Nationen anstoßen und sie besser ausstatten, personell und materiell.

III. WIR MACHEN DEN WELTHANDEL FAIR

Die Globalisierung ist durch drastische Widersprüche geprägt. Sie macht die Beziehungen und den Austausch zwischen Ländern enger. Nie war es so einfach, in ferne Länder zu reisen. Auch Wissenschaft und Kultur befruchten sich durch internationalen Austausch. Vom Aufstehen bis zum Schlafengehen umgeben uns Produkte, die es ohne weltweiten Handel nicht gäbe. Deutschland profitiert von offenen Märkten. Die Globalisierung hat auch in den Ländern des globalen Südens zu einem Anstieg des Wohlstands und hunderte Millionen Menschen aus extremer Armut geführt.

Doch die Globalisierung hat eben auch eine anarchische, ungerichte und brutale Seite. In vielen ärmeren wie reicheren Ländern werden Menschen in einer globalen Wertschöpfungskette ausgebeutet oder gegeneinander ausgespielt. Wohlstandsgewinne sind sehr ungleich und ungerecht verteilt – zwischen Staaten und innerhalb von Staaten. Die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen hat sich durch die Globalisierung beschleunigt. Und die entfesselten internationalen Finanzmärkte und große Konzerne haben einen zu starken Einfluss auf politisches Handeln gewonnen. Deswegen ist es unser Ziel, die Globalisierung auch durch die Stärkung globaler Institutionen gerechter zu gestalten; zum Beispiel, indem wir die internationalen Finanzströme besser regulieren (→ Kapitel: Wir teilen den Wohlstand gerechter, S. 190) und auch indem wir den internationalen Handel neu gestalten.

Hunderttausende Menschen in Deutschland und anderen Ländern Europas haben in den letzten Jahren gegen TTIP, TiSA und CETA, gegen eine Fortsetzung der neoliberalen Globalisierung von oben demonstriert. Wir kämpfen an ihrer Seite dafür, dass diese Abkommen gestoppt und auf Grundlage sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Kriterien neu verhandelt werden. Im Fall von CETA wollen wir alles dafür tun, damit das Abkommen in dieser Form nicht ratifiziert wird.

Sowohl der nationalistische Weg, den Schattenseiten der Globalisierung mit Abschottung zu begegnen, als auch der neoliberale

Weg, Globalisierung ohne Regulation zu forcieren, führen in den Abgrund. Wir stehen für einen anderen Weg – den Weg friedlicher und offener Kooperation und globaler Solidarität. Gerechter globaler Handel kann dafür sorgen, dass die Vorteile der Globalisierung mehr Menschen zugutekommen.

Als exportorientierte, große Volkswirtschaft hat Deutschland eine besondere Verantwortung. Deutschland muss deshalb dazu beitragen, dass die Europäische Union als der größte Binnenmarkt selbstbewusst eine führende Rolle bei der Regulierung des Welt Handels einnimmt und zeigt, wie fairer Handel möglich ist. Den brauchen wir für eine sozial-ökologische Transformation.

1. Gerechte Regeln für die Welt

Um Handel fair zu gestalten, müssen Regeln von allen Ländern gemeinsam verhandelt werden, also multilateral. Das muss im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) geschehen. Denn sonst machen die mächtigen Länder die Spielregeln und die armen haben das Nachsehen. So wollen wir den Zugang zu günstigen Generika für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen stärken. Insbesondere sollte die EU Länder des globalen Südens unterstützen, die Schutzklauseln und Ausnahmen des WTO-Patentschutzsystems (TRIPS) zu nutzen. Gleichzeitig dürfen diese Länder nicht mittels Freihandelsabkommen gedrängt werden, eine Ausweitung des Monopolschutzes und eine Einschränkung des Medikamentenzugangs über TRIPS-plus einzuführen. Außerdem braucht es einen globalen Forschungsfonds, um Anreize zu schaffen, vernachlässigte und Infektionskrankheiten besser zu behandeln. Damit das gelingt, muss die WTO grundlegend reformiert und unter dem Dach der Vereinten Nationen neu belebt werden.

Mit der Verabschiedung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und dem Abschluss des Pariser Klimaschutzabkommens hat die Weltgemeinschaft zentrale Zielmarken zur Bekämpfung von Hunger und Armut, zur Reduzierung von globaler Ungleichheit und für den Erhalt unserer ökologischen Lebensgrundlagen gesetzt. Die Industriestaaten können und müssen dabei im Sinne einer fairen Lastenteilung vorangehen.

Diese Zielmarken müssen auch für die Gestaltung des Welthandels und eine Reform der WTO gelten. So sollen alle am Welthandel Teilnehmenden die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einhalten. Vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt muss Arbeit menschenwürdig sein und der weltweite Wettbewerb um die niedrigsten Löhne aufhören. Wir haben das Ziel, in Zukunft sowohl mit entwickelten wie auch sich entwickelnden Staaten eine neue Generation von fairen und nachhaltigen Handelsabkommen auszuhandeln. Durch ein Race to the Top von immer höheren globalen Standards werden wir gute Arbeit garantieren und lokale Wertschöpfung erhalten. Wir setzen damit in den fairen Handelsabkommen neben klassischen Handelsfragen auch soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards – also unter anderem Regeln zur Vermeidung von Steuerhinterziehung, für Korruptionsbekämpfung, für Biodiversität, für Ernährungssouveränität, die Implementierung von internationalen Sozial-, Klima- und Umwelt- sowie Menschenrechtsnormen und die freie Gewerkschaftsbildung. Alle sind gleichwertig einklagbar und sanktionierbar. Wir wollen kein neues Handelsabkommen zwischen der EU und den USA oder anderen Staaten, ohne dass von allen zukünftigen Vertragsparteien das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet wurde und das Handelsabkommen die Einhaltung der Pariser Ziele garantiert.

Die „Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer“ (G20) muss ebenfalls für eine faire Globalisierung eintreten. Auch wenn sie langfristig an die Vereinten Nationen rückgebunden werden sollte, kann es doch hilfreich sein, wenn die wirtschaftlich starken Länder zusammenkommen, um über internationale Regeln zu beraten. Den Impulsen der G20 zur Trockenlegung von Steuersümpfen und zur Kontrolle internationaler Finanzmärkte müssen aber auch Taten folgen. Dazu wollen wir ein effektives Regelwerk zur Bekämpfung von Steuer- und Kapitalflucht durchsetzen, damit unkontrollierte Abflüsse vor allem auch aus armen Ländern gestoppt werden. Die nächste Bundesregierung muss nicht nur weiter ambitionierte Ziele im Rahmen der G20 vorantreiben, sondern auch verbindliche Umsetzungsmechanismen über die multilateralen Organisationen etablieren.

Noch immer hungern weltweit rund 800 Millionen Menschen. Zwei Milliarden Menschen sind mangelernährt. Besonders für Mütter und Kinder drohen bei Mangelernährung schwerwiegende

bleibende Gesundheitsschäden. Dabei wären genügend Nahrungsmittel verfügbar. Das Recht auf Nahrung muss endlich konsequent umgesetzt werden. Dafür braucht es eine faire europäische Handels- und Agrarpolitik. Außerdem werden wir bäuerliche Strukturen hier und weltweit intensiver fördern mit dem Ziel, die Ernährungssouveränität zu stärken. Auch die konsequentere Regulierung der Finanzmärkte – gegen die exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln – spielt eine wichtige Rolle beim Kampf gegen den Hunger. Zudem bedrohen die Interessen von Agrarkonzernen wie Bayer und Monsanto mit ihrer enormen Marktmacht den traditionellen Handel von bäuerlichem Saatgut.

Die Patentierung von Saatgut sowie Landgrabbing bekämpfen wir, denn sie bedrohen Biodiversität und Ernährungssouveränität, indem sie insbesondere Frauen die lokale Existenzgrundlage nehmen. Wir setzen uns vehement dafür ein, dass Deutschland durch nationale Gesetze und internationale Vereinbarungen dazu beiträgt, dass Investoren und staatliche Institutionen die freiwilligen Leitlinien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen zu Landrechten, Fischgründen und Wäldern einhalten.

2. Neustart für faire Abkommen

TTIP, CETA, TiSA, JEFTA oder andere Abkommen dieser Art sind so umstritten, weil hier die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zur Verhandlungsmasse wurden. Wir GRÜNE lehnen diese Abkommen ab. Einige wenige große, länderübergreifende Konzerne profitieren, kleine und mittlere Unternehmen haben das Nachsehen. Deshalb demonstrieren dagegen Kleinbauern und -bäuerinnen in Burkina Faso genauso wie der bäuerliche Familienbetrieb in Baden-Württemberg. Dabei sollten faire Handelsabkommen Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz sowie Arbeitsnormen und Menschenrechte nicht schwächen, sondern international sichern und ausbauen.

Viele Kommunen fürchten, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in Handelsabkommen nicht ausreichend geschützt wird. Hier geht es um Krankenhäuser, die Wasserversorgung oder um die kulturelle Vielfalt. Wenn Ausnahmen für öffentliche Dienstleistungen nicht klar definiert sind, garantieren sie keinen ausreichenden Schutz. Vor allem sind diese Dienstleistungen nicht vom Investitionsschutz

ausgenommen – Klagen gegen die kommunale Daseinsvorsorge vor einem Schiedsgericht würden so möglich.

Wir GRÜNE fordern, das Vorsorgeprinzip in allen Handelsverträgen zu verankern. Dieses Prinzip stellt sicher, dass Produkte bei uns erst auf den Markt dürfen, wenn klar ist, dass sie unbedenklich sind. Es sorgt dafür, dass in der EU zum Beispiel 1.300 Substanzen nicht für den Einsatz in Kosmetika zugelassen sind. Gentechnisch veränderte Lebensmittel, Asbest oder Hormonfleisch sind verboten. Die Regelsetzung in diesen sensiblen Bereichen dürfen auch durch regulatorische Kooperation nicht unterlaufen werden. Sogenannte Investor-Staat-Schiedsverfahren oder ein Investitionsgerichtssystem (ICS) sehen Klageprivilegien für Konzerne vor. Wir wollen nicht, dass demokratisch beschlossene Gesetze wie etwa der Atomausstieg oder Regeln für Aufdrucke auf Zigarettenpackungen dadurch unterlaufen werden. Für solche Verfahren gibt es keine Begründung. Sonderklagerechte für Investoren und große Konzerne lehnen wir entschieden ab.

Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen ein, vor dem Betroffene gegen die Verletzung menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale Unternehmen klagen können. Der Vorschlag der EU-Kommission für einen multilateralen Investitionsgerichtshof (MIC) erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Bestehende Investitionsschutzabkommen wollen wir nachverhandeln mit dem Ziel, die Vereinbarungen zu Schiedsgerichten aus den Verträgen zu entfernen. Wir unterstützen den Prozess der Vereinten Nationen für ein verbindliches Abkommen über die Pflichten internationaler Konzerne.

3. Fairer Handel bringt Chancen für ärmere Länder

Fairer Handel kann eine nachhaltige Entwicklung in Gang setzen. Wenn wir Entwicklungsländern Raum lassen, durch Zölle und Quoten ihre Märkte zu schützen, können sie ihre heimische Wirtschaft aufbauen. Im Moment aber stoßen wir dem globalen Süden die Leiter weg, auf der wir selbst unser heutiges Entwicklungsniveau erklimmen haben. Subventionierte Importe aus Europa können ganze Branchen in Entwicklungsländern zerstören. So hat zum Beispiel

der Export von Milchpulver, Tomaten oder Hähnchenteilen aus der EU die heimische Produktion in Westafrika verdrängt. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Afrika drohen eine eigenständige und nachhaltige Entwicklung in den Partnerländern zu verhindern. Wir wollen sie deshalb stoppen und fordern neue Verhandlungen nach menschenrechtlichen, sozialen und Umweltstandards ohne Druck und Fristen. Wir wollen Entwicklungsländern handelspolitische Schutzmaßnahmen ermöglichen, damit sie ihre jungen Industrien entwickeln können. Die EU sollte für Entwicklungsländer Zölle auf verarbeitete Produkte senken oder ganz abschaffen, damit diese ihre Wirtschaften breiter aufstellen und mehr Gewinn im Land halten können.

Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns. Wir wollen sie verpflichten, die Einhaltung von Menschenrechten, Umwelt- und Sozialstandards in ihrer gesamten Lieferkette nachzuweisen. Beim Verstoß gegen diese Sorgfaltspflichten drohen den Unternehmen Sanktionen, denn Selbstverpflichtungen wie im „Textilbündnis“ der Großen Koalition reichen bei Weitem nicht aus. Opfer sollen zivilrechtliche Entschädigungsansprüche erhalten.

Fair gehandelte Produkte müssen raus aus der Nische. Bessere Kennzeichnung muss Konsument*innen in die Lage versetzen, mit ihrem Einkauf an der Ladentheke über den Herstellungsprozess von Produkten abzustimmen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Neustart für faire Handelsabkommen

Handelsabkommen, die anders als TTIP, CETA und TiSA transparent verhandelt wurden und an sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind, können eine gerechte Globalisierung fördern. Sie sollten Umwelt-, Verbraucher*innen- und Datenschutz sowie Arbeitsnormen und Menschenrechte international sichern. Wir fordern, das Vorsorgeprinzip in allen Handelsverträgen zu verankern und dabei kommunale Daseinsvorsorge, öffentliche und soziale Dienstleistungen sowie Kultur auszunehmen. Statt Klageprivilegien für Konzerne fordern wir einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen, vor dem auch Betroffene gegen Investoren klagen können. Er soll auf völkerrechtliche Verpflichtungen sowie die ILO-Kernarbeitsnormen achten. Wir wollen multilaterale Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) wieder stärken.

Lieferketten offenlegen für mehr Transparenz

Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns. Wir wollen menschenrechtliche Sorgfaltspflichten im deutschen Recht gesetzlich verbindlich verankern, die entlang der Lieferkette einzuhalten sind. Zudem braucht es mehr Transparenz, wirksame Sanktionen bei Menschenrechtsverstößen und zivilrechtliche Klagemöglichkeiten für Betroffene. Diese Maßnahmen schaffen Rechtssicherheit. Davon profitieren Betroffene und Unternehmen gleichermaßen.

Hunger bekämpfen – Nahrungsmittelspekulation verhindern und Saatgut sichern

Noch immer hungern weltweit etwa 800 Millionen Menschen. Für die Ärmsten der Armen wird der Preis von Nahrungsmitteln schnell zur Überlebensfrage. Doch Spekulationen mit Nahrungsmitteln führen zu Hunger und Leid. Das wollen wir eindämmen. Dazu begrenzen wir die Menge, die einzelne Akteur*innen von einem Produkt am Markt kaufen dürfen. Doch nicht nur Marktmonopole bei Nahrungsmitteln sind ein Problem: Die Interessen von Agrarkonzernen bedrohen den traditionellen Handel von bäuerlichem Saatgut und damit das Recht auf Nahrung. Das schafft riskante Abhängigkeiten und zerstört die Artenvielfalt. Deshalb wollen wir die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern auf freien Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sowie lokale Saatgutbanken fördern. Um dem Hunger in der Welt wirksam zu begegnen, setzen wir uns weiterhin ein für Landrechte und eine dezentrale Landwirtschaft, die agrarökologische Prinzipien in den Vordergrund stellt. Sie gewährleistet die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Bäuerinnen und Bauern, schützt die Biodiversität und unterstützt die regionalen Wirtschaftskreisläufe.

IV. WIR SCHÜTZEN GEFLÜCHTETE UND BEKÄMPFEN FLUCHTURSACHEN

Die Zahl der Menschen auf der Flucht wächst. Weltweit sind über 65 Millionen Menschen auf der Suche nach Schutz für sich und ihre Familien. Flucht kennen viele Deutsche aus ihrer Familiengeschichte von ihren Eltern und Großeltern, manche haben selbst noch Flucht und Vertreibung als Folge des Zweiten Weltkriegs erlebt. Viele sind aus der DDR in den demokratischen Westen geflohen. Menschen fliehen vor Krieg, politischer Vertreibung und Verfolgung, immer häufiger auch vor den Folgen der Klimakrise und Umweltzerstörung. Wir erleben die große Herausforderung der Fluchtbewegung an den Grenzen Europas genauso wie hierzulande. Doch die meisten Menschen fliehen in Regionen nahe ihrer Heimat, fast zwei Drittel innerhalb der Grenzen des eigenen Heimatlandes, in der Hoffnung, zurückkehren zu können.

Unser Land hat in einer Zeit, wo andere Staaten sich weggeduckt haben, vielen Menschen Zuflucht geboten. Wo einige Tausende gegen Geflüchtete gehetzt haben, haben Millionen Menschen geholfen und dadurch gezeigt, wie stark die Zivilgesellschaft in Deutschland ist. Auch die Mitarbeitenden in Verwaltungen und Institutionen sind über sich hinausgewachsen. Die deutsche Bundesregierung hat zuerst mit Humanität reagiert. Dafür hatte sie unsere Unterstützung. Doch leider hat sie sich von dieser Politik schnell abgewendet. Das Asylrecht hat sie massiv verschärft und zusammen mit anderen europäischen Regierungen betreibt sie die Abschottung der EU. Während Trump plant, eine Mauer zu bauen, versteckt sich Europa mittlerweile hinter Zäunen und Stacheldraht. Diese Abschottung ist unmenschlich und verschärft auf Dauer die Probleme.

Wir wollen, dass Deutschland besser als 2015 auf humanitäre Herausforderungen vorbereitet ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen, anderer Behörden, Organisationen und viele Freiwillige waren an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit, tausende Flüchtlinge wussten nicht, ob sie Schutz finden können, mancher

Flüchtling wurde fünfmal und andere gar nicht registriert. Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt, wir wollen geregelte Verfahren und eine Kontrolle der europäischen Außengrenze. Nicht jeder, der zu uns kommt, kann bleiben, aber jeder hat Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren und den Schutz seiner Menschenrechte auch nach einer Ablehnung. Jede Abschiebung ist mit großen menschlichen Härten verbunden. Deshalb möchten wir für all jene, die keinen Anspruch auf Asyl haben, die freiwillige Rückkehr stärken. Nicht jeder abgelehnte Asylantrag führt zu einer Abschiebung. In vielen Fällen wird aus rechtlich verbrieften humanitären Gründen ein Aufenthaltstitel vergeben und nicht abgeschoben. Wir finden das richtig, halten an dieser Politik fest und stellen uns gegen den an Zahlen ausgerichteten Abschiebepopulismus der Großen Koalition.

1949 hatte die Bundesrepublik im Grundgesetz eines der liberalsten Asylrechte verankert – auch als Lehre aus der deutschen Geschichte. Wir kämpfen entschlossen für das individuelle Grundrecht auf Asyl. Der uneingeschränkte Zugang zu einem fairen Asylrechtsverfahren muss garantiert sein. Die inhumanen Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre lehnen wir ab. Sie behindern vielfach die Integration. Unfaire und fehlerhafte Asylverfahren führen zu Rekordzahlen von Klagen bei den Verwaltungsgerichten. Das wollen wir ändern.

Das Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab werden. Wir lassen nicht zu, dass sich die EU ihrer Probleme entledigt, indem sie Flüchtlinge in den Lagern Nordafrikas verelenden lässt. Denn für uns ist eines klar: Flüchtlinge sind keine Ströme, Lawinen oder Wellen, es sind Menschen. Menschen wie wir, mit Hoffnungen und Sorgen, mit Kindern und Familien, aber einem Schicksal, das es weniger gut mit ihnen meinte als mit uns. Wir wollen eine aktive Flüchtlingspolitik betreiben, die die Dauer der Asylverfahren deutlich verkürzt, damit lange Wartezeiten für Asylsuchende ein Ende haben und diese gut integriert und ihnen eine gleichberechtigte Teilnahme ermöglicht wird.

Menschen sind schon immer gewandert. Menschen auf der Flucht brauchen Sicherheit und unsere Hilfe. Für Menschen, die aus freien Stücken in Deutschland leben und arbeiten möchten, braucht es Regeln wie ein Einwanderungsgesetz (→ Kapitel: Wir gestalten unser Einwanderungsland, S. 111).

1. Unser Plan für eine aktive Flüchtlingspolitik

Für uns besteht eine Flüchtlingspolitik aus vier Schritten. Erstens machen wir ernst mit der Bekämpfung von Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist eine, die Flucht unnötig macht.

Zweitens sorgen wir durch legale Wege dafür, dass Flüchtende nicht länger ihr Leben auf gefährlichen Fluchtrouten riskieren müssen. Wir werden Kontingente einrichten, wie beispielsweise ein großzügig angelegtes Resettlementprogramm, das Menschen einen sicheren Weg eröffnet und unter der Leitung des UNHCR ein fester Bestandteil der Flüchtlingspolitik in Deutschland wird. Der faire Anteil Deutschlands wird sich an dem vom UNHCR errechneten Bedarf ausrichten. Das ist unsere Untergrenze für eine humanitäre Politik. Auch humanitäre Visa, die Schutzbedürftigen ermöglichen, sicher nach Europa zu kommen und hier Asyl zu beantragen, können legale Fluchtmöglichkeiten schaffen. Resettlement ist eine Ergänzung zum bestehenden Flüchtlingschutz der Genfer Flüchtlingskonvention. Das individuelle Asylrecht wird dadurch nicht angetastet.

Der dritte Punkt sind schnelle, faire und rechtsstaatlich einwandfreie Verfahren. Es muss schnell Klarheit darüber geschaffen werden, ob ein Asylantrag zur Anerkennung führt. Erstversorgung und Unterbringung bis zur Verteilung sowie die Identifizierung, die Registrierung und die Weiterverteilung der Schutzsuchenden auf die Mitgliedstaaten sollten nach Möglichkeit bereits in den Eintrittsländern innerhalb der EU organisiert werden. Das darf aber nicht zu unmenschlichen Flüchtlingslagern wie in den gegenwärtigen Hotspots führen. Die Erstaufnahme muss eine menschenwürdige Unterbringung gewährleisten, die insbesondere Rücksicht nimmt auf die Bedürfnisse von Frauen, Kindern, Kranken und besonders verletzte Gruppen. Nach der Identifizierung und Registrierung muss die rasche Verteilung in andere Mitgliedstaaten erfolgen. Die De-facto-Isolierung in großen Erstaufnahmeeinrichtungen über Monate hinweg lehnen wir GRÜNE ab. Schnelle Verfahren führen zu schneller Klarheit für die Betroffenen. Dazu gehört eine freiwillige und möglichst zügige Rückkehr derjenigen, die nach dem Abschluss rechtsstaatlicher Verfahren kein Bleiberecht in Deutschland erhalten. Wir werden neben unserer vollen Unterstützung für anerkannt schutzbedürftige Menschen auch verantwortungsvoll mit denjenigen umgehen, die kein Bleiberecht in Deutschland erhalten und

rückgeführt werden müssen. Dabei muss auch darauf geachtet werden, dass Geflüchtete nicht von staatlicher Stelle zur freiwilligen Rückkehr gedrängt werden. Sammelabschiebungen sind für uns inakzeptabel. Mit uns in der Bundesregierung wird es keine Abschiebungen in Krisenregionen geben, die so unsicher sind wie zum Beispiel Afghanistan momentan. Für uns steht das Schicksal des einzelnen Menschen im Mittelpunkt.

Viertens werden wir diejenigen, die bleiben, gut aufnehmen und tatkräftig dabei unterstützen, unsere Sprache zu lernen, eine Wohnung und eine Arbeit zu finden, um schließlich hier eine neue Heimat finden zu können.

2. Fluchtursachen bekämpfen

Die beste Flüchtlingspolitik ist und bleibt diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen. Eine Politik, die daran arbeitet, die strukturellen Ursachen der Zerstörung von Lebensgrundlagen langfristig zu beheben. In der globalisierten Welt hilft es dabei wenig, wenn alle mit dem Finger auf die anderen zeigen. Fluchtursachenbekämpfung heißt deshalb für uns GRÜNE zunächst, nach der eigenen Verantwortung zu fragen.

Wir in Europa exportieren Rüstungsgüter in Krisengebiete, überfischen die Weltmeere und nehmen in Kauf, dass unsere Agrarexporte andernorts die Existenzgrundlage von Bäuerinnen und Bauern zerstören. Die Ursachen von Flucht und Vertreibung lassen sich weder mit höheren Zäunen noch mit Patrouillenbooten oder durch Pakte mit Autokraten lösen. Wir GRÜNE setzen uns deshalb für eine kohärente internationale Politik ein und fordern strukturelle Reformen in Bereichen wie Handel, Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz, wie sie die nachhaltigen Entwicklungsziele vorgeben. Wir werden die ärmsten Staaten bei der Anpassung an Klimaveränderungen entschieden unterstützen. Und wir brauchen eine faire Handelspolitik. Rüstungsexporte in Krisengebiete und an Staaten mit hochproblematischer Menschenrechtssituation werden wir stoppen.

Die EU muss mehr zur Bewältigung der Krisen und Kriege beitragen, vorrangig im Rahmen der Vereinten Nationen. Zivile Krisenprävention wird daher ein zentrales Feld grüner internationaler Politik

bleiben. Um Menschen zu helfen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, muss die deutsche humanitäre Hilfe in einer krisenhaften Zeit wie dieser auf weit über eine Milliarde Euro stabilisiert werden und UN-Hilfsorganisationen wie das World Food Programme brauchen zudem eine dem Bedarf entsprechende stabile Finanzierung. Länder wie Jordanien, Türkei, Pakistan, Libanon, Äthiopien oder Kenia nehmen weltweit die meisten Flüchtlinge auf. Die internationale Gemeinschaft darf diese Länder aus humanitären Gründen nicht im Stich lassen.

3. Für eine menschenrechtliche und solidarische europäische Flüchtlingspolitik

Alle europäischen Staaten müssen ihrer Verantwortung in Europa und der EU gerecht werden. Eine menschenrechtliche Flüchtlingspolitik muss die Beseitigung von Fluchtursachen, die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege nach Europa und die Seenotrettung im Fokus haben.

Wir kämpfen für eine menschenrechtskonforme und rechtsstaatliche EU-Flüchtlingspolitik, die sich durch einen fairen Zugang zum Asylverfahren auszeichnet und die Gewährleistungen der Genfer Flüchtlingskonvention umsetzt. Die Mitgliedstaaten der EU müssen sich die Verantwortung für schutzsuchende Menschen fair und solidarisch teilen, damit Staaten an den EU-Außengrenzen wie Italien und Griechenland entlastet werden. Im Rahmen eines europäischen Verteilungsmechanismus müssen die familiären Bindungen von Flüchtlingen, Sprachkenntnisse, berufliche Qualifikation und Chancen auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigt werden. Wir halten das für den richtigen Weg für eine schnelle Integration und werden darum mit den EU-Partnerinnen und Partnern ringen, auch in dem Wissen, dass das noch ein weiter Weg ist. Dazu gehört, europaweit einheitliche Asylverfahren mit hohem Schutzstandard zu implementieren. Der drohenden Aushöhlung menschenrechtlicher Standards bei der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems stellen wir uns entgegen. Das Dublin-System hat von Anfang an nicht richtig funktioniert. Wir wollen ein neues, solidarisches System, das auf einer gerechten Verantwortungsteilung unter den Mitgliedstaaten basiert.

Nach unserem Verständnis der europäischen Werte und der Solidarität ist es Aufgabe aller 27 Mitgliedstaaten, Geflüchteten Schutz zu gewähren. Bisher ist es ein großes Problem der Flüchtlingspolitik, dass sich einige EU-Staaten dieser Solidarität verweigern. Für dieses Dilemma gibt es kein Patentrezept. Eine vorübergehende Lösung kann deshalb auch bedeuten, dass sich nur einzelne Staaten innerhalb der EU im Sinne einer offenen Flüchtlingspolitik koordinieren – aber eine dauerhafte Lösung ist das nicht.

Die gegenwärtige Abschottungspolitik der EU und vieler nationaler Regierungen gegenüber Geflüchteten ist menschenrechtlich verheerend, beschädigt die europäische Wertegemeinschaft, verstärkt nationale Egoismen und bietet in keiner Weise Lösungen für die Fluchtursachen. EU-Länder, die sich einer aktiven Aufnahme und den Standards für die Versorgung und die Verfahren der Geflüchteten verweigern, müssen die finanziellen Aufwendungen der anderen Mitgliedstaaten mittragen.

Der Türkei-Deal schirmt Europa nicht nur vor Verantwortung, sondern Präsident Erdogan auch vor Kritik ab. Die EU hat sich dadurch gegenüber der Türkei erpressbar gemacht und nimmt damit billigend die dramatische Situation geflüchteter Menschen in der Türkei in Kauf. Auch wird mit der EU-Türkei-Vereinbarung davon abgelenkt, dass Staaten wie Griechenland und Italien nach wie vor Unterstützung bei der Aufnahme und Versorgung von Asylsuchenden benötigen. Diesen Türkei-Deal wollen wir beenden. Es ist eine gesamteuropäische Aufgabe, die Kontrolle an den Außengrenzen sicherzustellen und damit zu gewährleisten, dass wir wissen, wer im Land ist. Dabei setzen wir auf eine europäische Grenzkontrolle, die den gemeinsamen Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat sowie das Vertrauen in das Schengen-System stärkt. Statt Grenzen dichtzumachen oder auszulagern, setzen wir auf legale und sichere Zugangswege, etwa durch Kontingente der EU bei der Aufnahme von Geflüchteten. Wir werden auf die zügige und bereits beschlossene Umverteilung innerhalb Europas drängen. Hier müssen vor allem die vielen auf der Flucht getrennten Familien im Fokus des politischen Handelns stehen. Zudem werden wir die humanitäre Hilfe und finanzielle Unterstützung für Geflüchtete in der Türkei ausbauen. Dabei werden wir sicherstellen, dass diese Gelder auch wirklich den flüchtlingssolidarischen NGOs und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zugutekommen.

Zudem dürfen durch Aufnahmeprogramme von Flüchtlingen in Europa das Grundrecht auf Asyl und die Gewährleistungen der Genfer Flüchtlingskonvention nicht ausgehöhlt werden. Die Aufnahme darf nicht auf Flüchtlinge aus bestimmten Weltgegenden beschränkt werden.

Die falsche Politik des EU-Türkei-Deals darf keine Blaupause für neue Abkommen mit Staaten in Afrika und dem Nahen Osten sein. Derzeit bemühen sich die europäischen Regierungen darum, eine Reihe weiterer solcher Abkommen zu schließen und die Grenzen damit schon weit vor Europa in Afrika und im Nahen Osten zu schließen. Die De-facto-Auslagerung der europäischen Außengrenzen durch Migrationspartnerschaften mit Staaten, in denen Menschen- und Flüchtlingsrechte nicht gewahrt sind, lehnen wir ebenso ab wie die Umwidmung entwicklungspolitischer Gelder für menschenrechtlich problematische Grenzschutzprojekte. Menschenrechtswidrige Rücknahmeabkommen werden wir zurücknehmen, denn sie sind mit einer humanitären und modernen Asylpolitik nicht vereinbar.

Wir GRÜNE sind der Überzeugung, dass faire Wirtschaftsbeziehungen, wirksame Entwicklungszusammenarbeit, Austauschprogramme oder zivilgesellschaftliches Engagement ein besseres Modell sind, um mit nordafrikanischen Staaten in Dialogpartnerschaften zu treten. Auch bei der Rückkehrpolitik gegenüber abgelehnten Asylbewerber*innen werden wir gemeinsame Lösungen finden.

4. Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik für Deutschland

Deutschland muss sich weiterhin seiner Verantwortung in der Flüchtlingspolitik stellen. Die Bundesregierung hat die Entwicklung hoher Flüchtlingszahlen, insbesondere aus Syrien, viel zu lange ignoriert und war insbesondere im Jahr 2015 an vielen Stellen überfordert. Ohne das starke Engagement der Bürgerinnen und Bürger, von Kommunen und Vereinen wäre die Aufnahme der vielen Geflüchteten nicht möglich gewesen.

In den letzten zwei Jahren hat die Regierung das Asylrecht massiv verschärft. Dazu gehört neben der Beschneidung sozialer Rechte zum Beispiel auch, dass nun kranke Menschen leichter abgeschoben werden können und Abschiebungen ohne Ankündigung möglich sind. Das führt dazu, dass junge Menschen selbst aus der Schule zur

Abschiebung abgeholt werden. Wir lehnen diese Asylrechtsverschärfungen ab und wollen sie im Sinne einer humanen und menschenrechtlichen Flüchtlingspolitik korrigieren. Der Regierungspolitik liegt der Irrglaube zugrunde, dass ein unattraktives Asylrecht Flucht verhindert.

Wir GRÜNE halten die betriebene Ausweitung der angeblich „sicheren Herkunftsstaaten“ für falsch. Mit der Bestimmung „sicherer Herkunftsstaaten“ gehen für die Betroffenen erhebliche Beschränkungen von Verfahrensrechten, sozialen und wirtschaftlichen Rechten einher. Wir lehnen das Konzept „sichere Herkunftsstaaten“ deshalb ab und werden im Bund an unserer Position gegen eine weitere Ausweitung festhalten. Wir wenden uns auch gegen die Ausweitung und Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats. Unsichere Staaten lassen sich nicht per Gesetz für „sicher“ erklären. Gerade für Minderheiten wie Roma, LSBTIQ*, aber auch Frauen, Oppositionelle, Journalist*innen oder die Verteidiger*innen von Menschenrechten sind viele Länder oft nicht sicher.

Wir GRÜNE stehen für die uneingeschränkte Bewahrung des individuellen Grund- und Menschenrechts auf Asyl, das entspricht unserer Verantwortung in einer globalisierten Welt und ist für uns ein Gebot des Völkerrechts und der Menschlichkeit. Mit uns wird es deshalb keine Obergrenze geben.

5. Faire und rasche Verfahren

Die schnelle, qualitativ hochwertige Bearbeitung von Asylanträgen durch das BAMF ist und bleibt von zentraler Bedeutung. Alle Schutzsuchenden müssen möglichst schnell wissen, ob sie in Deutschland bleiben, ihre Familien zu sich holen und sich ein Leben aufbauen können. Wir wollen Asylverfahren künftig zügiger binnen weniger Wochen durchführen, damit lange Wartezeiten für Asylsuchende ein Ende haben. Dafür haben wir ein Fast-&-Fair-Verfahren vorgeschlagen. Um die Verfahren qualitativ weiterzuentwickeln, setzen wir darauf, dass verpflichtend unabhängige Rechtsberatung von Anfang an stattfindet.

Asylbewerberinnen und Asylbewerber, deren Anträge im Bundesamt für Migration und Flucht länger als ein Jahr im Verfahren sind, sogenannte Altfälle, sollen künftig eine Aufenthaltserlaubnis

bekommen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren das Kindeswohl vorrangig berücksichtigt und kinderbezogene Fluchtgründe stärker anerkannt werden. Familientrennungen im Rahmen von Abschiebungen wollen wir verhindern. Denn gerade die Lebenssituation der Kinder ist es, die Familien oftmals veranlasst, ihrer Heimat den Rücken zu kehren.

Auch geschlechtsspezifische Fluchtgründe, wie zum Beispiel Genitalverstümmelung, geschlechtliche Identität oder sexuelle Orientierung, müssen im Asylverfahren stärker berücksichtigt werden. Zentral ist für uns auch die sichere Unterbringung für Frauen, Kinder und LSBTIQ*, deren unbedingter Schutz vor jeder Form von Gewalt sichergestellt werden muss.

6. Die Integration von Geflüchteten braucht gute Strukturen

Für die Menschen, die hier Zuflucht finden, wollen wir ein Integrationsgesetz, das diesen Namen auch verdient. Wir wollen, dass Integration als partizipativer Prozess auf Grundlage der Werte unseres Grundgesetzes erfolgt und ermöglicht wird. Derzeit entscheidet der Aufenthaltsstaus beziehungsweise die sogenannte Bleibeperspektive über die Integration. Das schließt viele Geflüchtete aus und es geht wertvolle Zeit verloren. Wir wollen Integrationsangebote von Anfang an allen Schutzsuchenden öffnen. Dazu braucht es einen Anspruch auf Teilnahme an gut ausgestatteten Integrationskursen, angemessen bezahlte Kursleiter*innen, eine möglichst dezentrale Unterbringung und den Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe, Bildung und Ausbildung sowie arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Ausländerbehörde, Jobcenter respektive die Bundesagentur für Arbeit und das Sozialamt sollen die Neuankommenden aus einer Hand beraten.

Menschen – insbesondere mit Kriegs- und Gewalterfahrungen – aufzunehmen, ist eine Herausforderung für Neuankommende und Einheimische. Jeden Tag leisten viele Haupt- und Ehrenamtliche in unseren Kommunen Großartiges. Dieses Engagement muss flankiert werden von mehr professioneller Hilfe im Bereich psychosozialer Betreuung von Flüchtlingen. Wir wollen den Menschen das Ankommen erleichtern und ihnen unabhängig von Nationalität und

vermeintlicher Bleibeperspektive das Recht auf einen Integrationskurs geben. Eine wichtige Bedingung für gelingende Integration ist zudem, anerkannten Flüchtlingen wie auch subsidiär Schutzberechtigten unbürokratisch den Familiennachzug zu ermöglichen. Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten muss sofort wieder ermöglicht werden, die Visumsverfahren müssen beschleunigt und entbürokratisiert werden. Denn nur wer seine Familie in Sicherheit und in seiner Nähe weiß, kann sich auf die neue Heimat mit aller Kraft einlassen. Wir setzen uns für eine Erleichterung des Nachzugs minderjähriger Geschwister von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ein, da diese ebenfalls zur Kernfamilie gehören.

Der grundgesetzlich garantierte, besondere Schutz gilt nicht nur für deutsche Familien. Geflüchtete werden oft schon allein durch ihre Wohnsituation ausgegrenzt. Deswegen brauchen wir einen schnellen Wechsel von Massenunterkünften in Wohnungen und dafür ausreichend bezahlbaren Wohnraum. Der kommt allen zugute, genauso wie eine Bildungsoffensive für mehr gute Kindertagesstätten und Schulen. Menschen bringen nicht nur ihre Not, sondern auch ihre Fähigkeiten und ihre Motivation mit, wenn sie bei uns Zuflucht suchen. Deswegen wollen wir ihre Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller anerkennen und die bürokratischen Hürden bei der Anerkennung abbauen. Wir wollen einen rechtmäßigen Aufenthalt während und nach der Ausbildung garantieren und die Vorrangprüfung abschaffen, nach der deutsche Bewerberinnen und Bewerber bei Ausschreibungen bevorzugt werden müssen. Außerdem wollen wir die Beschränkungen aussetzen, die für Geflüchtete bei der Leiharbeit gelten. Geflüchtete Frauen können bisher zu wenig an den Angeboten der Arbeitsmarktintegration teilhaben. Dafür wollen wir niedrigschwellige Angebote schaffen – sowohl im Bereich der Sprach- und Integrationskurse als auch bei den Arbeitsagenturen. Dabei muss ausreichend Kinderbetreuung angeboten werden.

Wir setzen uns zudem für eine realitätstaugliche Bleiberechtsregelung und eine sichere Zukunftsperspektive für geduldete Menschen ein. Viele geduldete Menschen leben mittlerweile über fünf, manche sogar über zehn Jahre hier, viele haben eine Familie gegründet. Wir werden für diese Menschen endlich eine sichere Perspektive schaffen. Dafür brauchen wir neue Bleiberechtsregelungen, die langjährig in Deutschland lebenden, beispielsweise geduldeten Menschen eine unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis

ohne Einschränkungen ermöglichen. Bestehende Bleiberechtsregelungen müssen realitätstauglich gestaltet und angewendet werden. Die Ausschlussgründe müssen enger gefasst werden. Zählen muss das aktuelle Verhalten. Jahrelange Benachteiligungen bei Integrationsmaßnahmen und erteilte Arbeitsverbote dürfen sich nicht negativ auswirken. Wir wollen die Voraufenthaltszeiten für ein Bleiberecht verkürzen und auch die Altersgrenze für gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende auf 27 Jahre heraufsetzen. Menschen ohne Aufenthaltsstatus sollen Zugang zu Gesundheit und Bildung erhalten. Wohnsitzauflage und Residenzpflicht für Geflüchtete müssen wieder fallen. Das integrationsfeindliche Asylbewerber*innenleistungsgesetz wollen wir abschaffen, die Gesundheitskarte für alle Geflüchteten einführen und die Dolmetscher*innenleistungen bei Gesundheitsbehandlungen sicherstellen. Die Standards der Kinder- und Jugendhilfe müssen ohne Abstriche auch für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge gelten. Dafür muss der Bund den Ländern und Kommunen ausreichend Geld zur Verfügung stellen. In den grün regierten Ländern haben wir die Kommunen nicht alleingelassen, sondern massiv unterstützt. Frauen und Männer, die sich einer Zwangsverheiratung entziehen wollen, müssen ein eigenständiges und dauerhaftes Rückkehrrecht nach Deutschland erhalten.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Leben retten, sichere und legale Fluchtwege schaffen

Es muss sichere und legale Wege für Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg und Not geben. Menschen sollen nicht länger auf unsicheren Booten ihr Leben riskieren oder an den Grenzen Europas in schlecht ausgestatteten Lagern ausharren müssen. Deswegen treten wir auf europäischer Ebene für ein Seenotrettungsprogramm ein und werden unterdessen die zivilen, gemeinnützigen Rettungsorganisationen stärken. Zudem wollen wir großzügige Aufnahmeprogramme schaffen, die Schutzbedürftigen nicht nur aus den Anrainerstaaten Syriens die legale Einreise ermöglichen, sondern auch anderen Geflüchteten, die sich in lang andauernden prekären Lagen befinden. Baden-Württemberg ist hier mit einem Kontingent für vom IS verfolgte Frauen und Kinder vorangegangen. Das individuelle Grundrecht auf Asyl darf nicht angetastet werden. Wir wenden uns gegen seine Aushöhlung. Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab. Unser Ziel ist ein bundesweiter Abschiebungsstopp nach Afghanistan.

Familien zusammenführen

Sorge und Angst um die Liebsten sowie jahrelange Trennung von Familienangehörigen sind oftmals das größte Hindernis, in einer neuen Heimat anzukommen. Wir wollen deshalb die grausame und für die Integration hinderliche Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte wieder rückgängig machen. Außerdem werden wir mehr Personal an den deutschen Botschaften einsetzen, um die Wartezeiten für Familienangehörigen-Visa zu verkürzen.

Integration von Geflüchteten anpacken, Kommunen besser ausstatten

Viele der Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg und Vertreibung suchen, können in absehbarer Zeit nicht in ihre Heimat zurückkehren. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, ihnen Perspektiven zu eröffnen. Die Grundlage dafür sind der schnellstmögliche Zugang zu Integrations- und Sprachkursen ohne Einschränkung durch den Aufenthaltsstatus, die Anerkennung von Abschlüssen und mitgebrachten Kenntnissen sowie eine gute Beratungsstruktur zu Arbeitsmarktzugang und Wohnungssuche. Um Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, wollen wir Ländern und Kommunen ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen, damit sie diese Herausforderungen gut bewältigen können. Nur wenn Integration von allen Ebenen gleichermaßen getragen wird, kann sie gelingen. Dieser Verantwortung wollen wir gerecht werden.

V. WIR GESTALTEN UNSER EINWANDERUNGSLAND

Schon immer hat Ein- und Auswanderung Deutschland geprägt und verändert, vor Herausforderungen gestellt und uns als Gesellschaft weitergebracht. In einem Europa der offenen Grenzen und in einer Welt, die durch Handel und Digitalisierung noch enger zusammengerückt ist, ist die Migration ein Teil unserer Realität. Wir wollen diese Einwanderung vernünftig regeln und die Integration fördern, um das friedliche Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Religion zu sichern. Wir empfinden es als Reichtum, wenn wir in uns selbst, unseren Familien, Nachbarschaften und den Freundeskreisen unserer Kinder unterschiedlichen Kulturen begegnen. Für uns zählt nicht, woher ein Mensch kommt, es zählt, wo sie oder er hin will. Wir kennen die Vorteile vielfältiger Gesellschaften: Sie entwickeln sich dynamischer und kreativer als solche in Abschottung.

Deutschland ist im Wettbewerb um den Zuzug von Fachkräften. Unser Aufenthaltsrecht ist nicht darauf eingestellt, die Folgen des demografischen Wandels durch die Einwanderung von Arbeitskräften zumindest abzumildern. Unser Einwanderungsrecht ist kompliziert, unübersichtlich und überholt.

1. Ein modernes Einwanderungsrecht für ein modernes Einwanderungsland

Wir GRÜNE haben einen Vorschlag vorgelegt, um das Einwanderungsrecht zu liberalisieren und zu entbürokratisieren, ohne die nachhaltige Entwicklung in anderen Ländern zu gefährden. Fachkräfte, deren Ideen und Motivation unser Land dringend braucht, sollen einfacher als bisher einen Arbeitsplatz in Deutschland suchen können. Wir werden Deutschland attraktiv machen für ausländische Studierende und Menschen, die in Deutschland eine berufliche Ausbildung absolvieren oder sich bei uns beruflich nachqualifizieren möchten.

Grüne Migrationspolitik ist emanzipatorisch. Wir sehen Migration als Chance an, wenn sie richtig gestaltet wird. Darum müssen wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Migrant*innen bei uns erworbene Fähigkeiten auch wieder in ihren Herkunftsländern anwenden können, sodass es nicht zu einem Braindrain kommt. Hier lebenden Migrantinnen und Migranten soll es möglich sein, sich länger im Ausland aufzuhalten, etwa aus beruflichen Gründen oder um sich im Herkunftsland zu engagieren, ohne ihren deutschen Aufenthaltstitel zu verlieren. Asylsuchende und Geduldete sollen ihren aufenthaltsrechtlichen Status ändern können, wenn sie die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen (Statuswechsel). Es macht keinen Sinn, von ihnen – wie es heute der Fall ist – zu verlangen, dass sie dafür zunächst im Herkunftsstaat ein Visumverfahren nachholen. Das ist eine zeitgemäße Einwanderungspolitik.

Wir wollen, dass ein Einwanderungsgesetz durch die Einrichtung eines eigenständigen Einwanderungs- und Integrationsministeriums flankiert wird, in dem alle migrations-, flüchtlings-, integrations- und staatsangehörigkeitsrechtlichen Abteilungen zusammengefasst werden. Dies hat sich in grün mitregierten Bundesländern bewährt.

2. Mehr Integration wagen

Integration stellt sowohl Anforderungen an die, die zu uns kommen, als auch an alle, die schon länger hier leben. Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der von allen Beteiligten die Bereitschaft, in unserer Gesellschaft zusammenzuleben, abverlangt. Dabei sind die Werte des Grundgesetzes Grundlage für das Zusammenleben in unserem Land, nicht eine diffuse „Leitkultur“. Für die, die zu uns kommen, bedeutet Integration den Erwerb der deutschen Sprache, einen Zugang zu guter Bildung, zum Arbeitsmarkt, zum Wohnungsmarkt, zum politischen Leben, perspektivisch den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit sowie die Teilhabe an der demokratischen Wertegemeinschaft. Dies kann nur gelingen, wenn wir strukturelle Hürden und Diskriminierung abbauen und Akzeptanz fördern.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass alle Menschen, die nach Deutschland kommen, Anspruch auf Teilnahme an Integrationsangeboten erhalten, und wollen dafür auch zivilgesellschaftliche

Initiativen besser unterstützen. Wir wollen Einwanderinnen und Einwanderern attraktive Rahmenbedingungen anbieten, denn nur dann werden sie und ihre Familien sich für eine Zukunft in Deutschland entscheiden. Nur wer einen sicheren Aufenthaltsstatus hat, findet die nötige Sicherheit, sich bei uns niederzulassen und sich ins politische und soziale Leben einzubringen. Wir werden für eine qualitativ hochwertige Sprachförderung sorgen, die das Ziel einer zeitnahen Eingliederung in den Arbeitsmarkt verfolgt.

Um gerade Frauen eine eigenständige Existenzsicherung zu ermöglichen, wollen wir ihren Anforderungen zum Beispiel durch eine gesicherte Betreuung ihrer Kinder Rechnung tragen. Wir wollen unbürokratische Möglichkeiten für den Mit- beziehungsweise den Nachzug von Familienangehörigen einführen sowie den Nachweis von Deutschkenntnissen vor der Einreise abschaffen.

Das Bildungssystem werden wir so durchlässig gestalten, dass wir auch gegenüber Migrantinnen und Migranten das Versprechen eines sozialen Aufstiegs über gute Bildung einhalten können. Wir werden die Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller und großzügiger anerkennen und ein verlässliches Bleiberecht während und nach der Ausbildung schaffen.

Menschen, die sich ohne Papiere in Deutschland aufhalten, wollen wir den Zugang zu den sozialen Rechten verschaffen. Verstöße gegen aufenthaltsrechtliche Vorschriften wollen wir entkriminalisieren, da das Strafrecht zur Sanktionierung von administrativem Fehlverhalten nicht geeignet ist.

Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, Religion und Kultur verlangt allen Anpassungsleistungen ab. Das Band, das eine Gesellschaft der Vielfalt eint und zusammenhält, sind unser Grundgesetz und die Akzeptanz von Grund- und Menschenrechten. In unserem gemeinsamen Land gilt das für alle, egal ob sie aus Dresden oder aus Damaskus kommen.

3. Mehr Demokratie für die Einwanderungsgesellschaft

Wir wollen, dass aus Ausländern möglichst bald Inländer mit gleichen Rechten und Pflichten werden. Wir setzen uns für ein liberales Staatsbürgerschaftsrecht ein, das nicht nur schnelle Einbürgerungen, sondern auch das sogenannte Geburtsrecht sowie die Mehr-

staatigkeit ermöglicht. Wer in Deutschland geboren wird, ist für uns deutsch, wenn ein Elternteil einen legalen Aufenthaltstitel besitzt. Wir wollen die willkürliche Regelung, sich zwischen zwei Pässen entscheiden zu müssen, gänzlich abschaffen und das Verbot der Mehrstaatigkeit aus dem Staatsangehörigkeitengesetz streichen.

Einwanderinnen und Einwanderer sollen möglichst schnell und möglichst gleichberechtigt am wirtschaftlichen, am kulturellen, am gesellschaftlichen und am politischen Leben teilhaben können. Wir halten es daher für sinnvoll, dass auch Staatsangehörige eines Landes außerhalb der Europäischen Union (Drittstaat) mit ständigem Wohnsitz in Deutschland an kommunalen Wahlen teilnehmen können. Darüber hinaus setzen wir uns für weitere demokratische Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit ständigem Wohnsitz in Deutschland ein.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Ein Einwanderungsland braucht ein Einwanderungsgesetz

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deshalb werden wir ein Einwanderungsgesetz vorlegen. Fachkräften ermöglichen wir ein Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche und schaffen dafür eine Einwanderungsquote mit Punktesystem. Auch ein möglicher Spurwechsel zwischen Asyl- und Einwanderungsrecht hilft dabei, Fachkräfte zu gewinnen. So können Asylbewerber*innen bei entsprechender Qualifikation eine Arbeitserlaubnis erhalten. Wir wollen bestehende Berufsabschlüsse besser anerkennen und die Arbeitsaufnahme in Deutschland erleichtern.

Hier geboren, hier zu Hause – für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht

Ein zeitgemäßes Staatsbürgerschaftsrecht muss den Realitäten einer globalisierten Welt gerecht werden. Deshalb wollen wir den Erwerb der Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsortprinzip verwirklichen. Wer in Deutschland geboren wird, ist deutsch,

wenn sich ein Elternteil hier legal aufhält. Alle, die auch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, müssen sich nicht mehr zwischen der einen oder der anderen entscheiden. Wir wollen Einbürgerungen erleichtern. Alle Menschen, die ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht und ausreichende Deutschkenntnisse haben, sollen schneller einen Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit haben.

Einwanderinnen und Einwanderern eine Stimme geben

Demokratie und Beteiligung müssen in einem Einwanderungsland entlang der Vielfalt der Menschen organisiert werden. Mehr Demokratie heißt für uns auch, dass mehr Menschen mitmachen und sich beteiligen dürfen. So wollen wir das kommunale Wahlrecht nach dem Wohnortprinzip regeln und nicht nach der Staatsbürger*innenschaft. Dann können auch diejenigen an kommunalen Wahlen teilnehmen, die keinen deutschen oder EU-Pass, aber ihren ständigen Wohnsitz hier haben. Menschen, die hier leben, sollen auch mitbestimmen, wie wir zusammenleben.

D. FREIHEIT IM HERZEN

In den letzten Jahrzehnten wurde unsere Gesellschaft offener und vielfältiger. Das hat ihr gutgetan. Die Vielfalt ist ein Reichtum, der unser Land lebendig macht und wachsen lässt. Gerade aus der Zivilgesellschaft heraus wurden wichtige Fortschritte erkämpft. Trotzdem gibt es noch viel zu tun auf dem Weg hin zu einer modernen und offenen Gesellschaft, die allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dafür ist Freiheit eine wesentliche Voraussetzung für eine lebenswerte wie sichere Gesellschaft. Denn weil die Menschen auf einen Rechtsstaat vertrauen können, der ihre Grundrechte verteidigt und Schutz bietet, können sie sich tatsächlich auch frei und sicher fühlen in dem, was sie tagtäglich sagen oder tun.

Leider werden gerade auch die bisher erreichten Errungenschaften infrage gestellt. Islamist*innen und Rechtsextremist*innen greifen sie mit terroristischen Anschlägen an. Rechtsnationale spalten die Menschen in ein völkisches „die“ und „wir“. Sie wollen zurück ins gesellschaftliche Vorgestern. Durch die sozialen Medien rollen Wellen von Hass und Hetze. Dagegen setzen wir GRÜNE: keine Toleranz gegenüber der Intoleranz! Wir kämpfen für Vielfalt, Offenheit und ein friedliches Zusammenleben. Wir setzen uns für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein. Denn nur ein starker, demokratischer Rechtsstaat gewährt Sicherheit und schützt die Freiheit.

Deutschland 2017 gründet auf Vielfalt und Gleichberechtigung. Mit uns gibt es keinen Rückfall in eine Gesellschaft, in der Richterinnen oder Automechanikerinnen nicht vorgesehen waren und alleinerziehende Eltern schief angeschaut wurden. Kein Zurück in eine Zeit, in der Männer, die Männer lieben, und Frauen, die Frauen lieben, zu einem öffentlichen Skandal wurden. Wir wollen, dass allen Mitgliedern unserer Gesellschaft, egal welchen Geschlechts, die Wahrnehmung ihrer Freiheits- und Bürger*innenrechte möglich ist. Wir verteidigen unsere Demokratie und die offene Gesellschaft gegen ihre Feind*innen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit reicht bis in die Mitte der Gesellschaft. Ihr sagen wir weiterhin den Kampf an.

Wir dulden keinen Hass, keine LSBTIQ*-Feindlichkeit, keinen Sexismus, keinen Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, oder Antiziganismus. Wir kämpfen weiter gegen Diskriminierung und werden Freiheiten weiter ausbauen und die Gleichstellung vorantreiben. Denn immer noch wird heute einigen Menschen das Recht abgesprochen, gleichberechtigt dazuzugehören. Freiheit, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung für alle Menschen sind die Grundlage einer gerechten Gesellschaft. Jede*r Einzelne sollte sich nach eigenen Wünschen und Fähigkeiten entfalten und an der Gesellschaft teilhaben können – dieser Anspruch ist in unserer urgrünen DNA verankert.

Deutschland ist ein sicheres Land. Wir wollen, dass das so bleibt. Wo Bedrohungslagen sich wandeln, reagieren wir mit einer Sicherheitspolitik, die wirksam neue Bedrohungen abwehrt, indem sie geltendes Recht effizient anwendet – statt mit Symbolpolitik. Wir staten Gerichte, Polizei und Sicherheitsbehörden besser aus – mit mehr Personal, einer guten Aus- und Weiterbildung und zeitgemäßer Technik. Fehlerquellen und unverhältnismäßige Einschränkungen von Bürger*innenrechten werden wir identifizieren und abstellen, Gesetze ändern wir dort, wo sie lückenhaft sind, nicht auf Verdacht. Unser Ziel ist ein öffentlicher Raum, in dem sich alle unbefangen und ohne Angst bewegen können. Wir sind überzeugt, dass ein starker, demokratischer Rechtsstaat gleichzeitig Bedrohungen effektiv abwehren, Grundrechte schützen und unsere Freiheit bewahren kann.

Wir wollen Humanität und Zusammenhalt stärken im Wissen, dass zu einer Demokratie der Kompromiss genauso gehört wie der Respekt voreinander. Unser Leitbild sind das Grundgesetz, die EU-Charta der Grundrechte und die Charta der Vereinten Nationen. Menschenwürde und die persönliche Freiheit des anderen zu achten, gleiche Rechte für alle, unabhängig vom Geschlecht, sowie Religionsfreiheit inklusive Religionskritik sind Fundamente unserer Demokratie. Die Rechte unseres Grundgesetzes gelten für alle gleichermaßen, ohne Einschränkung oder Relativierung. Sie zu schützen, ist unsere Verpflichtung und eine Lehre aus den dunkelsten Kapiteln der deutschen Geschichte.

Demokratie lebt von Vertrauen. Vertrauen in diejenigen, die die Bürgerinnen und Bürger im Parlament vertreten, sowie Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Wir wollen das Vertrauen in die politische Kultur in Deutschland, Europa und der Welt stärken und

zurückgewinnen. Wir stehen ein für faire Debatten, einen respektvollen Wettstreit um die besten Wege und eine erfolgreiche Suche nach Kompromissen.

I. WIR STREITEN FÜR AKZEPTANZ UND RESPEKT, FÜR VIELFALT UND SELBSTBESTIMMUNG

Unsere Gesellschaft ist in stetigem Wandel. In unseren Dörfern und Städten, am Arbeitsplatz, in Schule und Sportvereinen begegnen sich Menschen mit und ohne Glauben, verschiedenen Geschlechtern, sozialen Herkunft und Hautfarben, sexuellen Orientierungen, mit und ohne Zuwanderungsgeschichten. Diese Vielfalt bereichert unser Land. Wir GRÜNE schauen auch hin, wenn echte oder vermeintliche Unterschiede zu Spannungen und Problemen führen. Ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt funktioniert nur mit Rechten und Pflichten, die für alle gleichermaßen gelten, und einer klaren Positionierung gegen jede Form von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit. Das ist eine gemeinsame Aufgabe, die uns allen etwas abverlangt und von der wir alle profitieren.

Menschenfeindliche Ideologien verhindern Integration und gefährden den gesellschaftlichen Frieden – egal ob sie Rassismus, Sexismus, Islamismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus oder LSBTIQ*-Feindlichkeit heißen. Solchen Angriffen stellen wir GRÜNE uns mit aller Entschlossenheit entgegen. Die gesellschaftliche Vielfalt ist Fakt, sie zu leugnen, ist Ideologie. Im Wissen um die Verbrechen der Nazizeit stehen wir GRÜNE für eine Gesellschaft, in der jede*r sicher und selbstbestimmt leben kann und die individuelle Freiheit sowie die persönliche Identität geschützt sind, online wie offline. Sie erfahren erst dort eine Grenze, wo die individuelle Freiheit anderer eingeschränkt wird. Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die in ihrer Vielfalt zusammenhält und die Menschen vor Diskriminierung schützt. In der alle Menschen die gleichen Rechte und Pflichten haben, in der alle am sozialen und demokratischen Leben gleichberechtigt teilhaben können.

In einer offenen Gesellschaft müssen Konflikte friedlich und demokratisch ausgetragen werden. Deshalb wollen wir das Wissen über Demokratie in unseren Bildungseinrichtungen stärken. Wir fördern, dass sich in Sportvereinen, Museen, Theatern oder Behörden gesellschaftliche Vielfalt abbildet. Im Alltag kommt es immer noch oft zu Benachteiligungen gegenüber einzelnen Gruppen und Personen. Wir wollen daher das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) reformieren und ein Verbandsklagerecht einführen. Außerdem muss Deutschland endlich die Blockadehaltung zur 5. Antidiskriminierungsrichtlinie der EU aufgeben. Roma und Sinti sind seit Jahrhunderten in vielen Ländern Europas ganz besonders rassistischen Anfeindungen und Ausgrenzungen ausgesetzt – auch bei uns in Deutschland. Es wird Zeit, dass wir uns als Gesellschaft mit der Situation von Sinti und Roma ehrlich und institutionell auseinandersetzen. Wir werden die Diskriminierung von Roma in der deutschen Asylverfahrenspraxis beenden. Der Antiziganismus in den Herkunftsländern wird in den Verfahren nicht angemessen berücksichtigt. Auf deutscher wie europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, die Situation der Roma nachhaltig zu verbessern. Wir wollen die Beteiligung der Sinti und Roma an der Politikgestaltung in Deutschland sicherstellen. Wie das funktionieren kann, hat das grün regierte Baden-Württemberg mit dem Rat für die Angelegenheiten der Sinti und Roma gezeigt. Um die über Jahrzehnte andauernde Bildungsbenachteiligung zu überwinden, wollen wir eine gezielte Bildungsförderung. Dazu gehört auch ein neues Museum der Geschichte und Kulturen der Sinti und Roma in Deutschland.

1. Ein klarer Rahmen für das friedliche Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen und Religionen

Eine vielfältige, offene Gesellschaft baut auf die Grundrechte des Grundgesetzes. Sie halten unsere Gesellschaft in ihrer Vielfalt zusammen und sichern das friedliche Zusammenleben. Dazu gehört, dass Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, Kultur, Religion und Weltanschauung selbstbestimmt leben und sich gegenseitig respektieren. Das gilt sowohl für diejenigen, die neu dazukommen, als auch für diejenigen, die schon lange hier leben.

Alle Menschen müssen die Freiheit haben, ihren Glauben zu leben oder abzulegen, keinen Glauben zu haben oder gemeinsam einen Glauben zu pflegen – seien sie jüdisch oder christlich, muslimisch oder alevitisch, Humanist*innen, Atheist*innen oder frei von religiös-weltanschaulichem Bekenntnis. Die Diskriminierung von Andersgläubigen dulden wir genauso wenig wie die von vermeintlich liberaleren Anhänger*innen der eigenen Religion. Wir wollen den Dialog zwischen den Religionen und auch denen, die religionsfrei sind, fördern und damit das gegenseitige Verständnis füreinander voranbringen. Religiöse Lehren, Praktiken und Traditionen dürfen kritisiert werden, auch in der Kunst. Die Zahl der Menschen ohne organisierte religiöse Bindung ist gestiegen. Nicht nur ihnen, auch der wachsenden Vielfalt der Bekenntnisse in Deutschland wollen wir gerecht werden, etwa in der Wohlfahrtspflege oder der öffentlichen Gedenk- und Trauerkultur. Die historischen Staatsleistungen an die beiden großen christlichen Kirchen wollen wir endlich ablösen. Die Kirchenfinanzen sollen transparenter werden und den aktuellen Kirchensteuereinzug wollen wir so reformieren, dass Gleichbehandlung und Datenschutz gewährleistet sind.

Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften können eine wichtige Stütze einer lebendigen Demokratie sein. Viele Menschen engagieren sich aus ihrem Glauben oder ihrer Überzeugung heraus gemeinsam mit uns für Geflüchtete, eine saubere Umwelt, weltweite Gerechtigkeit oder gegen Armut in ihrer Nachbarschaft. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Zu Pluralität und Demokratie gehört, dass sie sich Kritik und dem öffentlichen Diskurs stellen, eigene Ansichten nicht verabsolutieren und insofern nicht fundamentalistisch agieren. Der „öffentliche Friede“ wird nicht durch kritische Kunst bedroht, sondern durch religiöse und politische Fanatiker*innen, denen es an Kritikfähigkeit oder Respekt vor Anderen fehlt. Deswegen wollen wir §166 Strafgesetzbuch (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen) streichen. Egal wie wichtig es dem Einzelnen ist und um welches religiöse Bekenntnis es geht: Kein heiliges Buch steht über dem Grundgesetz und den Menschenrechten. Das bedeutet: Bürger*innen können selbstverständlich ihre Wertüberzeugungen aus eigenen Quellen ableiten. Auch religiöse Haltungen können Basis demokratischen

Bewusstseins und politischen Handelns sein. Für uns ist wichtig, dass das Grundgesetz uneingeschränkt gilt. Antidemokratischen Einstellungen und Fanatismus stellen wir uns entschieden entgegen.

Für uns GRÜNE gehört auch der Islam zu Deutschland, wie alle anderen Religionen und Weltanschauungen. Wir verteidigen die Religionsfreiheit der Muslime, und wir gehen nicht leichtfertig mit islamischen politischen Organisationen um. Wir wollen islamische Gemeinschaften, die ihren Glauben als Teil der offenen Gesellschaft leben, mit Imam*innen und islamischen Religionslehrer*innen, die an deutschen Hochschulen unter Wahrung der Freiheit der Wissenschaft, wie bei anderen Theologien auch, ausgebildet worden sind und die auch auf Deutsch predigen können. Islamische Gemeinschaften können und sollen als Religionsgemeinschaften im Sinne des Grundgesetzes anerkannt werden, wenn sie die rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen. Sie können dann auch den Körperschaftsstatus erlangen und gegenüber den Kirchen gleichberechtigt werden. Die vier großen muslimischen Verbände DITIB, Islamrat, Zentralrat der Muslime, VIKZ erfüllen aus grüner Sicht derzeit nicht die vom Grundgesetz geforderten Voraussetzungen. Sie sind religiöse Vereine. Ihre Identität und Abgrenzung untereinander ist nicht durch Unterschiede im religiösen Bekenntnis begründet, sondern politischen und sprachlichen Identitäten aus den Herkunftsländern und der Migrationsgeschichte geschuldet. Wenn Muslim*innen sich bekenntnisförmig neu organisieren, würde das aus ihren Organisationen keine Kirchen, aber islamische Glaubensgemeinschaften in Deutschland machen, mit Anspruch auf rechtliche Gleichstellung. Dann wäre der Islam in Deutschland auch angekommen. Inakzeptabel ist es jedoch, dass Verbände aus dem Ausland gesteuert und zu politischen Zwecken bis hin zu Spitzeltätigkeiten genutzt werden. Vor diesem Hintergrund ist besonders wichtig, dass die Kooperationen zwischen Verbänden, muslimischen Gemeinschaften und dem Staat einen regelmäßigen Austausch vorsehen – mit dem Ziel, dass die Verbände unabhängige, inländische Strukturen entwickeln, die sich langfristig selbst tragen können.

Der säkulare Staat muss den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gegenüber neutral sein und darf sich keine Religion oder Weltanschauung zu eigen machen. Jede*r muss sich auf diese Neutralität verlassen können.

2. Endlich gleiche Rechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTIQ*)

Die eingetragene Lebenspartnerschaft hat die Akzeptanz von Lesben und Schwulen deutlich gestärkt, sie aber rechtlich nicht gleichgestellt. Deutschland ist hier der Zeit hinterher. Wir GRÜNE wollen die Ehe endlich für alle öffnen und gleichgeschlechtlichen Paaren die Adoption ermöglichen. Mit uns wird es keinen Koalitionsvertrag ohne die Ehe für Alle geben. Zu einer modernen und innovativen Familienpolitik gehört für uns aber auch, Menschen zu unterstützen, die jenseits von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft verbindlich und solidarisch zusammenleben. Kinder aus allen Familienformen wollen wir gleichbehandeln und unterstützen. Wir wollen den Schutz vor Diskriminierung im Artikel 3 des Grundgesetzes um die Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität ergänzen.

Wir wollen das Transsexuellengesetz durch ein Gesetz zur Anerkennung der selbst bestimmten Geschlechtsidentität mit einfachen Verfahren zur Änderung des Vornamens und Berichtigung des Geschlechtseintrags ersetzen. Operationen zur sogenannten „Geschlechtsanpassung und -zuweisung“ an intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern wollen wir grundsätzlich verbieten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädieren für eine dritte Option im Personenstandsrecht. Trans* Menschen dürfen nicht pathologisiert werden. Deshalb setzen wir uns national wie international dafür ein, dass sie nicht mehr als psychisch krank klassifiziert werden. Vielmehr muss ihre Gesundheitsversorgung besser gesichert werden. Mit einem bundesweiten Aktionsplan für Vielfalt und gegen Homo-, Bi- und Transfeindlichkeit wollen wir Forschung, Aus- und Fortbildung bei Polizei, Justiz und anderen staatlichen Akteur*innen verstärken – insbesondere im Blick auf trans* Kinder und Jugendliche, auf Prävention und eine sensible Opferhilfe. Bildungs- und Jugendpolitik soll Menschenrechte und die Vielfalt sexueller Identitäten stärker berücksichtigen. Auch für bisexuelle junge Menschen wollen wir Angebote schaffen, die ihre gesellschaftliche Situation und persönliche Entwicklung stärken. In den Landesregierungen haben wir hier auch gegen Widerstände klare Akzente gesetzt, zum Beispiel mit den Bildungs- und Aktionsplänen in vielen Bundesländern.

In vielen Staaten wird LSBTIQ* das Leben zur Hölle gemacht: Verfolgung, Unterdrückung, Gewalt und Zensur. Hier muss Deutschland klar Position beziehen, Menschenrechtsverteidiger*innen aktiv stärken und die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen für die Stärkung der Rechte sexueller Minderheiten weltweit nutzen.

Wir setzen uns für einen zeitgemäßen Umgang mit HIV ein. Das heißt für uns umfassende Aufklärung und passgenaue Prävention sowie frühe Diagnose, Therapie und Unterstützung statt Stigmatisierung und Ausgrenzung. Dazu gehört auch, das Potenzial der medikamentösen Prophylaxe vor HIV zu nutzen, allgemein PrEP (Präexpositionsprophylaxe) genannt. Studien über unter anderem die Folgen des Langzeitgebrauchs, die Resistenzentwicklung und weitere gesundheitliche Auswirkungen sind notwendig. Wir wollen den zielgruppengenaue Einsatz und die entsprechende Finanzierung prüfen.

Wir werden die Aufarbeitung der Verfolgung und Diskriminierung von LSBTIQ* in der deutschen Rechts- und Gesellschaftsgeschichte vorantreiben. Jenseits des Strafrechts wurden auch lesbische Frauen, Transsexuelle und Transgender im Nationalsozialismus verfolgt und diskriminiert. Über die derzeitige beschlossene Rehabilitierung und Entschädigung hinaus fordern wir eine angemessene und ausreichende Kollektiventschädigung, die jährlich für Projekte zum Beispiel im Bereich der LSBTIQ*-Senior*innen zur Verfügung gestellt wird. Wir wollen zudem die Entschädigung sowie die Wiederherstellung der Würde aller Opfer erreichen, bevor auch hier der Zeitablauf eine persönliche Entschuldigung unmöglich macht. Dazu wollen wir einen Härtefonds einrichten.

3. Selbstbestimmung für alle: Barrierefrei und gleichberechtigt leben

Wir GRÜNE streiten für eine inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen frei und selbstbestimmt leben und teilhaben können. Wir wollen eine bunte, vielfältige Gesellschaft, in der es normal ist, verschieden zu sein, in der niemand ausgegrenzt wird und alle das Gefühl haben: Ich gehöre dazu. Jede*r soll die Unterstützung erhalten, die jeweils benötigt wird. Uns geht es um Selbstentfaltung und die Möglichkeit individueller Lebensentwürfe ebenso wie um die gesell-

schaftlichen Voraussetzungen für individuelle Freiheit. Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die frei von Barrieren sowie frei von Vorurteilen und Diskriminierung ist. Eine inklusive Gesellschaft trifft Vorkehrungen und schafft Rahmenbedingungen, damit alle teilhaben können. Dazu gehört eine barrierefreie Infrastruktur ebenso wie universelle Sicherungssysteme, die effektiv vor Armut schützen.

Für Menschen mit Behinderung ist Inklusion ein Menschenrecht. Das Bundesteilhabegesetz der Großen Koalition erfüllt diesen Anspruch bislang nicht. Außerdem muss die Bundesregierung ihre Blockade der horizontalen EU-Gleichbehandlungsrichtlinie endlich beenden. Menschen mit Behinderungen erleben immer wieder Benachteiligungen: Auf dem Bahnhof, wenn Fahrstühle fehlen, wenn die Kosten für Gebärdensprachdolmetschung nicht übernommen werden oder bei der Wahl des Wohnortes. Wir wollen das Wunsch- und Wahlrecht durchsetzen und die Bedingungen für den Ausbau des selbstbestimmten Wohnens mit Assistenz weiter verbessern. Integrationsunternehmen sollen ausgebaut werden als echte Alternativen zu den Werkstätten. Wer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten möchte, muss die dafür notwendige Unterstützung erhalten. Wir setzen uns für einen barrierefreien öffentlichen Raum ein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und Veranstaltungen besser zugänglich und nutzbar sind. Hierzu ist es unumgänglich, auch für die Privatwirtschaft verbindliche Vorgaben für die Barrierefreiheit zu formulieren. Die von Bundesrat und Bundestag ratifizierte Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen muss endlich auch in Deutschland vollständig umgesetzt werden. Dazu gehört auch, die derzeit noch bestehenden Einschränkungen beim Wahlrecht abzuschaffen.

4. Für eine Drogenpolitik, die auf Prävention, Jugendschutz und Selbstbestimmung setzt

Der Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Kriminalisierung und Repression sind keine erfolgreichen Mittel gegen den Missbrauch von Drogen. Viele Menschen leiden unter den Folgen dieser Politik. Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik und setzen dabei auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Forschung. Ziel ist es, das Selbstbestimmungsrecht der

Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Wir fordern langfristig eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von Drogen. Zudem soll intensiver auf die Gefahren von Tabak und Alkohol hingewiesen werden. Werbung für Nikotin lehnen wir ab. Die Kriminalisierung von Drogenkonsument*innen muss beendet werden. Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung. Wir wollen die zielgruppenspezifischen und niederschweligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe stärken. Gefährdungen wollen wir durch risikominimierende Maßnahmen, wie Spritzentauschprogramme, Drogenkonsumräume und Substanzenanalysen (Drug Checking), entgegentreten. Dazu gehört auch die menschenwürdige Behandlung von Schwerstabhängigen auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Die ideologiegeleitete Verbotstradition des Konsums von Cannabis verursacht mehr Probleme, als sie bekämpft. Statt sinnfreier Strafverfolgung, die zudem viele Millionen Euro kostet, setzen wir auf Prävention für Kinder und Jugendliche, eine Stärkung der Suchthilfe für Abhängige und eine strenge Regulierung von Cannabis für Erwachsene. Unser Cannabiskontrollgesetz weist den Weg, wie individuelle Freiheit für Erwachsene und strikter Jugendschutz in eine ausgewogene Balance gebracht werden können. Wir wollen einen Jugendschutz mit strengen Kontrollen, mehr Prävention und die Vermeidung von Gesundheitsrisiken für erwachsene Konsumenten durch Regulierung und Kontrolle der Qualität.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Gleiche Rechte für gleiche Liebe – jetzt Ehe für Alle öffnen!

Ohne die volle Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren bleibt jedes Reden über Akzeptanz heiße Luft. Für uns GRÜNE war es ein großer Erfolg, die eingetragene Lebenspartnerschaft einzuführen, aber noch sind wir nicht am Ziel. Noch immer bestehen Diskriminierungen. Wir wollen diese Ungleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften beenden und – längst überfällig – die Ehe für Alle öffnen und auch gleichgeschlechtlichen

Paaren die gemeinschaftliche Adoption ermöglichen. Gleiche Liebe verdient gleichen Respekt und gleiche Rechte.

Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen

Wir wollen die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung stärken. Dafür werden wir die VN-Behindertenrechtskonvention konsequent umsetzen. Wir wollen, dass es keine Sonderwelten gibt, sondern Menschen mit Behinderung uneingeschränkt teilhaben können am Leben in der Gesellschaft. Menschen mit Behinderung sollen frei darüber entscheiden können, wo und wie sie wohnen. Auch darüber, welche Assistenz, Pflege oder pädagogische Unterstützung sie möchten. Wir unterstützen Menschen mit Behinderung entschieden bei Bildung, Ausbildung und Arbeit. Statt Werkstätten für Menschen mit Behinderung auszubauen, werden wir ihre Öffnung zum allgemeinen Arbeitsmarkt über das Budget für Arbeit, Unterstützte Beschäftigung und Integrationsbetriebe fördern.

Klare Regeln schaffen statt kriminalisieren – Cannabiskontrollgesetz einführen

Für Anbau, Handel und Abgabe von Cannabis wollen wir ein klar geregeltes und kontrolliertes System schaffen. Dabei greifen – im Gegensatz zu heute – Verbraucher*innen- und Jugendschutz sowie Suchtprävention. Inhaltsstoffe sollen zukünftig überwacht und Altersbeschränkungen eingehalten werden. Der Verkauf von Cannabis soll unter strenger Wahrung des Jugendschutzes durch lizenzierte und geschulte private Verkäufer*innen erfolgen. So trocknen wir den Schwarzmarkt aus. Das entlastet Strafverfolgungsbehörden von zeitraubenden, kostspieligen und ineffektiven Massenverfahren. Therapie-, Präventions- und Hilfsangebote wollen wir bedarfsgerecht ausbauen. Auch dafür wollen wir Erträge aus der Cannabissteuer einsetzen.

II. WIR STEHEN EIN FÜR SELBSTBESTIMMUNG UND GLEICHBERECHTIGUNG

Die Hälfte der Macht den Frauen, das ist seit unserer Gründung unser Anspruch. Unsere Parteigeschichte ist geprägt vom Feminismus und von Frauen, die ihre Rechte durchsetzen – mit den Männern wenn möglich, gegen sie wenn nötig. Wir haben Themen in den Bundestag getragen, die zunächst verlacht und dann Jahrzehnte später doch umgesetzt wurden. Vergewaltigung in der Ehe ist heute strafbar. Diskriminierung ist verboten. Wir machen immer und überall feministische Politik. Wir verstehen feministische Politik konsequent als eigenständiges Politikfeld mit einer Querschnittsaufgabe, die alle anderen Gesellschaftsbereiche durchdringt. Frauen sind heute oft sehr gut ausgebildet und beanspruchen selbstbewusst und selbstverständlich ihren Platz in vielen Bereichen unseres Zusammenlebens. Sie haben im Schnitt gleiche oder höhere Bildungsabschlüsse und Qualifikationen. Wir haben Gesetze, die Hürden abbauen und Gleichberechtigung fördern.

Und dennoch glauben wir, dass es heute einen neuen feministischen Aufbruch braucht. Die Welle des Rechtsnationalismus, die über die USA und Europa rollt, richtet sich auch gegen die Freiheit, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung von Frauen: In den USA regiert ein Präsident, der aus seiner Frauenverachtung keinen Hehl macht. In Polen konnte eine weitere Verschärfung des bereits strengen Gesetzes gegen Schwangerschaftsabbrüche nur knapp verhindert werden. In Deutschland machen Rechtspopulist*innen gegen Gleichstellung und Gender Mainstreaming mobil und wollen Frauen wie Männer am liebsten wieder in traditioneller Rollenaufteilung sehen.

Wir wollen diesen alten und neuen Frauenfeind*innen keinen Millimeter nachgeben. Wir wollen nicht zurück in eine Gesellschaft, in der alleinerziehende Mütter schief angeschaut wurden und andere über das Leben von Frauen glaubten bestimmen zu können. Wir wollen stattdessen die noch bestehenden Ungerechtigkeiten besei-

tigen. Wir wollen mehr. Und unsere Gesellschaft kann mehr. Chancen, Macht, Geld und Zeit wollen wir endlich gerecht zwischen Frauen und Männern teilen. Pfleger*innen und Erzieher*innen werden schlecht bezahlt, vor allem schlechter als vergleichbare „Männerberufe“. Das Dienstleistungsprekariat ist überwiegend weiblich. Das werden wir ändern, auch wenn es Zeit braucht. Anfangen müssen wir jetzt.

Wir wollen, dass Frauen endlich genauso entlohnt werden wie Männer. Wir wollen Mädchen und Jungen die gleichen Chancen eröffnen – jenseits von Klischees und starren Geschlechterrollen. Wir wollen, dass niemand Frauen vorschreibt, wie sie zu leben haben, was sie werden wollen, wie sie sich kleiden – keine religiösen Ideolog*innen, kein Staat, keine Patriarchen. Wir treten Gewalt gegen Frauen entgegen. Sexistische Bemerkungen, anzügliche Sprüche, körperliche Belästigung hat fast jede Frau schon erlebt. Das wollen wir nicht länger akzeptieren.

Wir kämpfen dabei für die Selbstbestimmung von allen Frauen. Wir wissen, dass es mehrfache Diskriminierungen gibt. Eine Frau Özlem hat größere Probleme auf dem Arbeitsmarkt als Frau Müller. Das Verfahren der anonymisierten Bewerbung wollen wir ausweiten, um solche Diskriminierungen zu vermeiden. Wir wollen, dass es jeder Frau möglich ist, so zu leben, wie sie es möchte. Wir wenden uns gegen alle Versuche, Frauenrechte zu missbrauchen, um die Angst vor zugewanderten Menschen zu schüren oder für rassistische Argumentationen zu instrumentalisieren.

1. Für faire und gerechte Löhne

Uns GRÜNEN geht es darum, dass Frauen und Männer so leben können, wie sie es wollen. Zu den Voraussetzungen gehört, dass Frauen am gesellschaftlichen Wohlstand, am Einkommen und Vermögen gleichberechtigt teilhaben. Es geht um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit in allen Lebensphasen. Da gibt es in Deutschland noch einiges zu tun. Mehr Frauen denn je sind berufstätig. Aber viel zu oft arbeiten sie in Minijobs oder prekärer Beschäftigung. Sie werden schlechter entlohnt als Männer. Soziale Berufe, in denen überwiegend Frauen arbeiten, werden nicht angemessen bezahlt. Sie verdienen mehr Wertschätzung und bessere Arbeitsbedingungen,

insbesondere durch einen Tarifvertrag „Soziale Dienste“, der dann für alle gelten soll. Die Renten vieler Frauen sind jetzt schon niedrig und das wird sich in Zukunft eher noch verschlechtern. Das ist ungerecht. Und es schadet uns allen. Grüne Frauenpolitik unterstützt Frauen darin, wirtschaftlich unabhängig zu sein und sich im Job zu verwirklichen. Denn wer eigenes Geld verdient, kann sein Leben selbst gestalten.

Wir wollen ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz, das auch für kleine Betriebe gilt. So können Tarifverträge und Vereinbarungen auf Diskriminierung überprüft werden. Unser Ziel ist es, Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln und dafür zu sorgen, dass die Beiträge durch Steuern und Abgaben sowie soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern und Abgaben nicht sprunghaft steigen. Und wir streiten dafür, Berufe, die heute noch meist von Frauen ergriffen werden, beispielsweise in der Erziehung, in der Pflege oder im Gesundheitssystem, aufzuwerten und besser zu bezahlen.

Eine große Hürde für die Erwerbstätigkeit von Frauen ist das Ehegattensplitting. Wir wollen weiterhin anerkennen, dass Paare, sei es in der Ehe, in einer Lebenspartnerschaft oder einfach zu zweit, in vielfältiger Weise Verantwortung füreinander übernehmen. Aber das Ehegattensplitting ist unmodern und bildet die vielen Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens nicht ab. Es ist auch das Ehegattensplitting, das finanzielle Anreize setzt für keine oder nur geringfügige Beschäftigung, für kleine Teilzeitjobs mit nur wenigen Arbeitsstunden; es birgt erhebliche Armutsrisiken in sich. Aus diesen Gründen werden wir zur individuellen Besteuerung übergehen und das Ehegattensplitting durch eine gezielte Förderung von Familien mit Kindern ersetzen. Dabei soll das neue Recht nur für Paare, die nach der Reform heiraten oder sich verpartnern, gelten. Für Paare, die bereits verheiratet oder verpartnert sind, ändert sich nichts. Sie können sich für eine Individualbesteuerung entscheiden, wenn sie vom grünen Familien-Budget profitieren wollen. Die Reform des Ehegattensplittings werden wir mit Verbesserungen bei den Leistungen für Familien verknüpfen, damit Ehen mit Kindern nicht schlechter dastehen.

Frauen und Männer wünschen sich, Aufgaben im Beruf und zu Hause partnerschaftlich zu teilen. Diesen Wunsch zu verwirklichen,

wird im Alltag für viele Paare deutlich schwieriger, wenn Kinder kommen. Das gilt vor allem für die Frauen. Denn sie übernehmen nach wie vor den Großteil der Arbeit im Haushalt und der Fürsorge für Kinder und Pflegebedürftige. Grüne Zeitpolitik unterstützt Menschen dabei, die Sorge für andere und die Anforderungen im Job unter einen Hut zu bringen und diese Arbeit zwischen Männern und Frauen fair zu verteilen. Für Kinderbetreuung, Pflege und Weiterbildung soll es möglich sein, finanziell abgesichert die Arbeitszeit zu reduzieren. Mit der „flexiblen Vollzeit“ können Beschäftigte ihre Arbeitszeit um bis zu zehn Wochenstunden reduzieren und wieder erhöhen. Nach der Familienphase braucht es Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Beruf: Wir wollen deshalb endlich das Rückkehrrecht auf Vollzeit einführen.

Aber wir führen auch den Kampf weiter, in den Führungsgremien endlich Gleichberechtigung zu schaffen. Diese sind in Deutschland weitgehend Männerrunden. Daran ändert das bisherige Quotengesetz nur wenig: Es gilt für ganze 101 Unternehmen. Wir wollen das ändern, mit einer 50-Prozent-Frauenquote für die 3.500 börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen. Die Potenziale und Qualifikationen von Frauen zu verpassen, kann sich dieses Land nicht weiter leisten. Darum wollen wir Maßnahmen für Führungspositionen auf allen betrieblichen Ebenen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Denn nur so zieht Geschlechtergerechtigkeit in die Führungsetagen ein.

2. Gewaltfrei leben

Gewalt gegen Frauen ist immer noch ein großes Problem in unserer Gesellschaft. Bedrohungen, sexuelle Übergriffe und Gewalt gegen Frauen sind widerliche Taten. Sie müssen konsequent verfolgt und bestraft werden.

Frauen sind oft gerade im eigenen Zuhause von Gewalt betroffen. Die meisten Übergriffe geschehen in der Partnerschaft, durch Verwandte und Freund*innen. Vielen Frauen und ihren Kindern bleibt trotz der Hilfe durch das Gewaltschutzgesetz keine andere Wahl als der Weg in ein Frauenhaus. Aber weder die Zahl der Plätze in Frauenhäusern noch die Hilfs- und Beratungsangebote sind derzeit ausreichend. Das wollen wir ändern. Wir wollen für eine sichere

Finanzierung von Frauenhäusern unter Beteiligung des Bundes sorgen und damit sicherstellen, dass keine Frau in Not abgewiesen werden muss.

Wir akzeptieren es nirgendwo, wenn ein Klima der Bedrohung für Frauen entsteht. Die Unbefangenheit und Angstfreiheit im öffentlichen Raum, der sichere nächtliche Bummel durch die Stadt – das ist gelebte Freiheit, die wir GRÜNEN mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verteidigen. Der öffentliche Raum gehört allen, alle müssen sich dort selbstbestimmt und ohne Angst aufhalten können. Schon kleine stadtplanerische Maßnahmen, wie eine bessere Beleuchtung, können Angsträume reduzieren. Mehr Polizei vor Ort kann die Sicherheit erhöhen.

Der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung muss ohne Wenn und Aber gelten. „Nein heißt nein“ ist endlich Gesetz. Betroffene von sexualisierter Gewalt brauchen Unterstützung von Polizei, Ärzt*innen und Justiz und keine Mythen, die ihnen, ihrer Kleidung oder ihrem Auftreten die Schuld zuweisen. Darum müssen Polizei und Justiz umfassend geschult und sensibilisiert sein im Umgang mit Betroffenen von sexualisierter Gewalt. Wir wollen, dass für Opfer von Vergewaltigungen eine qualifizierte Notfallversorgung einschließlich anonymer Spurensicherung und der Pille danach sichergestellt und die Finanzierung gewährleistet wird, ebenso die therapeutische Begleitung durch Beratungsstellen und Ärzt*innen. Frauen und Männer, die sich einer Zwangsverheiratung entziehen wollen, müssen ein eigenständiges und dauerhaftes Rückkehrrecht erhalten.

Die Rechte und den Schutz von Frauen und Männern, die in der Prostitution arbeiten, wollen wir durchsetzen und stärken. Dazu wollen wir freiwillige Beratungsangebote stärken und finanziell unterstützen. Die Auswirkungen des Prostituiertenschutzgesetzes werden wir evaluieren. Menschenhandel, zum Beispiel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, ist ein abscheuliches Verbrechen und muss mit allen Mitteln bekämpft werden. Das heißt mithilfe des Strafrechts, durch Information und Beratung sowie durch Schutz und Hilfe für die Opfer. Opfer von Menschenhandel dürfen nicht einfach abgeschoben werden. Ein dauerhaftes Bleiberecht würde ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft deutlich erhöhen.

3. Über den Körper selbst bestimmen

Über den Körper selbst zu bestimmen, ist nicht leicht, wenn alle eine Meinung dazu haben. Wir setzen uns für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen über ihren Körper ein. Bei ungewollter Schwangerschaft brauchen Frauen wohnortnahe Unterstützung und Hilfe, keine Bevormundung und keine Strafe. Erst recht brauchen sie keinen Rückschritt bei bereits erkämpften Rechten und keine Einschränkungen erreichter Freiheiten. Wir wollen das Recht einer selbstbestimmten Familienplanung stärken. Für Menschen mit geringem Einkommen soll der kostenfreie und unkomplizierte Zugang zu Verhütungsmitteln sichergestellt werden.

Schönheitsideale und Körnernormen, wie sie beispielsweise in der Werbung vermittelt werden, haben Auswirkungen auf unser Leben. Jungen und Mädchen, Frauen und Männer sollen möglichst frei von solchen Vorgaben leben können und nicht aufgrund ihres Äußeren Diskriminierung erfahren. Wir wollen den Respekt vor körperlicher Vielfalt fördern. Nicht die Werbewirtschaft allein sollte definieren, was sexistisch ist und was nicht, sondern eine unabhängige Kommission, die anhand konkreter Kriterien Empfehlungen für die Werbewirtschaft abgibt.

Zur Selbstbestimmung gehört auch, dass Frauen die Wahl haben zu entscheiden, wie und wo sie entbinden, dass die Qualität der Versorgung überall gesichert ist und dass Hebammen nicht wegen unzumutbaren Versicherungskosten, schlechter Bezahlung oder schlechten Arbeitsbedingungen ihren Beruf aufgeben müssen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz – Frauen verdienen gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit

Wir wollen endlich Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen herstellen. Berufe mit hohem Frauenanteil wollen wir gesellschaftlich und finanziell aufwerten – sei es in der Pflege, in der Kindertagesstätte oder in sozialen Projekten. Wir wollen ein Entgeltgleichheitsgesetz, das möglichst viele erwerbstätige Frauen erreicht, nicht nur wenige. Dabei soll ein Lohncheck aufdecken, ob Frauen ungleich bezahlt werden. Tarifpartner*innen und Arbeitgeber*innen sollen verpflichtet sein, tarifliche und nicht-tarifliche Lohnstrukturen auf Diskriminierung zu überprüfen. Vor allem aber muss dieses Gesetz auch ein wirksames Verbandsklagerecht enthalten. Dann sind Frauen nicht auf den schwierigen individuellen Klageweg angewiesen, weil Verbände bei strukturellen Benachteiligungen klagen können.

Für eine gute Geburtshilfe – Hebammenarbeit sichern

Nur mit Hebammen gibt es gute Geburtshilfe. Nur mit ihnen kann das Recht von Frauen auf freie Wahl des Geburtsortes und eine selbstbestimmte Geburt verwirklicht werden. Wir wollen daher sicherstellen, dass Hebammen nicht wegen unzumutbaren Versicherungskosten, schlechter Bezahlung und schlechten Arbeitsbedingungen ihren Beruf aufgeben müssen. Krankenhäuser mit Geburtsstationen sollen in allen Regionen gut erreichbar sein. Wir wollen, dass neue Anreize gesetzt werden, damit Hebammen und Geburtshelfer*innen auch in unterversorgten Regionen tätig sind. Wir streben eine 1:1-Betreuung durch Hebammen in wesentlichen Phasen der Geburt an. Für Geburten in und außerhalb von Krankenhäusern brauchen wir verbindliche Qualitätsvorgaben.

Konsequent gegen Gewalt an Frauen

Wir wollen Gewalt gegen Frauen überall bekämpfen, denn die physische und psychische Unversehrtheit ist ein zentrales Gut. Ob zu Hause, im öffentlichen Raum oder bei Cybergewalt. Um Schutz zu gewährleisten, brauchen Frauenhäuser genügend Plätze. Wir wollen die Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen sicherstellen und den Bund dabei in die Pflicht nehmen. Für mehr Sicherheit und Schutz im öffentlichen Raum setzen wir auf wirksame Sicherheitskonzepte und eine gute Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden mit Fachberatungsstellen. Wir fordern Ansätze wie Security-Anlaufstellen für Frauen bei Großveranstaltungen. Wir wollen, dass Präventionskonzepte gegen sexualisierte Gewalt und Cybermobbing entwickelt und die Anlaufstellen für Betroffene ausgebaut werden.

III. WIR SICHERN FREIHEIT

Deutschland ist ein sicheres Land und es soll sicher bleiben. Grundlage dafür sind unsere freie Gesellschaft und ein liberaler Rechtsstaat – beide wollen wir stärken. Nur demokratisch kontrollierte Institutionen, die den Menschen- und Bürger*innenrechten verpflichtet sind, genießen das Vertrauen der Bürger*innen. Nur ein freiheitlicher und damit starker Rechtsstaat garantiert den nötigen Schutz wie auch Freiraum für die Selbstbestimmung und die vielfältigen Lebensweisen jeder und jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft. Eine maßlose Politik immer weitreichenderer Grundrechtseingriffe schwächt hingegen unsere Freiheit und sorgt nicht für mehr Sicherheit. Stattdessen braucht es eine Politik der inneren Sicherheit, die auf wirksame Prävention und effektive Strafverfolgung setzt, um die Menschen vor Kriminalität, Gewalt und Diskriminierung zu schützen. Aufgabe der Sicherheitsinstitutionen ist es dabei, für die Rechte der Bürger*innen einzutreten und neue wie alte Gefahren für Freiheit und Sicherheit wirksam zu bekämpfen.

Unsere freie Gesellschaft und ihre Werte sind heute ganz unterschiedlichen Angriffen ausgesetzt. Gewalt kann nie ein Mittel sein, Überzeugungen durchsetzen zu wollen. Der menschenverachtende Terror des Dschihadismus will unsere Demokratie destabilisieren, wie das auch Rechtsextreme und Reichsbürger*innen versuchen. Diesen Gefahren stellen wir uns entschlossen entgegen. Wir tun dies mit rechtsstaatlichen Mitteln und zielgerichteten Maßnahmen. Pauschale Verdächtigungen und anlasslose Datensammlungen sind hier nur kontraproduktiv. Es ist viel wirksamer, gezielt mit verhältnismäßigen Mitteln einige hundert Personen zu überwachen, die hierfür auch einen hinreichenden Anlass geboten haben, als 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger anlasslos mit der Vorratsdatenspeicherung, flächendeckender Videoüberwachung oder automatisierter Gesichtserkennung zu erfassen. Wir lehnen diese jeweils ab. Die Sicherheitsbehörden benötigen vielmehr die Befugnisse, die erforderlich sind, um zielgerichtet Gefahren abwehren zu können. Polizeiliches Handeln braucht dabei ein gutes rechtsstaatliches Fundament – genau formuliert und kontrolliert.

Die terroristischen Anschläge der jüngsten Vergangenheit wie am Breitscheidplatz in Berlin, die zahllosen Angriffe auf hier schutzsuchende Menschen, aber auch die Erkenntnisse aus den NSU-Untersuchungsausschüssen offenbaren die Notwendigkeit, die Sicherheitsbehörden für die aktuellen Bedrohungen besser aufzustellen. Zudem ist das Vertrauen in den Staat angesichts rechtswidriger Massenüberwachung durch deutsche wie internationale Geheimdienste und das Eigenleben beim Verfassungsschutz beschädigt.

Die gegenwärtige Regierung versucht mit dem verzerrten Drohbild eines gegen Terror und Kriminalität hilflosen Staates nur von den eigentlichen Fehlentwicklungen in der Sicherheitspolitik abzulenken. Anstatt Fehler zu beheben, forciert die Bundesregierung Gesetzesverschärfungen im Hauruckverfahren, ohne die Folgen abzuschätzen. Im besten Fall sind sie sicherheitspolitische Placebos, im schlechtesten Fall weitreichende Grundrechtsverletzungen. Wir sperren uns nicht gegen jede Gesetzesänderung, sind aber nicht bereit, unwirksame Verschärfungen auf Kosten unserer Grundrechte zu akzeptieren – erst einmal müssen die bestehenden Gesetze wirksam angewendet werden. Viele der aktuellen Maßnahmen sorgen für weniger Sicherheit, weniger Freiheit und eine weniger lebenswerte Gesellschaft. Sie gehören nach wissenschaftlichen Kriterien auf den Prüfstand und im Zweifel korrigiert. Stattdessen bedarf es einer wirksamen Anwendung der bestehenden Gesetze und eines effektiven Grundrechtsschutzes.

Wir setzen auf das Konzept einer bürgernahen Polizei, die wie auch die Justizbehörden über genug und gut ausgebildetes Personal mit moderner Technik verfügen muss, sowie auf eine Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitsbehörden, die auf klaren rechtsstaatlichen Regelungen basiert.

1. Sicherheit in einem starken, weil freiheitlichen Rechtsstaat

Unsere rechtsstaatliche Sicherheitspolitik braucht eine Polizei, die in der Gesellschaft anerkannt wird. Eine Polizei, die gut ausgestattet, fachkundig und bürgernah arbeiten kann. Die früheren Einsparungen waren ein schwerer Fehler. Für motivierte Polizeiarbeit braucht es neben moderner Technik vor allem mehr Personal mit guten Qualifikations- und Karrierechancen sowie familienfreundli-

che Arbeitsbedingungen. Dafür setzen wir GRÜNE uns auch in den Landesregierungen ein. Bund und Länder müssen kontinuierlich ausbilden, einstellen sowie für Entlastung bei administrativen Aufgaben sorgen. Wir brauchen Behörden, die an der Seite der Menschen für Sicherheit sorgen und für unseren Rechtsstaat eintreten. Deswegen unterstützen wir eine vielfältige und bürgernahe Polizei. Immer mehr Frauen und Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund im Polizeidienst helfen beim Bürgerkontakt und bei der Verbrechensbekämpfung. Eine vielfältige Polizei, die unverhältnismäßigen Gewalteinsetzungen oder sexistischen und rassistischen Diskriminierungen keinen Platz bietet, ist im Interesse von uns allen und gerade auch der Beamt*innen selbst. Wir setzen uns daher für eine Weiterentwicklung der Fehlerkultur, interkulturelle Kompetenz und Fortbildungen ein, fördern die anonymisierte Kennzeichnung sowie unabhängige Polizeibeauftragte – als Ansprechpartner*innen für Bürger*innen wie Polizeibeamt*innen. Außerdem brauchen wir gut ausgestattete Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie eine selbstverwaltete Anwaltschaft als unabhängiges Organ der Rechtspflege. Der Zugang zum Recht muss für alle Menschen gleichermaßen gewährleistet sein. Das Strafrecht darf immer nur letztes Mittel sein.

Videoüberwachung kann an Gefahrenschwerpunkten eine unterstützende Maßnahme sein – wenn sie anlassbezogen, verhältnismäßig, von ausreichend Personal begleitet erfolgt und regelmäßig evaluiert und neu genehmigt werden muss. Dennameratechnik kann gute Polizeiarbeit ergänzen, nicht aber ersetzen. Eine flächendeckende Kameraüberwachung ist hingegen ein unverhältnismäßiger Grundrechtseingriff, der kein Mehr an Sicherheit schafft und keine Straftaten verhindert oder diese nur verdrängt – anders als präventive Konzepte wie beispielsweise durch bauliche Maßnahmen. Zudem müssen die Standorte von Kameras in der Öffentlichkeit für die Bürger*innen transparent sein.

Kriminalitätsfelder wandeln sich. Während die Kriminalität insgesamt sinkt, verunsichern andere Phänomene wie die hohen Einbruchszahlen viele Menschen, da sie hier konkret in ihrer Lebenswirklichkeit getroffen werden. Daher wollen wir Schutzmaßnahmen fördern und im Mietrecht Sicherheitseinbauten erleichtern – denn wir setzen auf wirksame Maßnahmen zur Einbruchsprävention anstatt auf symbolische Strafverschärfungen.

Organisierte Kriminalität ist vielfältig und, wie im Banden- und Rockerbereich, international verflochten und stark nach außen abgeschottet. Das erfordert besondere Bekämpfungskonzepte. Ein Fokus ist dabei auf die Abschöpfung illegaler Gewinne sowie auf eine länderübergreifende Polizeizusammenarbeit zu legen. So lässt sich auf künftige Bedrohungen zielgerichteter und flexibler als durch Gesetzesänderungen reagieren.

So vielfältig die Probleme, so vielfältig sind auch die Ursachen: Wir müssen den Blick auf die Sicherheitslage schärfen – anstatt ihn auf die bloße Kriminalitätsstatistik zu verkürzen. Im Sinne periodischer Sicherheitsberichte sind kriminologische und praxisbezogene Erkenntnisse zusammen zu denken. Nur so finden wir wirksame Antworten auf diese Phänomene. Denn innere Sicherheit verstehen wir als Querschnittsaufgabe: in vielen Politikbereichen, von der Kommune über Bund und Länder bis Europa. Das erfordert Anstrengungen von der Sozial- bis zur Bildungspolitik, vom Städtebau bis zur Wirtschaftspolitik.

Internetkriminalität fordert die Strafverfolgungsbehörden besonders heraus. Die entsprechenden Befugnisse in der Strafprozessordnung sind hier effektiv wie rechtsstaatskonform auszugestalten. Und es braucht qualifiziertes Personal mit der nötigen Technik. Um sich auf diese eigentlichen Herausforderungen konzentrieren zu können, wollen wir Justiz und Polizei von sachfremden Verwaltungsaufgaben und der Verfolgung von Bagatelldelikten entlasten. So ist es beispielsweise unsinnig, dass Menschen im Gefängnis sitzen, nur weil sie ihre Strafe fürs Schwarzfahren nicht bezahlen können.

Mehr Personal mit guter Ausstattung und eine optimierte internationale Zusammenarbeit der Polizei, die nicht zwei Millionen Überstunden vor sich herschieben, sind zwar nicht so billig wie Gesetzesverschärfungen, verbessern aber direkt die Sicherheitslage. Die gezielte und länderübergreifende Überwachung von Terrorverdächtigen muss im Zentrum der polizeilichen Arbeit stehen – wo es nötig ist, auch mit den gebotenen Mitteln rund um die Uhr, um sie bei konkreter Gefahr auch kurzzeitig festzusetzen. Gefahrenabwehr ist Aufgabe der Polizei. Zudem muss das System der Zusammenarbeit zwischen Bundeskriminalamt und den Staatsschutzdienststellen der Bundesländer analysiert und verbessert werden. Es gilt hier, klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zu schaffen.

Den regelmäßigen Rufen nach einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren erteilen wir eine klare Absage. Weil Terror und internationale Kriminalität keine Grenzen kennen, brauchen wir Sicherheitsbehörden, die in der Europäischen Union und international nach klaren rechtsstaatlichen Kriterien, gemeinsamen Grundrechtsstandards und von den Parlamenten kontrolliert zusammenarbeiten. Wir setzen uns für EU-weit hohe Standards für die Rechte von Verdächtigen und Beschuldigten ein. Außerdem unterstützen wir einen angemessenen Informationsaustausch zwischen den europäischen Sicherheitsbehörden sowie gemeinsame Europol-Ermittlungsteams – als wirksamen Ansatz gegen grenzübergreifende Kriminalität und Terrorismus. Europa hat mit dem Schengen-Abkommen eine gemeinsame Verantwortung für seine Außengrenzen – diese gilt es durch ein Gesamtkonzept zu stärken, das den Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat und Rechtssicherheit garantiert.

Einen wichtigen Beitrag zu unserer Sicherheitsarchitektur leisten die vielen freiwilligen Mitglieder der Feuerwehr, des Technischen Hilfswerks sowie der Rettungs- und Sanitätsdienste. Im Rahmen des Bevölkerungsschutzes möchten wir das ehrenamtliche Engagement nachhaltig stärken und für moderne und zuverlässige Ausrüstung sorgen.

2. Nazis, nein danke!

Rechtsextreme Fanatiker*innen, Reichsbürger*innen, Nazis und sogenannte Identitäre formieren sich. Es gibt eine zunehmend laute rechte und rechtspopulistische Szene in Deutschland, die sich im Internet oder bei den Pegida-Demos mit ihrer Hetzerei Gehör verschafft. Die Zahl rechter Straftaten hat ein Rekordniveau erreicht. Wir stellen uns dem Rechtsruck und der zunehmenden Gewalt entschieden entgegen. Polizei und Justiz müssen rassistische und rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgen und ahnden. Wir wollen den Schutz für Opfer rechter Gewalt verbessern. So müssen Opfer von rechter Gewalt aussagen können und besser unterstützt werden – in solch begründeten Fällen dürfen Menschen nicht einfach abgeschoben werden.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischer Rassismus, Homo-

und Transfeindlichkeit, Sexismus sowie die Abwertung von Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderung gilt es überall dort zu bekämpfen, wo sie vorkommt – in rechtsextremen Strukturen und rechtspopulistischen Bewegungen wie im Alltag, bei Migrant*innen und Geflüchteten wie in der alteingesessenen Bevölkerung. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass sich alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität, Weltanschauung, Religion oder ihres sozialen Status – frei und sicher bewegen und entfalten können – egal ob etwa in Berlin, Sachsen oder Baden-Württemberg.

Wo immer Bürgerinnen und Bürger sich gegen Nazis engagieren, sichern wir ihnen unsere volle Unterstützung und Solidarität zu: sei es in Vereinen, Initiativen, Religionsgemeinschaften oder in der antifaschistischen Einhornaktion – ob durch Bildungs- und Beratungsarbeit oder durch Demos und friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen. Das wollen wir besser anerkennen und ihre finanzielle Ausstattung sicherstellen.

Zum zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechts gehören für uns auch Demonstrationen. Symbolische Strafverschärfungen auf Kosten der Demonstrationsfreiheit lehnen wir ab. Sie machen keine Versammlung friedlicher. Eine deeskalierende Einsatzstrategie sowie gut ausgebildete und ausgeruhte Einsatzkräfte sind hier für alle Seiten viel sinnvoller.

3. Zäsur beim Verfassungsschutz

Der Staat muss Rechtsextremismus, alltäglichen und institutionell verankerten Rassismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Sicherheitsbehörden müssen den Blick nach rechts außen schärfen und dazu das breite Wissen zivilgesellschaftlicher Initiativen besser würdigen und als Expert*innenwissen in ihre Analysen einbeziehen. Das Versagen gegenüber dem rechtsterroristischen NSU hat deutlich gemacht: Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist dauerhaft auf dem rechten Auge blind und nicht in der Lage, für die Demokratie gefährliche Entwicklungen zu erkennen. Auch die zweifelhafte Rolle des Verfassungsschutzes im Fall Amri und beim Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz weist auf Fehleinschätzungen hin. Wir wollen daher die Verfassungsschutzbehörden

grundlegend reformieren. Es braucht beim Verfassungsschutz einen Neustart und ein sehr gründliches Überdenken des V-Leute-Wesens. Wir wollen nicht, dass die zu beobachtenden Milieus querfinanziert und schwere Straftaten aus diesen Szenen gedeckt werden.

Statt des Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahrenerkennung und Spionageabwehr gründen, das mit nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Die allgemeine Beobachtung demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen soll ein unabhängiges Institut zum Schutz der Verfassung übernehmen, das ausschließlich öffentliche Quellen nutzt. Schließlich sind Wissenschaft und engagierte Zivilgesellschaft hier immer wieder ähnlich gut, wenn nicht manchmal besser informiert als das Bundesamt für Verfassungsschutz.

4. Prävention ausbauen – für eine Kultur des Hinschauens

Wir wollen Prävention und Partizipation ausbauen. Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen erst gar nicht in menschenverachtende und gewaltverherrlichende Ideologien abgleiten, gleich wie sie politisch oder fundamentalistisch motiviert sind. Das gelingt durch eine Kultur des Hinschauens. Wir wollen Radikalisierung von Anfang an verhindern: Deshalb müssen wir deutlicher und früher als bisher den Blick auf die elementare Bedeutung und positiven Effekte von parlamentarischer Demokratie, Rechtsstaat und Gewaltenteilung lenken. Dazu fordern wir eine Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen, Menschenrechtsbildung sowie die Förderung von Demokratie- und Medienkompetenz junger Menschen und eine Stärkung von Beratungsstellen, Jugendverbänden und aufsuchender Jugendarbeit. Dazu gehören auch Justizvollzugsanstalten, denn sie waren in der Vergangenheit ebenfalls Stationen der Radikalisierung. Ein liberaler Strafvollzug kann diesen Kreislauf mit gezielter Präventionsarbeit, besseren Haftbedingungen und der Perspektive auf Resozialisierung durchbrechen. Prävention ist eine Querschnittsaufgabe. Gerade an sozialen Brennpunkten müssen wir auch mit städtebaulichen und wirtschaftlichen Maßnahmen für Perspektiven sorgen, um Gewalt und No-go-Areas schon im Ansatz entgegenzuwirken.

Wir wollen Präventionsprogramme sowohl gegen Rechtsextremismus als auch gegen gewaltbereiten Islamismus und Salafismus massiv ausbauen und zivilgesellschaftliche Ansätze stärken. Hier gilt es, die Präventionsarbeit in und mit den Moscheegemeinden zu unterstützen. Dabei ist eine breite Vernetzung wie etwa mit Polizei, Schule und Jugendhilfe vor Ort besonders wichtig.

Wir wollen Straftaten vorbeugen. Deshalb sollen Bund, Länder, Kommunen und zivilgesellschaftliche Institutionen gemeinsam in einem bundesweiten Präventionszentrum arbeiten. Programme zur Deradikalisierung und für Aussteiger aus der rechtsextremen und islamistischen Szene wollen wir stärken. Um Terrorakte und Amoktaten zu verhindern, muss der Zugang zu Waffen erschwert werden. Es ist immer noch viel zu einfach, an illegale Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen. Alle gefährlichen Waffen müssen lückenlos registriert und die Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer*innen regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine europaweite einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die Deaktivierung von Feuerwaffen einführen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Kampf gegen rechts stärken

Wir sagen rechten und rechtspopulistischen Kräften in unserer Gesellschaft den Kampf an. Viele Initiativen, Vereine oder Kirchen machen sich gegen Nazis und für eine weltoffene Demokratie stark. Diese zivilgesellschaftlichen Institutionen verdienen staatliche und politische Unterstützung und Anerkennung. Damit solche Strukturen unabhängig von politischen Mehrheiten und ohne bürokratischen Mehraufwand arbeiten können, wollen wir GRÜNE sie dauerhaft mit einem Demokratiefördergesetz stärken, das ihnen verlässlich die nötigen finanziellen Grundlagen garantiert. Jeglichen staatlichen Generalverdacht und Druck gegen zivilgesellschaftliche Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz, lehnen wir ab. Außerdem müssen auch staatliche Bildungs- und Beratungsangebote gegen rechte Gewalt ausgebaut werden.

Der Radikalisierung von Jugendlichen vorbeugen

Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen nicht in menschenverachtende, gewaltpropagierende Ideologien abgleiten. Dazu wollen wir eine umfassende und wirkungsvolle Präventionsstrategie gegen gewaltbereiten Islamismus anwenden. Ein bundesweites Präventionszentrum soll die Aufgaben koordinieren und alle relevanten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vernetzen. Dazu gehören: verschiedene Ressorts der Bundesregierung, die Sicherheitsbehörden, Länder und Kommunen sowie Jugendhilfe, Jugendverbände, Demokratieinitiativen, islamische Organisationen, Wissenschaft und Medien. Auch regionale Netzwerke für die konkrete Präventionsarbeit vor Ort wollen wir fördern.

Neustart beim Verfassungsschutz, aus Fehlern lernen

Wir wollen das Leben in Deutschland für alle Menschen sicherer machen. Das geht nur geleitet von dem Grundsatz konsequenter Rechtsstaatlichkeit, mit starkem Schutz für unsere Menschen-, Grund- und Bürger*innenrechte. Dafür braucht es grundlegende Reformen und den Willen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat in den letzten Jahren mehrfach bewiesen, dass es nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems in der Sicherheitsarchitektur in Deutschland ist. Es braucht einen strukturellen Neustart beim Verfassungsschutz. Wir wollen die Aufgaben trennen. Ein neues Bundesamt zur Gefahrenerkennung und Spionageabwehr soll mit nachrichtendienstlichen Mitteln, klar abgegrenzt von der Polizei, Terror und Spionage aufdecken. Es soll dabei helfen, dass sich alle in diesem Land, von Punkerin bis Bankerin, von Sachse bis Syrer, sicher fühlen. Dazu braucht es starke parlamentarische Kontrolle. Gleichzeitig soll ein unabhängiges Institut demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen mit wissenschaftlichen Methoden unter der ausschließlichen Nutzung von öffentlichen Quellen beobachten, sodass die Zivilgesellschaft in der Lage ist, darauf zu reagieren. Zudem ist das V-Leute-Wesen

sehr gründlich zu überdenken. Wir wollen nicht, dass die zu beobachtenden Milieus querfinanziert und schwere Straftaten aus diesen Szenen gedeckt werden.

IV. WIR STÄRKEN DIE DEMOKRATIE UND VERTEIDIGEN DEN FREIHEITLICHEN RECHTSSTAAT

Demokratie ist weder selbstverständlich noch unveränderlich. Sie muss immer wieder neu erklärt und erkämpft werden, um die Menschen zu überzeugen und sie als Wähler*innen zurückzugewinnen. Sie braucht Bürgerinnen und Bürger, die sich einmischen, egal ob sie hier geboren oder eingewandert sind – die für ihre Werte, für ihre Rechte und die der Anderen eintreten. Sie braucht demokratische Institutionen, die für Beteiligung offen sind. Sie braucht ein starkes Parlament, eine unabhängige Justiz und freie und unabhängige Medien. Und lebendige Organisationen, die sich vielfältig einbringen, von Parteien über Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften bis hin zu NGOs, Stiftungen, Vereinen und Initiativen. Wir setzen auf einen starken, demokratischen Rechtsstaat, der unsere Freiheit sichert.

Demokratie braucht eine vernünftige Debatte, die auf Fakten baut, auf gegenseitigen Respekt und den Austausch von Argumenten – statt auf Hass, Hetze und dumpfe Parolen. Der Erfolg autoritärer und antidemokratischer Kräfte in Europa und den USA macht deutlich, dass wir uns an einem historischen Scheideweg befinden: Wir müssen als Gesellschaft für die im Laufe der europäischen Geschichte, auch jüngst wieder in der friedlichen Revolution in Osteuropa und der DDR erkämpften Grund- und Freiheitsrechte sowie die Demokratie und die Prinzipien der offenen Gesellschaft eintreten. Diese Errungenschaften machen uns aus und machen uns stark. Wir werden deshalb mit aller Entschlossenheit verhindern, dass die Uhr wieder zurückgedreht wird. Nationalismus, Rassismus und die Feindschaft zwischen den Religionen und Bevölkerungsgruppen haben bei uns keine Chance.

1. Demokratie stärken durch mehr Transparenz und Beteiligung

Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen in ihre Repräsentant*innen, in ihre Institutionen und Entscheidungsprozesse. Mit großer Sorge sehen wir GRÜNE, dass dieses Vertrauen in Deutschland und Europa geringer wird. Wir wollen deshalb die Demokratie stärken – auch indem wir für mehr Transparenz und bessere Beteiligung sorgen. Das Parlament ist für uns als zentrale Vertretung der Bürger*innen Deutschlands die Herzkammer unserer Demokratie. Doch wir haben gesehen: In Zeiten einer erdrückenden Mehrheit einer Großen Koalition sind die Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle und Mitwirkung empfindlich eingeschränkt. Deshalb wollen wir sie ausbauen. Die Arbeit des Bundestages muss transparenter werden, die Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen. Um den Einfluss von Lobbyist*innen und Interessengruppen offenzulegen, wollen wir ein verpflichtendes öffentliches Lobbyregister einrichten. Um Lobbyeinflüsse im Entstehungsprozess von Gesetzen transparent zu machen, sollen Abgeordnete zum einen mindestens zeitgleich mit Verbänden Diskussions-, Referent*innen- und Kabinettsentwürfe erhalten und zeitgleich mit den Ministerien beziehungsweise der Bundesregierung die Eingaben der Verbände. Zum anderen wollen wir zu diesem Zweck einen „legislativen Fußabdruck“ einführen. Wenn Lobbyist*innen an Gesetzestexten mitwirken, muss das als Quellennachweis kenntlich gemacht werden.

Bei Spenden an Parteien brauchen wir mehr Transparenz, damit Bürger*innen erkennen können, ob eine Einflussnahme auf politische Entscheidungen erfolgt. Um sichtbar zu machen, wer an Parteien spendet oder diese mit Sponsoring unterstützt, wollen wir die Veröffentlichungsgrenzen für Parteispenden herabsetzen und entsprechende Regeln auch für das Parteisponsoring einführen. Wir wollen Spenden an Parteien auf natürliche Personen mit einer jährlichen Obergrenze pro Person beschränken. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden bis zu einer entsprechenden Änderung das geltende Recht an. Höhe und Herkunft von Nebeneinkünften der Mitglieder des Deutschen Bundestages sollen offengelegt werden.

Wir wollen Open Government voranbringen, eine Verwaltung, die transparent und auf Augenhöhe mit Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert. Für die Öffentlichkeit relevante Informationen wer-

den dann nach den Kriterien von Open Data im Internet veröffentlicht. Den Einsatz von offenen und diskriminierungsfreien Standards in Behörden und bei der Behördenkommunikation wollen wir ausbauen. Wir wollen das bestehende Informationsfreiheitsgesetz zu einem umfassenden Transparenzgesetz weiterentwickeln. In Kommunen, Ländern und auf Bundes- wie europäischer Ebene bauen wir die Bürger*innenbeteiligung aus. In den Ländern zeigen wir dies zum Beispiel mit unseren Initiativen für Transparenzgesetze: Wir stehen für eine Politik des Gehörtwerdens und der Bürger*innenbeteiligung. Wir beziehen Bürger*innen bei Planungs- und Bauvorhaben früher und besser ein. Dazu wollen wir die Gesetze und Vorschriften weiterentwickeln, gerade auch für Großprojekte.

Das Petitionsrecht wollen wir zu einem wirksamen Mittel der Bürger*innenbeteiligung ausbauen. Die Stärkung der Demokratie hört für uns jedoch nicht bei den Parlamenten auf, sondern umfasst auch die Demokratisierung verschiedener Lebensbereiche, wie zum Beispiel Schule, Hochschule, Ausbildung oder Arbeitsplatz.

Demokratie lebt auch vom Vertrauen in die Wähler*innen, deshalb wollen wir GRÜNE Elemente direkter Demokratie auch in der Bundespolitik stärken. Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide in die Verfassung einführen. Für eine offene Gesellschaft spielt eine lebendige Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle. Wir setzen uns deshalb für mehr Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitssektor ein, insbesondere um die steuerliche Gleichbehandlung verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteur*innen sicherzustellen. Hierzu soll auch der Katalog von gemeinnützigen Zwecken angepasst und erweitert werden um die Förderung von Frieden, Menschenrechten und Demokratie, aber auch um Beiträge wie die Einrichtung und Unterhaltung des Freifunks. Die Förderung gemeinnütziger Organisationen soll mit verbesserten, klareren und einheitlichen Publikations- und Transparenzvorschriften einhergehen.

Die Rechte von Minderheiten sowie Grundrechte und wesentliche Verfassungsprinzipien dürfen durch Volksentscheide nicht zur Disposition gestellt werden. Zum Kern der Demokratie gehört die Mehrheitsentscheidung genauso wie der Minderheitenschutz. Bislang werden Menschen, die unter ständiger gesetzlicher Betreuung stehen, vom Wahlrecht ausgeschlossen. Dies ist mit dem Grundgesetz und der UN-Behindertenrechtskonvention nicht vereinbar. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Wahlrechtsausschluss aufgehoben wird.

Das Demonstrationsrecht darf nicht vom Geldbeutel abhängen und durch illegitime Abmahnpraktiken ausgehöhlt werden. Überhöhte Gebühren für Unterlassungsklagen unterbinden wir durch die Präzisierung eines gesetzlichen Streitwerts.

Damit möglichst viele Menschen am demokratischen Prozess teilnehmen können, wollen wir Kommunalwahlen auch für Menschen öffnen, die hier mit Aufenthaltsrecht, aber ohne deutschen oder EU-Pass leben. Die Teilnahme an Wahlen ist ein wesentlicher Schritt für eine gelungene Integration. Deswegen und damit möglichst viele Menschen partizipieren, wollen wir Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben, die Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen erleichtern. Damit sich gerade junge Menschen früh einbringen können, wollen wir das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre absenken. Damit junge Menschen auch wirklich mitentscheiden und mitbestimmen können, wollen wir die Institutionalisierung von politischen Jugendgremien und deren Finanzierung voranbringen. Derzeit sind Frauen in den Parlamenten massiv unterrepräsentiert. Wir werden deshalb konkrete Schritte prüfen, ob beispielsweise ein Paritätsgesetz helfen kann, diesen unsäglichen Zustand abzustellen.

Damit die Wahlbeteiligung und daraus folgend auch die Repräsentanz in den Parlamenten nicht vom sozialen Milieu abhängig bleiben, müssen die politischen Parteien direkter auf die Wähler*innen zugehen und eine verständlichere Sprache verwenden.

2. Gesellschaftliches Engagement fördern, Whistleblower*innen schützen

Millionen Menschen mischen mit und bringen sich ein. Sie tragen im Kleinen zum großen Ganzen, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. Ihr Engagement ist vielfältig und bunt: Es reicht von der Feuerwehr bis zur Geflüchteten- und Nachbarschaftshilfe, vom Chor über den Sportverein bis zum Engagement in Kirche, Synagoge und Moschee. Es erstreckt sich vom Einsatz für Umwelt, Menschenrechte bis zum Kampf für globale Gerechtigkeit. Engagement braucht Unterstützung, zum Beispiel durch die Übernahme von Versicherungen, Qualifizierung und zertifizierte Weiterbildungsmöglichkeiten. Gleichzeitig wollen wir mehr Geld im Bundeshaushalt für Fortbildungen und Supervision bereitstellen – damit Engagement

nicht in Überforderung mündet! Wir wollen mit gezielter Information und Ansprache dafür sorgen, dass Angebote zum freiwilligen Engagement allen gesellschaftlichen Gruppen offenstehen.

Freiwilligendienste eröffnen jungen Menschen neue Horizonte. Wir wollen die Zahl der Freiwilligendienstplätze auf 200.000 erhöhen, um mehr jungen Menschen diese Möglichkeit zu eröffnen. Den Freiwilligen wollen wir ein persönliches Coaching mit Angeboten zur Berufsfindung, Ausbildung und Studienplanung anbieten. Im Dienst erworbene Kompetenzen sollen als Ausbildungs- oder Studienleistungen anerkannt werden können. Wer sich in hohem Maße neben der Schule ehrenamtlich für unsere Gesellschaft engagiert oder nach dem Schulabschluss ein Lebensjahr in den Freiwilligendienst steckt, dem möchten wir Danke sagen und eine Starthilfe von 1.500 Euro für den weiteren Weg ins Leben mitgeben.

Manchmal ist Engagement auch unbequem und stellt kritische Fragen, aber es zeugt von einer lebendigen und verantwortungsbewussten Zivilgesellschaft. Wer mitmischt und sich engagiert, trägt zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. Das wollen wir GRÜNE fördern und für mehr gesellschaftliche Anerkennung dieses Engagements sorgen, auch für staatliche Förderung, etwa durch die Möglichkeit des Spendenabzugs. Zivilgesellschaftliche Organisationen brauchen einen passenden und sicheren Rechtsrahmen. Auch Bürger*innen, die – oft unter großen Risiken – Informationen über Missstände der Öffentlichkeit zugänglich machen, müssen unterstützt und mit einem Whistleblower*innen-Schutzgesetz geschützt werden. Sie decken Unrecht und Ungerechtigkeiten auf und leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag. Es ist widersinnig, sie in solch begründeten Fällen strafrechtlich zu verfolgen oder sie nicht vor dienst- und arbeitsrechtlichen Konsequenzen, wie Kündigung, zu schützen. Wir wollen Edward Snowden politisches Asyl geben, wie es das Europäische Parlament seit zwei Jahren fordert.

3. Freie Medien stärken

Freie und unabhängige Medien und der allgemeine Zugang zu vielfältigen Informationen sind ein „Grundnahrungsmittel“ der Demokratie. Doch sie stehen heute enorm unter Druck, die Medienwelt hat sich in den vergangenen Jahren drastisch gewandelt. Wir GRÜNE wollen

eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft verteidigen, auch gegen die Angriffe von Populist*innen und Hetzer*innen, die ihrerseits mit Falschmeldungen und Meinungsrobotern objektive Information durch Propaganda ersetzen. Journalist*innen dürfen nicht unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung überwacht und kriminalisiert werden. Auch der Informantenschutz muss gesichert sein. Unser Ziel ist eine Medienlandschaft, die vielfältig und innovativ ist und auch die kleinen Player ernst nimmt. Nicht-kommerzielle Bürger*innenmedien sollen ihre Arbeit als gemeinnützig anerkennen lassen können. Eine Voraussetzung für Qualitätsjournalismus sind faire Arbeitsbedingungen für Journalist*innen, die ein unabhängiges und anspruchsvolles Recherchieren und Berichten erlauben.

Das muss sich auch lohnen: Journalist*innen und Verleger*innen sind an der langfristigen Wertschöpfung ihrer Werke, besonders im digitalen Zeitalter, angemessen zu beteiligen. Dafür gibt es klügere Lösungen als das kontraproduktive Leistungsschutzrecht für Presseverleger*innen, das wenigen nützt und vielen schadet – wir wollen es daher so bald wie möglich wieder abschaffen. Stattdessen brauchen wir eine sinnvolle Förderung der Vielfalt von Medien. Für eine unabhängige und qualitätsvolle Berichterstattung kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine wichtige Rolle zu. Jedoch spiegeln die Rundfunk- und Fernsehräte sowie die Landesmedienanstalten oft nicht die gesellschaftliche, religiöse, kulturelle und weltanschauliche Pluralität Deutschlands wider. Das wollen wir ändern. Wir brauchen einen glaubhaften und unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Dafür wollen wir seinen Auftrag stärken und ihn vor Einflussnahme aus Politik und Lobbyverbänden schützen. Deshalb muss er ohne staatliche oder kommerzielle Einflussnahme arbeiten können. Das geht nur, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch weiterhin über Beiträge der Allgemeinheit finanziert wird und frei von wirtschaftlichen Interessen bleibt. Daher setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass er in Zukunft möglichst ohne Werbung auskommt. Dafür können unsere Bürger*innen auch erwarten, dass sie die von ihnen finanzierten Inhalte dauerhaft im Netz abrufen können und die Kreativen angemessen vergütet werden.

Und wir setzen uns ein für eine Vereinheitlichung des Jugendmedienschutzes über die verschiedenen Medien hinweg und für eine aktive Stärkung der Medienkompetenz aller Altersgruppen. Millionen

Menschen in unserem Land spielen Computerspiele, allein oder zusammen, spontan oder auch auf immer organisiertere Weise. Wir wollen die Computerspielekultur in ihrer Vielfalt und als E-Sport weiter stärken und prüfen, inwiefern sie als Sportart anerkannt werden kann.

4. Kultur in ihrer Vielfalt fördern

Kunst und Kultur sind in ihrer Vielfalt für eine lebendige Demokratie unverzichtbar. Kultur ist weit mehr als das, was die Kulturschaffenden hervorbringen. In einer offenen Gesellschaft ist Kultur in ständiger Bewegung und Veränderung. Wir GRÜNE widersetzen uns deswegen allen Versuchen, eine nationale „Leitkultur“ durchzusetzen. In der Kultur darf es keine Grenzen geben, die im Namen einer angeblichen „kulturellen Identität“ darüber bestimmen, wer dazugehört und wer nicht. Eine demokratische Gesellschaft lebt vom lebendigen Austausch der Kulturen – und sie eröffnet und schützt künstlerische Freiräume. Kunst ist oft provozierend, hält der Gesellschaft den Spiegel vor und schafft neue Ideen und Visionen. Wir GRÜNE werden Kulturorte schaffen, bewahren und fördern. Die Unabhängigkeit der Kultur von staatlicher und kommerzieller Bevormundung ist für uns selbstverständlich. Denn Kunst hat weder einen moralischen noch einen kommerziellen Auftrag zu erfüllen.

Kultur ist gemeinsames Gut. Um es zu bewahren und zu bereichern, bedarf es der Aktivitäten öffentlicher Institutionen genauso wie des privaten Engagements. Das heißt, dass wir das Schaffen von Kultur fördern, die Kulturschaffenden unterstützen und die Rechte an geschaffenen kulturellen Werken schützen wollen. Eine partizipatorische und transparente öffentliche Kulturförderung ist für uns ein entscheidender Träger kultureller Entwicklungsmöglichkeiten. Sie eröffnet die Freiräume jenseits einer reinen Ökonomisierung von Kulturproduktion und -vermarktung. So wollen wir etwa mit neuen Finanzierungsstrukturen den deutschen Film auch abseits der Fernsehbeteiligung stärker fördern – ebenso wie innovative Projekte vom Filmstudio über das Stadttheater bis zur freien Szene.

Künstler*innen und Kulturschaffende brauchen eine stabile soziale Absicherung und verbesserte Verdienstmöglichkeiten durch Mindestlöhne und Honoraruntergrenzen, die unter anderem in öffentlichen Förderprogrammen verankert werden müssen. Wir

wollen sicherstellen, dass Urheber*innen und Verwerter*innen zum beiderseitigen Nutzen zusammenwirken und dass öffentlich finanzierte Kunst und Forschung nicht zuvörderst von privaten Unternehmen kommerzialisiert werden.

Wir treten dafür ein, dass kulturelle Teilhabe und Bildung gestärkt werden. Kultur muss für alle Menschen zugänglich sein. Deshalb sollen Menschen schon von jung auf die Möglichkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit Medien und Kultur bekommen. Die kulturelle Bildung in Schulen und anderen Einrichtungen wollen wir stärken. In diesem Kontext müssen wir insbesondere auch die Arbeitsbedingungen für freie Kulturschaffende verbessern. Auch unser Kulturerbe soll zugänglicher werden. Dafür müssen wir es erhalten. Diese Sicherung wie durch die Digitalisierung und Konservierung beim Film ist eine zentrale Aufgabe unserer Kulturpolitik und muss finanziell und institutionell gefördert werden.

Unsere Auseinandersetzung mit Geschichte, insbesondere der Shoa und des Nationalsozialismus, prägt auch unsere gemeinsame Gegenwart und Zukunft. Eine kritische Perspektive auf die Wirkungsgeschichte und den Umgang mit dieser Vergangenheit bietet für uns die Grundlage für unseren heutigen Einsatz gegen rechtes Gedankengut. Die aktuellen rechtsautoritären Tendenzen verdeutlichen diese Notwendigkeit. Mit der Unterstützung von Kulturprojekten sowie einer ausreichenden Finanzierung von Gedenkstätten zum Ausbau multiperspektivischer Bildungsangebote wollen wir Erinnerungskultur auch in der Einwanderungsgesellschaft fördern. Wir brauchen neue Formen der Erinnerungskultur, um über Trennendes in den Dialog zu treten und uns über gemeinsame Werte zu verständigen. Deutschlands kultureller Reichtum hat sich schon immer durch Austausch und Öffnung entwickelt. Abschottung lässt jede kulturelle Entwicklung verkümmern.

Die NS-Aufarbeitung ist auch auf dem Feld der Raubkunst nicht abgeschlossen. Wir wollen mit umfassenden Aufarbeitungs- und Recherchemaßnahmen dafür sorgen, dass alle Raubkunstgüter zurückgegeben werden können und den vielen betroffenen NS-Überlebenden und ihren Angehörigen wenigstens in dieser Frage – wenn auch spät – ein Stück weit Gerechtigkeit wiederfährt. Die gesellschaftliche und wissenschaftliche Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie Hilfe für deren Opfer und Benachteiligte sind für uns weiterhin ein großes Anliegen.

Lebenslange Teilhabe ist die Grundlage einer gemeinsamen Kultur. Dafür braucht es auch aktive und barrierefreie Angebote. Zudem müssen Förderentscheidungen in der Kulturpolitik nachvollziehbar sein. Kriterien wollen wir daher vorab kommunizieren und Förderentscheidungen transparent begründen. Es gilt, neue Förderwege zusammen mit den Kulturschaffenden zu entwickeln und auszuprobieren, um insbesondere kleinere Vorhaben gezielt zu fördern. Bundeskulturpolitik darf sich hier nicht auf Schaufenster- und Großprojekte beschränken. Kultur lässt sich nicht an Metropolen festmachen, wir unterstützen und fördern Kultur gerade auch im ländlichen Raum. Kulturelle Kooperation ist zumal in politisch angespannten Zeiten geeignet, den Zusammenhalt in Europa und der Welt zu stärken. Um deutschen Kulturakteur*innen die Teilnahme an Förderprogrammen der EU zu ermöglichen, gibt es bewährte Modelle, zum Beispiel Anschubfinanzierung als Hilfe zur internationalen Projektentwicklung („seed money“) und Kofinanzierungsfonds („matching funds“). Wir GRÜNE werden die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit im Kultur- und im Medienbereich, immer noch keine Selbstverständlichkeit, weiter voranbringen. Kultur muss für alle zugänglich und erlebbar sein – unabhängig von Wohnort, Geldbeutel, Herkunft, Alter, körperlichen Voraussetzungen oder Identität.

5. Wir gestalten eine nachhaltige Sportentwicklung

Sport tut gut. Unserer Gesundheit und unserer Gesellschaft. Sport ermöglicht Integration und Inklusion. Deswegen wollen wir, dass alle Menschen nach ihren Wünschen und Bedürfnissen Sport treiben können. Sport findet überall statt: in Vereinen, Fitnessstudios oder privat im Park. Dazu brauchen wir bewegungsfreundliche Städte, intakte Sportstätten sowie ausreichend Freiwillige. Breiten- und Spitzensport müssen zusammen gedacht werden, denn beide profitieren voneinander.

Fehlentwicklungen im Spitzensport, wie Doping, Korruption und gigantomane Sportgroßveranstaltungen dürfen wir nicht zulassen. Doping ist gesundheitsschädlich, unfair und gefährdet die Integrität des Sports. Auf nationaler und internationaler Ebene brauchen wir wirksame Prävention, funktionierende Kontrollmechanismen und eindeutige Konsequenzen bei Dopingverstößen. Spitzensport-

förderung darf sich nicht nur an Medaillen, sondern muss sich vor allem an Athlet*innen orientieren. Die Dopingvergangenheit in Ost und West gilt es lückenlos aufzuklären. Dopingopfer müssen wir angemessen unterstützen.

Korruptionsskandale auf höchster Ebene der Sportfunktionär*innen und die zunehmende Kommerzialisierung bedrohen den Sport. Wir machen weiter Druck und fordern Transparenz und Good Governance auch im Sport. Bei Sportgroßveranstaltungen muss die Bevölkerung einbezogen werden. Hier müssen Menschen- und Bürger*innenrechte sowie soziale und ökologische Standards eingehalten werden.

Für Gewalt und Diskriminierung gib es im Sport keinen Platz. Wir setzen hier besonders auf Prävention und wollen sozialpädagogische Fanprojekte stärker unterstützen. Programme gegen Rechts-Extremismus im Sport wollen wir bündeln und eine weltoffene und vielfältige Fankultur fördern. Gleichzeitig schützen wir die Bürger*innenrechte von Fußballfans und diese vor ausufernden Datensammlungen und Kollektivstrafen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Freier Eintritt ins Museum, Zugänge verbessern, Kultur fördern

Wir wollen sowohl die Teilhabe an Kultur ermöglichen, unabhängig von Einkommen, Alter und Bildung, als auch die Entstehung von Kultur in allen Branchen fördern. In unseren Museen liegt das kulturelle Erbe in seiner ganzen Vielfalt. Allen Menschen freien Zugang zu den Dauerausstellungen der Bundesmuseen zu gewähren, ist für uns Teil der kulturellen Daseinsvorsorge. Wir stärken partizipative Projekte kultureller Bildung und öffnen darüber hinaus viele Wege zu kleinen wie großen Kulturorten. Wir wollen Modellprojekte umsetzen, um neue Zugänge zu Kunst und Kultur zu erschließen und mehr Teilhabe zu ermöglichen. Mit den Kulturförderprogrammen des Bundes fördern wir eine breit gefächerte Kulturlandschaft, insbesondere jenseits des ökonomisierten Mainstreams.

Whistleblower*innen gesetzlich schützen – Transparenz stärken

Wir wollen, dass Edward Snowden frei und sicher in einem demokratischen Land leben kann, wir wollen ihm Asyl in Deutschland anbieten. Wir haben ihm viel zu verdanken. Nur durch seinen Mut, mit Informationen an die Öffentlichkeit zu gehen, wurde die skandalöse Ausspähung und Massenüberwachung von Bürger*innen durch die NSA bekannt. Auch die Offenlegung von massenhafter und organisierter Steuerhinterziehung durch die Panama-Papiere, Luxleaks und bei Cum-Ex-Geschäften verdanken wir Whistleblower*innen. Bürger*innen, die sich dafür einsetzen, Informationen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, die dem öffentlichen Interesse und dem Allgemeinwohl dienen, müssen dabei unterstützt und geschützt werden. Deshalb wollen wir GRÜNE sowohl ein europäisches wie ein nationales Gesetz zum Schutz von Whistleblower*innen, das diese Menschen vor Strafverfolgung und Kündigung schützt. Mehr Transparenz wollen wir auch durch die Einführung eines öffentlichen Lobbyregisters erreichen.

Mehr Beteiligung für eine lebhaftere Demokratie

Direkte Demokratie ist für uns GRÜNE ein zentrales Anliegen. Deshalb wollen wir Volksentscheide im Grundgesetz verankern und direktdemokratische Beteiligung auf allen Ebenen stärken. Das gilt auch für Jugendliche. Damit sie mitbestimmen können, setzen wir uns dafür ein, das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken. Denn das Recht auf frühe Mitbestimmung und die entsprechende demokratische Bildung motiviert junge Menschen, sich in die Gesellschaft einzubringen. Wer früh lernt, wählen zu gehen, setzt dies auch später fort und motiviert andere, auch zu wählen.

V. WIR MACHEN

VERBRAUCHERINNEN UND VERBRAUCHER STARK

Täuschung, Trickserien und Betrug – viele Menschen werden auch im Jahr 2017 noch zu oft über den Tisch gezogen. Während US-amerikanische VW-Kund*innen angemessene Entschädigungen für manipulierte Autos bekommen, gehen deutsche Kund*innen leer aus. Datengiganten und mächtige Internetkonzerne sammeln und verwerten unsere Daten nahezu unkontrolliert. Hinter bunten Verpackungen und Fake-Siegeln verbirgt die Lebensmittelindustrie ungesundes Essen von teils minderer Qualität. Baustoffe dürfen bisher ungeprüft und undeklariert gesundheitsschädliche Substanzen enthalten.

Verbraucher*innenschutz betrifft alle Menschen – in nahezu allen Lebensbereichen. Von der ersten Kontoeröffnung über den täglichen Einkauf bis zur Altersvorsorge. Als GRÜNE schützen wir Verbraucherinnen und Verbraucher vor Täuschung, Vertrags-Trickserien und Missbrauch von Daten. Wir kämpfen für mehr Transparenz, mehr gesetzlichen Schutz und faire Klagerechte: So sieht grüner Verbraucher*innenschutz aus.

1. Nachhaltige Konsumententscheidungen ermöglichen

Ob T-Shirt, Steak oder Smartphone: Woher ein Produkt kommt, was es enthält und wie es produziert wurde, bleibt viel zu oft im Dunkeln. Wer will schon mit seinem Einkauf für Kinderarbeit und andere Menschenrechtsverletzungen, verseuchte Flüsse oder Tierleid verantwortlich sein? Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben auch ein Recht auf Transparenz über die Herkunft von Produkten und die Arbeits- und Produktionsbedingungen, unter denen sie hergestellt wurden. Deshalb wollen wir transparente Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards durch entsprechende Offenlegungs- und Sorgfaltspflichten erreichen. Es muss klar sein,

was in einer Verpackung steckt. Nur wenn draufsteht, was drin ist, hat nachhaltiger Konsum eine Chance.

Für Fleisch und Milch wollen wir eine einfache Kennzeichnung einführen, die klar und deutlich zeigt, wie das Tier gehalten wurde – so wie bei Eiern längst etabliert. Diese muss auch für verarbeitete Produkte gelten. Dann können Konsument*innen Tierleid und Umweltzerstörung die Rote Karte zeigen.

Für mehr Ernährungsvielfalt ist die Gemeinschaftsverpflegung in Schulen, Kitas und Kantinen ein wichtiger Schlüssel: Gutes vegetarisches und veganes Essen sollte zum alltäglichen Angebot gehören. Menschen, die sich pflanzlich ernähren wollen, müssen dazu auch die Möglichkeit haben – abseits vom trockenen Brötchen oder einseitigen Beilagen.

Gutes Essen ist mehr als Nahrungsaufnahme. Fehlernährung und Übergewicht verursachen massive Gesundheitsprobleme bei Kindern. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind ein gesundes Mittagessen bekommt. Wir wollen die Schulverpflegung ausbauen und durch verbindliche Qualitätsstandards verbessern. Dem aggressiven Marketing für ungesunde Kinderlebensmittel wollen wir durch klare Regeln für Werbung einen Riegel vorschieben. Kitas und Schulen sollen frei von PR-Aktionen sein.

Kundinnen und Kunden werden entmündigt, wenn unverständliche Nährwertangaben Dickmacher verschleiern oder vegetarische und vegane Lebensmittel unklar gekennzeichnet sind. Wir wollen, dass die Lebensmittelpackung die Wahrheit sagt, beispielsweise durch eine Nährwertampel.

Transparenz muss auch bei der Lebensmittelhygiene gelten. Wir wollen ein Hygienebarometer für Gaststätten einführen. So können Verbraucherinnen und Verbraucher erkennen, wie ein Betrieb bei der Lebensmittelüberwachung abgeschnitten hat.

Ob Lebensmittel, Kleidung, Möbel oder Baustoffe: Derzeit herrscht ein undurchsichtiger Siegel-Dschungel. Zwischen nichtsagender Industrierwerbung und einem kontrollierten Qualitätssiegel lässt sich schwer unterscheiden. Man muss teils Miss Marple oder Sherlock Holmes spielen, um herauszufinden, wo und wie etwas produziert wurde und was enthalten ist. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit ganzer Branchen. Wir wollen mit dem Siegel-Dschungel aufräumen. Deshalb engagieren wir GRÜNE uns für Mindestanforderungen für die wichtigsten Branchen und klare Kriterien

für beispielsweise „fair“ oder „regional“. So schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass es echte Orientierung gibt.

Gesundheitliche Risiken durch Schadstoffe oder Rückstände in Produkten und Lebensmitteln müssen ausgeschlossen werden. Das gilt beispielsweise für hormonelle Schadstoffe wie Phthalate, die in unzähligen Alltagsprodukten wie Verpackungen, Spielzeug oder Kosmetik zu finden sind, oder für Mineralölrückstände in Lebensmittelverpackungen.

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher wollen die Wegwerfgesellschaft hinter sich lassen und ressourcenschonend konsumieren. Hierfür wollen wir die Unternehmen dazu bewegen, zugunsten von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu nachhaltigen Lebensdauern zurückzukehren. Außerdem müssen Produkte so gebaut sein, dass sie bei einem Defekt repariert werden können, anstatt weggeworfen zu werden. Das wird aber unmöglich gemacht, wenn Akkus fest verschweißt werden, Updates nicht mehr zur Verfügung gestellt werden, Kabel nicht mehr passen oder die Reparatur teurer ist als der Neukauf. So wird technologischer Fortschritt zum ökologischen und verbraucherpolitischen Rückschritt und es entstehen Müllberge aus Elektronikschrott. In Zukunft müssen Produkte so gebaut sein, dass sie länger halten, einfach zu reparieren sind und Akkus und Batterien sich austauschen lassen. Das wollen wir über Vorgaben für ein ökologisch sinnvolles Design und eine deutliche Verlängerung der gesetzlichen Mindestgewährleistungsfristen erreichen. Es ist absurd, wie stark diese von den technisch möglichen Lebensdauern der Geräte abweichen. Verbraucher*innen sollen zudem erst nach zwei Jahren statt bisher sechs Monaten in der Beweispflicht stehen. Wir fordern, dass bei Produkten künftig die zu erwartende Lebensdauer angegeben wird, und wir setzen uns dafür ein, nach schwedischem Vorbild den reduzierten Mehrwertsteuersatz auf Reparaturdienstleistungen zu erheben.

2. Verbraucher*innenrechte gelten im Netz wie auf der Straße

Bisher gibt es in Deutschland und Europa anders als in den USA keine finanziellen Entschädigungen für die vom Dieselskandal Betroffenen. Für Einzelne ist es oft viel zu schwer, das geltende Recht auch zur Geltung zu bringen. So weigern sich etwa Fluggesellschaft

ten, Entschädigungsansprüchen nachzukommen. Wir wollen endlich Gruppenklagen ermöglichen, die das Prozessrisiko auf viele Schultern verteilen.

Der Dieselskandal hat gezeigt, dass Verbraucher*innen- und Gesundheitsschutz für die Bundesregierung allenfalls zweitrangig gegenüber der Diesel-Lobby sind. Wir brauchen eine Kehrtwende. Staatliche Aufsichtsbehörden müssen endlich auch den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher zu ihrem Ziel machen. Sie müssen sich dafür starkmachen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher voll entschädigt werden, wenn sie über den Tisch gezogen wurden. Unrechtmäßig erzielte Gewinne, beispielsweise durch Kartellverstöße, sollen den Verbraucherinnen und Verbrauchern zurückgegeben werden, indem aus diesen Mitteln die unabhängige Verbraucher*innenberatung gestärkt wird.

Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher auch im Netz stärken und schützen. Wir akzeptieren nicht, dass Google, Facebook, WhatsApp und Co unsere persönlichsten Informationen horchen und exakte Persönlichkeitsprofile von uns anlegen. Wer im Internet unterwegs ist, hat das Recht zu wissen, an wen seine oder ihre Daten weitergegeben werden, und muss dagegen widersprechen können. Gesundheitsdaten müssen auch digital geschützt werden. Auch in Zeiten von Big Data müssen die Grundsätze des Datenschutzes – Gesetzesvorbehalt, Erforderlichkeit und Zweckbindung – konsequent durchgesetzt werden. Personenbezogene Informationen sind hochsensibel und vom Grundgesetz besonders geschützt. Die Debatte ums „Dateneigentum“ führt in die Irre. Statt die Nutzung von Daten und den Grundrechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger gegeneinander auszuspielen, setzen wir uns für einen effektiven Persönlichkeitsschutz und die Ermöglichung innovativer Angebote ein.

Die Menschen müssen sich auf ihr Recht auf kostenfreie Auskunft, Korrektur und Löschung ihrer Daten verlassen können. Diesen Pflichten dürfen sich Unternehmen auch nicht dadurch entziehen, dass ihre Zentralen sich außerhalb Europas befinden. Dafür fordern wir Ansprechpartner*innen dieser Unternehmen in Deutschland, an die man sich wenden kann.

Algorithmen bestimmen heute, wer wie viel zahlt, welche Werbung angezeigt wird und welche Kreditbedingungen wir bekommen. Je nach Wohnort oder Endgerät sind manche Produkte unter-

schiedlich teuer. Gegen Ausspähung und Diskriminierungseffekte braucht es klare Regeln – für Transparenz und Verbraucher*innenschutz im Digitalen. Dazu gehört auch die Wahlfreiheit im Netz. Was heute bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich ist, muss auch bei Messenger-Diensten oder sozialen Netzwerken möglich sein: unkompliziert zwischen Anbietern und Plattformen wechseln und kommunizieren zu können. Dazu wollen wir Interoperabilität unterstützen und deren Umsetzung von großen Anbietern fordern.

3. Besserer Schutz vor Abzocke durch Banken und Versicherer

Fünf Euro fürs Geldabheben an fremden Automaten, überhöhte Gebühren für Basiskonten, unverhältnismäßige Dispozinsen und unzureichende Beratung bei Vermögensanlagen und Versicherungen. Finanzieller Verbraucher*innenschutz ist dringend notwendig, schützt vor Abzocke und steht für eine bessere Beratung: vom ersten Konto über Anlageberatung bis zur Altersvorsorge.

Die finanziellen Verluste durch falsche Anlageberatung werden für die deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher auf circa 50 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Das ist nicht nur volkswirtschaftlicher Irrsinn, sondern beraubt Sparer*innen und Versicherte und zerstört im schlimmsten Fall Existenzen. Doch trotz aller Versprechungen der Großen Koalition stehen dabei immer noch nicht die Bedürfnisse und Wünsche der Kundinnen und Kunden im Vordergrund, sondern Verkaufsvorgaben und Provisionsversprechen für die „Berater*innen“. Deshalb werden wir Provisionen und Gebühren deckeln und transparent machen. Unser Ziel, eine wirklich unabhängige Finanzberatung auf Honorarbasis für alle, wollen wir nach einer angemessenen Übergangszeit erreichen. Aber auch da, wo es nicht um die großen finanziellen Fragen des Lebens geht, sind Verbraucherinnen und Verbraucher den Instituten oft schutzlos ausgeliefert. Dispozinsen von zwölf Prozent und mehr sind keine Ausnahme. Wir GRÜNE wollen, dass kein Bankkunde in die Dispo Falle läuft. Deshalb werden wir den Dispozins deckeln und ihn deutlich unterhalb des jetzigen Niveaus und in Abhängigkeit von einem Leitzins gesetzlich begrenzen. Ebenso muss der Zugang zu einem günstigen Basiskonto sichergestellt sein, denn gesellschaftliche Teilhabe hängt heute auch von der eigenen EC-Karte ab. In der Altersvorsorge

wollen wir mit einem staatlichen Basisprodukt eine transparente Alternative zum Dschungel der Altersvorsorgeprodukte schaffen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Wissen, was drin ist – Tierprodukte kennzeichnen

Kein Ei mit der 3! So lautet der Spruch der wohl erfolgreichsten Tierschutzinitiative aller Zeiten. Seit die Haltungsform der Legehennen gekennzeichnet werden muss, ist nämlich Schluss mit der Käfighaltung. Die Käufer*innen haben „mit dem Einkaufsbeutel“ abgestimmt. Wir sind sicher: Das wird auch bei anderen Produkten funktionieren. Deshalb fordern wir eine klare und einfache Kennzeichnung der Art der Tierhaltung auf sämtlichen Tierprodukten – wie beim Ei. Auch bei verarbeiteten Produkten soll die Packung besagen, was in ihr steckt. Künftig muss daher auf der Packung gut sichtbar sein, wo und wie die Tiere gehalten wurden.

Datenschutz ausweiten – Privatsphäre wahren

Datenhungrige Unternehmen speichern individuelles Verhalten ihrer Kund*innen und nutzen diese Daten zur Profilerstellung. Die bestehenden Schutzmechanismen wie das Prinzip der Einwilligung laufen dabei ins Leere. Alle Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht zu wissen, wer was wann und wo über sie speichert. Nur sie selbst – kein*e Arbeitgeber*in, kein Internetanbieter, keine Krankenkasse und auch nicht der Staat – dürfen bestimmen, wer Zugriff auf ihre Daten hat und was damit geschehen soll. Wir werden darauf drängen, dass bei der Anpassung der deutschen Datenschutzgesetze an die EU-Datenschutzreform die hohen EU-Standards für klare Grenzen von Sammlung und Verwertung persönlicher Daten und Informationen nicht aufgeweicht werden.

Gruppenklagen für Verbraucherinnen und Verbraucher ermöglichen

Der Fall VW hat einmal mehr deutlich gemacht: Es ist für Verbraucherinnen und Verbraucher zu schwer, ihre Rechte wirksam durchzusetzen. Viele überlegen zweimal, ob sie den Aufwand auf sich nehmen, ihre Rechte gerichtlich gegen einen Großkonzern durchzusetzen. Wir wollen das einfacher machen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen sich zu Gruppenklagen zusammenschließen und gemeinsam durch Gruppenklagen ihre Ansprüche klären können.

VI. WIR MACHEN DAS INTERNET FREI UND SICHER

Smartphone-App, soziale Netzwerke oder vernetzte Dienste in unserem Zuhause: Der digitale Wandel verändert unsere Gesellschaft immens. Innovationen können unsere Lebensqualität erhöhen, sei es der erleichterte Zugang zu Informationen und onlinebasierter Bürger*innenbeteiligung, seien es der intelligent gesteuerte Energieverbrauch oder neue Formen von Teilen und Mobilität. Zugleich treibt immer mehr Menschen der Schutz und die Sicherheit ihrer individuellen Rechte und Daten im Internet um, angesichts der Macht einzelner Konzerne, staatlicher Überwachung, ständiger Erreichbarkeit oder zunehmenden Hasses und Hetze im Netz.

Wir wollen den digitalen Wandel politisch gestalten. Wir richten unsere Politik an den Interessen der Menschen aus, nicht der Konzerne. Unsere leitenden Werte sind dabei: Freiheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Demokratie. Für diese treten wir im Netz ein – und gegen Hetze, Hass und Gewalt. Digitale Selbstbestimmung treibt uns an und daher setzen wir uns ein für modernen Verbraucher*innen- und Datenschutz, höchste Standards bei der IT-Sicherheit, fairen Wettbewerb und Innovationsfähigkeit. Selbstbestimmung im digitalen Zeitalter bedeutet auch, dass Verbraucher*innen die Kontrolle über ihre Geräte haben. Sie müssen bei Bedarf die Software unabhängig vom Hersteller verändern können, sodass Hersteller Geräte nicht durch ausbleibende Updates in Elektroschrott verwandeln.

Wir wollen die Potenziale des digitalen Wandels für Bildung und Forschung, gleichberechtigte Teilhabe, sozialen Fortschritt und eine nachhaltige Wirtschaft nutzen. Für Innovationen im digitalen Zeitalter, bessere (digitale) Infrastruktur und für mehr IT-Sicherheit für alle Menschen und Unternehmen ist Regulierung erforderlich. Gemeinsam mit einer engagierten Zivilgesellschaft streiten wir für schnelles, neutrales Internet und starke Verbraucher*innenrechte, mehr E-Government und offene Daten, freie und offene Software sowie Vertrauen durch Sicherheit in der digitalen Welt und gegen Massenüberwachung und uferloses Aufrüsten der Geheimdienste.

1. Schnelles und offenes Internet für alle

Schnelles Internet ist Teil der Daseinsvorsorge und Voraussetzung für Teilhabe in der digitalen Gesellschaft. Eine zukunftsfähige und nachhaltige Breitbandversorgung soll mittels Glasfaser überall in Deutschland bis zu jeder Haustür (FTTB) sichergestellt werden. Mit einer öffentlichen Netzgesellschaft wollen wir den flächendeckenden Glasfaserausbau voranbringen, dafür bringt der Bund mindestens den Erlös des Verkaufs seiner Telekom-Aktien (circa zehn Milliarden Euro) ein. Damit gründen wir öffentliche Breitbandgesellschaften für den Glasfaserausbau im ländlichen Raum, um die Versorgung mit schnellem Internet im ganzen Land sicherzustellen. Zusammen mit Kommunen und weiteren Partner*innen können so vor Ort Gesellschaften für den Glasfaserausbau gegründet werden. Den schnellen und umfassenden Ausbau des zukünftigen 5G-Mobilfunknetzes werden wir aktiv unterstützen und uns dabei auch für ein flächendeckendes freies und offenes WLAN-Netz einsetzen.

Wir setzen uns für echte Netzneutralität für alle ein, auch im Mobilfunk, und kämpfen gegen ein „Zwei-Klassen-Internet“. Echte Netzneutralität ist die Voraussetzung für einen fairen digitalen Wettbewerb und einen offenen, barrierefreien Zugang für alle Menschen. Mit der endgültigen Abschaffung der Störerhaftung schaffen wir offene und rechtssichere WLAN-Zugänge. Die Freifunk-Bewegung wollen wir besser fördern. Wir setzen uns beim Mobilfunk für eine konsequente Minimierung der Strahlenbelastung ein.

Wir wollen ein Urheber*innenrecht, das der Nutzungs- und Verwertungsrealität im Digitalen Rechnung trägt. Es muss bürgerrechtskonform sein und die Interessen von Verbraucher*innen, Verwerter*innen und Urheber*innen fair ausgleichen. Wir müssen mit Reformen des Urheber*innenvertragsrechts die angemessene Vergütung von Kreativen stärken. Sie müssen ihre Ansprüche national und international besser durchsetzen können. Nutzer*innen digitaler Inhalte sollen bei Ausleihe und Weiterveräußerung nicht schlechtergestellt werden als bei analogen Gütern. Wissenschaftliche Erkenntnisse bedeuten gesellschaftliche Teilhabe. Deswegen unterstützen wir Open Access ebenso wie freie und nicht-kommerzialisierte Zugänge zu Lehr- und Lernmaterialien und setzen uns für eine Bildungs- und Wissenschaftsschranke ein. Gleichzeitig müssen Urheber*innen angemessen und fair vergütet werden. Inhalte sol-

len auf unterschiedlichen Endgeräten nutzbar und mitnehmbar sein. Bei der Digitalisierung des kulturellen Erbes wollen wir die Gemeinfreiheit erhalten.

2. Gemeinsam gegen Hass im Netz

Mit Sorge beobachten wir die Verbreitung von Hass und Hetze im Netz. Die Strafverfolgung hingegen hinkt diesen Auswüchsen weit hinterher. Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass Menschen, die sich volksverhetzend äußern oder andere mit Mord- und Vergewaltigungsfantasien bedrohen, konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Große Anbieter sozialer Netzwerke gehören hier in die Pflicht genommen, dürfen aber nicht in eine Richter*innenrolle gedrängt werden. Sie müssen offensichtlich strafrechtswidrige Inhalte umgehend löschen. Gerichte und Strafverfolgungsbehörden müssen sie bei der Dokumentation und Verfolgung solcher Fälle unterstützen. Dafür ist rund um die Uhr eine inländische Kontaktstelle für Anfragen von Strafverfolgungsbehörden vorzuhalten und sind entsprechende Reaktionsfristen einzuhalten, ansonsten drohen Bußgelder.

Einer Aushebelung der anonymen und pseudonymen Nutzung von Online-Diensten und damit der Meinungsfreiheit und -vielfalt stellen wir uns klar entgegen. Auskunft über Bestandsdaten von Nutzer*innen an private Dritte auf Entscheidung der Anbieter lehnen wir ab. Strafverfolgungsbehörden und Gerichte müssen technisch und personell so ausgestattet werden, dass sie Rechtsverstöße im Netz in angemessener Zeit bearbeiten können. Hasspostings und Falschmeldungen sind oft auch ein Fall für die medienrechtliche Aufsicht, die wir entsprechend ausstatten wollen. Im Netz muss erkennbar sein, ob Mensch oder Maschine kommunizieren. Wir fordern deshalb eine Kennzeichnungspflicht für Computerprogramme (Social Bots), die eine menschliche Identität vortäuschen und zu Zwecken der Manipulation und Desinformation eingesetzt werden können.

Nicht alles, was hetzerisch im Netz geäußert wird, ist rechtswidrig. Meinungsfreiheit gilt auch für abseitige, oftmals schwer erträgliche Positionen. Wir fordern Internet-Unternehmen auf, intensiv mit Organisationen zusammenzuarbeiten, die sich für Opfer von

Hass und Hetze, Rassismus und Diskriminierung im Internet einsetzen, und diesen auch direktere Meldewege zur Verfügung zu stellen. Ein demokratisches Netz braucht Nutzer*innen, die Hass und Hetze eine klare, ethisch begründete Haltung entgegensetzen, die Inhalte kritisch hinterfragen, um Falschmeldungen keine Chance zu geben, und die sich aktiv in Diskussionen mit Gegenrede einbringen, um Betroffene von Rassismus und Mobbing zu unterstützen. Ein freies, offenes und inklusives Netz lebt von der Einbindung und dem Engagement der Zivilgesellschaft.

Digitale Kompetenz ist heute eine Grundvoraussetzung für gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben. Wir wollen daher mehr Programme für digitale Bildung und Medienkompetenz – altersgerecht für Jung und Alt. Auch Polizei und Staatsanwaltschaften müssen hier ihre Fähigkeiten erweitern. Wir benötigen mehr Beratungs- und Anlaufstellen für Opfer von Cybermobbing und Gewalt im Netz sowie gut geschultes Personal der Strafverfolgungsbehörden, insbesondere zur Unterstützung von Frauen und Mädchen, die besonders oft davon betroffen sind.

3. Vertrauen im Netz sichern

Wer ständig überwacht wird, ist nicht frei. Selbst wer glaubt, „nichts zu verbergen zu haben“, ist angreifbar. Effektiver Grundrechtsschutz ist das Fundament einer freien Gesellschaft. Dies gilt auch im digitalen Zeitalter. Menschen müssen wissen, wer wann was über sie weiß. Datenschutz ist aber mehr als nur informationelle Selbstbestimmung. Die Wahrung von Grundrechten im Digitalen darf keinesfalls auf den oder die Einzelne*n abgewälzt werden. Vielmehr bleibt der Staat in der Pflicht, private Kommunikation, persönliche Daten, Beschäftigtendaten und digitale Infrastrukturen effektiv zu schützen.

Je mehr hochsensible Informationen sich auf unseren digitalen Geräten befinden, desto wichtiger wird, dass der grundrechtliche Schutz für den Kernbereich unserer persönlichen Lebensgestaltung konsequent beachtet und ausgebaut wird – gerade auch bei der Strafverfolgung.

Auch im Digitalen bietet Prävention den effektivsten Schutz vor Angriffen. Die bestehenden Aufsichtsstrukturen werden wir perso-

nell und rechtlich deutlich stärken, um den Verbraucher*innen- und Datenschutz konsequent zu gewährleisten. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) werden wir unabhängig stellen. Ob private Kommunikation, öffentliche Stellen, die Wirtschaft oder digitale Infrastrukturen – als GRÜNE setzen wir uns für die Sicherheit aller im Digitalen ein. Hier muss der Staat endlich mit effektiven wie rechtsstaatlichen Maßnahmen seiner Schutzpflicht nachkommen. Daher lehnen wir es ab, dass staatliche oder private Akteur*innen IT-Sicherheitslücken für den eigenen Nutzen und zum Schaden der Allgemeinheit geheim halten. Vielmehr müssen sie diese Lücken melden, damit sie rasch geschlossen werden können.

Die Bundeswehr muss sich auf neue Bedrohungslagen einstellen und der Bund muss seine IT-Infrastrukturen besser schützen. Offensive Operationen in andere Systeme lehnen wir jedoch klar ab. Jeglicher Einsatz digitaler Einsatzkapazitäten muss der parlamentarischen Kontrolle unterliegen.

Mit der immer stärkeren Vernetzung unseres Alltags, wie etwa beim „Internet der Dinge“, wachsen die Anforderungen für eine verlässliche IT-Sicherheit an die Wirtschaft. Wir setzen auf klare rechtliche Vorgaben, wollen aber auch Anreize für Unternehmen schaffen, in gute und sichere IT-Lösungen zu investieren. Wir fordern, dass der Zeitraum, in dem Produkte mit zeitnahen Sicherheitsupdates versorgt werden, für Verbraucher*innen einheitlich und gut sichtbar gekennzeichnet ist und für eine typabhängige Mindestfrist garantiert werden muss. Unternehmen wollen wir dazu anhalten, IT-Sicherheit noch stärker bereits im Produkt- und Softwareentwicklungsprozess zu berücksichtigen.

Freie, quelloffene Software und freie Formate und Standards sind für uns einer der Eckpfeiler für sichere und zukunftsfähige IT-Systeme. Wir wollen diese deshalb bei öffentlichen IT-Beschaffungen bevorzugen, insbesondere dann, wenn Bürger*innen diese einsetzen sollen. So senken wir die Abhängigkeit von einzelnen Herstellern, erhöhen die Transparenz und sichern die Nachnutzung. Die öffentliche Förderung für die Entwicklung von freier Standardsoftware wollen wir mit Blick auf IT-Sicherheit ausbauen. Ebenso wollen wir im Sinne eines nachhaltigen IT-Einsatzes die Rechte von Nutzer*innen stärken, auf ihren Geräten freie und offene Software und Firmware einzusetzen.

4. Für einen modernen Datenschutz

Datenschutz ist wesentliche Bedingung für eine freiheitliche Demokratie. Er ermöglicht freie individuelle und gesellschaftliche Entfaltung und schützt vor Eingriffen des Staates und von Konzernen. Die etablierten Datenschutzziele müssen in der Entwicklung und als Voreinstellung von Technologie verankert werden. Personenbezogene Daten sind unveräußerlich und daher kein Handelsgut. Automatisierte Diskriminierung wollen wir unterbinden, sei es beim individuellen Preis-Profiling, beim Kredit-Scoring oder auch bei der inneren Sicherheit. Und wir müssen dafür sorgen, dass sich alle Unternehmen an die rechtlichen Vorgaben wie das neue EU-Datenschutzrecht halten. Wir sehen einen starken Datenschutz als internationalen Wettbewerbsvorteil, den wir verteidigen und ausbauen wollen. Den Mittelstand wollen wir aktiv im Bereich Datenschutz- und IT-Sicherheit unterstützen und Anreize für datenschutzfreundliche Lösungen setzen. Der Staat muss seine Verantwortung für eine zukunftsfähige Regulierung endlich annehmen. Wir wollen für die Bestandsdatenauskunft von IP-Adressen eine Berichtspflicht der Internetzugangsanbieter einführen und die Hürde für die Abfrage erhöhen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Schnelles Internet für alle – Glasfaser ausbauen

Wir wollen, dass schnelles Internet mittels Glasfaser von der Banken-City bis zu jedem Bauernhof direkt bis zur Haustür verfügbar ist. Eine öffentliche Netzgesellschaft soll den flächendeckenden Glasfaserausbau unterstützen, der Bund bringt mindestens den Verkaufserlös seiner Telekom-Aktien ein, Kommunen und weitere Partner*innen sollen auch mitmachen können. Den schnellen Ausbau des zukünftigen 5G-Mobilfunknetzes werden wir aktiv unterstützen. Wo 5G ausgebaut wird, muss auch WLAN angeboten werden, damit wir einen offenen, freien und flächendeckenden Zugang zu WLAN erhalten. Halten Unternehmen die

vertraglich zugesicherten Mindestbandbreiten nicht ein, werden zukünftig Bußgelder und Schadenersatzzahlungen an die Kunden fällig.

Sichere Infrastrukturen

Digitale Angriffe auf IT-Infrastrukturen vom Heimcomputer über Bundestagsserver bis zu Energie- und Industrieanlagen sind an der Tagesordnung. Wir GRÜNE wollen diese Systeme effektiv schützen, uns aber auch der digitalen Aufrüstung in diesem Bereich entgegenstellen. Der beste Schutz vor Angriffen sind sichere und überprüfbare Systeme. Staatliche Stellen müssen verpflichtet werden, IT-Sicherheit zu stärken. Bewusstes Offenhalten von Sicherheitslücken ist rechtsstaatlich mit der Schutzpflicht gegenüber den Bürger*innen nicht zu verantworten, birgt unkontrollierbare Risiken und gehört daher verboten. Um staatliche und andere kritische Infrastrukturen zu schützen, werden wir die Entwicklung von umfassenden Sicherheitskonzepten vorantreiben und fördern. Eine durchgehende Ende-zu-Ende-Verschlüsselung werden wir zum Standard machen.

Moderne Verwaltung mit E-Government

Mit mehr Mut zu Open Data, barrierefreien E-Government-Dienstleistungen und Open Government werden wir einen entscheidenden Beitrag leisten, um unsere Verwaltung zu modernisieren, Bürokratie abzubauen und unsere Demokratie zu beleben. Wir setzen uns für Open-Data-Regeln ein, die Behörden verpflichten, vorhandene Daten von sich aus leicht auffindbar, maschinenlesbar und kostenfrei und unter freier Lizenz für die Öffentlichkeit bereitzustellen.

E. GERECHTIGKEIT IM SINN

Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Diesen Wohlstand verdanken wir vielen engagierten Beschäftigten, innovativen Unternehmen und einer langen Tradition sozialer Sicherungssysteme. Doch längst nicht alle können an diesem gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand teilhaben. Auch in unserem reichen Land gibt es Armut und Perspektivlosigkeit, die sich noch dazu über Generationen verfestigt. Deshalb setzen wir uns seit unserer Gründung für mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Land ein.

Während es in vielen Regionen seit Jahren nahezu Vollbeschäftigung mit gut bezahlten Jobs gibt, gibt es zugleich Gebiete, in denen viele junge und ältere Menschen arbeitslos sind und keine Chancen sehen. Andere haben Jobs mit Zukunft, reiben sich aber auf, um Familie, eigene Interessen und Arbeit in Einklang zu bringen. Zu viele arbeiten unter schlechten Bedingungen und hangeln sich von einer befristeten Beschäftigung zur nächsten. Während viele von Globalisierung und Digitalisierung profitieren, fürchten andere, ihre Jobs an Roboter oder ans Ausland zu verlieren. Insbesondere Beschäftigte, die einfache Dienstleistungen erbringen, leben mit stagnierenden Löhnen und teilweise schlechten Arbeitsbedingungen. Pfleger*innen, Erzieher*innen und Polizist*innen müssen trotz ihrer gesellschaftlich enorm wichtigen Arbeit mit vergleichsweise niedrigen Einkommen über die Runden kommen. Die hohe Vermögenskonzentration bei einigen wenigen schadet auch laut OECD der Wirtschaft und Gesellschaft, während viele mit geringem Einkommen Schulden haben, kaum in die Zukunft ihrer Kinder investieren, geschweige denn etwas zur Seite legen können. Diese Probleme löst man nicht, indem man nur über die Erfolge redet.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Politik ist es, Bedingungen zu schaffen, damit alle Menschen ihre Fähigkeiten einbringen und ein gutes, selbstbestimmtes Leben führen können. Deshalb streiten wir für eine inklusive Gesellschaft, an der alle Menschen teilhaben können. Wir wollen neue Chancen und bessere Arbeitsbedingungen schaffen. Uns geht es um eine Gesellschaft, in der alle an dem ge-

meinsam erwirtschafteten Wohlstand teilhaben können und die allen gleiche Chancen und Möglichkeiten bietet. Die Sprossen der gesellschaftlichen Leiter dürfen nicht so weit auseinanderliegen, dass Aufstieg kaum möglich ist. Gleichzeitig darf in unserer Gesellschaft Armut keinen Platz haben, denn sie grenzt aus. Armut schadet aber auch uns allen: nicht nur den Menschen, die ihrer Zukunftschancen und der Aussicht auf ein selbstbestimmtes Leben beraubt werden, sondern auch der Gesellschaft, die auf die Talente und Fähigkeiten aller angewiesen ist.

Wir nehmen es nicht hin, dass in unserem Land 2,5 Millionen Kinder in Armut leben. Wir wollen, dass jede und jeder mit eigener Anstrengung und der solidarischen Unterstützung der Gesellschaft ein gutes Leben führen und ihr Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe verwirklichen kann. Bildung spielt für uns dabei eine entscheidende Rolle. Unser Bildungssystem ist durch die Reformen vieler grün mitregierter Länder besser, gerechter und durchlässiger geworden. Doch für echte Gerechtigkeit sorgt es noch nicht. Immer noch entscheidet zu oft die soziale Herkunft über Bildungs- und Aufstiegschancen. Das liegt insbesondere auch daran, dass in vielen Schulen sortiert statt individuell gefördert wird.

Wir wollen Schulen, die auf die individuellen Bedürfnisse von Schüler*innen eingehen und sie ermutigen, nicht blockieren und bremsen. Um das zu erreichen, treten wir konsequent für den Ausbau des möglichst langen gemeinsamen Lernens ein. Wir wollen das Kooperationsverbot aufheben. Um Chancengerechtigkeit zu schaffen, müssen Bund, Länder und Kommunen ohne Hindernisse zusammenarbeiten können. Auch offene und inklusive Hochschulen sind dafür ein wichtiger Schlüssel.

Wir werden ein großes Reformpaket auf den Weg bringen, um Kinderarmut zu bekämpfen, Familien finanziell zu entlasten und die Unterstützung von Alleinerziehenden deutlich zu verbessern. Wir werden Steuersümpfe trockenlegen und dafür sorgen, dass auch Superreiche endlich ihren fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Wir wollen damit in die Entwicklung lebenswerter Quartiere, in Kindertagesstätten, Schulen, Stadtbüchereien, Jugendzentren und in bezahlbare Wohnungen investieren – all das sind Orte, auf die Menschen mit wenig Geld besonders angewiesen sind, von deren guter Ausstattung aber die gesamte Gesellschaft profitiert.

Wir werden die Zwei-Klassen-Medizin abschaffen und stattdessen mit einer Bürger*innenversicherung eine gute Gesundheitsversorgung für alle ermöglichen. Wir streiten für auskömmliche Renten und eine gute Pflege im Alter. Wir wollen verhindern, dass Menschen sich von einem unsicheren Arbeitsplatz zum nächsten hangeln müssen. Wir wollen den Menschen wieder mehr Souveränität über ihre eigene Zeit geben, damit sie Beruf, Familie und Engagement besser miteinander verbinden können.

Ein solidarisches Sicherungssystem und eine starke Wirtschaft bedingen sich gegenseitig. Wir setzen auf eine Wirtschaft, die fair und stabil, innovativ und voller Gründergeist ist. Die Chancen der Digitalisierung wollen wir ergreifen und diese Umwälzung so gestalten, dass sie allen nutzt. So stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Akzeptanz unserer Demokratie, die durch Ungerechtigkeiten und Abstiegsängste gefährdet sind. Wir wollen, dass alle an die Möglichkeiten in unserem Land glauben – und sie auch tatsächlich nutzen können.

I. WIR INVESTIEREN IN KINDERTAGESSTÄTTEN, SCHULEN UND HOCHSCHULEN

Alle, die hier leben, sollen sich verwirklichen und selbstbestimmt leben können. Wenn das Kind aus einer Arbeiterfamilie später Unternehmer*in wird und gute Arbeitsplätze schafft, wenn der alleinerziehende Krankenpfleger es sich leisten kann, Pflegemanagement zu studieren, wenn die seit Längerem arbeitslose Lageristin nach einer Weiterbildung einen neuen Job findet, wenn der schwerhörige Junge zusammen mit den Nachbarskindern in der Schule um die Ecke lernt und seinen Traum einer Ausbildung als Altenpfleger erfüllen kann und die aus Syrien nach Deutschland geflüchtete Frau Medizin studiert, dann haben wir viel erreicht. Dann sind wir unserem Ziel, allen Menschen in Deutschland eine Chance auf ein gutes Leben zu ermöglichen, ein gutes Stück näher gekommen. An manchen Orten klappt das schon, da haben sich Menschen längst auf den Weg gemacht: etwa an der Rütli-Schule in Berlin-Neukölln. Einst als „Deutschlands schlimmste Schule“ bezeichnet, lernen in dieser Gemeinschaftsschule nun Schüler*innen mit unterschiedlicher Herkunft zusammen und alle profitieren. Viele von ihnen machen als Erste ihrer Familie das Abitur. Oder an der Universität Duisburg-Essen, die gezielt Jugendliche aus Familien ohne akademische Erfahrung bis zum Bachelor begleitet. Davon brauchen wir mehr. Zu oft bestimmt immer noch die Herkunft über die eigene Zukunft und nicht etwa Talent oder Fleiß.

Es ist ein Skandal, dass es für Kinder aus Arbeiterfamilien bei uns so schwierig ist aufzusteigen. Das wollen wir GRÜNE ändern. Jede und jeder soll die Chance auf ein gutes Leben bekommen. Unsere Gesellschaft braucht die Ideen, die umfassende Teilhabe und die Kraft aller Menschen. Wir können und wollen es uns nicht leisten, Menschen perspektivlos und abgehängt zurückzulassen. Dabei ist uns wichtig, dass in dieser Gesellschaft nicht nur diejenigen geför-

dert oder geschätzt werden, die ein Studium abgeschlossen haben, sondern alle. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der nicht soziale Herkunft, Geschlecht, ethnische Wurzeln oder körperliche Voraussetzungen über die Zukunft von Menschen entscheiden, sondern deren Wünsche und Talente. Wir stemmen uns gegen die Spaltung in drinnen und draußen, wollen die Gesellschaft zusammenhalten und Chancen gerechter verteilen. Deshalb wollen wir den Bürger*innen Steuerüberschüsse gerade auch in Form von besserer Bildung zurückgeben. Wir wollen keine Steuersenkungen, die vor allem Gutverdienenden zugutekommen, sondern mehr Investitionen in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen unterstützen.

1. Mit guter, inklusiver Bildung Türen öffnen

Kindertagesstätten, Schulen, Jobcenter, Stadtbüchereien, Jugendzentren und Volkshochschulen – all das sind Orte, die grundlegend für eine chancengerechte Gesellschaft sind. Dort werden Chancen verteilt – oder eben nicht. Deshalb ist die öffentliche Infrastruktur vor Ort so wichtig. Doch ausgerechnet hier hat Deutschland dringend Nachholbedarf. Investitionen fallen seit Jahrzehnten dem Rotstift zum Opfer. Öffentliche Stellen werden gestrichen. Schulen verwahrlosen, Jugendzentren werden geschlossen und Stadtbüchereien zusammengelegt. Diese falsche Schwerpunktsetzung werden wir beenden. Wir werden der allgemeinen Bildung und der Forschung und Entwicklung wieder Vorrang einräumen. Es muss unser Ziel bleiben, mindestens sieben Prozent (statt derzeit circa 4,2 Prozent) der Wirtschaftsleistung in die allgemeine Bildung und mindestens 3,5 Prozent (statt derzeit circa 2,9 Prozent) in Forschung und Entwicklung zu investieren. Wir GRÜNE wollen Länder und Kommunen dabei unterstützen, Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen besser zu bauen und auszustatten. Diese Investitionen in die Zukunft zahlen sich aus. Denn sie schaffen für jede und jeden die Chance, von der eigenen Arbeit zu leben und der Gesellschaft etwas zurückgeben zu können. In vielen Ländern wurde unter grüner Beteiligung deshalb so viel Geld in Bildung investiert wie noch nie zuvor.

Für den weiteren Ausbau des Angebots und zur Verbesserung der Qualität soll der Bund mit mindestens drei Milliarden Euro pro

Jahr eine größere Verantwortung für die frühkindliche Förderung übernehmen. Konkret heißt das: Alle Kinder bekommen einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz in einer guten Kita, die mehr als nur eine Betreuungseinrichtung ist und in der Kinder von null bis zur Einschulung ganzheitlich und interkulturell gefördert werden, in dem Erzieher*innen Zeit haben, jedes einzelne Kind zu unterstützen. Als das Land, in dem das international verbreitete Erfolgskonzept des Kindergartens erfunden wurde, wollen wir den ganzheitlichen Gedanken nach vorne stellen und Qualität sichern. Mindeststandards für die Qualität sollen das bundesweit sicherstellen. Für ganzheitliche Bildung, Erziehung und Betreuung soll die Zusammenarbeit mit Eltern in Kindertageseinrichtungen unterstützt werden. Das gut ausgebildete Personal muss deshalb Zeit haben, Kindertageseinrichtungen als Orte für die ganze Familie und vor allem frühkindlicher Bildung zu gestalten. Außerdem wollen wir die Erzieher*innenausbildung neu gestalten und attraktiver machen. Grundsätzlich ist unser Ziel die beitragsfreie Bildung von Anfang an – auch in Kitas. Zunächst muss in den Ausbau und in die starke Verbesserung der Qualität investiert werden. Klar ist, dass kein Kind von einer Kita ausgeschlossen sein darf, weil sich die Eltern diese nicht leisten können. Auch für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule bis zum Ende der vierten Klasse für alle Grundschul Kinder streiten wir. Schulen haben in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Aufgaben bekommen, die viele Lehrer*innen, Erzieher*innen und andere Pädagog*innen unter teils schwierigen Bedingungen bereits mit großem Engagement übernehmen: Dazu zählen inklusiver Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung, längeres gemeinsames Lernen, digitale und kulturelle Bildung, Willkommensklassen oder auch Schulsozialarbeit. Bildung soll vielfältige Möglichkeiten bieten. Dazu gehört auch, an demokratischen Prozessen teilzuhaben. Wir setzen uns deshalb für die Stärkung von demokratisch organisierten Schulen ein. Schulen, an denen junge Menschen fürs Leben lernen und die auf eine gute Zukunft vorbereiten, müssen selbst Orte der Zukunft sein. Um die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen zu erreichen, ist es erforderlich, entlang der Bildungskette von der Kita bis zur Erwachsenenbildung die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Dies erfordert die Umsetzung der Maßnahmen eines Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Der Bund sollte seine neuen Möglichkeiten, finanzschwache Kommunen im Bildungsbereich zu unterstützen, nun rasch nutzen und ein Förderprogramm zur Sanierung von maroden Schulen auflegen, das auch die baulichen Grundlagen für den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen legt und an eine umfassende Beteiligung und ein Konzept für eine moderne, zeitgemäße pädagogische Architektur geknüpft wird. Auch um einen Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens umsetzen zu können. Denn in unseren Schulen gelingt es zu selten, ungleiche Startchancen auszugleichen. Dafür werden wir in den nächsten fünf Jahren zehn Milliarden Euro bereitstellen und so 10.000 Schulen fit für die Zukunft machen. Damit Schulen den Kindern Chancen eröffnen, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, und auch jene fordern, die viel leisten können. Diese schmale Öffnung der Verfassung war ein erster Schritt. Wir GRÜNE streiten weiter dafür, das Kooperationsverbot komplett aufzuheben. Bund und Länder müssen ihre gemeinsame Verantwortung auch gemeinsam übernehmen können. Wir wollen auch vergleichbare Schulabschlüsse in ganz Deutschland erreichen. Dafür muss der Bildungsföderalismus entkrustet werden.

Wir schlagen den Ländern eine gemeinsame Bildungsoffensive vor. Denn die Qualität in Kita und Schule ist entscheidend. Gute inklusive Bildung setzt nicht nur eine intakte Bildungsinfrastruktur voraus, sondern auch gut ausgebildete Lehrer*innen, Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, Künstler*innen oder Handwerker*innen in Schulen. Deshalb wollen wir mit einem Bundesprogramm Schulen in benachteiligten Stadtquartieren oder Regionen mit mehr pädagogischem Personal und mehr Mitteln ausstatten. Dann wäre es auch möglich, den dringend nötigen Ausbau der Ganztagsbetreuung finanziell zu unterstützen. Der Bund könnte mithelfen, dass es für alle, die das wünschen, einen Platz an einer Ganztagschule oder in der Hortbetreuung gibt.

Uns GRÜNEN geht es darum, allen Menschen zu ermöglichen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Im Moment aber spaltet sich die Gesellschaft immer mehr in Gewinner*innen und Verlierer*innen. Erwerbstätige mit Berufsausbildung verdienen im Laufe ihres Berufslebens eine Viertel Million Euro mehr als diejenigen ohne Ausbildung. Deshalb fordern wir GRÜNE eine Ausbildungsgarantie, die an die Stelle des unübersichtlichen Durcheinanders von Fördermaßnahmen tritt. Alle Jugendlichen sollen direkt nach der Schule

eine anerkannte Berufsausbildung beginnen können, anstatt ziellos von Maßnahme zu Maßnahme geschoben zu werden.

Die Ausbildung junger Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der insbesondere die Wirtschaft ein übergeordnetes Interesse haben muss. Um die Ausbildungsbeteiligung dauerhaft zu erhöhen und damit Betrieben wie Jugendlichen gute Perspektiven zu sichern, befürworten wir branchen- und regionspezifische Umlagen zur solidarischen Finanzierung der Berufsausbildung. Wir wollen allen Auszubildenden ein eigenständiges Leben ermöglichen. Deshalb fordern wir eine Stärkung der Tarifautonomie und ergänzend zu den einzelnen Tarifverträgen eine Mindestausbildungsvergütung. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Berufsausbildungsbeihilfe einfacher in Anspruch genommen werden kann und sich die Höhe realistisch an den Lebenshaltungskosten orientiert. Um Mobilität während der Ausbildung zu garantieren, setzen wir uns für ein kostengünstiges Auszubildendenticket ein. Dadurch entstehen endlich bessere Bedingungen für den Fachkräftenachwuchs und gesellschaftlich zentrale Branchen wie Handwerks-, Sozial- und Pflegeberufe werden aufgewertet.

Auch das Thema Analphabetismus und mangelnde Grundbildung wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft stärker in den Fokus nehmen und flächendeckend passende Angebote machen. Hochschulen müssen offen sein für alle – ob Arbeiter*innen- oder Akademiker*innenkind, ob Mann oder Frau, jung oder alt, ob einheimisch, eingewandert oder hierher geflüchtet.

Es liegt nicht am Können, dass heute nur ein Viertel der Kinder von Nichtakademiker*innen studiert, gleichzeitig aber drei Viertel der Kinder aus Akademiker*innenfamilien. Daher muss die Studienfinanzierung grundlegend verändert werden: Das BAföG muss wieder zum Leben reichen und für Studierende jeden Alters und in Teilzeit geöffnet werden. Wir wollen ein BAföG, das Sicherheit schafft und nicht durch eine starre zeitliche Begrenzung Druck aufbaut. Mittelfristig soll die Studienfinanzierung aus einem Studierendenzuschuss für alle und einem Bedarfzuschuss für Studierende aus ärmeren Elternhäusern bestehen. Die Alters- und Semestergrenzen der studentischen Krankenversicherung müssen angepasst werden. Studiengebühren lehnen wir ab. Auch die FernUniversität in Hagen wollen wir weiter stärken.

Doch der Zugang zum Studium allein reicht noch nicht aus. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Studium beispielsweise durch die Möglichkeit des Teilzeitstudiums und bessere Studienbedingungen sind wichtig, also gute Lehre, ausreichend Beratungsangebote und mehr Lehrende zur Unterstützung der Studierenden. Dafür wollen wir die Bundesprogramme und Bund-Länder-Pakte endlich zu einem stimmigen Gesamtpaket weiterentwickeln und verstetigen. Dabei wollen wir auch Standards wie zum Beispiel Gleichstellung verankern, um Frauen auf allen Ebenen unseres Wissenschaftssystems zu fördern.

Wir werden demokratische und partizipative Strukturen an Hochschulen stärken. Wir setzen uns für mehr Kooperationen zwischen Bund und Ländern und zwischen den Hochschulen ein, weil wir wollen, dass nicht nur an einzelnen Leuchtturmstandorten, sondern überall gut studiert und geforscht werden kann. Wir wollen einen Bund-Länder-Aktionsplan „Studentisches Wohnen“ auflegen.

Der Zugang zur Wissenschaft als Beruf muss gerecht sein. Wir werden das Wissenschaftszeitvertragsgesetz überarbeiten und einen Aufbruch für zusätzliche Stellen vorantreiben, um so die Situation für Wissenschaftler*innen zu verbessern. Wissenschaftler*innen brauchen faire Arbeitsverträge, weniger Abhängigkeiten und weniger Befristungen, damit sie ohne Existenzangst gut und frei forschen können.

2. Bildung für eine digitalisierte und vernetzte Welt

Unser Leben wird immer stärker durch Software, Algorithmen und digitale Endgeräte geprägt. Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen werden so auch immer mehr davon abhängig, ob wir digital mündig sind und welche digitalen Kompetenzen wir haben. Dies stellt eine enorme Herausforderung für unser gesamtes Bildungssystem dar.

Die Kulturtechniken der Digitalisierung – vom Programmieren bis zum kritischen Umgang mit digitalen Geräten und Prozessen – sollen allen Schülerinnen und Schülern vermittelt werden. Didaktische Konzepte und Modellerfahrungen dazu liegen bereits vor; wir wollen uns dafür einsetzen, diese endlich in den Regelbetrieb zu übertragen. Dafür sollen in einer gemeinsamen Anstrengung mit

allen Bundesländern Basiskompetenzen im Bereich Informatik, Medienanwendung und kritische Medienkunde als weiterer Baustein naturwissenschaftlicher Bildung verbindlich eingebracht werden. Auch im Bereich der Weiterbildung wollen wir dafür sorgen, dass unabhängig von Alter, Geschlecht und Herkunft digitale Kompetenzen zum Teil der Allgemeinbildung werden.

3. Zugänge in Arbeit schaffen

Chancengerechtigkeit ist nicht nur eine Frage für junge Menschen. Es muss auch darum gehen, dass Menschen, die mitten im Leben stehen oder deren Lebensweg nicht gradlinig verläuft, ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen können. Den Grundgedanken des lebenslangen Lernens gilt es zu stärken. Das heißt für uns, dass es auch später im Leben möglich sein muss, etwas dazulernen, sich weiterzubilden oder auch beruflich zu verändern. Gute Bildung kostet Zeit und Geld. Beides ist für viele Menschen Mangelware. Die grüne BildungsZeit Plus sorgt mit einem Mix aus Zuschuss und Darlehen dafür, dass gerade die Menschen, die heute noch viel zu selten an Weiterbildungen oder dem Nachholen von Schul- oder Berufsabschlüssen teilnehmen, die Zeit und die Kosten dafür aufbringen können. Für vielfältige und hochwertige Bildungsangebote braucht es weiterhin gute Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung für Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung.

Aber auch Menschen mit Behinderung, Jugendliche ohne Ausbildung, Geringqualifizierte, Langzeitarbeitslose oder ältere Beschäftigte brauchen passgenaue Integrationsstrategien und Weiterbildungsangebote. Die Arbeitslosenversicherung muss zu einer Arbeitsversicherung werden, die alle Menschen unterstützt – und zwar schon, bevor sie arbeitslos werden.

Erfolgreiche Integration fußt auf Chancen und Perspektiven. Wer neu in Deutschland ankommt, soll seinen Alltag möglichst schnell selbständig meistern können. Alle Asylsuchenden sollen sofort nach ihrer Ankunft damit beginnen können, Deutsch zu lernen, und einen Anspruch auf Teilhabe an den Integrationskursen erhalten. Deshalb wollen wir, dass Geflüchteten der Weg in die Arbeitswelt rasch offensteht. Dort lernen sie den deutschen Arbeitsalltag, einheimische Gepflogenheiten und hiesige Berufe kennen. Wir legen

Wert auf frühzeitige Bildungsangebote und passende Sprachförderung. Um die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration zu verbessern und dafür zu sorgen, dass eine Ausbildung nicht länger an einer unsicheren Bleibeperspektive scheitert, wollen wir, dass Asylsuchende und Geduldete rechtssichere Aufenthaltstitel für die Ausbildung und die anschließende Beschäftigung erhalten. Eine Differenzierung nach Bleiberechtsperspektiven lehnen wir ab. Wir wollen auch, dass Bildungs- und Berufsabschlüsse, genauso wie berufliche Kenntnisse, schneller und großzügiger anerkannt werden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Qualität in Kindertagesstätten sichern – mehr Erzieher*innen für unsere Kleinsten

Die Zukunft beginnt in der Kindertagesstätte. Kindertagesstätten bieten Raum zum Spielen, Lernen und Sprechen – und Kindern die Chance auf Bildungserfolg. Die Zeit, die eine Fachkraft für die unmittelbare pädagogische Arbeit mit den Kindern hat, ist häufig zu knapp bemessen. Deswegen wollen wir bundesweit in einem Gesetz Qualitätsstandards festlegen und endlich die Voraussetzung dafür schaffen, dass auch Kindern mit Behinderung ihr Recht – wie jedes andere Kind in eine Kita gehen zu können – nicht verwehrt wird. Ein*e Erzieher*in soll künftig höchstens drei Kinder unter drei Jahren beziehungsweise höchstens zehn ältere Kinder betreuen. Wir wollen in Aus- und Weiterbildung von Erzieher*innen investieren und Rahmenbedingungen schaffen, dass sie besser bezahlt werden. Der Bund soll sich mit mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr an den zusätzlichen Kosten beteiligen. Außerdem sollen Elternbeiträge in der Kindertagesbetreuung sozial gestaffelt sein.

10.000 Schulen fit für die Zukunft machen

Wir wollen dafür sorgen, dass der Schulerfolg endlich nicht mehr durch die soziale Herkunft vorbestimmt wird. Individuelle Förde-

ung braucht Zeit und Raum. In inklusiven Ganztagschulen können alle Schüler*innen ihre Begabungen und Interessen in Kunst, Kultur und Sport gut entwickeln. Längeres gemeinsames Lernen hilft allen Schüler*innen. Wir fördern deshalb gezielt den Auf- und Ausbau von Gesamt- beziehungsweise Gemeinschaftsschulen. Wir arbeiten weiter daran, das Kooperationsverbot aufzuheben, sodass der Bund sich finanziell beteiligen kann, den Aufbau von weiteren Ganztagschulplätzen überall im Land anzustoßen. Mit vier Milliarden Euro soll sich der Bund beteiligen. Wir wollen finanzschwache Kommunen gezielt entlasten und den enormen Sanierungsstau auflösen. Um Schulen zu sanieren, stellen wir in den nächsten fünf Jahren zehn Milliarden Euro bereit und machen damit 10.000 Schulen fit für die Zukunft. Wir wollen Schulen auch für die digitale Zukunft fit machen. Schulen sollen dann finanziell unterstützt werden, wenn sie stimmige pädagogische Konzepte für digitales Lernen vorlegen. Wir unterstützen Kommunen dabei, Raum für die vielen neuen Schüler*innen zu schaffen. Der Bildungsföderalismus darf nicht vorgeschoben werden, um wichtige Zukunftsinvestitionen zu verhindern.

Studieren besser finanzieren

Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns, allen Studienchancen zu eröffnen. Jede*r muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und von der Herkunft studieren können. Wir wollen in einem ersten Schritt dafür sorgen, dass das BAföG künftig automatisch und regelmäßig erhöht wird und eine ortsabhängige Wohnpauschale enthält. So können Studierende steigende Lebenshaltungskosten und Mieten schultern. Im zweiten Schritt wollen wir die Studienfinanzierung zum Zwei-Säulen-Modell weiterentwickeln. In der ersten Säule erhalten alle Studierenden einen Studierendenzuschuss – einen gleich hohen Basisbetrag für alle. Mit der zweiten Säule kommt ein individuell bemessener Bedarfzuschuss hinzu. Beides soll, anders als das jetzige BAföG, nicht zurückgezahlt werden müssen.

II. WIR KÄMPFEN FÜR BEZAHLBARE WOHNUNGEN UND LEBENSWERTE KOMMUNEN

Zu Hause, auf der Straße, bei der Arbeit, in Kindertagesstätten und der Schule verbringen wir zusammen unser Leben. Vor Ort werden unsere Alltagsfragen beantwortet. Ist der Weg zum Job schnell erreichbar und die Miete bezahlbar? Ist die Ärztin, der Arzt nur einen Katzensprung entfernt? Fährt der Bus alle fünf Minuten oder existiert gar keine Haltestelle? Gibt es fußläufig eine Lieblingskneipe, Kinos und ausreichend Sportstätten? Ist der Dorfladen ein naher und beliebter Treffpunkt oder längst geschlossen? Kann man einfach mal losradeln, ohne Slalom durch Schlaglöcher fahren zu müssen? Diese Grundlagen des Alltags sorgen für Wohlbefinden oder Frust. Sie prägen unser Zusammenleben und bestimmen, ob ein Arbeitsplatz erreichbar und die Balance zwischen Familie und Arbeit möglich ist und ob alle Menschen leben können, wie und wo sie wollen. Sie entscheiden mit, ob Kinder gut aufwachsen, ob ein gutes Leben im Alter möglich ist und die Pflege reibungslos funktioniert. Die Lebensqualität wird vom Angebot vor Ort entschieden, egal ob auf dem Land oder in der Stadt. Unsere Wohnorte sollen Teilhabe und Chancen im Alltag unabhängig vom eigenen Geldbeutel ermöglichen. Ein umfangreiches und hochwertiges öffentliches Angebot vor Ort ist ein Sprungbrett ins gesellschaftliche Leben, gerade für Menschen ohne großen finanziellen Spielraum.

1. Heft des Handelns in die Hände vor Ort

Kein Ort gleicht dem anderen. Während viele Städte und Ballungsräume sich neuer Bevölkerungszunahme und wachsendem Wirtschaftsdruck stellen müssen, leiden viele Klein- und Mittelstädte unter struktureller wirtschaftlicher Schwäche. Dadurch verstärken sich nicht nur soziale Ungerechtigkeiten, sondern ebenso regionale Ungleichheiten. Es gibt wohlhabende und finanzschwache, wach-

sende und halb verlassene, alte und junge Städte und Gemeinden – oft in direkter Nachbarschaft. Bei aller Vielfalt vor Ort und der gemeinsamen Aufgabe, einen eigenen Weg einzuschlagen, ist eines für alle gleich: Städte und Gemeinden müssen das Heft des Handelns in der Hand behalten. Nur so können sie autonom handeln und passend entscheiden, wer das Busangebot stellt, bezahlbares Wohnen schafft oder das Wasserwerk und das Stromnetz betreibt.

Öffentliche Museen und Theater, sanierte Schulen, gute Sportplätze und intakte Quartiere sorgen an vielen Orten für eine hohe Lebensqualität. Marode Turnhallen, geschlossene Büchereien und Kultureinrichtungen sowie schimmelige Schwimmbäder konzentrieren sich in anderen. Die Schere zwischen armen und reichen Städten, Gemeinden, Kreisen und Nachbarschaften geht immer weiter auseinander. Wir GRÜNE wollen deshalb struktur- und finanzschwachen Kommunen unabhängig von der Himmelsrichtung unter die Arme greifen. Unser Ziel ist eine angemessene finanzielle Ausstattung für alle. Mit einem Altschuldenfonds ermöglichen wir hoch verschuldeten Städten und Gemeinden einen Neustart. Spürbare Entlastungen von Sozialausgaben erleichtern gerade struktur-schwachen Kommunen das tägliche Geschäft. Die Einnahmen werden wir mit der kommunalen Wirtschaftssteuer verlässlicher und die Grundsteuer gerechter machen, um auch so flächensparendes Bauen zu begünstigen und gegen Flächenverbrauch und Bauland-spekulationen vorzugehen. Der Bund und die Länder dürfen unsere Städte und Gemeinden nicht mehr mit immer neuen Aufgaben belasten, ohne das nötige Geld dafür zur Verfügung zu stellen. Unser Grundsatz lautet: Wer bestellt, bezahlt. Außerdem brauchen wir viel mehr nachhaltige Investitionen. Seit Jahrzehnten fallen immer wieder Sanierungen und Instandsetzungen von öffentlicher Infrastruktur dem Rotstift zum Opfer oder werden ohne ökologischen und nachhaltigen Nutzen realisiert. Dieser Investitionsstau konzentriert sich ausgerechnet auf die ohnehin finanziell gebeutelten Kommunen. Mit unserem grünen Investitionsprogramm im zweistelligen Milliardenbereich wollen wir in einem ersten Schritt bei der Sanierung von Schulen helfen, da hier in vielen Orten die Not am größten ist. Außerdem wollen wir die Kommunen bei fairer Beschaffung durch mehr Beratungsangebote unterstützen.

2. Bezahlbares Wohnen für alle

Die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung mitten in der Stadt ist vielerorts vergleichbar mit der Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Wohnungen sind heiß begehrt und häufig entscheidet die Zahlkraft über die oder den neue*n Mieter*in. Das ist heute in vielen Städten zu einer der großen sozialen Herausforderungen geworden, die fast jede*n betrifft. Gerade lebendige, bunte Stadtteile sind hip und durch starke Nachfrage auf frei werdende Wohnungen von Gentrifizierung bedroht. Doch der Geldbeutel darf nicht darüber entscheiden, ob Freund*innen, Kindertagesstätte, Jobs und Familie von der eigenen Wohnungstür aus schnell zu erreichen sind. Bezahlbares Wohnen in angemessenen Wohnungen ist für uns alle existenziell. Unsere Wohnungen dürfen keine Spekulationsobjekte sein. Wir wollen vielfältige und lebendige Stadtteile. Wir wollen verhindern, dass immer mehr Finanzinvestor*innen den Wohnraum in unseren Städten kontrollieren und missbrauchen. Deshalb sind Immobilienspekulationen uneingeschränkt zu besteuern.

Wir GRÜNE setzen uns für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik ein. Dafür wollen wir eine Million Wohnungen bauen und sozial binden, dauerhaft günstig, lebenswert und mittendrin. Wir stecken wieder Geld in preiswerten Wohnraum, statt den Bau von Luxusobjekten zu unterstützen. Wir fördern Wohnungen für junge Familien und Menschen mit weniger Einkommen. Wir schaffen mehr barrierefreie Wohnungen, um alten Bürger*innen und Menschen mit Behinderung den Weg ins Heim zu ersparen. Wir wollen mit einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit faires, gutes und günstiges Wohnen schaffen, Genossenschaften wiederbeleben und den sozialen Wohnungsbau viel stärker fördern.

Außerdem werden wir GRÜNE auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, Anteile an Genossenschaften zu erwerben. Der Bund darf sich nicht länger als Immobilienspekulant betätigen, sondern soll Liegenschaften vergünstigt an Kommunen abgeben, auch zum Beispiel zur Weitergabe an gemeinwohlorientierte Träger, wenn das städtebaulich oder wohnungspolitisch erforderlich ist. Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

All das reicht aber noch lange nicht aus. Wir werden Mietsteigerung begrenzen, die Praxis des Raussanierens bekämpfen und Ver-

drängung beenden. Daher werden wir Mietsteigerungen, dort, wo Wohnraummangel herrscht, in bestehenden Mietverträgen und in Milieuschutzgebieten stärker begrenzen. Eine richtige Mietpreisbremse ohne Hintertür muss her. Wir wollen ein ökologisches und soziales Mietrecht einführen, damit in guter Lage die klimafreundliche, warme Wohnung bezahlbar bleibt. Wir wollen es Städten erleichtern, ihr kommunales Vorkaufsrecht wahrzunehmen. Wir werden durch die Anhebung des Wohngeldes bedürftigen Menschen zusätzlich unter die Arme greifen, den Kündigungsschutz wieder zu einem Schutzinstrument machen und Mieter*innenschutzverbände stärken. Wir wollen den Kommunen mit Wohnraummangel ermöglichen, selbst zu entscheiden, wo sie die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unterbinden. Wir wollen kurze Wege, mehr Grün in der Stadt und mehr Treffpunkte und Leben in den Quartieren durch Stadtteilzentren fördern. Wir wollen gemischte Quartiere stärken und der Verdrängung von kleinteiligem Gewerbe vorbeugen und dazu Gewerbemietpiegel ermöglichen. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den Städten und Gemeinden stärken. Die Themen Wohnen und Mobilität wollen wir zusammen denken und eine verbesserte Anbindung des städtischen Umlandes erreichen. Wir unterstützen urbane Gärten, Wohnprojekte, Baugemeinschaften, Bürger*innenenergie und generationengerechtes Wohnen. Flächensparendes Bauen und kompakte Raumkonzepte wollen wir stärken, den Flächenverbrauch auf der grünen Wiese eindämmen und mehr nachwachsende und gesunde Baustoffe einsetzen. Das Baurecht werden wir modernisieren und ein faires grünes Wärmepaket auflegen, um Ressourcen und das Klima zu schonen – und zwar für alle bezahlbar. Für lebenswerte Städte und Dörfer mit Identität, für öffentliche Plätze, Straßen und Gebäude zum Wohlfühlen unterstützen wir die Entwicklung der Baukultur in den Metropolen wie in den ländlichen Räumen.

3. Ländliche Räume – lebenswert und zukunftsfähig

Günstiger Wohnraum, ein eigener Garten und der Badensee gleich um die Ecke, wer erträumt sich das nicht? Keine gute Schule, Einkaufsmöglichkeiten, Busanbindungen, Ausbildungsmöglichkeiten oder Jobs, eine schlechtere soziale und ärztliche Versorgung

sind leider allzu oft die Kehrseite der Medaille, wenn man auf dem Land lebt. Doch auch die Orte, die nicht so sehr im Fokus stehen, wollen wir erhalten, pflegen und gedeihen lassen.

Dabei stehen wir vor großen Herausforderungen, denn die Alterung der Gesellschaft ist im ländlichen Raum besonders stark zu spüren. Es sind vor allem die Jüngeren, die nach der Schule ihr Dorf oder ihre Kleinstadt verlassen. Ein Nebeneinander von wachsenden Städten sowie Dörfern und Gemeinden, in denen immer weniger Menschen leben, entsteht. Wir wollen die Möglichkeiten suchen und nutzen, die sich aus den Umbrüchen und dem Wandel vor Ort ergeben.

Wir wollen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Erholen von Beginn an in der gesamten Region zusammen denken und planen, barrierefrei und generationengerecht. Wir wissen, wie das auch mit knappen Ressourcen gelingen kann. Hierfür wollen wir einiges umkrempeln. Die Frage, wie ein Lebensweg verläuft, darf nicht der geografische Zufall entscheiden. Das ist auch eine Frage von Gerechtigkeit. Viele Regionen treten trotz Fördergeldern auf der Stelle oder drohen, abgekoppelt zu werden. Deshalb braucht es einen Neustart in der Förderpolitik. Neben der bisherigen wirtschaftsbezogenen Strukturförderung durch EU, Bund und Länder brauchen wir mehr Investitionen in unsere allgemeine Infrastruktur. Dazu wollen wir die Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern auf die Förderung der regionalen Daseinsvorsorge in strukturschwachen Regionen unabhängig von der Himmelsrichtung im Grundgesetz ausweiten.

Wir machen uns stark für lebendige Ortskerne, damit Innenstädte und Dorfkerne weiter Wohnorte bleiben. Wir wollen schnelles Netz – überall; wie wir das machen, beschreiben wir im Kapitel „Wir gestalten die Digitalisierung“. Ärzt*innen und Krankenhäuser müssen erreichbar sein. Deshalb wollen wir die „Gesundheitsversorgung aus einer Hand“ stärken. Wir unterstützen auch auf dem Land das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“. In ländlichen Zwergschulen können Kinder gemeinsam in kleinen Klassen jahrgangsübergreifend lernen und werden ganztägig gut betreut. Wir wollen Vereine und Jugendarbeit stärken und Angebote für Jugendliche, wie Jugendzentren, ausbauen und so in den Zusammenhalt investieren. Kleinstbetriebe sollen zusammenarbeiten können, um auszubilden. Damit der Fachkräftenachwuchs auf hochwertige Arbeits- und Aus-

bildungsplätze trifft, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe in Schwung bringen. Mit einer gezielten Förderung wollen wir insbesondere für Frauen neue Perspektiven schaffen. So bleibt die Wertschöpfung vor Ort und wir können Regionen beleben, die heute mehr und mehr verwaissen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Kommunen finanziell entlasten und strukturschwache Regionen gezielt fördern

Die Schere zwischen armen und reichen Städten, Gemeinden und Kreisen geht immer weiter auseinander. Wir wollen struktur- und finanzschwachen Kommunen unter die Arme greifen. Wir werden die Kommunen spürbar von den Sozialausgaben entlasten, indem wir insbesondere die Kosten der Unterkunft und Heizung schrittweise übernehmen und den Kommunen so das tägliche Geschäft erleichtern. Wir ermöglichen hoch verschuldeten Städten einen Neustart, indem wir übermäßig hohe Schulden in einen gemeinsamen Fonds (Altschuldentilgungsfonds) überführen. Das entlastet sie von drückenden Zinsen. Die Einnahmen wollen wir mit der kommunalen Wirtschaftssteuer verlässlicher machen. Strukturschwache Regionen brauchen unsere Unterstützung. Deshalb wollen wir einen Neustart in der Förderpolitik durch die Schaffung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge.

Eine Million dauerhaft günstige Wohnungen

Wir brauchen einen Aufbruch für bezahlbares Wohnen. Die Zeit des Verkaufs und der Spekulation mit Sozialwohnungen muss enden. Wir wollen eine Million zusätzliche preiswerte Wohnungen. Im Neubau wie im Bestand, dauerhaft günstig und lebenswert, möglichst nicht auf der grünen Wiese, sondern innerhalb unserer Städte und Dörfer. Mit dem Konzept der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit werden wir wieder Genossenschaften, kommunale

Wohnungsunternehmen und private Investor*innen für den sozialen Wohnungsbau gewinnen. Das Prinzip dabei ist: Zulagen und Steuerförderung im Tausch gegen günstigen Wohnraum.

Mietpreise bremsen – für ein Mietrecht ohne Schlupflöcher

Die Mieten explodieren seit Jahren. Damit muss jetzt Schluss sein. Die Mietpreisbremse ziehen wir endlich richtig an und schaffen unnötige Ausnahmen ab. Niemand darf wegen Luxusmodernisierungen verdrängt werden. Die Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form ist schädlich. Daher kappen und senken wir sie deutlich ab und schaffen eine neue, faire Kostenverteilung. Der Mietspiegel soll die ökologische Gebäudequalität berücksichtigen und die Miethöhen über einen längeren Zeitraum abbilden. Wir werden die Zeitspanne ohne Mieterhöhungen ausweiten und Mieter*innenschutzverbände stärken. Wir verdoppeln das Wohngeld, passen es dynamisch an und berücksichtigen die Heizkosten wieder. Zudem führen wir beim Wohngeld einen Klimazuschuss für energetisch modernisierte Wohnungen ein, damit auch Wohngeldempfänger*innen energieeffizient wohnen können.

III. WIR TEILEN DEN WOHLSTAND GERECHTER

Der gesellschaftliche Zusammenhalt bröckelt, wenn das Wohlstandsgefälle in der Bevölkerung zu hoch ist. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten zu weit geöffnet. Obwohl die Wirtschaft stets gewachsen ist, sank das reale Einkommen von Geringverdiener*innen und Teilen der Mittelschicht, die Einkommen und Vermögen der Topverdiener*innen wuchsen dagegen deutlich. Wir GRÜNE wollen das ändern und alle fair an Wohlstand und Lebensqualität beteiligen. Niemand soll in Armut leben. Wohlhabende sollen einen fairen Beitrag zum Gemeinwesen leisten.

Das Auseinanderdriften von Arm und Reich schafft wirtschaftliche Probleme. Wenn Wohlstandsgewinne bei der Mehrheit der Menschen nicht ankommen, ist das nicht nur ungerecht – es fehlen auch kaufkräftige Kunden. Stattdessen fließt zu viel Geld auf den globalen Finanzmarkt, wo schon zu oft durch spekulative Blasen, überhitzte Immobilienmärkte und Finanzkrisen Wohlstand vernichtet wurde.

Zu große Ungleichheit schadet einer demokratischen Gesellschaft. Denn sie gibt wenigen Menschen zu viel Macht. Und sie ist ungerecht, denn der Bezug von großem Reichtum zu gesellschaftlich anerkannter Leistung geht verloren, während viele Menschen trotz harter Arbeit kaum über die Runden kommen. Hohe Einkommen können sich durch besondere Leistung, Anstrengung und Verantwortung rechtfertigen. Aber wenn das Dividendeneinkommen einzelner Großerb*innen höher ist als das Jahreseinkommen aller Vorstandsvorsitzenden von DAX-Unternehmen zusammen, wenn Manager*innen das Hundertfache ihrer Angestellten verdienen und Pflegekräfte, Polizist*innen oder Erzieher*innen unterbezahlt sind, dann läuft etwas falsch.

1. Für eine Wende am Finanzmarkt

Entfesselte und aufgeblähte Finanzmärkte haben keinen Nutzen für die Gesellschaft und verschärfen die Ungleichheit. Der Anteil der Finanzgeschäfte an der Volkswirtschaft ist in den vergangenen drei Jahrzehnten stark gestiegen. Viele davon haben keine sinnvolle Funktion für die reale Wirtschaft, weil Beschäftigte, Unternehmen oder Verbraucher*innen nichts davon haben. Doch wenn Spekulationsblasen platzen, zahlen sie die Zeche.

Seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 sind in Europa noch immer Millionen Menschen ohne Arbeit, die Jugendarbeitslosigkeit in einigen südeuropäischen Staaten beträgt über 40 Prozent. Mit Milliarden Euro wurden Banken gerettet, Staaten ächzen unter den Schulden, Geld für öffentliche Investitionen fehlt. Die europäischen Regierungen haben daraufhin leider viel zu zaghaft reagiert. Der Finanzsektor bläht sich wieder auf, Immobilienpreise und Mieten steigen, dem Staat entgehen weiterhin wichtige Mittel durch Steuertricks und Betrug. Europäische Banken sind weiter instabil, auch Bausparkassen, Lebensversicherer oder Pensionskassen haben Probleme.

Wir müssen die Finanzmärkte nach der Finanzkrise noch besser regulieren, damit sie wieder der Gesellschaft und der Realwirtschaft dienen, sinnvoll die Investitionen in einer Volkswirtschaft lenken und den Menschen vernünftige Geldanlagen ermöglichen. Auch für die ökologische Modernisierung sind starke Finanzmärkte von großer Bedeutung. Statt der derzeit sehr komplexen wollen wir einfachere, aber härtere Regeln. Große Banken werden so gehindert, diese durch findige Tricks zu umgehen. Für kleine, regional agierende Kreditinstitute wollen wir den bürokratischen Aufwand reduzieren. Wir GRÜNE fordern außerdem eine Schuldenbremse für Banken, damit sie selbst für ihre Verluste einstehen können. Auch Versicherungen brauchen mehr Eigenkapital und für ihre Stabilisierung sollen nicht nur Kund*innen, sondern auch ihre Eigentümer*innen herangezogen werden. Für Schattenbanken sind viel strengere Regeln nötig. Den Hochfrequenzhandel werden wir mit einer Finanztransaktionssteuer und geeigneten Marktregeln ausbremsen, damit langfristig orientierte Akteur*innen am Finanzmarkt nicht geschädigt werden. Der Staat muss auch den Vertrieb von schädlichen oder intransparenten Anlageprodukten verbieten.

Zu große Banken sind eine Gefahr für die Realwirtschaft, da wir sie nicht ohne Schaden für alle abwickeln können. Deshalb brauchen wir eine stärkere Fusionskontrolle, die auch das sogenannte „Too big to fail“-Kriterium berücksichtigt. Für Banken, die bereits zu groß sind, wollen wir ein Trennbankensystem einführen, sodass das Einlagengeschäft vom krisenanfälligen Handelsgeschäft getrennt wird. Als Ultima Ratio muss für solche Banken auch eine Entflechtung möglich sein. Verbraucher*innen müssen besser vor undurchsichtigen und gefährlichen Finanzprodukten geschützt werden. Die provisionsgetriebene Beratung wollen wir verbieten und einen Umstieg zur Honorarberatung organisieren (→ Kapitel: Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark, S. 157).

2. Für faire Löhne – Arbeit soll sich für alle lohnen

Die Kapitaleinkommen sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen, während die Arbeitseinkommen über viele Jahre weitgehend stagnierten. Zuletzt sind die Reallöhne zwar wieder gestiegen, aber es muss jetzt darum gehen, diese Tendenz zu verstetigen. Dafür wollen wir das Tarifsystem wieder stärken. Tarifverträge sollten einfacher allgemein verbindlich für alle Betriebe einer Branche gelten. Davon profitieren Beschäftigte und Arbeitgeber*innen gleichermaßen.

Vorstände in großen Unternehmen konnten in den vergangenen Jahren sehr hohe Gehaltssteigerungen durchsetzen. Das Verhältnis zwischen ihren Einkommen und normalen Löhnen ist inzwischen oft unverhältnismäßig zur Leistung. Diesem Trend wollen wir entgegenwirken, indem wir die Rechte der Aktionär*innen stärken. So wollen wir, dass Unternehmen verpflichtend die Vorstandsvergütung in Relation zur Normalbelegschaft veröffentlichen müssen.

Die Mitfinanzierung von überhöhten Gehältern, Abfindungen und Versorgungszusagen durch die Bürgerinnen und Bürger wollen wir begrenzen. Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Abfindungen wollen wir daher bei einer Million Euro pro Kopf deckeln, jene von Gehältern bei 500.000 Euro pro Jahr und Kopf. Das ist etwa das 30-Fache des Mindestlohns. Erfolgsbeteiligungen sollen grundsätzlich an den langfristigen Erfolg des Unternehmens anknüpfen.

Gleichzeitig sind bei Geringverdiener*innen die Löhne in den vergangenen Jahrzehnten real gesunken. Der eingeführte Mindestlohn war ein wichtiger Etappensieg. Er muss ausnahmslos für alle Angestellten gelten. Damit Geringverdienende mehr im Geldbeutel haben, wollen wir sie bei den Sozialabgaben entlasten. Viele Millionen Menschen arbeiten in Leiharbeit oder befristet. Was im Sinne der Flexibilität gelegentlich sinnvoll sein kann, wird oft missbraucht, um Löhne dauerhaft zu senken. Den Trend zu immer mehr unsicheren Jobs wollen wir GRÜNE umkehren. Ohne guten sachlichen Grund sollten Jobs nicht mehr befristet werden können und Leiharbeit ab dem ersten Tag gleich bezahlt werden – plus Flexibilitätsprämie.

Ein selbstbestimmtes Leben darf auch keine Frage des Geschlechts sein. Wir GRÜNE wollen, dass Frauen und Männer endlich die gleichen Karrierechancen haben und gleiche Löhne für gleiche und gleichwertige Arbeit erhalten. Wir setzen uns für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz, die bessere Bezahlung von typischen Frauenberufen sowie eine funktionierende Frauenquote ein.

Minijobs wollen wir in sozialversicherungspflichtige Jobs umwandeln und dafür sorgen, dass die Beiträge durch Steuern, Abgaben und soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern und Abgaben nicht sprunghaft steigen. So wird es attraktiver, mehr als nur geringfügig zu arbeiten.

3. Für eine faire und ausgleichende Steuerpolitik

Steuern finanzieren unser Gemeinwesen. Sicherheit, Infrastruktur und Bildung sind Voraussetzungen für eine funktionierende Gesellschaft. Von ihnen profitiert auch unsere Wirtschaft. Die aktuell entspannte gesamtstaatliche Haushaltssituation ist bedingt durch historisch niedrige Zinsen und den hohen Beschäftigungsstand. Sie darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass strukturelle Risiken weiter bestehen. Um den Investitionsstau in unserem Land aufzulösen, braucht es deshalb größere finanzielle Spielräume – insbesondere für die Kommunen.

Ein gerechtes Steuersystem sorgt dafür, dass alle nach ihrer Leistungskraft zu einer intakten und funktionierenden Gesellschaft

beitragen. Hier liegt in Deutschland jedoch einiges im Argen. Arbeit wird bei uns häufig höher besteuert als Zinsen und Renditen. Das wollen wir GRÜNE ändern. Die ungleiche Besteuerung von Kapitalerträgen zu allen übrigen Einkünften wollen wir beseitigen, indem diese Erträge wieder dem normalen, persönlichen Einkommenssteuersatz unterliegen.

Noch immer gehen uns hohe Steuereinnahmen verloren. Mit aggressiven Steuertricks, dem Bankgeheimnis und den Steuerdumpingländern gibt es gerade für Superreiche zu viele Möglichkeiten, sich der Steuerverantwortung zu entziehen. Dieser Praxis sagen wir den Kampf an. Es darf keine anonymen Briefkastenfirmen mehr geben. Geschäfte in Steuersümpfen, die Steuerbetrug systematisch unterstützen, werden wir sanktionieren. Steuerliche Vorteile durch Wohnsitzverlagerungen ins Ausland wollen wir beenden.

Auch Steuervermeidung wollen wir angehen. Alle international tätigen Unternehmen sollen ab einer gewissen Größe ihre Gewinne und Steuerzahlungen nach Staaten offenlegen, damit sichtbar wird, wenn Konzerne wie Starbucks, Apple oder Google ihre Gewinne so verschieben, dass sie in den Ländern, in denen sie gute Geschäfte machen, keine Steuern zahlen. Trickserien mit Lizenzgebühren und Zinsen wollen wir unterbinden. Banken tragen in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung und dürfen weder direkt noch indirekt durch entsprechende Beratung an der Steuerumgehung beteiligt sein. So stärken wir auch unseren Mittelstand. Es herrscht kein fairer Wettbewerb, wenn Amazon weniger Steuern zahlt als der oder die Buchhändler*in um die Ecke.

Auch Vermögende können mehr zu unserem Gemeinwesen beitragen. Wir GRÜNE wollen eine verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche. Selbstverständlich legen wir dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Innovationskraft von Unternehmen. Die Große Koalition hat die Erbschaftssteuer komplizierter und nicht gerechter gemacht. Sollte sie abermals vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern, werden wir ein einfaches und gerechtes Erbschaftssteuermodell entwickeln, das mit dem Grundgesetz übereinstimmt.

Wir wollen kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags entlasten und zur Gegenfinanzierung den Spitzensteuersatz oberhalb von 100.000 Euro an zu versteuerndem Single-Einkommen erhöhen. Für Mittelstand, Selbständige und

Arbeitnehmer*innen wollen wir das Steuersystem gleichzeitig vereinfachen, um sie dadurch zu entlasten. Der Aufwand durch die Buchführungs- und Steuererklärungspflichten ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Gerade Klein- und Jungunternehmer*innen wollen wir entlasten, damit sie im Wettbewerb bessere Chancen haben. Dazu gehören erhöhte Abschreibungsgrenzen für geringwertige Wirtschaftsgüter sowie eine Vereinfachung bei der Umsatzsteuer mit Blick auf die aufwendigen Verfahren beim Handel innerhalb der EU. Zusätzlich wollen wir prüfen, ob die Kleinunternehmer*innengrenze bei der Umsatzsteuer und der Gewerbesteuerfreibetrag angemessen angehoben werden sollten.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Schuldenbremse für Banken – Schattenbanken regulieren

Wenn eine Bank in Schieflage gerät, dann dürfen nicht länger die Steuerzahler*innen die Last tragen. Wir wollen eine einfache, aber harte Eigenkapitalquote, die Banken verpflichtet, ihre Geschäfte mit mehr Eigenkapital zu finanzieren. Diese soll schrittweise angehoben werden und mittelfristig 10 Prozent des gesamten Geschäftsvolumens umfassen. So können sie für ihre Risiken besser selbst einstehen. Damit risikoreiche Anlagen nicht länger aus dem regulierten Bereich ausgelagert werden können, muss der Schattenbankensektor analog zum regulären Bankensektor klare Regeln erhalten. Alle Gesellschaften, die im weiteren Sinne Bankgeschäfte betreiben, müssen den gleichen Regeln unterliegen wie Kreditinstitute.

Steuersümpfe trockenlegen – weltweite Regeln gegen Steuervermeidung

Panama Papers, Offshore- oder Luxemburg-Leaks – wir nehmen nicht hin, dass Konzerne und Superreiche mithilfe von Bankgeheimnis, Steurdumpingländern und anderen Steuerlücken ihren Beitrag zum Gemeinwohl unterschlagen. Darum kämpfen wir für

ein international verbindliches Regelwerk, das Mindeststandards für die Steuerpflichten von Unternehmen und Staaten setzt. Auch zu Hause werden wir aktiv: Banken und Kanzleien untersagen wir Geschäfte mit unkooperativen Ländern, internationale Konzerne müssen ihre Gewinne nach Ländern aufschlüsseln und Briefkastenfirmen entziehen wir durch ein Transparenzregister die Grundlage. So sorgen wir dafür, dass alle Unternehmen ihre Verantwortung für das Gemeinwesen wahrnehmen und ihren steuerlichen Beitrag leisten – der internationale Kaffeekonzern ebenso, wie es heute schon der oder die Bäcker*in an der Ecke tut.

Mehr für das Gemeinwohl – Superreiche in die Verantwortung nehmen

Wir wollen nicht, dass sich Superreiche und Spitzenmanager*innen von der Gesellschaft abkoppeln. Zu oft verliert die Vergütung von Manager*innen den Bezug zum eigenen Beitrag und zu den Durchschnittsverdiener*innen. Wir setzen ein klares Stoppsignal: Zukünftig sollen Unternehmen nur noch maximal 500.000 Euro pro Kopf von der Steuer absetzen können. Auch weil Manager*innengehälter zulasten der Allgemeinheit gehen, wenn Unternehmen die Zahlungen als Betriebsausgaben absetzen. Außerdem braucht es eine verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche, denn in wenigen Ländern Europas sind die Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Selbstverständlich legen wir dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Innovationskraft von Unternehmen. Denn wir wollen, dass alle einen fairen Beitrag leisten, wenn unser Gemeinwesen finanziert wird und Zukunftsinvestitionen getätigt werden.

IV. WIR MACHEN DEN SOZIALSTAAT SICHER UND ZUKUNFTSFEST

Gesund bleiben, auch im Alter würdig und selbstbestimmt leben, bis zuletzt. Einen Platz in der Gesellschaft finden: All das schaffen wir nicht allein. Nur zusammen und solidarisch können wir einander soziale Sicherheit geben, uns bei Krankheit, Armut oder Verlust des Arbeitsplatzes gegenseitig zur Seite stehen. Unser Ziel: Alle Bürgerinnen und Bürger sollen gegen die großen Risiken des Lebens gut abgesichert sein – zu fairen und gerechten Bedingungen.

Unsere sozialen Sicherungssysteme leisten viel, gerade auch im internationalen Vergleich. Aber wir müssen dafür sorgen, dass der Sozialstaat sein Versprechen auf Sicherheit auch in Zukunft noch einlösen kann und dass es dabei gerecht zugeht. Digitalisierung, Globalisierung und demografischer Wandel sind und bleiben große Herausforderungen. Viele Menschen machen sich zu Recht Gedanken darüber, ob die Rente für einen guten Ruhestand reicht oder ob beim Jobverlust Armut droht. Wenn Menschen den Abstieg fürchten, ist das Gift für den sozialen Zusammenhalt. Deshalb ist soziale Sicherheit eine Bedingung für den inneren Frieden. Sie ist auch eine Voraussetzung für Kreativität und Lebensmut. Denn wer verunsichert ist, kann nicht frei aufspielen. Gerade weil wir außen-, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch in unruhigen Zeiten leben, ist soziale Sicherheit wichtiger denn je. Solidarität ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es gibt Gruppen, die sind schlecht abgesichert: kleine Selbständige mit unsteten Lebensläufen, Frauen ohne eigene Rentenansprüche, niedrig Entlohnte ohne Geld für die Altersvorsorge. Die Angleichung der Renten Ost an die Renten West treiben wir weiter voran. Dabei werden wir auch die Interessen der zukünftigen Rentnerinnen und Rentner in allen Teilen des Landes im Blick behalten. Wir müssen den Sozialstaat verbessern, damit er sein Sicherheitsversprechen für alle halten kann.

Wie soziale Sicherung auch im Zuge der Digitalisierung und aufgrund des demografischen Wandels nachhaltig, solidarisch und

armutsfest organisiert werden kann, ist eine der großen Herausforderungen der Zukunft. Wir wollen eine breite gesellschaftliche Debatte vorantreiben und Fragen von einer Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, das gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, über die Frage einer Wertschöpfungsabgabe bis hin zu institutionellen Reformen der Sicherungssysteme in den Blick nehmen. Viele von unseren Vorschlägen von der Kindergrundsicherung bis zur Garantierente wurden auch von dem Vorschlag eines Grundeinkommens beeinflusst. Wir wollen diese Ideen weiterdiskutieren. Wir brauchen Antworten auf bisher nicht geklärte Fragen. Dabei wollen wir auch Erfahrungen aus anderen Ländern berücksichtigen und das Grundeinkommen in einem Modellprojekt erproben.

1. Wie die Rente wirklich sicher wird

Um die Rente wieder sicher und verlässlich, nachhaltig und generationengerecht zu machen, setzen wir uns dafür ein, das Drei-Säulen-System der Alterssicherung auf eine solide Basis zu stellen. In erster Linie stärken wir die erste Säule, die gesetzliche Rentenversicherung. Denn sie ist und bleibt die wichtigste Säule, der Altersvorsorge. Durch die Rentenreformen der vergangenen Jahre ist das Rentenniveau gesunken. Eine Stabilisierung ist dringend notwendig. Das heutige – gegenüber dem Jahr 1998 bereits erheblich abgesenkte – Rentenniveau sollte nicht weiter fallen. Dabei müssen Rentenniveau und Beitragssatz in einem angemessenen Verhältnis stehen, damit auch die junge Generation weiter in die gesetzliche Rente vertrauen kann. Wer viele Jahre eingezahlt hat, soll von seiner Rente auch leben können. Mit der Garantierente wollen wir für alle Menschen, die den größten Teil ihres Lebens rentenversichert waren, gearbeitet, Kinder erzogen oder andere Menschen gepflegt haben, ein Mindestniveau in der Rentenversicherung einführen. Die Garantierente ist steuerfinanziert und die Höhe wird oberhalb der Grundsicherung liegen. Es findet keine Bedürftigkeitsprüfung statt und betriebliche und private Altersvorsorge wird nicht angerechnet. Um die gesetzliche Rente finanziell und solidarisch breiter aufzustellen, wollen wir versicherungsfremde Leistungen aus Steuern bezahlen und die Beschäftigungsbedingungen gerade für Frauen so verbessern, dass sie öfter und gleichberechtigt erwerbstätig sind.

Wir wollen den ersten Schritt zur Bürger*innenversicherung gehen und hierfür die nicht anderweitig abgesicherten Selbständigen, Minijobber*innen und Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Auch Langzeitarbeitslose sollen wieder versichert werden. Für die Selbständigen und insbesondere die Existenzgründer*innen wird es Übergangsregelungen geben. Zudem wollen wir Selbständigen mit Beitragsrückständen bei der Krankenversicherung helfen und Schulden erlassen. In einem späteren Schritt wollen wir auch Freiberufler*innen und Beamt*innen in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Hierfür werden wir mit den Ländern zusammenarbeiten. Bereits erworbene Anwartschaften auf Versorgung und bestehende Beamtenverhältnisse bleiben dabei aus Gründen des Vertrauensschutzes unberührt.

Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen es Menschen aber leichter machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen. Dazu fördern wir eine echte Altersteilzeit durch eine attraktive Teilrente ab 60 Jahren, die insbesondere Arbeitnehmer*innen in belastenden Berufen zugutekommt. Für Menschen, die länger arbeiten wollen, soll sich das lohnen. Damit sie eine höhere Rente erhalten, führen wir einfache Hinzuverdienstregeln ein und erleichtern es, Teilrente und Erwerbseinkommen zu kombinieren. So erleichtern wir es Menschen, selbst zu bestimmen, wann sie in Rente gehen. Arbeitnehmer*innen, die nicht mehr arbeiten können, sollen nicht länger auch noch dafür bestraft werden, deshalb schaffen wir die Abschlüsse bei der Erwerbsminderungsrente ab.

Neben der gesetzlichen Rente wollen wir auch die private und betriebliche Altersvorsorge stärken. Kapitalgedeckte Altersvorsorge kann zu einem Bruchteil der Kosten und mit einer deutlich höheren Rendite als in Deutschland durchgeführt werden. Wir wollen deshalb einen Bürger*innenfonds in öffentlicher Verwaltung einführen und diesen sowohl für die betriebliche wie auch die private Vorsorge öffnen. Bei hinreichender Größe kann die laufende Verwaltungsgebühr sehr gering sein. Die Sparleistung der Menschen kann so fast vollständig in die Altersvorsorge gehen. Der Bürger*innenfonds soll nachhaltig investieren und dabei soziale und ökologische Belange berücksichtigen.

Alle Arbeitgeber*innen sollen künftig ihren Beschäftigten eine Betriebsrente anbieten und sie mit einem eigenen Arbeitge-

ber*innenbeitrag unterstützen. Kleinen Betrieben erleichtern wir dies mit einer Änderung der Haftungsregeln. Wenn sie diese nicht im eigenen Betrieb oder überbetrieblich organisieren, soll sie unbürokratisch über den Bürger*innenfonds durchgeführt werden können. Die Arbeitnehmer*innen sind nicht verpflichtet, das Angebot ihrer Arbeitgeber*innen anzunehmen. Die öffentliche Förderung der privaten Altersvorsorge soll in Zukunft vor allem Geringverdienenden zugutekommen. Die Entgeltumwandlung lehnen wir ab, weil sie die gesetzliche Rente schwächt.

Viele Frauen sind von Armut im Alter bedroht. Sie leisten mehr Erziehungs- und Pflegearbeit, arbeiten oft in Teilzeit oder in schlecht bezahlten Branchen und erwerben weniger Rentenansprüche. Für Frauen muss es einfacher werden, sich durch Erwerbsarbeit selbst besser abzusichern. Mit guten Angeboten für die Kinderbetreuung, einer Umwandlung der Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, einem Rückkehrrecht auf Vollzeit, einer echten Pflegezeit, einer fairen Abbildung von Pflegezeiten bei der Rente und mit gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit können wir die Rentenlücke für Frauen mittelfristig schließen. Auch die Anrechnung von Aufwandsentschädigungen für Ehrenämter auf die Rente werden wir neu ordnen.

Wir wollen die Benachteiligung der jüdischen Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion gegenüber Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern im Rentenrecht beenden.

2. Gesundheit solidarisch für alle – raus aus der Zwei-Klassen-Medizin

Gesundheit und Pflege sind Teil der Daseinsvorsorge. Die Patientinnen und Patienten gehören in den Mittelpunkt, an ihren Bedürfnissen muss sich die Versorgung ausrichten. Wir wollen eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe Versorgung unabhängig von Alter, Einkommen, Geschlecht, Herkunft und Behinderung sicherstellen, regionale Über- und Unterversorgung gleichermaßen korrigieren. Um zum Beispiel auch dünner besiedelte Regionen besser zu versorgen, brauchen Kommunen und Regionen mehr Einfluss und sollten innovative Lösungen, wie die Gründung von lokalen Gesundheitszentren vorantreiben. Stationäre und ambulante Versorgung sind stark

voneinander getrennt, was viele Nachteile für Patientinnen und Patienten hat. Wir wollen eine bessere Vernetzung, Koordination und Zusammenarbeit aller im Gesundheitswesen und eine gemeinsame Planung ambulanter und stationärer Leistungen.

Wir stärken die Patient*innenverbände und die Selbsthilfe. Wir wollen eine Patient*innenstiftung, einen Härtefallfonds für Behandlungsfehler und eine unabhängige Patient*innenberatung. Unser Ziel ist eine Primärversorgung, in der insbesondere Haus- und Kinderärzt*innen sowie Angehörige weiterer Gesundheitsberufe auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Deshalb setzen wir uns auch für eine stärkere interdisziplinäre Ausbildung und eine Aufwertung der Allgemeinmedizin ein.

Wir sollten aber nicht erst handeln, wenn die Krankheit schon da ist. Das Gesundheitswesen muss Gesundheit besser fördern: Von der Kindertagesstätte über die Schule bis zum Arbeitsleben und dem Leben im Alter sollte ein gesundes Leben ermöglicht und unterstützt werden. Geschlechtsspezifische Aspekte müssen in unserem Gesundheitswesen stärkere Beachtung finden.

Jedoch erleben wir heute in Deutschland eine Zwei-Klassen-Medizin. Gesetzlich Versicherte bekommen später einen Termin bei Fachärztin oder Facharzt als privat Versicherte. Ärztinnen und Ärzte lassen sich vor allem dort nieder, wo sie attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen finden. In der privaten Krankenversicherung (PKV) zahlen Alte und Kranke mehr als Junge und Gesunde. Oft sind Versicherte durch die hohen Beiträge in der PKV schnell überfordert. Gleichzeitig werden viele Gutverdiener*innen in der PKV nicht an der Solidarität mit den sozial Benachteiligten beteiligt. Das übernehmen die gesetzlich Versicherten, also vor allem die mit geringen und mittleren Einkommen. Ein solches System ist ungerecht und nicht solidarisch.

Wir GRÜNE wollen die gesetzliche und private Krankenversicherung zu einer Bürger*innenversicherung weiterentwickeln. Alle Bürger*innen, auch Beamt*innen, Selbständige und Gutverdienende, beteiligen sich. Auf Aktiengewinne und Kapitaleinkünfte werden ebenfalls Beiträge erhoben. Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen übernehmen wieder jeweils die Hälfte des Beitrags und die bisher allein von den Arbeitnehmer*innen getragenen Zusatzbeiträge werden wieder abgeschafft. Bei den Arzthonoraren soll nicht mehr zwischen gesetzlich und privat Versicherten unter-

schieden werden. Zuzahlungen für Medikamente und andere Selbstbeteiligungen wollen wir abschaffen. Mit der Bürger*innenversicherung wäre Gesundheit stabil, zukunftsfest und fair finanziert und alle Kassen würden auf Grundlage eines weniger manipulationsanfälligen Risikoausgleichs um die beste Versorgung konkurrieren.

Wir wollen Menschen in psychischen Krisen möglichst frühzeitig die passende Unterstützung und Therapie zukommen lassen, die Hilfen vor Ort besser aufeinander abstimmen und die Prävention ausbauen. Darüber hinaus ist die bessere Erforschung von alternativmedizinischen Verfahren mit anerkannten Methoden erforderlich. Wir wollen einen möglichst großen Infektionsschutz der Bevölkerung, auch im Interesse derjenigen, die nicht geimpft werden können. Dafür setzen wir auf freiwillige Beratung und bessere Information.

Gute Versorgung erfordert ausreichendes Personal. Dazu setzen wir uns für bundesweit verbindliche Bemessungsinstrumente bei den Personalbesetzungen in der Pflege ein. Dadurch wird die Arbeit wieder attraktiver. Ebensolche Regelungen braucht es in der Altenpflege. Um die Qualität der Versorgung zu verbessern, streben wir auch bei Berufsgruppen wie Hebammen und Entbindungspfleger*innen im Krankenhaus Regelungen für eine ausreichende Personalbesetzung an. Die Geburtshilfe wollen wir stärken und insbesondere bei angestellten und freiberuflichen Hebammen und Entbindungspfleger*innen für eine bessere Vergütung sorgen. Wir wollen darauf hinwirken, dass im Rahmen der Selbstverwaltung die beteiligten Institutionen neue Vergütungsmodelle zur Stärkung der physiologischen Geburt und Selbstbestimmung der Frauen sowie zur Senkung der Kaiserschnitttrate erarbeiten. Freiberufliche Hebammen brauchen eine dauerhafte Lösung für die hohen Beiträge der Haftpflichtversicherung. Hierfür wollen wir eine gesetzliche Haftpflichtversicherung für Hebammen und die anderen Gesundheitsberufe.

Wir setzen uns ein für eine gute, zahlenmäßig ausreichende und kostenlose Ausbildung aller Gesundheitsberufe, beispielsweise in der Altenpflege, Physio- oder Ergotherapie, Logopädie und für Hebammen. Zudem wollen wir die Psychotherapeut*innenausbildung reformieren, auch um eine angemessene Ausbildungsvergütung zu ermöglichen. Außerdem fordern wir bessere Mitspracherechte für die Pflege- und die anderen Gesundheitsberufe in den Gremien der

Selbstverwaltung, damit sie mit ihren Erfahrungen und ihrem Wissen zu einer guten Weiterentwicklung des Pflege- und Gesundheitssystems beitragen können.

Es bedarf zusätzlicher Ausbildungsplätze für die Gesundheitsberufe an Hochschulen und Universitäten, auch für Ärztinnen und Ärzte. Zur Finanzierung müssen Bund und Länder zusammenarbeiten. Viele Krankenhäuser leiden unter Finanzierungsproblemen. Universitätskliniken benötigen aufgrund der spezialisierten Patient*innenversorgung eine solidere Vergütung. Wir wollen in allen Regionen eine bedarfsgerechte stationäre Versorgung sicherstellen. Mit einer Reform wollen wir Qualität verbessern, Fehlanreize zur Leistungsausdehnung entgegenwirken und die Investitionsfinanzierung auf die Schultern von Ländern und Krankenkassen verteilt neu aufstellen. Die Notfallversorgung in Deutschland wollen wir reformieren, damit Patient*innen adäquat versorgt werden. Die Digitalisierung kann im Gesundheitswesen vieles verbessern, etwa für chronisch Kranke. Patient*innen brauchen dabei selbstbestimmten Zugang zu ihren Daten und einen höchstmöglichen Datenschutz. Alle Patient*innen sollen einen Anspruch auf eine sichere und vernetzte elektronische Patient*innenakte erhalten.

3. Gute Pflege – selbstbestimmt und würdig

Heute noch leisten pflegende Angehörige einen sehr hohen Anteil an der Pflege- und Sorgearbeit. Auch aufgrund des demografischen Wandels wird dieses Potenzial zukünftig weniger werden. Ein verlässliches Wohn- und Pflegeangebot, bei Bedarf auch „rund um die Uhr“, ist immer stärker gefragt. Statt weiterer Großeinrichtungen setzen wir dabei auf einen umfassenden Ausbau an ambulanten Wohn- und Pflegeformen. Notwendig sind auch Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege sowie Einrichtungen wie Quartierstützpunkte oder Nachbarschaftszentren, die auch „rund um die Uhr“ eine Pflege und Unterstützung sichern. Dabei müssen die unterschiedlichen kulturellen, religiösen, sexuellen oder geschlechtsspezifischen Identitäten der Menschen Eingang in die Gestaltung der sozialen Infrastruktur und Pflegekonzepte vor Ort finden.

Ebenso wollen wir die Wohn- und Pflegesituation für die Bewohnerinnen und Bewohner in den bestehenden Einrichtungen deutlich

verbessern. Beim Aufbau von Hilfenetzen wollen wir die Kommunen unterstützen und ihnen mehr Rechte geben, selbst aktiv zu werden. Wir wollen, dass die Angebote vor Ort Familien entlasten und dass auch Menschen mit kleiner Rente die Hilfe bekommen, die sie brauchen. Damit pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen das für sie passende Angebot finden, schaffen wir einen Rechtsanspruch auf unabhängige Beratung durch Fallmanager*innen.

Menschen, die Verwandte oder Freundinnen und Freunde pflegen, wollen wir darüber hinaus besser unterstützen. Dafür schlagen wir die dreimonatige PflegeZeit Plus und jährlich zehn Tage für akute Notsituationen vor. Pflegende erhalten eine Lohnersatzleistung und werden von der Arbeit freigestellt.

Pflegerinnen und Pfleger müssen besser bezahlt werden. Durch ausreichendes Personal wollen wir Überlastung vermeiden. Der Pflegeberuf muss aufgewertet und die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Eine gemeinsame Pflegeausbildung ist dabei ein wichtiger Schritt. Dabei muss sichergestellt sein, dass das Ziel ohne Verlust bisher bestehender spezifischer Kompetenzen und ohne Verlust von Ausbildungskapazitäten erreicht werden kann. Und wir treten in den Dialog mit den Akteur*innen in der Pflege über neue Wege, die Qualität in der Pflege zu sichern, zum Beispiel auch mit einem unabhängigen Institut für Qualität in der Pflege. Schließlich wollen wir auch die Pflegeversicherung zu einer Bürger*innenversicherung machen und so langfristig ausreichend finanzieren.

Zu einer guten Pflege gehört auch, Sterbenden ein Lebensende in Würde zu ermöglichen. Einen wichtigen Beitrag hierfür leisten die Hospizbewegung und die Palliativversorgung, deren Rahmenbedingungen wir verbessern wollen.

4. Schutz vor Armut, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit

Die Grundsicherung muss das soziokulturelle Existenzminimum für alle gewährleisten. Das verlangt die Würde des Menschen. Der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II muss so berechnet und erhöht werden, dass man menschenwürdig davon leben kann, soziale und kulturelle Teilhabe möglich ist. Die Kinderregelsätze müssen sachgerecht ermittelt werden, damit alle Kinder wirklich teilhaben können. Für die Stromkosten wollen wir eine gesonderte Pauschale

einführen und die Übernahme der angemessenen Wohnkosten sicherstellen. Auch unvermeidlich nötige größere Anschaffungen, wie Waschmaschinen, müssen möglich sein. Die Grundsicherung werden wir zu einer individuellen Leistung weiterentwickeln, denn das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften benachteiligt Frauen und zementiert ihre Abhängigkeit.

Wir wollen, dass das Grundrecht auf Existenzsicherung einfach und zuverlässig wahrgenommen werden kann. Jobcenter sollen zu Dienstleistern der Arbeitsuchenden werden und kooperativ mit ihnen zusammenarbeiten. Wir stärken die Rechte der Leistungsberechtigten und setzen in der Grundsicherung nicht auf Sanktionen, sondern auf Motivation, Anerkennung und Beratung. Daher wollen wir die Sanktionen abschaffen. Dies gilt insbesondere für die Sonderregeln für unter 25-Jährige und für die Kosten der Unterkunft und Heizung. Gas- und Stromsperrern müssen gesetzlich eingeschränkt werden. Diskriminierende Regelungen nur für Grundsicherungsbeziehende wollen wir streichen. Damit liegt der Fokus der Arbeitsvermittlung wieder darauf, Arbeitslose passgenau dabei zu unterstützen, einen neuen Job zu finden, etwa durch Weiterbildung, Sprachförderung, Sozialberatung, Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse. Es braucht zudem mehr Möglichkeiten, Konflikte ohne Prozess zu lösen. Dazu wollen wir sicherstellen, dass Eingliederungsvereinbarungen nicht durch einen Verwaltungsakt ersetzt werden.

Arbeit ist ein wichtiges Feld der sozialen Teilhabe, der Anerkennung und der Sinngebung im Alltag. Deshalb wollen wir die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die Arbeitnehmer*innen bereits im Job, aber auch bei Arbeitslosigkeit bei der Weiterbildung unterstützt (→ Kapitel: Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit, S.216). Wir geben auch Langzeitarbeitslose nicht auf und fordern einen verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt. Dabei soll der Grundsatz gelten: Wer Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einzahlt, muss einen angemessenen Anspruch auf Arbeitslosengeld erhalten.

5. Sicherheit in der Selbständigkeit

Um die soziale und ökologische Modernisierung zu meistern, brauchen wir auch die innovative Kraft von Gründer*innen. Wir wollen

alle, die den mutigen Schritt in die Selbständigkeit wagen, dabei unterstützen, sich besser und einfacher abzusichern und Ungleichbehandlungen gegenüber Arbeitnehmer*innen zeitnah abzubauen. Gesetzlich versicherte Selbständige wollen wir bei den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen mit geringeren Mindestbeiträgen sehr deutlich entlasten. Wir wollen eine freiwillige Arbeitsversicherung für Selbständige, die erschwinglich, für alle Selbständigen geöffnet und gerechter ausgestaltet ist. Wahltarife sollen dabei mehr Flexibilität für Selbständige ermöglichen. Wir wollen alle nicht anderweitig abgesicherten Selbständigen in die gesetzliche Rente einbeziehen und ihnen eine größere Beitragsflexibilität als heute ermöglichen. Selbständige sollen in guten Zeiten höhere Beiträge vor- oder nachzahlen können, damit sie in schlechten Zeiten entlastet werden. Wir stehen ohne Wenn und Aber zur Künstlersozialkasse. Analog zu Mindestlöhnen, die nur abhängig Beschäftigten zustehen, wollen wir auch branchenspezifische Mindesthonorare ermöglichen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Gesetzliche Rente stärken, das Rentenniveau stabil halten, Garantierente einführen

Für die meisten Menschen ist die gesetzliche Rente nach wie vor die zentrale Säule der Altersvorsorge. Und sie ist viel besser als ihr Ruf. Das Niveau der gesetzlichen Rente sollte nicht weiter sinken. Wir können das schaffen und werden dabei darauf achten, dass Rentenniveau und Beitragssatz in einem angemessenen Verhältnis stehen, sodass auch die junge Generation bedacht wird. Um die gesetzliche Rente finanziell besser aufzustellen und solidarischer zu finanzieren, wollen wir versicherungsfremde Leistungen aus Steuergeldern bezahlen und insbesondere Frauen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten bieten und gezielte Zuwanderung ermöglichen. Menschen, die den größten Teil ihres Lebens gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, garantieren wir eine echte Rente anstatt

bedürftigkeitsgeprüfter Grundsicherung. Private und betriebliche Vorsorge werden auf unsere Garantierente nicht angerechnet. Mittelfristig streben wir eine Rentenversicherung für alle an. In einem ersten Schritt zur Bürger*innenversicherung wollen wir Abgeordnete, Minijobber*innen und bisher nicht abgesicherte Selbständige in die Rentenversicherung einbeziehen.

Die Bürger*innenversicherung im Gesundheitssystem – erstklassig für alle!

Wir wollen eine gerecht finanzierte Bürger*innenversicherung im Gesundheits- und Pflegesystem. Alle zahlen dort ein, auch Beamt*innen, Selbständige, Unternehmer*innen und Abgeordnete werden einbezogen. Alle werden bei Ärzt*innen auf dem gleichen hohen Niveau behandelt. Das Zwei-Klassen-System, in dem Privatpatient*innen bevorzugt werden, hat ein Ende. Neben Löhnen und Gehältern werden auch auf Kapitaleinkünfte Beiträge erhoben. Dabei werden wir Freibeträge auf Zinseinkünfte einführen. Bei den Löhnen zahlen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen wieder jeweils die Hälfte des Beitrages und die Zusatzbeiträge werden abgeschafft. So werden Gesundheit und Pflege fair finanziert und die Finanzierungsgrundlage erweitert. Bürger*innen erhalten endlich echte Wahlfreiheit: Alle Krankenversicherungen bieten künftig die Bürger*innenversicherung an und konkurrieren über die Höhe des Beitrages, über den Service, das zusätzliche Leistungsangebot und vor allem die Qualität.

Zeit für gute Pflege – Vereinbarkeit von Pflege und Beruf fördern

Wenn nahestehende Menschen pflegebedürftig werden, müssen viele Dinge geregelt werden. Dafür benötigt man Zeit, ebenso um Angehörigen nahe zu sein und eine Zeit lang selbst die Pflege zu übernehmen. Das wollen wir erleichtern: Mit der Pflegezeit Plus gibt es erstmals einen Lohnersatz für die Zeit der Pflege. Für drei Monate ersetzen wir Menschen, die Angehörige

selbst pflegen, ihren Lohn, genauso wie für Eltern in der Elternzeit. Zudem sollen sich Pflegende zehn Tage im Jahr freinehmen können, um sich besonders intensiv um eine zu pflegende Person zu kümmern. Ganz so, wie sich Eltern freinehmen können, wenn ihr Kind krank ist. Wir finden, wer für einen pflegebedürftigen Menschen Verantwortung übernimmt, hat unsere Unterstützung und Wertschätzung verdient. Die PflegeZeit Plus ist unsere Antwort darauf. Das kombinieren wir mit mehr entlastenden Angeboten wie Betreuung, einer umfassenden ambulanten Pflege und Betreuung. Die Kommunen sind die richtige Ebene, um ein passendes Umfeld für alle Generationen zu schaffen, dazu gehören auch mehr alternative Wohnformen wie Pflege-WGs und Hausgemeinschaften.

V. WIR HOLEN KINDER AUS DER ARMUT UND FÖRDERN FAMILIEN

Familien geben vielen Menschen Halt. In Familien stehen Menschen sich nahe, sie lernen voneinander. Kinder können geborgen zu selbstbewussten Persönlichkeiten heranwachsen. Familien begleiten alte Menschen in der letzten Phase ihres Lebens. Für uns GRÜNE ist Familie überall da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Familien leisten viel: füreinander, aber auch für die Gesellschaft insgesamt. Doch viele tun das unter oft schwierigen Bedingungen: In Alleinerziehendenfamilien muss eine Person die Aufgaben allein schultern; in manch einer Familie reicht das Geld hinten und vorne nicht. Immer noch übernehmen Frauen im Durchschnitt fast doppelt so viele Stunden der unbezahlten häuslichen Arbeit wie Männer. Doch immer mehr Paare wollen sich die Erziehung partnerschaftlich teilen, ohne dass dies zulasten der beruflichen Perspektiven geht. Wir GRÜNE stehen für eine zeitgemäße Familienpolitik, die diese Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit schließt. Fürsorge für andere kann das Leben bereichern. Und gleichzeitig funktioniert auch unsere Gesellschaft nur, wenn Menschen zusammenhalten.

Familien sind inzwischen so vielfältig wie das Leben selbst: Es gibt verheiratete Paare mit Kindern, Alleinerziehende, Patchworkfamilien, nichteheliche Familien, Regenbogenfamilien, Pflegefamilien oder Familien ohne Kinder. Wir GRÜNE machen eine Politik, die Familien in allen Formen und Modellen unterstützt. Deshalb sorgen wir dafür, dass die finanzielle Absicherung von Kindern und Familien nicht länger vom Lebensmodell der Eltern abhängt. Den sozialen Eltern, also Menschen, die wie in vielen Patchworkfamilien langfristig Verantwortung für ein Kind übernehmen, ohne dessen leibliche Eltern zu sein, fehlt ein rechtlicher Rahmen für ihre Familienform. Und das, obwohl sie feste Wegbegleiter*innen ihrer Kinder sind. Wir wollen Pflegekinder und Pflegefamilien unterstützen und ihre rechtliche Situation verbessern. Auch Pflegekinder haben ein

Bedürfnis nach und ein Recht auf dauerhafte und stabile Lebensverhältnisse.

Darüber hinaus wollen wir mit dem Pakt für das Zusammenleben eine neue Rechtsform schaffen, die das Zusammenleben zweier Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, unabhängig von der Ehe rechtlich absichert.

1. Mehr Unterstützung für Familien

Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ist heute eine der größten Herausforderungen für Familien, nach wie vor vor allem für Frauen. Wir wollen dafür sorgen, dass Eltern nicht die Puste ausgeht. Beweglichkeit und ein Abschiednehmen von überholten Mustern sind gefragt, um die Anforderungen der Arbeitswelt mit den Bedürfnissen der Beschäftigten mehr in Einklang zu bringen und dafür zu sorgen, dass Arbeit, Aus- und Weiterbildung sowie Studium besser ins Leben passen. Viele Unternehmen haben dies erkannt und angefangen, Arbeitszeit neu zu denken und innovative Konzepte für ihre Belegschaften zu entwickeln. Solche Wege wollen wir unterstützen: mit einer flexiblen Vollzeit, die es Beschäftigten ermöglicht, freier zu entscheiden, wie innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden ihre persönliche Vollzeit aussieht; mit einem Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Stundenzahl nach einer Phase der Teilzeit; mit einem Recht auf Homeoffice als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz sowie mit einer Pflegezeit, die hilft, die Sorge für einen nahestehenden Menschen mit dem Beruf besser zu vereinbaren. Vor allem aber mit einer gezielten Förderung von Familien durch unser Konzept KinderZeit Plus. Die KinderZeit Plus löst das Elterngeld ab und macht es rechtlich möglich, auch nach dem ersten Geburtstag des Kindes phasenweise die Arbeitszeit zu reduzieren. Familien bekommen damit mehr Beweglichkeit.

Familien brauchen eine sie unterstützende Infrastruktur. Frauen und Männer können ihre Arbeit und ihr Leben mit Kindern nur dann gut verbinden, wenn es gute Betreuungsangebote gibt. Neben einem Rechtsanspruch auf eine ganztägige Kinderbetreuung gehört dazu ganz zentral der flächendeckende Ausbau von Ganztagsschulen, mindestens aber ein Rechtsanspruch auf Hortbetreuung. Andernfalls brechen in vielen Familien alle Arrangements zur Verein-

barkeit von Familie und Beruf mit der Einschulung des Kindes weg. Zur Entlastung pflegender Angehöriger sollen ambulante Unterstützungsangebote flächendeckend ausgebaut werden. So ist ein selbstbestimmtes Leben in vertrauter Umgebung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen möglich. Ältere Menschen haben viel beizutragen. Sie engagieren sich ehrenamtlich in Projekten. Sie tun das freiwillig, selbstbestimmt und mutig. Sie bauen Netzwerke auf und gründen Organisationen, mit denen sie wirkungsvoller handeln können.

Die Kinder- und Jugendhilfe unterstützt junge Menschen auf dem Weg ins Erwachsenenleben. Ob Kinderbetreuung, Jugendarbeit, Hortbetreuung oder Hilfen bei der Erziehung: Fast alle nutzen im Laufe ihres Lebens einmal diese Angebote. Und die Aufgaben wachsen. Junge Menschen und ihre Familien brauchen eine gut ausgestattete Kinder- und Jugendhilfe und eine Jugendarbeit, welche die Jugendlichen – so verschieden sie auch sind – erreicht. Entscheidend für ein Ende der Hilfe darf nicht der 18. Geburtstag, sondern muss der tatsächliche Bedarf sein. Notwendig sind auch eine Zusammenführung der Leistungs- und Unterstützungssysteme für Kinder mit und ohne Behinderung im Jugendhilferecht sowie der Erhalt des individuellen Rechtsanspruchs auf Hilfen zur Erziehung. Das Aufwachsen von Kindern muss bestmöglich unterstützt werden. Hier darf es auch keine unterschiedlichen Standards für einheimische und geflüchtete Kinder geben. Alle Kinder und Jugendlichen sollen bestmöglich vor Vernachlässigung, emotionaler und körperlicher Misshandlung oder sexuellem Missbrauch geschützt werden. Deshalb: Wir brauchen mehr Präventionsangebote, damit es erst gar nicht so weit kommt, sowie ausreichend Hilfs-, Beratungs- und Therapieangebote für Kinder, denen etwas zugestoßen ist.

Dafür muss die Kooperation zwischen der Kinder- und Jugendhilfe und dem Gesundheitswesen verbindlich geregelt werden. Hierzu gehören klare Qualitätsvorgaben und eine entsprechende Finanzierung. Die ausreichende finanzielle Unterstützung des „Fonds Sexueller Missbrauch im familiären Bereich“ wollen wir gewährleisten sowie die Arbeit des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs dauerhaft absichern.

2. Familien entlasten und Kinder fördern – mit dem grünen Familien-Budget

Kinder leben bei uns sehr unterschiedlich. Sie haben alle die gleichen Rechte, kommen aber nicht alle gleichermaßen zu ihrem Recht. Um viele Kinder muss sich die Gesellschaft glücklicherweise keine Sorgen machen. Doch aktuell leben auch fast drei Millionen Kinder in Deutschland in Armut oder sind von Armut bedroht. Besonders gefährdet sind Alleinerziehende und ihre Kinder sowie Familien mit drei und mehr Kindern. Armut schmerzt und grenzt aus.

Mit dem grünen Familien-Budget schnüren wir ein großes Reformpaket, das zahlreiche Schwachstellen bei der Familienförderung angeht. Mit zwölf Milliarden Euro wollen wir Familien entlasten. Für uns ist die Bekämpfung von Kinderarmut ein prioritäres Ziel. Wir stärken Alleinerziehende durch eine echte Existenzsicherung für Kinder. Wir entlasten so Familien mit geringem und mittlerem Einkommen und beenden endlich die ungleiche Unterstützung von Kindern entlang des Einkommens ihrer Eltern.

Das Familien-Budget besteht aus drei Reformteilen. Die Regelsätze für Kinder und Erwachsene in der Grundsicherung müssen so ermittelt werden, dass sie das Existenzminimum verlässlich und in ausreichender Höhe absichern. Die Bedarfe müssen tatsächlich gedeckt werden, auch die zur Teilhabe am sozialen Leben, an Bildung, Kultur und Mobilität, soweit diese nicht durch Infrastruktur-Angebote gedeckt werden.

Eltern mit geringen Einkommen erhalten einen einkommensabhängigen KindergeldBonus, der ihren Bedarf (sächliches Existenzminimum) unbürokratisch und ohne Antrag garantiert. Eltern mit geringen Einkommen erhalten den KindergeldBonus in voller Höhe. Bei höheren Einkommen der Eltern wird der Betrag abgeschmolzen.

Als Basis für alle wollen wir eine einkommensunabhängige Kindergrundsicherung einführen, die das Kindergeld und die Kinderfreibeträge ersetzt. Dadurch erhalten Eltern mit kleinen und mittleren Einkommen für ihre Kinder endlich die gleiche Unterstützung wie Eltern mit hohem Einkommen. Diese neue Kindergrundsicherung soll mit der Einführung einer Individualbesteuerung mit einem übertragbaren Grundfreibetrag verknüpft werden. Für bereits Verheiratete und Verpartnerte gilt: Sie können entscheiden, ob sie das alte Recht mit Ehegattensplitting, Kindergeld und Kinderfreibeträ-

gen behalten oder in die neue Regelung mit Kindergrundsicherung und Individualbesteuerung wechseln. So stellen wir sicher, dass von unserer Reform alle profitieren.

Mit dem Familien-Budget werden Kinderfreibetrag, Kindergeld, Kinderzuschlag und Kinderregelsatz zu einer unbürokratischen Leistung zusammengeführt. Außerdem braucht es neben guter Bildung auch echte Teilhabe von Kindern an zentralen gesellschaftlichen Gütern wie Sport, Musik und Kultur. Das heutige Bildungs- und Teilhabepaket erreicht dieses Ziel nicht und soll deswegen abgeschafft werden. Wir wollen stattdessen die bisherigen Leistungen für die betroffenen Kinder zum Teil durch einen vom Bund finanzierten kostenfreien Zugang zu den entsprechenden Angeboten und zum Teil im Regelsatz gewähren.

Das beste Mittel gegen Kinderarmut bleibt nach wie vor die Erwerbstätigkeit der Eltern. Deshalb ist es besonders für Mütter ganz zentral, dass sie endlich eine angemessene Bezahlung in Jobs, die zum Leben reicht, eine bessere soziale Absicherung sowie gute Betreuungsangebote für ihre Kinder erhalten. Es ist wichtig, dafür zu sorgen, dass Beruf und Familie vereinbar sind.

3. Kinder und Jugendliche sollen mitbestimmen, wie ihre Welt aussieht

Wir GRÜNE machen Politik für ein kinderfreundliches Land. Darin kommen alle Kinder zu ihrem Recht, die aus den akademischen Haushalten genauso wie die aus den Arbeiterfamilien; die, deren Familien immer schon am gleichen Ort wohnen, genauso wie die, deren Eltern nach Deutschland eingewandert oder erst vor Kurzem zu uns gekommen sind; die mit Behinderung genauso wie die ohne; Mädchen genauso wie Jungs. Ganz vorn steht deshalb für uns die Festschreibung der Kinderrechte im Grundgesetz. Kinder und Jugendliche sollen mitbestimmen, wer ihre Welt gestaltet. Deshalb wollen wir das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre senken. Wer in der Kindheit ernst genommen wird und spürt, dass man Dinge selbst verändern kann, geht als Erwachsener sicherer durchs Leben.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Für ein modernes Familienrecht – alle Familienformen anerkennen und schützen

Familie ist da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Über 30 Prozent aller Familien, in denen minderjährige Kinder leben, sind keine Ehen, sondern: nichteheliche Familien, Alleinerziehende mit Kind, Patchworkfamilien oder Regenbogenfamilien. Für viele dieser heute selbstverständlichen Familienkonstellationen gibt es keinen klaren Rahmen, der ihre Rechte benennt und ihre Familienform absichert. Wir wollen das Familienrecht weiterentwickeln und für diese Familien ein Angebot schaffen, das sie in ihrer Verantwortung als Eltern rechtlich stärkt (Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung). Damit wollen wir klar regeln, welche Rechte und Pflichten, beispielsweise in der Schule, beim Arztbesuch oder im Alltag, aber auch welche Verantwortung für das Kind die leiblichen und die nicht leiblichen, aber miterziehenden Eltern haben.

KinderZeit Plus – damit Eltern mehr für ihre Kinder da sein können

Eltern müssen vieles gleichzeitig schaffen: die Arbeit, den Haushalt, Zeit für die Kinder, die Freunde – und sie wollen möglichst auch ein wenig Zeit für sich selbst haben. Dabei ist es ihnen wichtig, Erwerbsarbeit und Kindererziehung partnerschaftlich untereinander aufzuteilen. Diese Ziele unterstützen wir durch unsere grüne Zeitpolitik: Mit der KinderZeit Plus lösen wir das Elterngeld ab. Denn es sind nicht nur die Kleinsten, die ihre Eltern brauchen. Die grüne KinderZeit Plus ermöglicht es, die Arbeitszeit für bestimmte Phasen zu reduzieren. Die KinderZeit Plus kann genommen werden, bis die Kinder 14 Jahre alt sind. Damit unterstützen wir Eltern auch nach dem ersten Geburtstag des Kindes. So bekommen auch Eltern mit geringem Einkommen mehr Spielraum, um sich Zeit für ihre schon etwas größeren Kinder zu nehmen. In der KinderZeit Plus erhält jeder Elternteil

acht Monate finanzielle Unterstützung – weitere acht Monate können frei zwischen den Eltern aufgeteilt werden. Wir unterstützen Eltern insgesamt also zwei Jahre lang.

Familien entlasten, Kinder fördern – mit dem grünen Familien-Budget

Mit dem grünen Familien-Budget schnüren wir ein Zwölf-Milliarden-Euro-Entlastungspaket, das zahlreiche Schwachstellen bei der Familienförderung angeht. Denn derzeit ist die Kinder- und Familienförderung trotz ihrer Vielzahl von Leistungen weder gerecht noch wirksam. Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in einer Familie, die arm oder von Armut bedroht ist. Das wollen wir ändern. Dazu wollen wir endlich die ungleiche Unterstützung von Kindern entlang des Einkommens ihrer Eltern beenden. Denn heute steht die Familienförderung kopf. Eltern mit hohem Einkommen erhalten für ihre Kinder mehr Unterstützung vom Staat als Eltern mit kleinem oder mittlerem Einkommen. Alleinerziehende werden durch dieses System besonders benachteiligt. Mit dem grünen Familien-Budget werden wir alle Kinder gleich gut unterstützen und Familien in erheblichem Maße entlasten. Zukünftig werden Paare individuell besteuert und profitieren vom grünen Familien-Budget. Bereits Verheiratete und Verpartnerte können entscheiden, ob sie das alte Recht mit Ehegattensplitting, Kinderfreibeträgen und Kindergeld behalten wollen oder ob für sie die neue Regelung mit Individualbesteuerung und grünem Familien-Budget günstiger ist. So stellen wir sicher, dass von unserer Reform alle profitieren.

VI. WIR KÄMPFEN FÜR GUTE ARBEIT UND BESSERE VEREINBARKEIT

Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit ein ganz zentraler Teil ihres Lebens. Sie stecken Energie, Lebenszeit, Können und Kreativität in ihre Aufgaben. Bei guter Arbeit wissen sie sich gebraucht und finden Anerkennung bei Kolleg*innen, Mitarbeiter*innen und Vorgesetzten. Fast jede*r wünscht sich eine gute Arbeit, die finanziell absichert, erfüllt und Freude macht. Auch darin, nicht nur im Lohn, liegt die große Bedeutung der Erwerbsarbeit für unsere Gesellschaft. Und auch deshalb sind Arbeitslosigkeit und ungerechte Löhne großer Sprengstoff für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Heute sind in Deutschland mehr Menschen erwerbstätig denn je, in den letzten Jahren sind hunderttausende neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden und die Arbeitslosigkeit ist relativ gering. Ein Viertel der Beschäftigten befindet sich jedoch in kleinen Teilzeitjobs, Leiharbeit, Arbeit auf Abruf, Minijobs oder immer wieder in befristeten Jobs. Viele dieser Jobs sind unsicher, schlecht bezahlt, erschweren die Lebens- und Familienplanung und führen auf Dauer zu Armut im Alter. Nach wie vor sind Frauen am Arbeitsmarkt benachteiligt. Überlastung, Stress und Zeitnot führen zum Raubbau an der eigenen Gesundheit und Person. Das wollen wir ändern.

Unsere Arbeitswelt wandelt sich sehr stark durch globalisierte Unternehmen und digitalisierte Arbeitsplätze. Wir GRÜNE wollen diese Entwicklungen fair für alle gestalten. jede*r soll unter guten Bedingungen arbeiten können. Arbeitsplätze müssen alters- und altersgerecht ausgestaltet werden. Soziale Berufe, in denen vor allem Frauen arbeiten, wollen wir aufwerten. Zudem sollen Frauen und Männer endlich gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit bekommen. Wir unterstützen eine partnerschaftliche Aufteilung von bezahlten und unbezahlten Aufgaben. Beide Partner*innen sollen wirtschaftlich unabhängig sein, damit sie selbstbestimmt leben können – auch im Alter.

1. Gute Arbeit statt prekärer Jobs

Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Der allgemeine Mindestlohn ist ein Meilenstein dorthin. Er muss aber für alle Angestellten gelten. Eine Erhöhung des Mindestlohns begrüßen wir. Die Höhe des Mindestlohns sollte sich nicht nur an der Tarifentwicklung orientieren. Sie soll ermöglichen, von der Arbeit in Würde leben zu können. Der Schutz vor Lohndumping, fairer Wettbewerb und Beschäftigungssicherung müssen ebenfalls bei der Ermittlung der Höhe eine Rolle spielen. Auch sollte die Wissenschaft in der Mindestlohnkommission ein Stimmrecht bekommen. Außerdem brauchen wir mehr branchenspezifische Lohnuntergrenzen oberhalb des Mindestlohns, damit der unternehmerische Konkurrenzkampf nicht zulasten der Beschäftigten geht.

Durch die Digitalisierung unserer Gesellschaft und neue Geschäftsmodelle der Unternehmen arbeiten immer mehr Arbeitnehmer*innen auch an Sonn- und Feiertagen, oft ohne für den Verzicht auf arbeitsfreie Sonn- und Feiertage besonders entschädigt zu werden. Das wird dem hohen Wert des arbeitsfreien Sonn- und Feiertags nicht gerecht. Für einen gerechteren Ausgleich wollen wir einen verbindlichen Flexibilitätszuschlag für alle, die an Sonn- oder Feiertagen arbeiten müssen. Dieser soll im Rahmen der bestehenden Zuschlagsregelungen steuer- und sozialabgabenfrei sein.

Gute Arbeit braucht gute Arbeitsbedingungen, insbesondere in Bereichen, in denen Überlastung und prekäre Arbeit häufig vorkommen. Flexibilität ist gut – es muss aber auf die richtige Balance mit Blick auf die soziale Absicherung und die Mitsprachemöglichkeiten der Arbeitnehmer*innen geachtet werden. Leiharbeiter*innen sollen vom ersten Tag an mindestens die gleiche Entlohnung erhalten wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie. Von Werk- oder Dienstverträgen muss die Leiharbeit klar abgegrenzt werden. Scheinselbständigkeit wollen wir mit rechtssicheren Kriterien unterbinden. Arbeit auf Abruf soll dann nicht mehr möglich sein, wenn die Tätigkeiten mit normalen Arbeitsverhältnissen erledigt werden können, etwa über die Nutzung von Arbeitszeitkonten. Ohne sachlichen Grund sollten Jobs nicht mehr befristet werden können. Gute Arbeit darf nicht krank machen. Wir werden den Arbeitsschutz stärken, damit er wirksam vor Stress, Burn-out, Mobbing und Entgrenzung der Arbeit schützt.

Immer weniger Jobs sind heute durch Tarifverträge abgedeckt. Das muss sich wieder ändern. Tarifverträge sollen leichter allgemein verbindlich gemacht werden können und für alle Betriebe einer Branche gelten. Wir brauchen starke Betriebsräte. Wir wollen sie besser schützen, ihre Mitbestimmungsrechte ausbauen und den Schwellenwert für die paritätische Unternehmensmitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte absenken. Denn Partizipation und Demokratie sind auch im Wirtschaftsleben wichtig. Das soll ebenso für die Kirchen, einen der größten Arbeitgeber im Land gelten: Auch für ihre Beschäftigten wollen wir Koalitionsfreiheit und Streikrecht gewährleisten. Zudem halten wir die persönlichen Loyalitätspflichten von Mitarbeiter*innen bei kirchlichen Trägern außerhalb des religiösen Verkündigungsbereiches für unverhältnismäßig. Wir wollen deshalb die Rechte der kirchlichen Arbeitnehmer*innen stärken und Ausnahmeregelungen beschränken.

Minijobs scheinen eine gute Gelegenheit, etwas dazuzuverdienen. Aber sie haben zu keiner Zeit das Ziel erreicht, Brücken in reguläre Beschäftigung zu bauen. Stattdessen haben sie sich als berufliche Sackgasse und Armutsrisiko erwiesen, insbesondere für viele Frauen. Minijobs wollen wir deshalb in sozialversicherungspflichtige Jobs umwandeln und dafür sorgen, dass die Beiträge durch Steuern und Abgaben und soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern und Abgaben nicht sprunghaft steigen. So wird es attraktiver, mehr als geringfügig zu arbeiten.

2. Gute Weiterbildung für gute Jobs

Wir GRÜNE wollen alle Menschen in die Zukunft der Arbeit mitnehmen. Weiterbildung wird immer wichtiger – auch, weil die Menschen immer älter werden und länger arbeiten. Mit der BildungsZeit Plus, einem Mix aus Darlehen und Zuschuss, können wir Erwachsene, die sich weiterbilden wollen, unterstützen. Damit es gar nicht erst zu Arbeitslosigkeit kommt, wollen wir die Arbeitslosenversicherung zur grünen Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die für alle Beschäftigten und Selbständigen da ist. Sie wird, anders als bisher, nicht erst im „Versicherungsfall Arbeitslosigkeit“ tätig, sondern unterstützt unter Berücksichtigung der Veränderung von Branchen und Kompe-

tenzen vorbeugend mit Weiterbildungen und Qualifizierungen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Sie ist damit ein wirksames Instrument, um Menschen in Zeiten von technologischen Umbrüchen Sicherheit zu gewähren und neue Perspektiven zu eröffnen. Sie bietet soziale Sicherheit bei Arbeitslosigkeit und hilft beim erfolgreichen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt.

3. Zugänge schaffen

Erwerbslose Menschen sollen in gut ausgestatteten Jobcentern und Agenturen passgenau betreut werden, um sie dauerhaft in Arbeit zu vermitteln. Auch Menschen mit Behinderung oder geflüchtete Menschen brauchen genau auf sie zugeschnittene Angebote. Dazu gehören vor allem Qualifizierungen, Sprachförderung, Job-Coaching und unterstützte Beschäftigung, Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse.

Teilhabe ist für viele mit Erwerbsarbeit verbunden. Allen muss der Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Es gibt aber Arbeitslose, die absehbar keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Darum ist der soziale Arbeitsmarkt unerlässlich. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren, damit auch Arbeitslose mit besonders vielfältigen Problemen wieder Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen – schrittweise und nachhaltig.

4. Zeit für mehr

Bisher forderten vor allem die Arbeitgeber*innen Flexibilität von ihren Beschäftigten. Jetzt wird es Zeit, dass auch die Beschäftigten mehr Zeitsouveränität bekommen, um Arbeit, Privat- und Familienleben besser vereinbaren zu können. Dafür brauchen sie mehr Mitspracherecht über den Umfang, die Lage und den Ort ihrer Arbeit. Durch Wahlarbeitszeiten zwischen 30 und 40 Wochenstunden wollen wir Vollzeit neu definieren und zu einem flexiblen Arbeitszeitkorridor umgestalten. Damit können Frauen leichter als bisher ihre Beschäftigung ausweiten und Männer können in Teilzeit gehen, ohne Karriereinschnitte fürchten zu müssen. Auch ein Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Stundenzahl muss endlich kommen. Für

Betriebsräte soll es möglich werden, Betriebsvereinbarungen zu Vereinbarkeitsfragen zu verhandeln. Zeitsouveränität darf nicht dazu führen, dass unbezahlte Mehrarbeit entsteht und die Grenzen von Arbeit und Freizeit immer mehr verschwimmen. Deshalb gehört ein zeitgemäßer Arbeitsschutz unbedingt dazu sowie ein wirksamer Beschäftigtendatenschutz. In den Unternehmen ist Kreativität gefragt, damit die Anforderungen der heutigen Arbeitswelt mit den Bedürfnissen der Beschäftigten besser in Einklang gebracht werden. Immer mehr Arbeitgeber*innen haben dies bereits erkannt, sich von überholten Mustern verabschiedet und innovative Konzepte für ihre Belegschaften entwickelt. Alle anderen wollen wir davon noch überzeugen.

Das Leben lässt sich nicht immer planen. Manchmal wird die Pflege der Mutter wichtiger als der Beruf, manchmal wird ein Kind krank. Wir wollen Menschen dabei unterstützen, das Verhältnis zwischen Arbeit und den Wechselfällen des Lebens neu auszubalancieren. Grüne Arbeitszeitpolitik will mehr Selbstbestimmung über die eigene (Arbeits-)Zeit ermöglichen. Wir wollen anerkennen und unterstützen, wenn jemand Verantwortung für andere übernimmt. Denn die Unterstützung und Pflege alter und kranker Menschen ist keine private Aufgabe. Sie ist gesellschaftlich wichtig und sie wird derzeit überwiegend von Frauen geleistet. Wer Pflegebedürftige unterstützt, für den schlagen wir eine dreimonatige PflegeZeit Plus mit Lohnersatzleistung vor. Sie soll sich am Einkommen orientieren, wie es beim Elterngeld der Fall ist.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Gute Arbeit für alle – auch für Menschen mit Behinderung

Wir wollen die Arbeitswelt gerechter gestalten. Leiharbeitskräfte bekommen den gleichen Lohn wie die Stammbeschäftigten und eine Flexibilitätsprämie. Zweifelhafte Dienst- und Werkverträge, Scheinselbständigkeit und Befristungen ohne Grund ersetzen nicht mehr tariflich gut bezahlte Arbeit. Menschen mit Behinderung haben das gleiche Recht, mit Arbeit ihren Lebens-

unterhalt zu verdienen. Dazu muss sich ihr Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt verbessern. Die Ausgleichsabgabe werden wir deutlich erhöhen und damit Betriebe fördern, die über ihre Quote hinaus Menschen mit Behinderung ausbilden und beschäftigen. Die Schwerbehindertenvertretung werden wir stärken. Das Budget für Arbeit, die unterstützte Beschäftigung und Inklusionsfirmen erleichtern den Einstieg in den allgemeinen Arbeitsmarkt. In den Werkstätten für Menschen mit Behinderung wird allen, die den Einstieg nicht schaffen, ein fair entlohntes Arbeitsangebot gemacht. Das „Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Leistung“ als Voraussetzung für die Werkstätten schaffen wir ab.

Flexible Vollzeit – Arbeitszeit freier gestalten

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen mehr Mitspracherechte über das Wieviel, Wann und Wo ihrer Erwerbstätigkeit. Auch die Führung in Teilzeit sollte für Frauen und Männer selbstverständlich möglich sein. Wir schlagen einen Vollzeit-Arbeitszeitkorridor im Bereich von 30 bis 40 Stunden vor. Innerhalb dieses Stundenkorridors sollen Beschäftigte ihren Arbeitszeitumfang frei bestimmen können. Um Beschäftigten wie Unternehmen Planungssicherheit zu geben, müssen dabei Ankündigungsfristen eingehalten werden. Nur dringende betriebliche Gründe sollen die Anpassung der Stundenzahl verhindern können. Der bestehende Rechtsanspruch auf Teilzeit soll um ein Rückkehrrecht auf den früheren Stundenumfang, um ein Recht auf Homeoffice als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz, sofern dem keine wichtigen betrieblichen Belange entgegenstehen, und um eine Mitsprache bei der Lage der Arbeitszeit ergänzt werden.

Mit einer Arbeitsversicherung Weiterbildung ermöglichen

Wir investieren verstärkt in die Qualifizierung und Weiterbildung von Beschäftigten und Arbeitslosen, um sie für Berufe mit Zukunft fit zu machen und damit ihre Jobchancen zu verbessern.

Dafür wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer umfassenden Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Sie soll für alle Beschäftigten und Selbständigen da sein und sie absichern. Mit dieser grundsätzlichen Reform der Arbeitsförderung kann es gelingen, Zugänge in Arbeit auch für die zu schaffen, die es heute besonders schwer haben: Für Menschen mit Handicap, Jugendliche ohne Ausbildung, Langzeitarbeitslose, ältere Beschäftigte und Geflüchtete gibt es künftig passgenaue und individuelle Integrationsstrategien.

VII. WIR GESTALTEN DIE DIGITALISIERUNG

Smartphones, 3-D-Drucker, Liefer-Apps, Online-Handel und Share Economy – schon heute verändert die digitale Revolution unsere Wirtschaft, unsere Arbeitswelt und unseren Alltag grundlegend. Vieles spricht dafür, dass sich dieser Prozess noch einmal beschleunigen wird. Selbstfahrende Autos sind vielleicht schon in wenigen Jahren auf der Straße, am Horizont winkt künstliche Intelligenz. Wir wollen den digitalen Wandel aktiv gestalten. Denn wir sehen viele Chancen und Möglichkeiten durch die Digitalisierung, die wir ergreifen wollen.

Wir wollen neue, gute Jobs in neuen Arbeitsfeldern fördern. Wir wollen die ökologischen Möglichkeiten nutzen, die sich für die Energie- und Verkehrswende durch intelligente Steuerung, Automatisierung oder Vernetzung ergeben. Für all das werden wir die richtigen Weichen stellen. Wir wollen alle ermuntern und fördern, die den Mut haben, etwas Neues zu wagen. Und wir wollen diejenigen unterstützen, deren Arbeitsplätze oder deren Zukunft bedroht sind. Denn zugleich wirft dieser Wandel ethische Fragen auf und erzeugt enormen Anpassungsdruck etwa im Bildungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialsystem. Hier braucht es eine gesamtgesellschaftliche Debatte für umfassende Lösungsansätze.

Die Digitalisierung trifft auf eine Wirtschaft, in der mit ökologischen Langzeitschäden, Investitions- und Nachfrageschwäche, zu starker Konzentration von Vermögen und zu großem Ressourcenmangel einiges im Argen liegt. Wir wollen Ordnung in dieses System bringen. Dafür brauchen wir mehr Investitionen, damit unsere Wirtschaft krisenfester und dynamischer wird. Dafür brauchen wir eine öffentliche Hand, die auch gegenüber Konzernen durchgreifen kann, um für fairen Wettbewerb, den Schutz der Verbraucher*innen und den Erhalt öffentlicher Güter zu sorgen.

Es ist uns wichtig, die Digitalisierung mit klaren Regeln so zu gestalten, dass die Vorteile nicht nur wenigen in unserer Gesellschaft zugutekommen, und Risiken, zum Beispiel beim Datenschutz oder bei der Machtkonzentration einiger weniger Internetkonzerne, be-

grenzt werden, um einem potenziellen Machtmissbrauch gerade mit Blick auf die Verletzung von Persönlichkeitsrechten entgegenzuwirken. Die Digitalisierung wird wie jede technologische Revolution dafür sorgen, dass bestehende Tätigkeiten und Arbeitsplätze wegfallen und neue entstehen. Das ist für viele Menschen ein berechtigter Grund zur Sorge. Hier sind wir als Solidargemeinschaft gefragt. Wir wollen uns umso stärker aktiv für neue Jobs einsetzen. Wir werden unsere sozialen Sicherungssysteme auf diesen Wandel einstellen und ihre Zukunftsfähigkeit sichern. Wir werden dafür sorgen, dass alle gute Bildung genießen können – und zwar ein Leben lang. So können wir es schaffen, dass die Digitalisierung zu einem Gewinn für unser Land wird.

Wir wollen einen digitalen Aufbruch, bei dem Unternehmen, Zivilgesellschaft und Politik gemeinsam dafür sorgen, dass wir durch die Digitalisierung unserem Ziel, einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft, die sich am langfristigen Wohlstandsgewinn statt an kurzfristigen Profiten orientiert, näher kommen.

1. Mehr und nachhaltiger in unsere Zukunft investieren

Investitionen sind die Voraussetzung für eine dynamische und zukunftsfähige Wirtschaft und für wettbewerbsfähige Unternehmen. Die Erträge, zum Beispiel von Investitionen in Bildung, sind deutlich höher als die Zinsen, die wir derzeit für unsere Kredite bezahlen müssen, und Zukunftsinvestitionen bedeuten mehr Nachfrage und damit mehr Aufträge für unsere Wirtschaft vor Ort und gute Arbeitsplätze. Auch das trägt dazu bei, die Wirtschaft krisenfester zu machen. Wir investieren in Deutschland jedoch seit Langem viel zu wenig – sowohl die Unternehmen als auch der Staat. Unsere Kinder und Enkelkinder werden diese Fehlentwicklung ausgleichen müssen, wenn wir nicht schnell umsteuern. Die ausschließliche Fixierung auf die schwarze Null trägt nicht zur Generationengerechtigkeit bei. Diese erreichen wir erst, wenn neben der Begrenzung der Verschuldung Investitionen in die Zukunft des Landes getätigt werden. Deshalb wollen wir mindestens zwölf Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich investieren. Damit das öffentliche Vermögen nicht weiter schmilzt, soll zugleich eine neue Investitionsregel die bestehende Schuldenbremse ergänzen. Wir wollen daher die Bilanzierungsre-

geln für das öffentliche Vermögen umstellen, um dessen Wert und Wertverlust transparent zu machen. Es macht keinen Sinn, sich über die schwarze Null zu freuen, wenn auf der anderen Seite die öffentliche Infrastruktur zusammenbricht. Die Zeche für heute versäumte Investitionen zahlen immer die zukünftigen Generationen. Durch den konsequenten Abbau umweltschädlicher Subventionen schaffen wir weitere Haushaltsspielräume für Investitionen.

Wir GRÜNE wollen in moderne Mobilität, bezahlbare und energieeffiziente Wohnungen und einen Bildungsaufbruch – also in die Zukunft unseres Wohlstandes – investieren. Wenn wir die Chancen der Digitalisierung nutzen und sicherstellen wollen, dass die digitale Gründer*innenzeit überall in Deutschland möglich ist, müssen wir jetzt in ein schnelles und flächendeckendes Internet investieren. Grundvoraussetzung dafür ist ein zukunftsfähiger Breitbandausbau auf Basis von Glasfaser. Wir wollen dazu den Bundesbesitz an Telekom-Aktien im Wert von rund zehn Milliarden Euro veräußern und in den Breitbandausbau investieren. Das Thema Digitalisierung muss dabei in der Bundesregierung besser koordiniert werden und im Kabinett eigenständig vertreten sein.

Außerdem schaffen wir Planungssicherheit durch verlässliche Rahmenbedingungen und wollen Unternehmen, die ihre Gewinne nicht entnehmen, sondern reinvestieren, besonders fördern.

2. Fairer Wettbewerb statt Machtwirtschaft

Konzentrierte und verkrustete Märkte sind Gift für fairen Wettbewerb. Wir GRÜNE setzen uns für diskriminierungsfreie und offene Märkte ein, etwa bei der Netzneutralität. Echte Netzneutralität ist die Voraussetzung für einen fairen digitalen Wettbewerb. Ein „Zwei-Klassen-Internet“ braucht niemand.

Wir sorgen für Preise, die die ökologische und soziale Wahrheit sagen – wie bei der ökologischen Finanzreform und der Leiharbeit. So haben nicht diejenigen Vorteile, die am meisten verschmutzen oder ausbeuten. Die Rahmenbedingungen sollten so formuliert sein, dass kleine oder junge Unternehmen sie ebenfalls meistern können. Einfache, aber wirksame Regeln wie eine Schuldenbremse für Banken, ein EU-weiter Mindeststeuersatz für Unternehmen und ein funktionierender CO₂-Emissionshandel sind weitere wichtige

Hebel für einen fairen Wettbewerb. Sektoren und Märkte mit sehr mächtigen Einzelunternehmen wollen wir besser regulieren, damit nicht Einzelne auf Kosten der Verbraucher*innen, der Umwelt, der Persönlichkeitsrechte oder der Steuerzahler*innen ihre Profite hochschrauben und einen Missbrauchsvorteil ausspielen können.

Große Internetkonzerne wie Google, Facebook, Amazon und Co verändern die Art und Weise, wie wir leben und wie unsere Wirtschaft funktioniert, gerade rapide. Daten und Vernetzung gewinnen für die Produktion, aber auch den Wert von Gütern und Dienstleistungen eine immer größere Bedeutung. Es ist denkbar, dass der Wert eines Autos sehr bald stärker daran gemessen wird, wie gut seine Vernetzung mit dem Internet ist und welche datengetriebenen Dienste und Programme es den Fahrer*innen anbietet, als wie gut der Motor oder die Verarbeitung ist. Große Plattformen und Portale gewinnen mit jedem und jeder Nutzer*in an Bedeutung. Generell gilt, wer die Daten hat und sie nutzt, hat einen Wettbewerbsvorteil. Zum einen wollen wir sicherstellen, dass der Schutz unserer Daten dabei immer gewährleistet wird. Zum anderen stellt diese veränderte Wertschöpfung eine enorme Herausforderung für die deutsche Wirtschaft dar. Unternehmen dürfen den Trend nicht verschlafen und müssen durch Innovationen fit bleiben. Wir wollen sie dabei unterstützen, wettbewerbsfähig zu bleiben. Monopolartige Strukturen wollen wir verhindern. Daher wird die öffentliche Hand als Hüterin des fairen Wettbewerbs immer wichtiger. Wir setzen uns deshalb für einen neuen politischen wie rechtlichen Ordnungsrahmen und eine Weiterentwicklung des Wettbewerbs- und Kartellrechts ein, welche die Informations-, Markt- und Datenmacht einzelner Unternehmen effektiv begrenzt. Das bedeutet auch, dass Großkonzerne, Banken, die „too big to fail“ sind, oder Netzmonopole in extremen Fällen entflochten werden sollten.

Damit der Mittelstand im Zuge der Digitalisierung im Wettbewerb mit großen Unternehmen gut aufgestellt ist, wollen wir ein IT-Beratungsnetzwerk für den digitalen Wandel einrichten. Dieses dezentrale Netzwerk von Berater*innen soll in die Unternehmen gehen können, die IT-Sicherheit überprüfen und anbieterunabhängige Verbesserungsvorschläge geben. Dabei sollen auch Empfehlungen ausgesprochen werden, wie das Unternehmen sich im Prozess von Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung zu-

kunftsfähig aufstellen und auch mehr Frauen für die Branche gewinnen kann.

Milliardenschwere Großunternehmen – auch aus der Digitalbranche – nehmen wir in die Pflicht, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung wieder gerecht zu werden. Für Großunternehmen muss es wieder eine Selbstverständlichkeit sein, Steuern auf Gewinne zu zahlen – wir werden sie darauf verpflichten. Ebenso müssen sie sich an klare rechtliche Vorgaben halten, wie zum Beispiel das neue und von uns federführend verhandelte EU-Datenschutzrecht. Außerdem wollen wir einen europäischen digitalen Binnenmarkt schaffen, dadurch würden sich vielen innovativen europäischen Unternehmen neue Chancen eröffnen.

3. Gute Arbeit 4.0

Die digitale Arbeitswelt wird vernetzter, technischer und auch flexibler sein. Und wir wollen, dass sie auch humaner, familienfreundlicher und ökologischer wird. Mit der Digitalisierung verändern sich Arbeitsinhalte, Arbeitsplätze und Arbeitsstrukturen. Arbeit ist nicht mehr an Ort und Zeit gebunden. Deshalb fordern wir auch ein Recht auf Homeoffice als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz und unter Berücksichtigung der betrieblichen Möglichkeiten. Das schafft Zeitsouveränität und Freiräume für mehr selbstbestimmtes Arbeiten.

Die Digitalisierung stellt uns aber auch vor neue Herausforderungen: permanente Erreichbarkeit, Mehrarbeit und umfassende Leistungskontrolle. Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit, abhängiger und selbständiger Tätigkeit, zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung laufen Gefahr zu verschwimmen. Hier wollen wir Beschäftigte und Selbständige schützen. Deshalb werden wir den Arbeitsschutz an die digitale Arbeitswelt anpassen, betriebliche Mitbestimmungsrechte stärken und mit einem eigenständigen Beschäftigtendatenschutzgesetz vor umfassender Leistungskontrolle schützen. Solo-Selbständige und Kreative müssen zukünftig für alle Lebenslagen sozial abgesichert sein und sie müssen fair entlohnt werden. Deshalb wollen wir ein allgemeines Mindesthonorar als absolute Untergrenze für zeitbasierte Dienstleistungen einführen und gleichzeitig branchenspezifische Mindesthonorare für bestimmte Werke und Dienstleistungen ermöglichen, die gut zu

den jeweiligen Branchen passen. Über Online-Plattformen vermittelte Arbeit und die Zahl der Clickworker*innen nehmen zu. Plattformen dürfen weder für Lohndumping noch als rechtsfreier Vertriebskanal missbraucht werden. Nur wenn die heutigen Sozial- und Arbeitsstandards weiterhin gelten, entstehen fairer Wettbewerb und gute Arbeitsbedingungen in der digitalen Arbeitswelt. Der digitale Wandel der Arbeitswelt hat bereits begonnen. Diesen Strukturwandel wollen wir positiv gestalten.

Durch die Digitalisierung werden neue Arbeitsplätze entstehen, aber manche Tätigkeiten werden auch automatisiert. Die ökologische Modernisierung ist dabei eine Chance, damit nicht nur für Programmierer*innen, sondern auch für Handwerker*innen und Facharbeiter*innen neue Jobs entstehen. Digitale Kompetenzen werden von zentraler Bedeutung sein. Deshalb fördern wir Weiterbildungen bereits im Job und nicht nur bei Arbeitslosigkeit (→ Kapitel: Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit, Projekt Arbeitsversicherung, S.216). Digitalisierung und Automatisierung bieten aber auch die Chance der Reduzierung der Arbeitsbelastung, der Ermöglichung anderweitigen Engagements, zum Beispiel im Ehrenamt, oder der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hierfür sind jedoch eine aktive politische Gestaltung der Umbruchprozesse und das Stellen der richtigen arbeitspolitischen Weichen nötig.

4. Unternehmensgründungen fördern

Mit ihren Ideen und ihrer Schaffenskraft fordern Gründerinnen und Gründer etablierte Unternehmen heraus, wagen Neues und modernisieren so unsere Wirtschaft. Aufgrund der Digitalisierung erleben wir gerade eine neue Gründer*innenzeit. Es sind die Unternehmer*innen, die die Energie-, Mobilitäts- und Agrarwende in die Praxis umsetzen und zu einem Erfolgsmodell machen. Sie gehen ins Risiko und finden kreative Lösungen. Wir wollen sie dabei unterstützen, indem wir für Selbständige den Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen verbessern, neue Finanzierungsformen wie Crowdfunding stärken und diese mit Förderbanken vernetzen sowie Co-Working- und Gewerberäume für Gründer*innen fördern.

Neben der Projekt- und Gründer*innenförderung wollen wir Forschungsaktivitäten in kleinen und mittleren Unternehmen auch

steuerlich begünstigen, um das kreative Potenzial und den Erfindergeist dort noch stärker zu mobilisieren. Durch eine Steuergutschrift von 15 Prozent sollen ihre Forschungs- und Entwicklungsausgaben künftig gefördert werden. Wir wollen ein unbürokratisches und wirksames Förderinstrument für alle Gründungswilligen. Mit dem grünen Gründungskapital bekommt jede*r, die oder der sich selbständig machen will und ein überzeugendes Konzept vorlegt, einmalig ein flexibles und zinsfreies Darlehen von bis zu 25.000 Euro. Die Rückzahlung erfolgt, sobald das Unternehmen Fuß gefasst hat. Wir wollen gerade für Kleinunternehmer*innen den Zugang zu Mikrokrediten verbessern, indem der bürokratische und finanzielle Aufwand verringert wird. Offene Standards, Schnittstellen, Daten und Software erleichtern es findigen Köpfen, neue Geschäftsideen umzusetzen. Zudem wollen wir die Grenze zur Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro anheben. Und wir wollen einen bundesweiten One-Stop-Shop für Gründer*innen einrichten, sodass alle nötigen bürokratischen Voraussetzungen und Beratungsleistungen an einem Ort aufzufinden sind. Wir wollen politische Rahmenbedingungen so formulieren und vereinfachen, dass kleine oder junge Unternehmen, Kulturschaffende und Kreative sie ebenfalls meistern können – und große Unternehmen sie mit ihren teuren Anwält*innen nicht mehr einfach aushebeln können.

Ein innovatives Land braucht starke Hochschulen. Wissenschaft braucht neugierige Menschen und diese brauchen ausreichend Räume und eine gute Ausstattung, also eine moderne Infrastruktur des Wissens. Dafür braucht es ein Modernisierungsprogramm, um den Sanierungsstau aufzulösen: für mehr studentischen Wohnraum, den Ausbau von Laboren und Bibliotheken, aber auch für digitale Infrastruktur. Mit diesem Vorschlag werden wir die Hochschulen wieder auf die Höhe der Zeit bringen und ihre Grundfinanzierung verbessern, damit vielfältige, unabhängige und exzellente Forschung und Lehre möglich ist.

Die Digitalisierung erleichtert auch die Gründung von Unternehmen, die alternative Wirtschaftsformen im Blick haben – angefangen bei solidarischer Ökonomie über Social Entrepreneurship bis hin zur Sharing Economy. Wir wollen solche Modelle politisch stärken und Offenheit als Leitprinzip für digitale Modelle des Teilens verankern.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Wir investieren in die Infrastruktur der Zukunft

Wir GRÜNE wollen in die Infrastruktur der Zukunft investieren. Den Ausbau von schnellem Internet wollen wir beschleunigen, indem wir zehn Milliarden Euro in den Breitbandausbau investieren. Dafür veräußern wir die Telekom-Anteile des Bundes. Wir wollen Elektromobilität fördern – und zwar auf allen Ebenen, sei es beim Auto, der Ladeinfrastruktur, bei Bussen, Bahnen oder Lastenrädern. Auch Radschnellwege werden wir fördern für die Mobilität der Zukunft. Mit dem „Zukunftsprogramm Nahverkehr“ verbessern wir das Angebot und die Qualität des Nahverkehrs vor Ort mit jährlich einer Milliarde Euro. Um bezahlbare Wohnungen zu schaffen, wollen wir auf Bundesebene die soziale Wohnraumförderung deutlich erhöhen und zusätzlich eine Million Wohnungen durch die Neue Wohngemeinnützigkeit fördern. Unser Investitionspaket für bessere Infrastrukturen in Bildung, Ausbildung und Wissenschaft umfasst ein fünfjähriges Schul-sanierungsprogramm und ein Modernisierungsprogramm für die Ausstattung von Hochschulen.

Ideen freisetzen – mit dem Forschungsbonus für Unternehmen

Kleine und mittlere Unternehmen gestalten den ökologischen und sozialen Wandel mit. Forschung und Entwicklung sind dabei ihre wichtigsten Ressourcen. Wir wollen neue Ideen einfach und unbürokratisch fördern – mit unserem steuerlichen Forschungsbonus von 15 Prozent auf alle Forschungs- und Entwicklungsausgaben für kleine und mittlere Unternehmen. Firmen, die noch keine Gewinne erzielen, bekommen diesen Bonus ausgezahlt. Das hilft besonders den Gründer*innen und innovativen Start-ups.

Die digitale Arbeitswelt positiv gestalten und Selbständige, Kulturschaffende und Kreative besser absichern

Die digitale Arbeitswelt bietet Chancen für mehr Zeitsouveränität und selbstbestimmtes Arbeiten. Sie kann aber auch grenzenlos werden. Deshalb werden wir den Arbeitsschutz an die digitale Arbeitswelt anpassen. Auch die Mitbestimmung braucht ein Update. Wenn durch Vertrauensarbeitszeit ständig Mehrarbeit entsteht, sollen Betriebsräte ein Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsmenge bekommen. Selbständige, Kulturschaffende und Kreative schätzen ihre unternehmerische Freiheit, aber häufig sind sie wegen geringen oder unregelmäßigen Einkünften nicht ausreichend abgesichert. Wir wollen sie mit Mindesthonoraren stärken und auch besser absichern. Dazu wollen wir eine Senkung des Mindestbeitrags zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung erreichen und die Mindestbeiträge für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung sehr deutlich senken. Als ersten Schritt zu einer Bürger*innenversicherung wollen wir Selbständige, die nicht anderweitig abgesichert sind, auch in die Rentenversicherung aufnehmen. Die Künstlersozialkasse wollen wir erhalten und weiter stärken.

F. WOFÜR WIR VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN WOLLEN

I. ZEHN-PUNKTE-PLAN FÜR GRÜNES REGIEREN

Wir leben in Zeiten, in denen sich vieles ändert. Bedrohliches wie auch Positives. Veränderung wird von manchen erhofft, von anderen befürchtet. Wir sind überzeugt, dass unser Land in einem vereinten Europa das Beste noch vor sich hat – wenn wir jetzt beherzt anpacken. Wir wollen dafür Verantwortung übernehmen.

Es braucht Mut zu Veränderungen, um unser Land voranzubringen. Herausforderungen löst nicht, wer bloß über Erfolge von gestern redet und sich darauf ausruht. Wir wollen Fortschritt erkämpfen. Mit vielen Verbündeten. Auch für diejenigen, die noch nicht an ihm teilhaben.

Deshalb wollen wir regieren. Dafür brauchen wir Partner*innen. Diese Partnerschaft muss darauf gründen, dass sich heute vieles ändern muss, damit wir alle auch morgen gut leben können. Wer mit uns koalieren will, der muss bereit sein, bei diesen Vorhaben entschieden mit voranzugehen.

1. Klimaschutz voranbringen

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen bestimmt unser politisches Handeln. Das Klima zu schützen, ist eine Menschheitsaufgabe. Wir wollen, dass Deutschland seine Klimaschutzziele einhält – ohne Wenn und Aber. Bis zum Jahr 2050 wird die Energieversorgung auch für Gebäude, Mobilität und Industrie ausschließlich aus erneuerbaren Energien erfolgen. Wir beschleunigen die Energiewende, schaffen die Deckelung für den Ausbau der erneuerbaren Energien ab und achten dabei auf einen fairen Übergang. Wir führen einen nationalen Mindestpreis für Klimaverschmutzung ein. Die Stromsteuer schaffen wir ab und führen im Gegenzug eine aufkommensneutrale CO₂-Bepreisung ein. Wir steigen so aus der klimafeindlichen Kohle aus, dass wir die Klimaschutzziele und unser Ziel 100 Prozent erneuerbare Energie im Strombereich bis 2030 einhalten. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke schalten wir sofort ab, damit Deutschland das Klimaschutzziel 2020 noch erreichen kann.

2. E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen

Eine erfolgreiche Wirtschaft ist in Zukunft erneuerbar, effizient und digital – auch in der Mobilität. Deshalb denken wir sie neu. Ohne Lärm, Abgase und Stau. Wir werden eine intelligent aufeinander abgestimmte Mobilität zwischen abgasfreiem Auto, elektromobiler Bahn und ÖPNV, Rad- und Fußverkehr auf den Weg bringen, die auch erschwinglich ist. Dazu gehört für uns, den öffentlichen Fern- und Nahverkehr flächendeckend auszubauen sowie die Infrastruktur für Fahrräder deutlich zu verbessern. Zu einer intelligenten Mobilität gehören auch Autos ohne Abgase. Wir wollen, dass das saubere Auto auch in Deutschland entwickelt und gebaut wird. Deutschland hat dafür weltweit die besten Ingenieurinnen und Ingenieure. Aber es braucht einen ehrgeizigen politischen Rahmen und damit Planbarkeit. Wir beenden die Ära des fossilen Verbrennungsmotors mit klaren ökologischen Leitplanken. Wir wollen ab 2030 nur noch abgasfreie Autos neu zulassen und schaffen dafür entsprechend die steuerlichen, fiskalischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die emissionsfreie Mobilität der Zukunft. Wir beenden die Subventionen für Spritfresser wie beim Dienstwagenprivileg. Wir kur-

beln die E-Mobilität an, indem wir für Neuwagen ein Bonus-Malus-System in die Kfz-Steuer integrieren, von dem profitiert, wer weniger CO₂ ausstößt. Das befördert Innovation und sichert mit deutscher Hightech Arbeitsplätze und Wertschöpfung.

3. Landwirtschaft nachhaltig machen

Immer mehr Menschen wollen gesunde Lebensmittel, die im Einklang mit der Natur hergestellt werden. Sie wünschen sich eine Landwirtschaft, die unser Grundwasser und unsere Böden schützt, die den Reichtum unserer Tier- und Pflanzenwelt erhält, anstatt Bienen- und Vogelsterben zu verursachen. Mit uns wird Deutschland auf eine nachhaltige Landwirtschaft umsteigen – ohne Ackergifte und Gentechnik. Die industrielle Massentierhaltung schaffen wir über die nächsten 20 Jahre ab. Wir setzen Tierschutzstandards per Gesetz durch, die an den Bedürfnissen der Tiere orientiert sind, die Qualzucht und quälnerische Massentierhaltung beenden. Und wir führen eine Haltungskennzeichnung für alle Tierprodukte ein – im ersten Schritt für Fleisch. Wir schichten die europäischen Steuermilliarden so um, dass Umweltschutz und Tierwohl zu neuen Einkommensmöglichkeiten für Landwirt*innen werden, denn die neue Landwirtschaft gibt es nur mit den Bäuerinnen und Bauern.

4. Europa zusammenführen

Wir wollen das vereinte Europa stärken. Denn ohne ein vereintes Europa wird es für uns alle weder Frieden noch Wohlstand noch Sicherheit in der globalisierten Welt geben. Mit uns wird es eine klare Kurskorrektur in der deutschen Europapolitik geben. Denn es braucht Partnerschaft mit Respekt auf Augenhöhe und mehr Solidarität und Nachhaltigkeit statt einseitiger Sparpolitik. Wir werden massiv in die ökologische Modernisierung und die digitale Zukunft unseres Kontinents investieren und so auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern beitragen – statt zwei Prozent der Wirtschaftsleistung und damit allein in Deutschland 30 Milliarden Euro mehr in Verteidigung zu stecken. Wir wollen mehr Transparenz für Bürgerinnen und Bürger und mehr Entscheidungsrechte für die

Parlamente in der Europapolitik. Durch gemeinsame Regeln werden wir Steuerdumping und Geldwäsche wirksam entgegentreten. Wir kämpfen dafür, dass CETA in dieser Form nicht ratifiziert wird.

5. Familien stärken

Wir wollen, dass das Aufstiegsversprechen für alle gleichermaßen gilt. Dazu braucht es faire Chancen für alle. Wir investieren zusätzlich in gute Bildung, in bessere Kita-Qualität und intakte und gut ausgestattete Schulen – statt mit der Gießkanne Geld auszugeben. Wir bekämpfen Kinderarmut und stärken Alleinerziehende. Wir verbessern die Familienförderung mit zwölf Milliarden Euro zusätzlich: Das grüne Familien-Budget – mit allem, was dazugehört – stärkt nicht nur Familien, sondern fördert auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen. Und wir eröffnen damit endlich allen Kindern gute Chancen für ihr Leben – egal wie sie heißen, wo sie wohnen und wer ihre Eltern sind.

6. Soziale Sicherheit schaffen

Mit der Digitalisierung der Arbeitswelt stehen wir vor einem großen Umbruch. Wir wollen dafür sorgen, dass der Sozialstaat sein Versprechen auf Sicherheit auch in Zukunft noch einlösen kann und damit Abstiegsängsten entgegentritt. Wir wollen soziale Sicherheit, die vor Armut schützt und Teilhabe garantiert – egal ob bei Arbeitslosigkeit oder im Alter. Und wir wollen soziale Ungleichheit in Deutschland verringern. Deshalb bauen wir die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer solidarischen Bürger*innenversicherung für alle um. Wir stabilisieren das Rentenniveau. Wir beenden die Zwei-Klassen-Medizin und beteiligen Arbeitgeber*innen wieder paritätisch an den Kosten. Und wir verbessern die soziale Absicherung von Selbständigen.

7. Integration zum Erfolg führen, Geflüchtete schützen

Es ist nicht wichtig, wo jemand herkommt, sondern, wohin sie oder er will. Wer hier glücklich werden will, muss unser Grundgesetz und seine Grundwerte anerkennen. In unserem gemeinsamen Land gilt das für alle, egal ob sie aus Dresden oder aus Damaskus kommen. Wir legen künftig in unserer Einwanderungsgesellschaft mehr Wert auf Erziehung zur Demokratie für alle Kinder und Jugendlichen. Wir reformieren das Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird, ist deutsche*r Staatsbürger*in. Wir wollen, dass anerkannte Geflüchtete ihre Familien nachholen dürfen, denn auch das hilft ihnen, sich zu integrieren. Auch sie haben ein Recht, als Familie zusammenleben zu können. Wir stehen für eine humane, menschenrechtsorientierte und zudem gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik ein. Mit uns gibt es keine Grundgesetzänderung für eine Obergrenze beim Asylrecht. Weitere Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab. Das sind wir unserer Geschichte und unseren Werten schuldig.

8. Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben

Auch im Jahr 2017 sind Frauen und Männer immer noch nicht gleichberechtigt. Wir sorgen dafür, dass gleichwertige Arbeit endlich gleich bezahlt wird – egal, ob sie von Frauen oder Männern geleistet wird. Wir bringen ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz auf den Weg. Alle sollen ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit haben. Und wir durchbrechen die gläserne Decke, an die Frauen in ihren Karrieren viel zu häufig stoßen. Quoten bleiben das wirksamste Mittel, ob im DAX-Vorstand oder an den Spitzen von Verwaltungen. Wir wollen die Ehe für Alle auch in Deutschland ermöglichen und das Adoptionsrecht öffnen. Wenn zwei Menschen sich lieben und füreinander Verantwortung übernehmen wollen, dann verdient das Respekt. Das sehen in Deutschland die meisten Menschen so: Sie wollen, dass Schwule und Lesben heiraten dürfen. In 22 Ländern weltweit, davon 13 in Europa, können sich Schwule und Lesben das Jawort geben. Warum soll in Deutschland nicht möglich sein, was vielerorts geltendes Recht ist? Das Eheverbot für Schwule und Lesben passt nicht zu unserem modernen Land Deutschland.

9. Freiheit sichern

Wer frei leben will, muss sich sicher fühlen können. Islamistischer Terrorismus ist eine der größten Bedrohungen unserer Zeit. Rechts-extreme Gewalt und Terror konnten sich in unserem Land viel zu lange ohne effektive Gegenwehr ausbreiten. Frauen sind immer noch in besonderer Form von Gewalt betroffen – sowohl im privaten wie auch öffentlichen Raum, sowohl online wie offline. Rassismus ist immer noch alltäglich und resultiert oft in Gewalt. Geflüchtete, LSBTIQ*, sogar Obdachlose werden bedroht oder angegriffen. Hinzu kommen hetzerisch geführte Debatten, die unsere Gesellschaft spalten und verunsichern. Vielen Menschen macht zu Recht die hohe Zahl der Einbrüche Angst. Wir stehen für eine effektive Sicherheitspolitik. Eine Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der Bürger*innenrechte reagiert. Wir sorgen dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben gut ausgestattet ist, um effektiv schützen zu können. Wir stärken die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden. Wir setzen auf gezielte Überwachung statt massenhaften Ausspähens aller Bürgerinnen und Bürger. Wir stärken das Prinzip der Prävention als integraler Bestandteil der inneren Sicherheit. Dazu gehört auch, das Waffenrecht zu verschärfen.

10. Fluchtursachen bekämpfen

Deutschland ist international ein verlässlicher Bündnispartner. Doch wir tragen derzeit mit Rüstungsexporten an Diktaturen und Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Exporte mit einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz. Wir wollen nicht auf Kosten der Menschen in anderen Ländern Profite machen und Konflikte dort anheizen. Deshalb stärken wir mit fairen Handelsabkommen ökologische und soziale Standards weltweit. Wir wollen die Überfischung vor den Küsten Afrikas beenden und solche Agrarsubventionen streichen, die andernorts Landflucht und Hunger befördern. Der Kampf gegen die Klimaerhitzung ist auch ein Kampf gegen Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist diejenige, die Menschenrechte konsequent schützt und dazu beiträgt, dass Menschen ihre Heimat nicht verlassen müssen.

Unser verbindliches Angebot

Diese Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen – aber die wichtigsten. Sie sind unser Maßstab für eine Regierungsbeteiligung. Sie sind unser verbindliches Angebot an Sie, die Bürgerinnen und Bürger. Wenn Sie die GRÜNEN wählen, bekommen Sie dafür vollen Einsatz.

Wir wollen den Stillstand und die Unentschlossenheit ablösen, die die Große Koalition bietet. Deshalb sind wir bereit, nach der Wahl mit allen Parteien außer der AfD zu sprechen, ob wir unsere Vorhaben umsetzen können. Das entspricht unserem Verständnis von Demokratie und Verantwortung.

Wir haben bereits einmal sieben Jahre lang in einer Koalition mit der SPD unsere Republik erfolgreich regiert und nach vorne gebracht. Daran würden wir gerne wieder anknüpfen. Doch über mögliche Mehrheiten entscheiden Sie als Wählerinnen und Wähler. Je stärker die GRÜNEN im nächsten Deutschen Bundestag und einer Bundesregierung sind, umso mehr Gewicht haben wir auch, um diese Ziele durchzusetzen. Regieren können und werden wir, wenn die Richtung stimmt und unsere Kernvorhaben umgesetzt werden können. Das ist für uns Anforderung, um verantwortungsvoll mit Ihrer Stimme umzugehen. Wenn unsere Kernvorhaben nicht umgesetzt werden können, dann werden wir aus der Opposition für Veränderung und gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen. Sollte es erfolgreiche Koalitionsverhandlungen geben, werden wir das Ergebnis unseren Mitgliedern in einer Urabstimmung vorlegen.

Wir wollen eine moderne und ökologische, eine vielfältige und gerechte Gesellschaft. Wer mit uns regieren will, muss den Politikwechsel auf den Weg bringen.

Zukunft wird aus Mut gemacht!

Stichwortregister

A

Abfall 18, 22f

Abrüstung 66, 83f

Afrika 15–19, 65, 75–78, 95, 99, 104, 237

Agrarpolitik 11, 16, 24–26, 29f, 78, 81, 93, 97, 101, 228, 237

Antidiskriminierung 9, 81, 112, 117, 119–138, 148, 155, 161, 167, 169, 225

Antisemitismus 117, 119, 140

Antiziganismus 117, 119f, 140

Arbeit 8–11, 20, 23, 27, 34–36, 40–49, 54, 61, 63, 71–73, 77, 92f, 96, 101f, 106–114, 125, 127, 129–134, 138, 141, 150–153, 171–175, 179–181, 187f, 191–197, 201–206, 209–211, 214, 216–222, 227–231

Arbeit 4.0 227

Arbeitsmarkt 73, 102, 106–113, 205, 216–221

Arbeitsversicherung 180, 205f, 218–222, 228

Armutsbekämpfung 9, 14, 65, 68, 81, 90f, 121, 125, 130, 171f, 190, 197f, 200, 204, 209, 212f, 215f, 218, 235

Artenschutz 19–21, 24, 30f

Asylrecht 98–100, 104f, 236

Atomausstieg 11, 48f, 52–55, 94

Ausbildung 72, 77, 106f, 111–113, 127, 150, 174–181, 186f, 201–204, 230

Außenpolitik 53, 75, 83–85, 101

B

BAföG 178, 182

Bahn 45, 56–60, 72, 230, 233

Barrierefreiheit 63, 125

Behinderung, Menschen mit 125, 127, 141, 176, 180f, 211, 213, 219–221

Bildung 16, 47, 71, 81f, 106–113, 120, 123, 127, 139, 141–143, 155f, 164–167, 172, 175–182, 218, 223–225, 230, 235

Bisexuelle 81, 123

Bodenschutz 14, 17, 19–21, 25, 28–30, 33, 37f, 40, 234

Breitbandausbau 225, 230

Bundeswehr 84–87, 140, 168

Bürger*innenrechte 116f, 136, 144, 155, 237

Bürger*innenversicherung 173, 199–207, 231, 235

C

Cannabis 126f
CETA 90, 93, 96, 235
CO₂-Ausstoß 33–39, 41, 45–47, 58, 61, 225, 233f
Cybermobbing 135, 167

D

Daseinsvorsorge 81, 93–96, 155, 165, 185–188, 200
Datenschutz 93, 96, 121, 160, 162, 164, 167–169, 203, 220, 223, 227
Demografischer Wandel 7, 111, 197, 203
Demokratie 7, 68, 70, 73, 76–78, 113–121, 136, 141–152, 156, 164, 169f, 173, 218, 236, 238
Deutschland-Takt 60, 64
Digitalisierung 7, 28, 45f, 72, 153, 166, 171–173, 179, 187, 197, 203, 217, 223–229, 235
Direkte Demokratie 147–149, 156
Divestment 43, 46
Drogenpolitik 125–127

E

EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) 35, 50
E-Government 164, 170
Ehe für Alle 123, 126, 236
Ehegattensplitting 130, 212, 215
Einwanderung 10, 67, 99, 111–115, 153, 236
Einwanderungsgesetz 99, 112, 114
Elektromobilität (auch E-Mobilität) 15, 43, 57, 60f, 64, 230, 233f
Energie 8f, 15, 33–39, 41–55, 58, 72, 78, 101, 164, 189, 223–225, 228, 233
Energiewende 8f, 41, 45–51, 54, 233
Entgeltgleichheit 130, 134, 193, 236
Entwicklungszusammenarbeit 81, 87, 104
Ernährung 21, 30, 81, 92f, 158
Erneuerbare Energien 9, 35, 39, 50
EU-Parlament 42, 73
Euro 65–74
Europa 7–13, 16, 19, 25–37, 51–55, 57–60, 65–73, 76–79, 83–88, 90–94, 109, 111, 114, 117, 120, 128, 137–143, 146, 148, 150, 154, 156, 159f, 191, 196, 227, 232–236

Europäische Union (EU) 29, 67–79, 82–88, 91f, 94f, 97f, 100–104, 114–117, 120, 125, 140, 149f, 154, 162, 187, 195, 234

F

Faire Wärme 51, 54

Familie 57, 59, 98f, 103, 105–110, 123, 130–133, 171–173, 176, 178, 183–185, 209–216, 219, 227f, 235f

Familiennachzug 107, 109

Familien-Budget 130, 212, 215

Finanzmarkt 90, 92f, 190f

Flucht 7–12, 14, 33, 66–68, 70, 75–77, 80, 82, 88f, 98–110, 237

Flüchtlinge 11, 66f, 82, 87, 98–110, 121, 149, 174, 180, 211, 219, 222, 237

Forschung 28, 45, 52, 61, 72, 85, 91, 123, 125, 153, 164, 175, 202, 228–230

Frauen 10, 15, 44f, 56, 80f, 85, 93, 100, 105–109, 113, 124, 128–135, 149, 167, 179, 188, 193, 197–200, 202, 205f, 209f, 216–221, 235f

Freihandel 91

Freiheit 7–10, 68, 70, 76, 91, 116–170, 237

Frieden 8–11, 14, 65–70, 75f, 78–86, 119, 148, 197, 234

G

Ganztagsschule 177, 182, 210

Geburtshilfe 134, 202

Geflüchtete 11, 66f, 82, 87, 98–110, 121, 149, 174, 180, 211, 219, 222, 237

Gentechnik 9, 25–28, 234

Gerechtigkeit 7, 11, 15, 66–68, 72, 79–81, 87, 121, 128, 131, 134, 149f, 153f, 164, 171–173, 187

Geringverdiener*innen 190–193

Gesellschaftliches Engagement 104, 141, 146–150

Gesundheit 18–20, 23, 27f, 31, 33, 47, 58, 62, 81, 93, 108, 123–126, 154, 157–160, 173, 187, 200–203, 207, 211, 216

Gewaltschutz 124, 129, 131, 134

Gewässerschutz 17f, 23

Gleichberechtigung 7, 81, 116f, 128–131

Globalisierung 7, 67–69, 90–97, 171–197

Green New Deal für Europa 72

Gründer*innen 10, 26, 173, 199, 205, 225, 228–230

Grundsicherung 198, 204f, 207, 212f

Grüne Wirtschaftspolitik 41

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 116f, 119f, 140f, 146, 167

Gruppenklagen 160, 163

Gute Arbeit 27, 43, 92, 174, 180, 205, 216f, 220, 224, 227f

H

Handel 8f, 26, 29, 31–35, 38, 66–69, 72, 78, 90–97, 83, 101, 111, 127, 136, 169, 191f, 195, 223, 225, 237

Handelsabkommen 90–96, 237

Hass im Netz 116, 164, 166f

Hebammen 133f, 202

Hochschulen 10, 32, 122, 172, 174f, 178f, 203, 229f

Hochwasserschutz 14, 18, 25

Humanitäre Hilfe 82, 102f

Hunger 14, 65, 68, 81f, 91–97, 237

I

Industriepolitik 9, 15f, 18–23, 25–30, 34f, 38, 40–43, 48–54, 61–64, 72, 87, 95, 157f, 170, 233f

Inklusion 119, 124f, 127, 141, 171f, 175–177, 180–182, 200, 211, 213, 219–221

Innere Sicherheit 11, 117, 132, 136–145, 167, 237

Integration 11, 68, 99, 102, 106–115, 119, 149, 154, 180f, 222, 236

Internationale Politik 7–24, 65–67, 75–97, 101f

Intersexuelle 81, 123

Islam 122, 144

J

Jahreswohlstandsbericht 45, 47

Jugendliche 56, 71f, 108, 123, 126, 144, 156, 174, 177f, 180, 187, 211, 213, 222, 236

Jugendschutz 125–127

K

Kennzeichnungspflicht 28f, 95, 158, 162, 166, 234

Kinder 9–17, 92, 99f, 106–113, 123, 126, 130f, 134, 142, 158, 171–178, 181–187, 198, 201f, 204–215, 235f

Kinderarmut 172, 209, 212f, 235
Kindertagesstätten 107, 142, 172, 174f, 181, 183
KinderZeit Plus 210, 214
Klimaabkommen 14, 33f, 44, 46, 50, 92
Klimapolitik 8–11, 14–18, 33–40, 46, 48f, 59, 61, 81, 87f, 91, 101, 233, 237
Klimaschutzgesetz 34, 38
Kohleausstieg 15, 35–39, 50
Kommunen 11, 20, 23, 27, 43, 47, 50, 53, 59–64, 93, 98, 104–110, 143f, 148, 165, 169, 172, 175, 177, 182–188, 193, 200, 204, 208
Kreative 10, 151, 165, 227–231
Kreislaufwirtschaft 22f, 72
Krisenprävention, zivile 75, 78f, 85, 88, 101
Kultur 8–10, 71f, 82, 90, 93, 96, 111–114, 120, 151–156, 166, 176, 179, 182, 184, 203f, 212f, 229, 231

L

Ländliche Räume 7, 56, 61, 154, 165, 186f
Landwirtschaft 9, 15, 18, 20f, 24–34, 38, 44, 46, 72, 93, 97, 101, 234
Lärmschutz 15f, 56–63, 233
Lebensgrundlagen 14–16, 40, 46, 48, 90f, 101, 233
Leiharbeit 107, 193, 216f, 220, 225
Lesben 81, 123f, 236
Lobbyregister 74, 78, 147, 156
LSBTIQ* 82, 106, 117, 119, 123f

M

Massentierhaltung 9, 15, 25–27, 31, 34
Medien 116, 125, 142–146, 150–154, 166f, 180
Meeresschutz 14, 17–19, 33, 101
Menschen mit Behinderung 125, 127, 141, 176, 180f, 211, 213, 219–221
Menschenrechte 11, 23, 66, 68, 76, 79–85, 88, 93, 95f, 99, 103–105, 113, 121, 123, 140, 148f, 157, 237
Mieten 54, 182f, 185f, 189, 191
Mobilität 15, 20, 23f, 34, 38, 42–46, 54, 56–64, 178, 186, 212, 225, 228, 230, 233
MobilPass 59, 63

N

Nachhaltigkeit 44f, 54, 65, 67, 81, 85, 91, 164, 234

Naturschutz 14–32, 48, 51, 72

Netzausbau (Stromnetz) 51

Netzneutralität 165, 225

NSU 137, 141

O

Ökologische Modernisierung 7, 16, 40–44, 191, 205, 228, 234

Open Data 148, 170

ÖPNV 20, 44, 56–64, 233

P

Pflege 127, 129–131, 134, 171, 173f, 178, 183, 190, 200–208, 210f, 220, 231

PflegeZeit Plus 204, 207f, 220

Prävention (Gesundheitsprävention) 123–127, 211

Prävention (Krisenprävention) 67, 75, 78–80, 83, 85, 88, 101, 136

Präventionszentrum 143f

Q

Queere Menschen 81, 123

R

Radverkehr 24, 36, 44, 56f, 63f

Rassismus 117, 119, 140f, 146, 167, 237

Rechtsextremismus 119, 141–143, 155

Rechtsstaat 68, 70, 75–81, 85, 99f, 102, 116f, 132, 136–146, 168, 170

Recycling 18, 44

Religionen 10, 68, 111, 113, 117, 120–122, 141, 146

Rente 130, 173, 197–200, 204–206, 231–235

Ressourceneffizienz 43, 52

Rüstung 11, 65–67, 76, 81, 83f, 87f, 101, 140, 237

S

Schuldenbremse 191, 195, 224f

Schulen 9–11, 27, 107, 142, 153, 158, 172, 174–177, 181f, 184, 187, 210, 235

Schwule 81, 123, 236

Selbstbestimmung 10, 70, 81, 83, 117, 119–133, 136, 164, 167, 172, 179, 202, 220, 227

Selbständige 194, 197, 199, 201, 206f, 218, 222, 227–231

Sexualisierte Gewalt 129, 131f, 134f, 211

Sicherheitspolitik 65, 71, 75, 79, 83f, 86f, 96, 117, 136–140, 144, 237

Sozialstaat 197–208, 235

Sozialversicherung 130, 193, 200, 216, 218

Sport 119f, 149, 152, 154f, 182–184, 213

Steuerpolitik 10, 130, 185, 193f, 196, 198, 218, 227

Strommarkt 50f, 54

Strukturwandel 7, 32, 36, 39, 228

Studium 32, 175, 179

Subventionsabbau 16, 41f, 46, 52, 57, 59f, 72, 94f, 225, 233, 237

Sucht 126f

Syrien 65, 76, 104, 109, 174

T

Tierschutz 27, 30–32, 162, 234

Toleranz 10, 68, 116

Transparenz 73f, 96, 147f, 155–161, 168, 196, 234

Transsexuelle 81, 123f

TTIP 90, 93, 96

Türkei 76f, 80, 102–104

U

Umweltpolitik 14–23, 26–30, 40–44, 46, 48, 56, 58–62, 64, 92–95, 98, 121, 134, 149, 152, 158, 225f

Umweltfreundliche Mobilität 34, 38, 42f, 44f, 46, 56–64, 225, 228, 230, 233f

Umweltschädliche Subventionen 41f, 46, 57, 59, 60, 72, 225, 233, 237

V

Verbraucher*innenschutz 22, 26–29, 32, 46, 157–165, 168, 191f, 223f, 226

Vereinte Nationen 11, 33, 65f, 75, 79–88, 125, 127, 176

Verfassungsschutz 137, 141–144

Verkehrspolitik 34, 36, 38, 41, 44–48, 56–64, 223, 231, 233

Vermögenssteuer 194, 196

Verteidigung 75, 84–87, 140, 168, 234

Vielfalt (biologische) 17, 19, 21f, 24f, 30, 47, 97

Vielfalt (kulturelle und gesellschaftliche) 10, 13, 68, 93, 111–116, 119–124, 130, 133, 136, 138, 149–152, 155, 166, 185, 238

Volksentscheide 57, 148, 156

Vorratsdatenspeicherung 136

W

Wahlalter 149, 156, 213

Wärme 48, 51f, 136

Weiterbildung 43, 117, 131, 149, 174, 180f, 205, 210, 218f, 221, 228

Welthandel 90–96

Wettbewerb 10, 15, 38, 46, 50, 58, 60f, 72f, 92, 111, 164f, 169, 194f, 217, 223–228

Whistleblower*innen 149f, 156

Wirtschaftspolitik 15, 40–47, 139

Wissenschaft 42, 45, 53, 90, 122, 142, 144, 165, 179f, 217, 229f

Wohlstand 7f, 14, 34, 40, 42–48, 66, 68, 90, 129, 224f, 234

Wohnen 44, 52, 54, 125, 179, 184–189, 213, 235

Z

Zeitpolitik 131, 214, 220

Zivile Krisenprävention 75, 78f, 85, 88, 101

Zukunftsfonds (im EU-Haushalt) 72, 77

Zukunftspakt (zwischen der EU und Afrika) 77f

Zusammenhalt 9–11, 43, 68–71, 113, 117, 119, 121, 149f, 154, 173, 175, 187, 190, 197, 209, 216

WAHLKAMPF 2017 — INFORMIEREN UND MITMACHEN: **WWW.GRUENE.DE**

Dieses Bundestagswahlprogramm wurde auf der 41. Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16. bis 18. Juni 2017 in Berlin beschlossen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Telefon: 030 28442-0
Fax: 030 28442-210

E-Mail: info@gruene.de
Internet: www.gruene.de

Spendenkonto:
IBAN: DE73 4306 0967 8035 8159 00
BIC/Swift: GENODEM1GLS
GLS-Bank



DARUM GRÜN.